

DAS VERHÄLTNISS VON ÖKOLOGIE, WIRTSCHAFTSTHEORIE
UND WIRTSCHAFTLICHER WIRKLICHKEIT

Untersucht am Beispiel der sowjetischen
Wirtschaftslehre

F.J. Hinkelmann

Gliederung

	<u>Seite</u>
A. <u>Das Verhältnis des wirtschaftlichen Handelns zu den objektiven wirtschaftlichen Gesetzen</u>	1
I. <u>Der Begriff des wirtschaftlichen Handelns</u>	1
1. Das wirtschaftliche Prinzip	1
2. Die traditionale Wirtschaft	6
3. Die dynamische Wirtschaft	11
a) Kennzeichnen der dynamischen Wirtschaft im Bereich der Produktion (Arbeit, Unternehmung, Investition)	13
b) Kennzeichen der dynamischen Wirtschaft im Bereich der Konsumtion	17
c) Einordnung der Wirtschaft in die Gesamtgesellschaft	22
II. <u>Die Notwendigkeit des Geldes und die Entstehung der objektiven Gesetze der Wirtschaft</u>	25
1. Die Koordination wirtschaftlichen Handelns und der sogenannte "Doppelcharakter der Ware"	25
2. Die Notwendigkeit des Geldes in der dynamischen Wirtschaft	28
a) Das Verhältnis von Geldgebrauch und Arbeitsteilung	28
b) Die Rechenfunktion des Geldes	34
3. Die Entstehung objektiver Gesetze des wirtschaftlichen Handelns	37
a) Der Ursprung der objektiven Gesetze in der wirtschaftlichen Dynamik	37
b) Der zwingende Charakter der dynamischen Wirtschaft	44

	<u>Seite</u>
III. <u>Das System der Koordination wirtschaftlicher Entscheidungen</u>	47
1. Koordinationssystem und Eigentumsordnung	48
a) Definition der Eigentumsordnung von ihren wirtschaftlichen Funktionen her	48
b) Die Marxsche Auffassung der Eigentumsordnung und die Auffassung in der Polit-ökonomie	49
2. Die Stabilität der verschiedenen Koordinationssysteme (Markt- oder Plankoordination)	55
a) Die Marxsche Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus	56
b) Die Möglichkeit eines Funktionierens eines Systems mit Plankoordination	57
3. Die relative Effizienz verschiedener Koordinationssysteme	62
B. <u>Ideologie und Wirklichkeit</u>	65
I. <u>Die Rolle der Ideologie im System der Plankoordination</u>	65
1. Die Bestimmung der Maßstäbe des Handelns durch das Koordinationssystem	65
a) Die Profitorientierung	68
b) Die Wachstumsorientierung	70
2. Das Verhältnis der übrigen Gesellschaftsbereiche zur Wirtschaft	72
a) Der historische Materialismus	73
b) Das wirtschaftspolitische Grundkonzept	75

	<u>Seite</u>
3. Die Ideologie als Ideensystem mit der Funktion der Stabilisierung des Wirtschaftssystems	81
a) Der Ideologiebegriff bei Marx und in der Politökonomie	81
b) Ausführung des hier benutzten Ideologiebegriffs	83
4. Die Ideologie des Plansystems	88
a) Die Konzeption eines Zustandes perfekten Funktionierens der Wirtschaft: Das Kommunismusbild	88
b) Die Notwendigkeit der Schaffung einer Wachstumsideologie in den 50-er Jahren	89
II. <u>Die Funktion des Kommunismusbildes in der sowjetischen Wirtschaft</u>	93
1. Das Kommunismusbild als Beschreibung eines vollkommenen Zustandes der Gesellschaft	95
a) Aufhebung der Arbeitsteilung bei Erhaltung des Unterschieds zwischen konkreten Arbeiten	96
b) Aufhebung der Arbeitsteilung als Aufhebung des Unterschieds zwischen konkreten Arbeiten	100
2. Die Umwandlung des Kommunismusbildes im Sowjetsystem	105
a) Der Widerspruch im Kommunismusbild	106
b) Das Kommunismusbild als gleichzeitige Beschreibung eines Zustandes und eines Prozesses	109

	<u>Seite</u>
3. Das Kommunismusbild als Mythos eines endlosen wirtschaftlichen Wachstums	115
a) Der Übergang zum Kommunismus	115
b) Die Rechtfertigung des endlosen Wachstums	
C. <u>Theorie und Wirklichkeit</u>	
I. <u>Die wirtschaftliche Wirklichkeit</u>	128
1. Die wirtschaftliche Wirklichkeit unter Abstraktion vom Koordinationssystem des wirtschaftlichen Handelns	129
2. Die wirtschaftliche Wirklichkeit unter dem Einfluß des Koordinationssystems des wirtschaftlichen Handelns	131
a) Die Bedürfnisstruktur	131
b) Die Produktion	136
3. Die Bestätigung der Ideologie aus der Wirklichkeit	
a) relative Vorteile und Nachteile des Koordinationssystems	146
b) Der Ausgangspunkt der Koordination wirtschaftlichen Handelns in der Theorie des Koordinationssystems	150
c) Das institutionalisierte Werturteil	154

	<u>Seite</u>
II. <u>Ideologie und Theorie</u>	157
1. Der Optimumbegriff als Grenzbegriff der Theorie	157
a) Optimumtheorie und Theorie der Wirklichkeit des Koordinationssystems	159
b) Die möglichen Begriffsinhalte einer objektiven Wertlehre	167
aa) Objektive Wertlehre als naive Produktionskostenlehre	167
bb) Objektive Wertlehre als Bezeichnung für ein institutionalisiertes Werturteil	170
cc) Objektive Wertlehre als Bezeichnung für die Notwendigkeit, Nutzen und Kosten objektivieren zu müssen	174
2. Die Optimumvorstellung als Erwartung eines historischen Zustandes	182
a) Verwandlung des Optimumbegriffes in die Ideologie eines Wirtschaftssystems	183
b) Niederschlag dieses Vorgangs in den marxistischen Lehrmeinungen	191
aa) Engels Auffassungen im "Anti-Dühring"	191
bb) Die Rationalisierung der Ideologie. Der Gegenstand der sowjetischen Diskussion um das Wertgesetz	196
3. Der dogmatische Charakter der sowjetischen Wirtschaftslehre	201
a) Der dogmatische Charakter der Theorie und seine Beziehungen zu den Notwendigkeiten des Planungssystems	202
b) Die Entstehung des Dogmas aus der Notwendigkeit "spontanes" Handeln auszuschließen	204

1

A. Das Verhältnis des wirtschaftlichen Handelns zu den objektiven wirtschaftlichen Gesetzen.

I. Der Begriff des wirtschaftlichen Handelns

1. Das wirtschaftliche Prinzip

Jede Ideologie, die Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen nimmt, muß in irgendeiner Form Stellung nehmen zum wirtschaftlichen Handeln. Dieses wirtschaftliche Handeln unterliegt Zusammenhängen, die nicht beliebig änderbar sind, die sich vielmehr immer wieder durchsetzen müssen, wenn die Wirtschaft ihrer Funktion nachkommen soll, Güter zu produzieren.

Ausgangspunkt der Analyse soll daher das wirtschaftliche Handeln sein. Der Begriff des wirtschaftlichen Handelns steht in enger Beziehung zum Begriff des rationalen Handelns überhaupt. Er soll im folgenden verstanden werden als rationales Handeln, soweit es Beziehung auf die Güterbeschaffung hat. Als allgemeines Prinzip liegt ihm das wirtschaftliche Prinzip zugrunde. Dieses besagt, daß bestimmte Ziele mit einem Minimum an Mitteln erreicht oder daß ein bestimmter Mittelaufwand mit einem Maximum an Erfolg des Handelns eingesetzt werden soll. Es beschreibt in dieser Form das Verhältnis von Zweck und Mitteln. Dabei ist kein Urteil darüber gefällt, ob die gesetzten Zwecke als vernünftig gelten können, noch darüber, ob die Mittel unter irgendeinem Maßstab als "erlaubt" gelten können. Darüberhinaus beschreibt das wirtschaftliche Prinzip in dieser Form einen optimalen Zustand. Stehen also viele Mittel zur Wahl, so ist eines davon eindeutig durch das wirtschaftliche Prinzip bestimmt. //

Die Wirtschaft ist lediglich als Bereich der Mittelbeschaffung aufzufassen, während die Zwecke der Wirtschaft von anderen Gesellschaftsbereichen gesetzt werden. Diese anderen Gesellschaftsbereiche stellen die Bereiche der Konsumtion dar. Diese Konsumtion kann sein die Konsumtion von einzelnen Personen oder die Konsumtion anderer Leistungsbereiche der Gesellschaft, wie

Verwaltung, Rechtspflege usw. Die Wirtschaft bekommt also aus den anderen Gesellschaftsbereichen ihre Zwecke gesetzt, ist gleichzeitig aber auch auf die Leistungen aus diesen Bereichen angewiesen. Rechtssystem und Verwaltung erbringen Leistungen, ohne die die Wirtschaft selbst nicht vor sich gehen könnte, die Privatpersonen wiederum stellen die Leistungen der Produktionsfaktoren zur Verfügung, die selbst wieder für den Wirtschaftsprozess eine Voraussetzung darstellen.

Es ergibt sich für das wirtschaftliche Handeln ein Kreislauf, der notwendig auftritt. Der Verbrauch ist das Ziel der Produktion, wird aber gleichfalls immer wieder zu ihrer Voraussetzung.

Die Konsumtion setzt die Zwecke der Wirtschaft, während die Konsumgüter wieder Mittel der anderen, konsumierenden Gesellschaftsbereiche darstellen. Für die Staatsverwaltung z.B. sind sie Mittel bei der Erbringung von Leistungen. Diese Leistungen der anderen Gesellschaftsbereiche stellen selbst wieder Mittel für die Wirtschaft dar. So ist das Rechtssystem ein Mittel für die Wirtschaft, sofern sie es in Anspruch nimmt. Dies kann natürlich nicht heißen, daß diese Gesellschaftsbereiche nur für die Wirtschaft bestehen. Aber sie treten dauernd in eine Beziehung zur Wirtschaft und stellen dann vom Standpunkt des Wirtschaftsablaufs Mittel dar. Dasselbe gilt natürlich auch für die persönliche Konsumtion. Der einzelne Konsument ist unmittelbar auf die Bedürfnisbefriedigung orientiert, vom Standpunkt des wirtschaftlichen Ablaufs aber sind die Einkommensmittel, die Produktionsfaktoren anziehen sollen.

Bei einer solchen Kreislaufdarstellung zeigt sich dann sehr bald, daß die Aussage, Ziel der Produktion sei die Konsumtion, durchaus umkehrbar ist. Die Konsumtion ist gleichfalls ein Mittel der Produktion. Das Verhältnis von Produktion und Konsumtion ist nicht einseitig. Das wirtschaftliche Prinzip in der oben angeführten Fassung betrachtet den Wirtschaftskreislauf nur vom Standpunkt der Konsumtion, gesellschaftlicher oder privater aus, wobei die Wirtschaft nur Mittelbereich ist. Der andere Aspekt, daß vom Standpunkt der Produktion aus gesehen die Konsumtion ebenso als Mittelbereich angesehen werden kann, ist im wirtschaftlichen Prinzip nicht ausgedrückt, gehört aber zum Begriff wirtschaftlichen Handelns.

Denn der Produzent zahlt Einkommen, um Leistungen zu erlangen, während der Konsument Leistungen anbietet, um Einkommen zu erlangen. Letztlich handelt es sich um zwei mögliche Betrachtungsweisen des Wirtschaftsprozesses, die in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Immer wird natürlich für den Konsum, also die Bedürfnisbefriedigung produziert, aber immer auch unter der Nebenbedingung, daß diese Konsumtion die Produktionsmöglichkeiten für den zukünftigen Konsum schafft. Der Konsum findet immer statt in einer bestimmten Beziehung zur Produktion.

Wirtschaftliches Handeln stellt insofern einen Kreislauf dar, als der Konsum eben nicht einfach als Ende und Ziel wirtschaftlichen Handelns aufgefaßt werden kann, sondern immer auch als Anfang und Voraussetzung wirtschaftlichen Handelns aufgefaßt werden muß. Das wirtschaftliche Handeln ist in diesem Sinne ein Prozeß, indem Konsumtion und Produktion sich gegenseitig bedingen und einander abwechseln.

Von dieser Betrachtung des wirtschaftlichen Prozesses ist zu trennen die Untersuchung eines einzigen Handlungsaktes. So etwa die Leistung eines Webers, der ein Stück Tuch webt. Hier gilt das wirtschaftliche Prinzip nur isoliert und man kann eindeutig ein Verhältnis von Mittel und Zweck festlegen. Die Arbeit ist darauf gerichtet, dieses bestimmte Produkt zu erzeugen und dafür sind ganz bestimmte Handgriffe erforderlich, die möglichst rationell gestaltet werden können.

Sobald dieser einzelne Handlungsakt aber als Teil des Wirtschaftsprozesses gesehen wird, verschwindet diese Eindeutigkeit der Zweck-Mittel-Relation. Das Tuch ist jetzt Zweck vom Standpunkt des Webers, Mittel vom Standpunkt des Schneiders. Der einzelne Handlungsakt, der vorher rein technisch betrachtet werden konnte, wird, sobald er als Teil von Produktion und Konsumtion insgesamt gesehen wird, zu einem wirtschaftlichen Handeln. Sofern es sich um eine genügend komplizierte Wirtschaft handelt, unterliegt er damit auch der Goldrechnung.

4

Das wirtschaftliche Prinzip kann noch unter einem anderen Aspekt gesehen werden. Es setzt in seiner allgemeinen Fassung die Möglichkeit der Wahl zwischen verschiedenen, überhaupt denkbaren Mitteln voraus. Nach der zugrundeliegenden Vorstellung sind dauernd die verschiedenen möglichen Zwecke in Konkurrenz miteinander, während für jeden Einzelzweck immer mehrere Mittel bekannt sind, unter denen zu wählen ist. Aber es ist natürlich auch ein Zustand denkbar, in dem die Zwecke durch die Tradition bereits in ein Verhältnis gesetzt sind, während für die Erreichung eines Endzwecks jeweils nur immer ein einziges Mittel vorhanden ist. Dies wäre der Zustand einer traditionellen Wirtschaft, der als Grenzfall durchaus im wirtschaftlichen Prinzip enthalten ist. In diesem Falle allerdings wäre keine Wahl erforderlich. Wird traditional gehandelt, so wird nicht gewählt.

Beide Möglichkeiten, das traditionale Handeln und das Handeln mit dauernder Mittelauswahl, gehören zum Begriff des wirtschaftlichen Handelns. Da aber das wirtschaftliche Prinzip beide Arten des wirtschaftlichen Handelns in sich enthält, kann es die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Arten des Handelns nicht sichtbar machen.

Beide Formen des Handelns können wiederum angewendet werden auf die Wirtschaft insgesamt und auf das einzelne Wirtschaftssubjekt. Beziehen wir sie auf die Wirtschaft insgesamt, so werden wir je nach ihrem unterschiedlichen Verhältnis zur wirtschaftlichen Auswahl von traditionellen und dynamischen Wirtschaften sprechen können, die jeweils wieder Teile von traditionellen oder dynamischen Gesellschaften sind. Die traditionale Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr die angewandten wirtschaftlichen Mittel und die Technik traditional vorgegeben ist und die anzustrebenden Zwecke aus der Tradition entnommen werden können. Die dynamische Wirtschaft hingegen ist der eigentliche Ort der wirtschaftlichen Auswahl, denn in ihr werden die Zwecke dauernd überprüft und gewandelt, während die Mittel Ergebnis einer dauernden methodischen Überprüfung

der angewandten Technik darstellen. In der traditionellen Wirtschaft bleibt daher das Gesamtprodukt konstant, in der dynamischen Wirtschaft wächst es, solange bessere als die bisher angewandten Mittel gefunden werden.

Aber auch das individuelle Handeln zeigt die gleichen Unterschiede. Es kann traditional, von Gewohnheiten gelenkt, vor sich gehen, oder es orientiert sich an Wahlmöglichkeiten (wird also zu dynamischem Handeln - rationalem Handeln im engeren Sinne). Nun setzt die traditionale Wirtschaft voraus, daß auch die Wirtschaftsindividuen traditional handeln. Aber auch das Handeln in der dynamischen Wirtschaft ist von traditionellen Elementen nicht frei. Es kann nur idealtypisch als dauerndes bewußtes Entscheiden aufgefaßt werden. Aber soll überhaupt eine dynamische Wirtschaft entstehen, so ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaftsindividuen die notwendigen Änderungen in ihrem wirtschaftlichen Handeln vollziehen. Würde traditionales Handeln typisch sein, so könnte keine dynamische Wirtschaft entstehen. Eine dynamische Wirtschaft setzt daher voraus, daß bei den Wirtschaftsindividuen eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, die Bahnen des Handelns durch bewußte Wahlakte zu verändern. Umgekehrt beweist die Tatsache, daß die Wirtschaft überhaupt wächst, daß von den einzelnen Wirtschaftssubjekten nicht nur traditional gehandelt worden ist. Denn wäre nur traditional gehandelt worden, so hätte die Wirtschaft nicht wachsen können.²⁾

Wir können diese Beschreibung des Verhältnisses von wirtschaftlichem Handeln und wirtschaftlicher Wahl damit in den oben beschriebenen Kreislauf von Produkten und Konsumtion einordnen. Dort war festgestellt worden, daß Konsumtion und Produktion in einem Wechselverhältnis zueinander stehen. Produktion ist Mittel für die Konsumtion, Konsumtion Mittel für die Produktion. Dieser Wirtschaftskreislauf wird jeweils entsprechend dem Verhältnis der wirtschaftenden Individuen und der Gesellschaft zum wirtschaftlichen Wohl ein expansiver oder ein gleichbleibender Kreislauf sein. Das Wirtschaftsprodukt, in konstanten Preisen gemessen, steigt im Fall des expansiven Kreislaufs an, im gleichbleibenden Kreislauf behält es dauernd seine ursprüngliche Größe.³⁾

Der hier theoretisch abgeleitete Unterschied von traditionaler und dynamischer Wirtschaft gibt zugleich wesentliche Unterschiede an, die die Wirtschaft vor und nach der industriellen Revolution kennzeichnen. Es zeigt sich, daß das traditionale Handeln, das innerhalb des wirtschaftlichen Prinzips nur einen Grenzfall darstellt, für die gesamte Zeit vor der industriellen Revolution als herrschender Typ angesehen werden kann. Die dynamische Wirtschaft entstand in einer relativ kurzen Zeitperiode und setzte sich gegen das traditionale Wirtschaften durch. Es brachte dabei besondere gesellschaftliche Probleme mit sich, die ihrerseits Gegenstand der Marx'schen Analyse wurden und die die Politökonomie lösen will, die aber am besten bei einem Vergleich mit der traditionellen Wirtschaftsweise verstanden werden können. Es ist daher hier notwendig, den Typ des traditionellen Wirtschaftens zu kennzeichnen, um auf diesem Hintergrund die grundlegenden Besonderheiten der dynamischen Wirtschaft zu kennzeichnen. Marx selbst hat in seiner Analyse der einfachen Warenproduktion den gleichen Weg beschritten, so daß sich sein Anliegen und der daraus hervorgegangene Lösungsversuch so am besten begreifen lassen.

2. Die traditionale Wirtschaft

Die traditionale Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß Mittel und Zwecke durch die Tradition vorgegeben sind. Diese starre Definition genügt aber für die Beschreibung nicht, denn auch in traditionellen Gesellschaften unterliegen Zwecke und Mittel einem gewissen Wechsel. Dabei handelt es sich aber immer um solche Änderungen, die ihrerseits wieder in die Tradition eingehen, also selbst verpflichtenden Charakter bekommen. Wie geschieht nun die traditionale Verpflichtung auf bestimmte Produktionsmethoden und Wirtschaftszwecke? Die Produktionsmethoden werden in der traditionellen Wirtschaft ein Teil des menschlichen Zusammenlebens selbst. Sie werden durch Sitten und Gebräuche, z.T. mythisch umspinnen und in den gesamten Rhythmus des Lebens verflochten. Der Beruf selbst ist völlig

9

identisch mit der Anwendung bestimmter Produktionsmethoden. Der Konsum ist ständisch reglementiert. Es gibt eine standesgemäße Versorgung, die nicht etwa nur die Einkommenshöhe in Geld einbeschließt, sondern auch die Art ihrer Verwendung. Z.T. bestehen die Einkommen aus naturalen Abgaben, die für lange Zeit als Norm bestehen bleiben.

Wird innerhalb solcher traditionaler Wirtschaftsformen das Einkommen des einen erhöht, so kann dies nur dadurch geschehen, daß andere Einkommen gesenkt werden. Änderungen der Einkommensverteilung führen daher nur zu einer Änderung des Anteils am gesamten Produkt. Solche Änderungen allerdings sind nur schwer durchführbar. Aber sie finden natürlich statt. Sie können sowohl kontinuierlich vor sich gehen als auch durch völlige Umstrukturierung der traditionellen Wirtschaft. Gehen sie kontinuierlich vor sich, so ändern sich lediglich die Proportionen der Verteilung des Sozialprodukts innerhalb der sozialen Gruppen. So haben wir in der feudalen Herrschaft des Mittelalters dauernde Schwankungen der materiellen Situation der leibeigenen Bauern. Aber diese Schwankungen sind unabhängig davon, ob auch die Produktivität der Arbeit schwankt. Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten werden durch solche Änderungen selbst nicht beeinflusst, ihre Gründe sind außerwirtschaftlicher Natur.

Es gibt natürlich auch innerhalb der traditionellen Wirtschaftsweise große Umbrüche, die eine völlig geänderte Wirtschaftsstruktur hervorbringen. Eine traditionale Wirtschaftsstruktur tritt dann an die Stelle der anderen. Der Übergang von der Sklavenwirtschaft zur Feudalwirtschaft wäre ein Beispiel hierfür. Hier werden durchaus Produktionsmethoden und Zusammensetzung des Konsumfonds berührt, aber das Verhältnis des Wirtschafters zum Produktionsprozess ist auf der veränderten Grundlage wieder so wie vorher. Überzeugungen wechseln ihren Inhalt, die Produktionsmethoden werden auf eine andere Art eingesetzt, aber die Wirtschaft läuft in traditionellen Bahnen weiter. Deshalb ist durch diese Änderungen in der traditionellen Wirtschaft hindurch auch kein Aufwärtstrend des Gesamtprodukts zu

9

verfolgen. Bestimmte Mittel kommen hinzu, andere werden abgestoßen. Die Endgüter insgesamt wechseln ihre Zusammensetzung, ohne daß es Sinn hätte, das Produkt in konstanten Preisen zu vergleichen. Dabei weist aber das Gesamtprodukt keinerlei eindeutige Richtung seiner Veränderung auf. Es wird nicht etwa fortlaufend größer, so daß die gesellschaftlichen Änderungen einfach als unmittelbare Folge technischer Entwicklung aufgefaßt werden könne. Einmal bekannte Produktionsmethoden geraten wieder in Vergessenheit, andere entstehen, die sie ersetzen müssen.

Sofern aber die Änderungen nicht von solch umwälzender Art sind, vollziehen sie sich fast unmerkbar. Techniken wie das Mühlrad im Mittelalter brauchten Jahrhunderte, um sich zu verbreiten. Diese Zeit ist erforderlich, damit es möglich ist, sie in die Gesellschaft zu verschmelzen.

Zwei Momente dieser Wirtschaft sind für uns von Wichtigkeit:

1. Es fehlt völlig die Kenntnis technischer Möglichkeiten überhaupt. Die Möglichkeit, die Effizienz der Produktion zu steigern, ist nicht bewußt.
2. Der Wirtschaftsablauf ist verhältnismäßig leicht überschaubar.

ad 1) Das wirtschaftliche Handeln besteht nicht darin, Produktionsmethoden abzuwägen und den Nutzen aus verschiedenen möglichen Endgüterkombinationen zu maximieren. Sein wesentlicher Inhalt ist die Anpassung der Produktionsmethoden an die äußeren Umstände. Also Sicherung der Arbeitsorganisation innerhalb der Produktionsmethoden, Verteilung der Arbeitsvorgänge nach den äußeren Bedingungen, in der Landwirtschaft entsprechend den Wetterbedingungen usw. Der gute Wirtschaftler unterscheidet sich in der traditionellen Wirtschaft vom schlechten gerade dadurch, daß er diese Funktionen richtig erfüllt. Folgen gute Wirtschaftler aufeinander, so ändert sich das Produkt durchaus nicht. Dies aber ist keine Folge von Trägheit, sondern folgt aus dem traditionellen Verhältnis zur Wirtschaft

9

selbst, solange die Möglichkeit ständiger, methodischer Reflexion über die Veränderungen der Produktionsmethoden nicht erkannt sind. Es handelt sich also hierbei offensichtlich nicht um eine psychologische Einstellung, sondern darum, daß eine bestimmte Art des wirtschaftlichen Handelns, nämlich das Handeln innerhalb der dynamischen Wirtschaft überhaupt noch nicht erkannt ist. Diese dynamischen Verhaltensweise ist deshalb notwendig ausgeschlossen. Die wirtschaftlichen Mittel werden nicht nach ihrer Effizienz betrachtet, jedenfalls nicht in der Regel. Soweit hiervon Ausnahmen bestehen, werden sie nicht zu einem gesellschaftlichen Beispiel, sie begründen keine Verhaltensnorm. Hieraus erklärt sich eine Art, sich zum Produktionsmittel zu verhalten, die für traditionales Handeln typisch ist. Soll es vervollkommen werden, so tritt nicht ein effizienteres an seine Stelle, sondern es wird ausgeschmückt. Der Bogen des Jägers wird dadurch verbessert, daß man ihn verschnitzt, die Rüstung wird vergoldet, die Arbeitsgeräte werden künstlerisch gestaltet. Hierin zeigt sich wieder, daß die Produktionsmethode selbst oder die konkrete Gestalt eines Endgutes über Sitte und Gebrauch zu einem Teil der Gesellschaft gemacht werden.

ad 2) Das Ergebnis solch traditionellen Handelns ist, daß der Wirtschaftsablauf äußerst übersichtlich ist. Ändert sich die Zusammensetzung des Konsumfonds, so ist keine Frage, welche Anpassungen zu vollziehen sind. Kommt eine neue Produktionsmethode allmählich auf, so ist die Wahl keine komplizierte Rechenoperation. Vollziehen sich solche Änderungen als Umwälzungen der Gesellschaft, so ist von vornherein klar, daß keine Rechenhaftigkeit dabei zugrunde liegt. Vollziehen sich Änderungen nur in kleinem Rahmen, so nur, wenn die Vorteile unmittelbar einsehbar sind. In einer solchen Wirtschaft ist daher eine Wirtschaftsrechnung in dem Sinne, daß sie die ganze Gesellschaft umfaßt und jede Wirtschaftstätigkeit einbegreift, nicht denkbar.

Eine Änderung der Eigentumsordnung und die Errichtung der Herrschaft einer bestimmten Gruppe braucht sich nicht um ein ökonomisches Rationalitätssystem und einen komplizierten Ablaufmechanismus zu kümmern, sondern bestimmt auf Basis von bekannten Produktionsmethoden einfach die Verteilung des Endgüterprodukts. Innerhalb dieser Bahnen kann das System ablaufen. Die herrschende Gruppe muß nur dafür sorgen, daß es kein Ausbrechen aus dem System gibt. Dies heißt, sie muß die Arbeit in solchen Formen organisieren, daß ihr Anteil an der Produktion notfalls durch Zwang eingetrieben werden kann. Je größer ihr Anteil am Gesamtprodukt sein soll, umso straffer muß diese Organisation sein. Da das Gesamtprodukt nicht steigen kann, muß daher der Lebensstandard der anderen sinken. Wir bekommen dann solche Abstufungen wie die Sklaverei, die Leibeigenschaft schließlich die selbständige Handwerkerschaft. Dies aber keineswegs als notwendige Stufenfolge im historischen Sinn, sondern als Ergebnis ^{der} Interessenausgleichs innerhalb der sozialen Gruppen einer traditionellen Wirtschaft.

Diese allgemeine Überschaubarkeit jeder einzelnen wirtschaftlichen Handlung und ihrer Einordnung in den gesamten Wirtschaftskreislauf ist in der traditionellen Wirtschaft nur deshalb möglich, weil hier ein einmal eingespieltes Gleichgewicht nur dauernd zu wiederholen ist. Eine lückenlose Geldrechnung ist unter solchen Bedingungen überflüssig, denn die Aufgabe einer solchen Geldrechnung, die Einordnung jeder wirtschaftlichen Handlung in den Gesamtzusammenhang, ist hier bereits durch die Tradition gelöst. Die tatsächliche Einordnung jeder wirtschaftlichen Handlung in den Gesamtzusammenhang der Wirtschaft ist bei traditionaler Wirtschaft daher nicht weniger streng als bei wachsender Wirtschaft mit Geldrechnung. Aber sie ist, da es kein dauerndes Spiel von Alternativen gibt, die ständige Anpassung erzwingen, nicht bewußt.

So herrscht allgemein in der traditionellen Wirtschaft ein enger Zusammenhang aller Gesellschaftsbereiche. Freizeit und Arbeit, Betrieb und Haushalt, Konsum und Produktion sind sachlich

nicht definitiv getrennt. Die Unterschiede zur dynamischen Wirtschaft sind groß, ihre wesentlichen Probleme überhaupt nicht bekannt. Die traditionale Gesellschaft bekommt damit einen idyllischen Anschein, unter dem sie das ganze 19. Jahrhundert hindurch betrachtet wurde. Orientierungspunkte zur Überwindung der Probleme der dynamischen Wirtschaft wurden immer gerade in Anknüpfung an die traditionale Wirtschaft gesucht. Dies gilt auch für Marx.⁹ Die Ziele, die er der zukünftigen Gesellschaft setzt, sind vielfach aus der Betrachtung der traditionellen Wirtschaft entnommen. Die Herstellung der unmittelbaren Überschaubarkeit der Arbeit, die Aufhebung der Trennung von Konsum und Arbeit, von Freizeit und Produktion gehören hierher. Die Erscheinungen, die dabei zum Gegenstand seiner Kritik wurden, waren ein Ergebnis der Verwandlung der traditionellen Wirtschaftsweise in eine dynamische Wirtschaftsweise. Als solche waren sie ein Produkt des aufkommenden Kapitalismus.

3. Die dynamische Wirtschaft

Die Entstehung der dynamischen Wirtschaft verlangt eine andere Einstellung zur Wirtschaft und zum wirtschaftlichen Handeln, als die traditionale Wirtschaft gekannt hatte. Das neue Wirtschaftsbewußtsein setzte voraus, daß die Änderbarkeit der Produktionsmethoden mit Hilfe einer rationalen Technik erkannt wird. Die wirtschaftlichen Mittel mußten dauernd auf ihre Verbesserung überprüft werden, um ständig neue Mittel zur Wahl stellen zu können. Das neue Handeln setzt ständige Reflexion der wirtschaftlichen Mittel voraus. Aus den zu jeder Zeit dabei vorhandenen Mitteln müssen die günstigsten gewählt werden, während im Zeitablauf immer neue, bisher nicht bekannte hinzutreten. Damit erst ist der Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums eingeleitet.

Die Ursachen, die zu diesem Umschwung führten, interessieren hier nicht. Die Wirkungen, die im Gefolge der Dynamisierung des wirtschaftlichen Handelns auftreten, erfassen alle Bereiche der Gesellschaft. Dies ist verständlich. In der traditionellen Wirtschaft sind alle Gesellschaftsbereiche unmittelbar verbunden.

12

Die Vorstellungs- und Glaubenswelt, die Sitten und Bräuche sind unmittelbar eine Einheit mit Produktionsmitteln und den produzierten Endgütern. Sobald jedoch der Wechsel der Produktionsmethoden, die Änderung der Endgüterstruktur zu einer Notwendigkeit des wirtschaftlichen Ablaufs selbst wird, muß diese Bindung völlig auseinandergerissen werden. Jetzt erst trennt sich Betrieb und Haushalt, Freizeit und Arbeit. Es findet eine Revolution der Gesellschaft statt, die über alles hinausgeht, was beim Wechsel verschiedener traditionaler Gesellschaften beobachtet werden kann. Da der Einzelne weder als Produzent noch als Konsument mehr traditional in den Wirtschaftsablauf eingeordnet ist, muß diese Einordnung jetzt notwendigerweise durch ein besonderes Medium, nämlich das Geld, geschehen. Alle Gesellschaftsbereiche werden daher in den Kreislauf des Geldes eingeschlossen, erstmalig bildet sich die Kapitalrechnung als eigentliche Funktion des wirtschaftlichen Ablaufs. 6/

Die dynamische Wirtschaft, die aus dieser Umwälzung entsteht, setzt voraus, daß die einzelnen Gesellschaftsbereiche soweit getrennt sind, daß die methodische Veränderung der Produktionsmethoden und der Zusammensetzung der Endgüterproduktion möglich ist. Sie muß daher grundsätzlich darauf verzichten, Produktionsmethoden und bestimmte, nach konkreten Gütern unschreibbare Endgüterfonds zu einem Teil des gesellschaftlichen Lebens selbst zu machen. Damit wird die Wirtschaft zu einem nüchternen, nach rationalen Gesichtspunkten ablaufenden Prozeß gemacht, dessen dauerndes Fortschreiten von den übrigen Bereichen der Gesellschaft vorausgesetzt und unterstützt wird.

Man kann die Einstellung zur Wirtschaft, die daraus folgt, auch vom Verhältnis zur Zweckerfüllung her definieren. Die Einstellung zu den Bedürfnissen, denen die Endgüterproduktion dient, muß so sein, daß sich die Zweckerfüllung jeweils an der Menge der Güter mißt, die für den Zweck einsetzbar sind. Je mehr Güter einsetzbar sind, umso besser ist dem Ziel gedient. Dies ist für das traditionale Bewußtsein keineswegs selbstverständlich. Dieses setzt immer voraus, daß an einem bestimmten Punkt ein Bedürfnis seine entsprechende Befriedigung gefunden hat, die

Versorgung damit gesichert und die Wirtschaft ihre Aufgabe erfüllt hat. Sie hat Normen, die sich als gerechten Anteil, als standesgemäße Versorgung usw. darstellen. Bestehen solche Normen im Handeln des Großteils der Konsumenten, kann nie eine wachsende Wirtschaft entstehen. Es muß daher ein neues Verhältnis zu den Zwecken der Wirtschaft vorausgesetzt werden. Der Bedarf ist ins unendliche ausweitbar.

Wir haben zwei Richtungen, in denen die Umwandlung der traditionellen Wirtschaft in eine dynamische wirkt. Sie setzt eine Änderung des Konsumbewußtseins voraus, die mit einer dauernden Änderung und Erhöhung des Konsumfonds vereinbar ist, und sie verlangt ein Verhältnis zu den Produktionsmethoden, das ihre dauernde Änderung erlaubt. Das Konsumbewußtsein ist Voraussetzung der sich ändernden Produktionsmethoden, die sich methodisch ändernden Produktionsmethoden sind wiederum Voraussetzung der Änderbarkeit des Konsumfonds.

a) Kennzeichen der dynamischen Wirtschaft im Bereich der Produktion (Arbeit, Unternehmung, Investition)

Beide also, die Wirtschaft und die übrigen Lebensbereiche, müssen sich dem neuen Verhältnis zum rationalen Handeln anpassen. Die Wirtschaft tut dies dadurch, daß sie die neue Funktion der methodischen Überprüfung von Produktionsmethoden aufnimmt. Dies hat Folgen für die Arbeit, die Unternehmung und für die Investitionstätigkeit.

Die Arbeit muß gleichgültig werden gegenüber der Produktionsmethode, die angewendet wird. Sie muß bereit sein, gemäß den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl ihren Ort als auch den Arbeitsplatz zu wechseln. Sie kann nicht mehr festgelegt sein auf ganz bestimmte Arbeitsgänge, die zum Teil des Berufes selber werden und das ganze Leben des Arbeiters hindurch identisch bleiben. Beruf und Produktionsmethode lösen sich voneinander. Das Ethos des Berufes allgemein wird die Pflichterfüllung, die ständischen Elemente des Berufes werden ausgeschieden.

Waren dem Handwerker der traditionellen Wirtschaft seine Arbeitsverrichtungen lebenslänglich gleich geblieben, so daß er sich völlig darin einleben konnte, so ist für den Arbeiter in der dynamischen Wirtschaft der dauernde Wechsel der Arbeitsmittel, die fortlaufend verbessert und verändert werden, eine Selbstverständlichkeit, der er sich in den Arbeitsverrichtungen immer wieder anzupassen hat. In diesem Sinne spricht Marx davon, daß die Arbeit abstrakt geworden sei. Die einzelnen Arbeitsverrichtungen, die in diesem Sinne konkrete Arbeit darstellen, sind zweitrangig geworden, sie können entsprechend der Zweckmäßigkeit wechseln, während das Verhältnis des Arbeiters selbst insofern abstrakt ist, als diese dauernden Änderungen des konkreten Inhalts seiner Arbeit, der Arbeitsverrichtungen also, zu einem Teil seines Berufes geworden ist. Er kann daher seinen Beruf nicht mehr unmittelbar innerhalb konkreter, unmittelbar durchschaubarer Arbeitsverrichtungen verstehen, sondern nur noch von der Arbeit als solcher her, die Pflicht, Mittel zum Geldverdienen oder Ähnliches ist. Er ist nicht mehr in erster Linie Bergmann, Weber usw., sondern in erster Linie Arbeiter, der entweder in einem Bergwerk, einer Weberei oder Ähnlichem beschäftigt ist. Diese Veränderung gilt natürlich nicht nur für die Lohnarbeiter selbst, sondern in vielleicht noch höherem Maße für den Angestellten, den Techniker usw.

Eine ganz ähnliche Veränderung geht in der Unternehmung vor sich. Sie ist in der traditionellen Wirtschaft vornehmlich als Handwerksbetrieb zu finden, wo die Aufgabe des Betriebsleiters darin besteht, gegebene Produktionsmethoden zu verwalten und den Einflüssen von außen anzupassen. Da gleichbleibende Produktionsmethoden immer nur ein gleichbleibendes Produkt zeitigen können, kann wirtschaftliches Wachstum nur erzeugt werden, wenn die Produktionsmethoden dauernd wechseln. Wirtschaftliches Wachstum und Wechsel der Produktionsmethoden sind daher identische Begriffe. Der Ort, an dem dieser dauernde Wechsel der Produktionsmethoden stattfindet, ist die Unternehmung. Die einzelne Unternehmung unterliegt, sobald die Produktionsmethoden einmal in Bewegung geraten sind, einem Zwang, sich anzuschließen. Dieser Zwang ist unbedingt. Auf

längere Zeit kann sich kein Unternehmen halten, daß sich dem allgemeinen Wechsel der Produktionsmethoden nicht anschliesse. Dazu aber ist vorausgesetzt, daß sich das einzelne Unternehmen, im Unterschied zum traditionellen Handwerksbetrieb, nicht mit bestimmten Produktionsmethoden identifiziert. Maßstab für den Einsatz der Produktionsmethoden muß die Effizienz dieser Methoden sein, die sich für den Unternehmer in der Rentabilität ausdrückt. Der Unternehmer muß fähig sein, sich von traditionellen Bindungen immer wieder aufs neue zu lösen, bessere Methoden an die Stelle von schlechteren treten zu lassen, wenn er dem Wachstumsprozeß entsprechen will. Wenn Schumpeter darauf hinweist, daß die neuen Produktionsmethoden (neue Kombinationen) gewöhnlich nicht von alten Produzenten durchgeführt werden, sondern von neuen auf den Markt tretenden Unternehmen, die neben die alten treten, so widerspricht das dem hier Gesagten nicht. So wie Unternehmen aus dem Markt ausscheiden können, können sie auch neu entstehen. Hier ist nur gesagt, daß die Bedingung dafür, daß das Unternehmen sich dauernd im Markt halten kann, der Wechsel der Produktionsmethoden ist. Außerdem gilt dieses Hinzutreten von neuen Unternehmen in der Hauptsache wohl für solche Produktionsmethoden, die größere Umwälzungen des Produktionsprozesses verursachen. Die Widerstände der alten Unternehmen werden gerade hier besonders groß sein. So etwa, wenn Kohlenbergwerke unrentabel werden, weil billigere Energiequellen auftauchen. Es sind jetzt große Widerstände zu überwinden, ehe das alte Unternehmen, das bisher den Bergbau betreibt, sich den neuen Energiequellen zuwendet. Aber neben diesen umwälzenden Veränderungen der Produktionsmethoden stehen natürlich solche, die nur kleinere Verbesserungen bringen und fast routinemäßig angeeignet werden können. Man wird kaum ein Unternehmen finden, das hier nicht dauernden Änderungen unterläge. Der wichtigste Zeitpunkt, an dem sie in jedem Unternehmen fällig werden, ist der Zeitpunkt des technischen Verschleißes der Anlagegüter. Diese werden so gut wie nie durch identische Anlagegüter ersetzt, sondern immer durch solche, die in der Zwischenzeit erheblich vor-

bessert worden sind, was immer einen Wechsel der Produktionsmethoden selbst bedeuten muß.

So verhält sich der Unternehmer zum Handwerksmeister ganz ähnlich, wie die abstrakte Arbeit zur konkreten Arbeit. Außerdem bedingen sich Unternehmerleistung und abstrakte Arbeit gegenseitig. Beide sind nur dadurch zu kennzeichnen, daß sie gleichgültig gegen die Produktionsmethoden sind und sie rein unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität wechseln können.

Aus der Tätigkeit der dauernden Verbesserung der Produktionsmethoden erwächst die positive Nettoinvestition. Unter traditionellen Verhältnissen ist eine positive Investition immer nur möglich, wenn sich die Zahl der Arbeitskräfte vermehrt. Die Arbeitsproduktivität ist traditional mit den Produktionsmethoden bestimmt. Sehen wir von diesem Fall ab, so ist einziger Grund für die Entstehung einer Bruttoinvestition der Kapitalersatz. Sind die Anlagegüter technisch verschlissen, so müssen sie erneuert werden. Ein Wahlakt ist dabei überflüssig. Würde man den Ersatz aufschieben, so müßte das Produkt unmittelbar sinken. Eine Nettoinvestition kann nicht entstehen.

Würden wir also eine traditionale Wirtschaft annehmen, in der die technische Lebensdauer unbegrenzt ist, so gäbe es auch keine Produktionsmittelproduktion. Nehmen wir dasselbe an für die wachsende Wirtschaft, so wird der tatsächliche Charakter der Produktionsmittelproduktion dieser Wirtschaft dadurch überhaupt nicht berührt, er kommt im Gegenteil klarer zum Ausdruck. Es ist dann in der wachsenden Wirtschaft die Investition überhaupt keine Folge des technischen Verschleißes, sondern nur eine Folge des Wechsels der Produktionsmethoden. Die Lebensdauer ist in einer solchen Wirtschaft (wachsende Wirtschaft bei Annahme unbegrenzter technischer Lebensdauer) nur durch den wirtschaftlichen Verschleiß begrenzt. Die Funktion der Produktionsmittelproduktion ist dann völlig von der Kapitalersatzfunktion losgelöst. Die tatsächliche Begrenzung der Lebensdauer wäre in diesem Falle, der die Funktion der Investition in der wachsenden Wirtschaft am reinsten zum Ausdruck

bringt, eine Folge der Investition, während in der traditionellen Wirtschaft die Investition ausschließlich eine Folge der begrenzten Lebensdauer ist. Das Ursachenverhältnis wäre gerade umgekehrt.

Die Produktionsmittelproduktion in der wachsenden Wirtschaft ist daher letzten Endes von der Aufgabe der Änderung der Produktionsmethoden, nicht von den Folgen des technischen Verschleißes her wie in der traditionellen Wirtschaft, zu verstehen. In diesem Sinne ist die Produktionsmittelproduktion eine Vergegenständlichung der methodischen Verbesserung von Produktionsmethoden, ein Produzent von wirtschaftlichem Wachstum. Sie muß immer aufs neue ihre eigene Existenz beweisen, indem sie neue Produktionsmethoden zur Verfügung stellt. Ihre statische Funktion, aufgrund technischen Verschleißes ausgefallene Kapazitäten zu ersetzen, behält sie natürlich bei, aber auch hier tritt eine Umwandlung ein insofern, als dieser Ersatz nur in den seltensten Fällen durch identische Kapitalgüter erfolgt. Vielmehr ist normalerweise das technische Wissen bereits fortgeschritten, so daß neue Kapazitäten an die Stelle der alten treten. Die wesentliche Funktion der Produktionsmittelproduktion, neue Produktionsmethoden und damit wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, prägt also auch die Kapitalersatzfunktion der Produktionsmittelproduktion in der wachsenden Wirtschaft. Der Kapitalersatz hingegen im Sinne einer traditionellen Wirtschaft - Ersatz verschlissener Kapitalgüter durch identische Kapitalgüter - fällt in der wachsenden Wirtschaft so gut wie völlig fort.

b) Kennzeichen der dynamischen Wirtschaft im Bereich der Konsumtion

Wir haben damit die wesentlichen Veränderungen, die aus der Dynamisierung der Produktion notwendig hervorgehen, beschrieben. Sobald eine ständige, methodische Reflexion der Produktionsmethoden einsetzt, passen sich die Arbeit und die Unternehmerleistung dem an und es entsteht die Nettoinvestition. Entsprechende Anpassungen vollzieht auch der Konsum. Wir haben ihn aufgeteilt nach privatem und gesellschaftlichem Konsum. Der

private Konsum hat, wenn man ihn vom Standpunkt der Produktion aus betrachtet, die Funktion, Produktionsfaktoren anzuziehen, während der gesellschaftliche Konsum Leistungen zur Verfügung stellen soll, die wir hier nur soweit betrachten wollen, als sie in Beziehung zur Wirtschaft selbst stehen. Der Konsum insgesamt ist also einerseits Abnahme von Endgütern, andererseits Mittel zur Anziehung von Leistungen, die zur Wirtschaft zurückfließen.

Der Konsum stellt immer Abnahme von Endgütern aus der Wirtschaft dar. Er ist insofern Zielpunkt der Produktion und setzt der Produktion ihre Zwecke. Die verschiedenartigsten Bedürfnisse sollen befriedigt werden, wobei zwischen den Bedürfnissen immer ein Gleichgewicht gewahrt werden muß. Hier ist der Konsument die letztthin entscheidende Instanz. Eine bestimmte Konsumhaltung ist jedoch erforderlich, wenn das Wachstum überhaupt möglich sein soll. Diese läßt sich nach 2 Richtungen bestimmen:

1. Die Konsumenten müssen bereit sein, ein sich fortwährend vergrößerndes Produkt auch zu konsumieren.
2. Die Vergrößerung des Konsumfonds darf nicht auf die Vermehrung identischer (konkreter) Konsumgüter gerichtet sein.

ad 1. Standesgemäße Versorgung als Ziel des Konsumenteninteresses ist das Ende der wachsenden Wirtschaft. Würden die Konsumenten mit einem bestimmten Versorgungsstand zufrieden sein, so kann die Produktion nicht mehr wachsen. Der Wunsch nach dauernder Steigerung der Einkommen ist notwendige Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums. Es muß daher die Vorstellung herrschen, daß verbesserte Versorgung verbessertes Leben bedeutet. Nur unter dieser Bedingung kann man beim Konsumenten die Bereitschaft erwarten, Produktionsfaktoren für die weitere Steigerung der Produktion zur Verfügung zu stellen. Dies war zu Beginn der industriellen Entwicklung ein echtes Problem in bezug auf die Arbeitskraft. Diese reagierte auf Lohnerhöhung oft genug durch Senkung der Arbeitszeit, also anormal. Wäre solch eine Reaktion allgemein, so wäre notwendig das Wachstum der Produktion verhindert.

Grundlage der Konsumhaltung muß daher sein, daß für eine größere Produktion immer auch Bedürfnisse vorhanden sind und daß es für lohnend erachtet wird, Produktionsfaktoren für zusätzliche Produktion einzusetzen.

ad 2. Bisher hatten wir nur die Konsumtion insgesamt betrachtet und die Konsumhaltung, die hier für eine wachsende Wirtschaft Voraussetzung ist. Aber dieser Gedankengang läßt sich auch für das einzelne Konsumgut verfolgen. Um den Forderungen des Wachstums zu entsprechen, muß sich die Haltung zum einzelnen Konsumgut verändern. Im traditionellen Konsumbewußtsein richtet sich das Bedürfnis auf Konsumgüter, die gemäß ihrer sachlichen Beschaffenheit bestimmt sind. Sie werden nicht einfach entsprechend ihrer Zweckmäßigkeit bei der Befriedigung von Bedürfnissen betrachtet. In vielen Fällen aber schreibt die Bestimmung des Konsumgutes nach der sachlichen Beschaffenheit bereits die Produktionsmethode vor. Ist etwa der Konsum von Textilien nicht nur nach der Zweckmäßigkeit bei der Befriedigung des Bedürfnisses nach Kleidung bestimmt, sondern ebenfalls nach der Beschaffenheit des Materials, so sind eben die Wachstumschancen, die durch die den Übergang von einem Material zum anderen entstehen, ausgeschlossen. Wird nicht nur Kleidung, sondern lediglich Kleidung aus Wolle und Leinen verlangt, so sind die Vorteile der Baumwolle und der Kunstfaser von vornherein ausgeschlossen. Oder ein anderes Beispiel: Geht das Bedürfnis nach Personentransport nicht auf schnellere, sicherere, billigere und bequemere Mittel, sondern auf Pferd und Wagen, so kann man die Vorteile der Eisenbahn nicht ausnutzen. Will man Geräte aus Holz, so schließt man den Kunststoff aus. Sobald also die Bedürfnisse nach ihrem konkreten Inhalt, der sachlichen Beschaffenheit des Konsumguts nach, befriedigt werden müssen, ist letztlich Wachstum ausgeschlossen. Man kann in einer wachsenden Wirtschaft jedem ein Auto und eine vollautomatisierte Küche geben, niemals jedoch einem jeden eine Kutsche mit Pferd und ein Dienstmädchen.

Der Konsum hat also immer 2 Bestimmungen, die darüber entscheiden, wie er tatsächlich befriedigt wird. Dies ist einmal das Bedürfnis, rein als solches betrachtet. Dies geht auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, Transport usw. Die andere Bestimmung

kommt von den zur Verfügung stehenden Produktionsmethoden her, die über die sachliche Beschaffenheit des Konsumgutes entscheiden. Die Änderungen der sachlichen Beschaffenheit der Konsumgüter aber geht immer auch mit einer unterschiedlichen Produktivität bei ihrer Herstellung parallel. Wachstum setzt voraus, daß die sachliche Beschaffenheit der Konsumgüter entsprechend den möglichen Steigerungen der Produktivität sich ändern kann. Letztlich entscheidend darüber, ob Wachstum möglich ist, ist daher eine Einstellung zum Konsum, die die Konsumgüter entsprechend ihren Preisen dem Konsumfonds einordnet. Analog zur abstrakten Arbeit können wir von einer abstrakten Bedürfnisbefriedigung sprechen.^{11/} Um also von der traditionellen Wirtschaftsweise zur wachsenden Wirtschaft zu kommen, muß sich ein neues Konsumbewußtsein bilden. Differenziert man die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung traditionell, so wird damit letztlich eben immer die traditionelle Produktionstechnik zementiert. Erst wenn die Bedürfnisse sich in Richtung der entsprechend dem technischen Fortschritt sich ändernden sachlichen Gütern ändern, kommt die Wirtschaft in Bewegung.

Letztlich ist das Verhältnis der traditionellen Wirtschaft zu ihren Konsumgütern magisch bestimmt. Diese sind in ihrer sachlichen Beschaffenheit Teil des traditionellen Bewußtseins geworden. Das Material selbst, aus dem die Güter bestehen, hat seinen Eigenwert. Abrupte Änderungen der Technik müssen das Weltbild dieser Gesellschaft selbst zerstören. Sofern sie daher geschehen, müssen sie sich charismatisch beglaubigen, ohne dieses Charisma ist die Änderung ein Frevel.^{12/} Sonstige Änderungen müssen so langsam geschehen, daß sie Teil des traditionellen Bewußtseins werden können.

Gerade diese Verbindung des menschlichen Bewußtseins und der sachlichen Beschaffenheit der Güter mußte gelöst werden, um eine wachsende Wirtschaft hervorzubringen. Die Güter dürfen keine andere Beziehung mehr haben als auf den Nutzen für die Bedürfnisbefriedigung, so daß sie nach den Gesichtspunkten von Leistungsfähigkeit und Bequemlichkeit entsprechend der Entwicklung der Kosten in ihrer sachlichen Beschaffenheit ständig änderbar sind.

In diesem Sinne sprechen wir hier von abstrakter Konsumtion und abstraktem Nutzen. Es gibt dabei natürlich Güter, die im Wachstum auch ihrer sachlichen Beschaffenheit nach völlig gleich bleiben. Dies gilt besonders für die lebensnotwendigen Bedürfnisse. Die Nahrung hat ihre Gegenstände der sachlichen Beschaffenheit ^{nach} nur wenig gewechselt. Kunstprodukte sind hier selten, gelten im allgemeinen als minderwertig. Sobald wir aber uns dem Gebiet der Luxusbedürfnisse nähern, ist das Verhältnis fast umgekehrt. Hier ist das eigentliche Gebiet der ständigen Substitution eines Gutes durch ein besseres neues. Dauernde Verbesserungen geschehen hier. Der gesamte Konsumfonds befindet sich in ständiger Umwälzung. Aber diese Umwälzungen gehen nicht etwa dadurch vor sich, daß zu einem bestimmten, in sich gleichbleibenden Konsumfonds neue Güter hinzutreten. Gerade die Änderung der sachlichen Beschaffenheit eines Großteils der einzelnen Konsumgüter ist die Bedingung für die Vergrößerung des gesamten Konsumfonds überhaupt.

Diese Änderungen gehen natürlich nicht selbstverständlich vor sich. Da sie aber Bedingung des Wachstums selbst sind, bringt ihre Notwendigkeit bestimmte gesellschaftliche Funktionen hervor wie die Werbung, die Mode usw. Man kann sie aus einer wachsenden Wirtschaft gar nicht fortdenken, sie sind gerade deshalb so unbedingt notwendig, weil der gesamte Konsumstock fortlaufend revolutioniert werden muß, wenn er sich vergrößern soll.

Was heißt nun Konsumfreiheit? Sie schließt natürlich als Grenzfall immer die Möglichkeit des Konsumenten mit ein, sich den Trends des technischen Fortschritts zu entziehen. Diese Freiheit hat er auch in der wachsenden Wirtschaft, und sie kommt in ganz bestimmten Nachfragerichtungen zum Ausdruck, wie im Kunstgewerbe, wo man gerade handgemachte Güter nachfragt. Sofern eine solche Einstellung aber für alle Konsumenten typisch wird, ist das Wachstum nicht mehr möglich. In der wachsenden Wirtschaft kann Konsumfreiheit letztlich nur heißen, gemäß den individuellen Bedürfnissen die Proportionen zu bestimmen, in denen nachgefragt werden soll. So wählt er zwischen Auto, Radio oder Fernsehapparat. Die Entscheidung des Konsumenten über die sachliche Beschaffenheit der Konsumgüter hingegen ist von

22

vornherein auf Randgebiete abgedrängt, wenn sich die Konsumfreiheit überhaupt mit der wachsenden Wirtschaft vertragen soll. Andererseits aber ist die Bereitschaft des Konsums, diese dauernden Konsumumwälzungen mitzumachen, selbst eine wesentliche Determinante der mit Hilfe einer bestimmten Technik möglichen Wachstumsrate. Je schneller der Konsument auf Neuerungen reagiert, um so schneller können sie sich für die Gesamtwirtschaft auswirken. ^{13/}

c) Einordnung der Wirtschaft in die Gesamtgesellschaft

Darmit ist das Konsumbewußtsein, das der wachsenden Wirtschaft zugrunde liegen muß, bestimmt. Auf der Basis dieses Konsumbewußtseins werden die Zwecke bestimmt, denen sich die Produktion anzupassen hat. Ebenso muß sich die Konsumtion an die Produktion anpassen, indem sie ein dem Charakter der Produktion - traditionale oder wachsende Wirtschaft - entsprechendes Konsumbewußtsein entwickelt. Beide stehen also in einem unbedingten gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis.

Es ergeben sich jedoch noch einige Besonderheiten in bezug auf die gesellschaftliche Konsumtion. Vom Standpunkt der Produktion aus können wir - wie wir gesehen haben - den Konsum immer, auch als Mittel zur Beschaffung von Leistungen betrachten. Persönliche Einkommen entstehen im allgemeinen durch die Beschaffung von Produktionsfaktoren für die Produktion. Der gesellschaftliche Konsum hat gegenüber dem privaten Konsum besondere Unterschiede in bezug auf die Einkommensbeschaffung und auf die Art der Leistungen, die zur Verfügung gestellt werden. Die Einkommen, aus denen der gesellschaftliche Konsum bestritten wird, kommen aus Steuern, die Abgaben mit Zwangscharakter darstellen. Die Festlegung der Steuern, die Gesichtspunkte, unter denen sie auferlegt werden, das alles ist durch den Charakter der Produktion selbst mitbeeinflusst. Eine traditionale Wirtschaft unterscheidet sich auch hierin wesentlich von der wachsenden Wirtschaft. In der wachsenden Wirtschaft hat sich das Steuersystem den Bedingungen der wachsenden Wirtschaft selbst anzupassen. Es darf die Herausbildung eines entsprechenden Konsumbewußtseins und des Rentabilitätsdenkens nicht stören.

Die Leistungen, die aus den Bereichen des gesellschaftlichen Konsums zur Verfügung gestellt werden, haben natürlich nicht nur für die Wirtschaft Bedeutung. Soweit diese Leistungen aber an die Wirtschaft abgegeben werden, unterliegen sie auch den Bedingungen des wirtschaftlichen Handlms. Eine wesentliche Leitung dieser Art ist die Rechtspflege. Sie sichert die Bahnen, innerhalb derer der Wirtschaftsprozess überhaupt abläuft. Die Rechtsordnung wird damit zu einer wesentlichen Bedingung der Wirtschaft selbst. Handelt es sich um eine wachsende Wirtschaft, so ist damit auch die Richtung festgelegt, in der die Rechtsordnung ausgestaltet sein muß. So muß die Rechtsordnung Mobilität von Kapital und Eigentum, allgemeine Vertragsfreiheit, Abschaffung von Sklaverei und Leibeigenschaft usw. beinhalten, wenn überhaupt die Bedingungen für rationales Handeln in einer wachsenden Wirtschaft gegeben sein sollen.

In dieser Weise werden alle Gesellschaftsbereiche, soweit sie mit der Wirtschaft in Verbindung treten, auch zu einer Anpassung an den Charakter der Wirtschaft gezwungen. Ohne hierbei eine einseitige Abhängigkeit konstruieren zu wollen, kann man doch sagen, daß die Anpassung sämtlicher Gesellschaftsbereiche an den Charakter der wachsenden Wirtschaft die Voraussetzung einer wachsenden Wirtschaft selbst ist. Die einzelnen Gesellschaftsbereiche bestehen nicht isoliert voneinander, sondern sind voneinander abhängig. Die Verwandlung einer traditionellen Wirtschaft in eine wachsende Wirtschaft wälzt daher die Gesamtgesellschaft, um, beschränkt sich also keineswegs auf den Bereich der Produktion im engeren Sinne. Alle Gesellschaftsbereiche sind in irgendeiner Form - als Konsumenten oder im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen - mit der Wirtschaft selbst verbunden. Wandelt sich die traditionale Wirtschaft in eine wachsende Wirtschaft um, so müssen sich also auch alle anderen Gesellschaftsbereiche mit umwandeln. Soweit sie Abnehmer von Gütern sind, müssen sie ein der wachsenden Wirtschaft entsprechendes Konsumbewußtsein erwerben, soweit sie Leistungen erbringen, müssen sie solche Leistungen erbringen, die dem Charakter der wachsenden Wirtschaft gemäß

sind. Sie können dabei natürlich ihre Anpassung mit recht unterschiedlicher Elastizität vollziehen, letztlich aber können sie sie nicht verweigern, wenn überhaupt wirtschaftliches Wachstum gesichert sein soll.⁴⁾

In dieser Form läßt sich das wirtschaftliche Handeln also als ein Kreislauf beschreiben, der die gesamte Gesellschaft umfaßt. Ausgehend von dieser Beschreibung, soll eine Auseinandersetzung mit den Marxschen Vorstellungen vom wirtschaftlichen Handeln und seinen Gesetzen erfolgen sowie mit den Umwandlungen, die diese Marxschen Auffassungen in der Politökonomie erfahren haben. Uns interessiert hierbei insbesondere die Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und der Rolle des Geldes im wirtschaftlichen Handeln.

II. Die Notwendigkeit des Geldes und die Entstehung der objektiven Gesetze der Wirtschaft

1. Die Koordination wirtschaftlichen Handelns und der sogenannte "Doppelcharakter der Ware"

Damit der Wirtschaftskreislauf überhaupt zustande kommt, müssen die Tätigkeiten der einzelnen Wirtschaftssubjekte und ihre Ansprüche an das Sozialprodukt koordiniert werden. Voraussetzung ist daher die Organisation der Produktion und Verteilung, die die durch die Arbeitsteilung zersplitterten einzelnen Leistungen der Wirtschaftssubjekte zusammenfaßt. Grundlage einer solchen Organisation der Produktion und Verteilung ist daher die Arbeitsteilung. Gäbe es keine Arbeitsteilung, so gäbe es auch kein Problem der wirtschaftlichen Koordination. Dann würde jedes Wirtschaftssubjekt durch seine eigene Arbeit seine eigenen Konsumgüter herstellen.

Die Arbeitsteilung jedoch, und im Zusammenhang mit ihr die Koordination der wirtschaftlichen Tätigkeit aller Wirtschaftssubjekte, läßt die wirtschaftliche Leistung des Wirtschaftssubjekts, also seine Produktion und die Konsumtion von Gütern auseinanderfallen. Man konsumiert nicht mehr die Güter, die man selbst produziert. Man produziert für die Wünsche fremder Menschen und konsumiert die Produkte fremder Menschen. Die Einheit von Produktion und Konsumtion, wie sie in einem Zustand ohne Arbeitsteilung bestehen müßte, ist, vom Standpunkt des einzelnen Wirtschaftssubjekts her gesehen, zerbrochen.

Dies ist natürlich anders, sobald man Konsumtion und Produktion vom Standpunkt der Gesellschaft aus betrachtet. Die Gesellschaft als Ganzes produziert immer genau das, was sie auch konsumiert. Auf gesellschaftlicher Ebene besteht die Einheit von Konsumtion und Produktion weiter. Die Gesellschaft als Ganzes betrachtet, ist nicht mehr Teil einer Organisation von Produktion und Konsumtion, sondern ist der Ort, wo Konsumtion und Produktion zu einer Einheit gebracht werden.

Aber die Gesellschaft ist nicht selbst Wirtschaftssubjekt im eigentlichen Sinne. Sie befriedigt keine Bedürfnisse, und sie leistet keine Arbeit. Sofern man von gesellschaftlichem Konsum spricht, handelt es sich immer nur um die gemeinsame Befriedigung von Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftssubjekte. So ist das Gesundheitswesen häufig ein Teil des gesellschaftlichen Konsums, dient aber nicht der Gesundheit der Gesellschaft, sondern der einzelnen. Ebenfalls leistet die Gesellschaft keine Produktion, sondern gibt nur den Ort der Koordination von Konsumtion und Produktion ab. Die Gesellschaft ist also kein Wirtschaftssubjekt, Wirtschaftssubjekte sind nur die einzelnen Menschen, die Arbeit leisten und Bedürfnisse befriedigen können. Sofern daher Arbeitsteilung herrscht - und jede menschliche Wirtschaft ist arbeitsteilig - ist eine Koordination der einzelnen Leistungen und Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte erforderlich.

Das arbeitsteilig produzierte Gut ist immer innerhalb des Gesamtsystems der Arbeitsteilung zu betrachten. Damit es überhaupt produziert werden kann, muß Arbeitsteilung herrschen und die Tatsache, daß es überhaupt produziert und konsumiert wurde, beweist, daß seine Produktion innerhalb des arbeitsteiligen Ganzen sinnvoll war. Die Entscheidung über die Produktion aber fällt, bevor die Produktion beginnt. Der Mechanismus der Koordination muß dazu die Daten zur Verfügung stellen, wenn Sicherheit bestehen soll, daß die Entscheidungen richtig sind.

Diese Besonderheit, daß das einzelne Gut immer im Zusammenhang der gesellschaftlichen Koordination zu betrachten ist, obwohl es seiner konkreten Bestimmung nach immer ein individuelles Bedürfnis befriedigt, nennt Marx den Doppelcharakter der Ware. Dieser Begriff steht im Mittelpunkt seiner Wirtschaftslehre und er soll daher hier zum Ausgangspunkt einer Kritik der Marxschen Auffassung vom Geld und von den objektiven Gesetzen der Wirtschaft gewählt werden.

Marx nennt den Wert der Ware, wenn sie im Hinblick auf den konkret bestimmten Konsumakt betrachtet wird, den Gebrauchswert der Ware. Sobald es darum geht, die Ware im Gesamtzusammenhang der arbeitsteiligen Wirtschaft zu betrachten, spricht Marx vom Tausch-

wert. Gebrauchswert ist damit die Bestimmung des Gutes auf den das konkrete Bedürfnis hin - so bäckt der Bäcker Brot zur Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses - Tauschwert hingegen die Form der Einordnung der Ware in den Gesamtzusammenhang aller sonst noch produzierten und produzierbaren Güter. "Jede Ware stellt sich dar unter dem doppelten Gesichtspunkt von Gebrauchswert und Tauschwert".^{2/} Gebrauchswert ist damit die unmittelbare Bestimmung des Gutes auf den Konsumtionsakt hin, Tauschwert seine Einordnung in den Gesamtzusammenhang aller Güter. "Unmittelbar ist er (der Gebrauchswert) die stoffliche Basis, woran sich ein bestimmtes ökonomisches Verhältnis darstellt, der Tauschwert".^{3/} Im Tauschwert erscheint der gesellschaftliche Charakter der Arbeit "Ferner erscheint im Tauschwert die Arbeitszeit des einzelnen Individuums und dieser allgemeine Charakter der vereinzelt Arbeit als gesellschaftlicher Charakter derselben".^{4/} "Als Gebrauchswert wirkt die Ware ursächlich. Weizen z.B. wirkt als Nahrungsmittel Diese Wirkung der Ware, wodurch sie allein Gebrauchswert, Gegenstand der Konsumtion ist, kann ihr Dienst genannt werden, der Dienst, den sie als Gebrauchswert leistet".^{5/} "Erschien die einzelne Ware unter dem Gesichtspunkt des Gebrauchswerts ursprünglich als selbständiges Ding, so war sie dagegen als Tauschwert von vornherein in Beziehung auf alle Waren betrachtet".^{6/}

Diese Analyse des Doppelcharakters der Ware zieht sich durch die gesamte Marxsche Wirtschaftstheorie. Sie taucht schließlich auf als Analyse des Doppelcharakters der Arbeit und des Handelns, überhaupt, wenn Marx von dem Unterschied der konkreten und abstrakten Arbeit spricht.

Marx stellt den Doppelcharakter der Ware als Ursache für die Entstehung des Geldes hin. Danach ist das Geld das Mittel, um die arbeitsteilige Produktion zu einem Ganzen zu koordinieren. Der Doppelcharakter der Ware entwickelt sich daher mit dem Grad der Geldrechnung. Am stärksten ausgeprägt ist er in der kapitalistischen Wirtschaft. Arbeitsteilung und Geldrechnung sind die wesentlichen Charakteristika.

2. Die Notwendigkeit des Geldes in der dynamischen Wirtschaft

a) Das Verhältnis von Geldgebrauch und Arbeitsteilung

Marx sieht das Geldsystem grundsätzlich von der Arbeitsteilung her. Als Folge der Arbeitsteilung ist die wirtschaftliche Tätigkeit in lauter einzelne Arbeitsgänge zersplittert, die über die gesamte arbeitsteilige Gesellschaft hin koordiniert werden müssen. Für diese Koordination sieht Marx grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Die Arbeitsteilung kann auf Basis privaten Eigentums oder eines Gemeineigentums stattfinden. Gründet sie sich auf Privateigentum, so besteht die gesamte arbeitsteilige Wirtschaft aus autonomen Einheiten, die mit Hilfe des Geldes zu einer Gesamtheit zusammengeführt werden müssen. Gründet sich die Arbeitsteilung hingegen auf Gemeineigentum (gesellschaftliches Eigentum), so ist jeder einzelne wirtschaftliche Akt unmittelbar gesellschaftlich, braucht nicht erst durch Geld in einen gesellschaftlichen Akt verwandelt zu werden, wie das bei Privatarbeit der Fall ist. Daher wird unmittelbar über die erforderliche Produktion bestimmt und ein Markt, auf dem die private Arbeit sich erst als gesellschaftlich notwendige Arbeit bestätigen müßte, ist überflüssig. Sicht man die Ursache des Geldes in dieser Art, so wird das Geld als ein Produkt des Austausches erklärt. Seine einzige Ursache ist dann die Tatsache, daß auf Basis autonomer Wirtschaftspartner produziert und verteilt wird.

"Die Teilung der Arbeit als Totalität aller besonderen produktiven Beschäftigungsweisen ist die Gesamtgestalt der gesellschaftlichen Arbeit nach ihrer stofflichen Seite als Gebrauchswerte produzierende Arbeit betrachtet. Als solche aber existiert sie, vom Standpunkt der Waren aus und innerhalb des Austauschprozesses, nur in ihrem Resultat, in der Besondung der Waren selbst. Der Austausch der Waren ist der Prozeß, worin der gesellschaftliche Stoffwechsel, d.h. der Austausch der besonderen Produkte der Privatindustrien, zugleich Erzeugung bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse ist, welche die Individuen in diesem Stoffwechsel eingehen. Die prozessierenden Beziehungen der Waren aufeinander kristallisieren sich als unterschiedene Bestimmungen des allgemeinen Äquivalents und so ist der Austauschprozeß zugleich Bildungsprozeß des Geldes. Das Ganze dieses Prozesses, der sich als ein Verlauf verschiedener Prozesse darstellt, ist die Zirkulation". 7/

Beruhet die Arbeitsteilung in dieser Weise auf privatem Eigentum, so hat Geld die Funktion eines Äquivalents. Jede einzelne Arbeit muß zu einem bestimmten Wert entlohnt werden, so daß aus den geschaffenen Einkommen wiederum Waren im gleichen Wert für die Konsumtion erworben werden können. Das Geld vermittelt diesen Austausch. Es stellt Wert an sich dar. Diese Äquivalentfunktion steht daher völlig im Mittelpunkt der Marxschen Geldtheorie. Es gibt im Marxschen Sinne einfache und komplizierte Äquivalentformen, die dem unterschiedlichen Stand der Entwicklung des Geldes entsprechen. Ein voll entwickeltes System der Arbeitsteilung verbindet sich nach Marx mit der Geldform des allgemeinen Äquivalents. Eine bestimmte Ware wird hier durch gesellschaftlichen Konsensus zum allgemeinen Äquivalent erklärt. Sie übernimmt die Funktionen des Geldes, indem sie als Zahlung für jede andere Ware akzeptiert und benutzt wird. //

In diesem Sinne ist die gesamte Marxsche Geldtheorie rein statisch. Sie geht aus von einer bestimmten Situation der Arbeitsteilung und erklärt auf der Grundlage dieser Situation den Austausch der Produkte. Sie erklärt nicht, wie diese Arbeitsteilung entsteht und nach welchen Kriterien sie weiterentwickelt werden kann. Die Kriterien für die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung und für das Wachstum des Sozialprodukts ergeben sich nach Marx nicht aus dem Geldsystem, sondern unmittelbar aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Marx wirft dem Kapitalismus geradezu vor, diese Kriterien aus dem Geldsystem (Zinsrechnung) zu entnehmen und dadurch eine rationale Wirtschaftsrechnung zu verfehlen. //

Das Geld hat im Marxschen Sinne eine rein statische Funktion, es kann losgelöst vom Problem der Wirtschaftsrechnung betrachtet werden. Zur Beurteilung des Marxschen Gedanken können wir daher auf eine Wirtschaft zurückgreifen, die kein Problem der Wirtschaftsrechnung kennt. Dies ist die traditionale Wirtschaft, wenn wir sie in der extremstmöglichen Weise auffassen als eine Wirtschaft, in der von Periode zu Periode stets die gleichen Wirtschaftsvollzüge durchgeführt werden.

Herrscht in solch einer Wirtschaft Arbeitsteilung, so kann Geld nur dann entstehen, wenn auf Basis privaten Eigentums produziert und ausgetauscht wird. Eine gesellschaftliche Lenkung des Produktionsprozesses hingegen würde das Geld jederzeit überflüssig machen. Wir hätten dann beide Arten der Koordination der arbeitsteiligen Produktion - Markt und Plan und beide Arten müssen als grundsätzlich möglich gelten. Da das Problem der Wirtschaftsrechnung ausgeschaltet ist, hat das Geld ausschließlich Äquivalenzfunktion, ist Hilfe beim Austausch und nichts weiter.

Daß dies eine Besonderheit der traditionellen Wirtschaftsweise ist und keineswegs ein Grundzug jeder Art zu wirtschaften überhaupt, hat Marx nicht näher untersucht. Deswegen benutzt er zur Erläuterung der Möglichkeit einer Trennung von Arbeitsteilung und Geldsystem gern Beispiele aus traditionellen Wirtschaften einer sehr frühen Zeit (altindische Gemeinde, die Wirtschaft von Peru). Warenproduktion und Arbeitsteilung sind trennbar, wenn eine traditionale Wirtschaft gegeben ist, in der sich die Produktionsmethoden und die Konsumgewohnheiten nicht ändern.

Das Geld vermittelt nur den Austausch, die Bahnen von Produktion und Konsumtion sind vorgegeben. Würde man vom Geld abstrahieren, so ändert sich nichts wesentliches. Prinzipiell könnte der Austausch auch natural vor sich gehen. Die notwendigen Konsumgüter und die anzuwendenden Produktionsmethoden sind ihrer sachlichen Beschaffenheit nach bekannt und der einzelne Produzent kann unmittelbar erkennen und beurteilen, für welches Bedürfnis eine Produktion möglich ist. Die Wirtschaftsrechnung ist kein Problem. Wenn die Produktionsmethoden festliegen, kann auch die Kombination der Endgüter lediglich in der Form wechseln, daß ein bestimmtes Gut an die Stelle und nie neben das andere tritt. Soll von einem Gut mehr produziert werden, so muß man vom anderen weniger produzieren. Tatsächlich findet bei einem solchen Ausgangspunkt die Wirtschaftsrechnung der traditionellen Wirtschaft eine relativ einfache Erklärung. Der Konsumfonds besteht aus einer Anzahl bekannter, ihrer sachlichen Beschaffenheit nach bestimmter Endgüter, die lediglich innerhalb eines gleichbleibenden Gesamtprodukts verschieden kombiniert werden können. Die Produktionsmethoden für

jedes bekannte Endgut sind vorgegeben, brauchen also nicht erst bestimmt zu werden. Die Lösung des Problems ergibt sich als eine Gleichung 1. Grades.^{11/} Eine Ausweitung des Kreislaufs ist nur möglich bei Vergrößerung der Arbeitskräftezahl, ohne daß sich seine Bestandteile ändern. Wie hoch der Grad der Arbeitsteilung dabei ist und wie kompliziert die technischen Prozesse selbst ablaufen, spielt für die Einfachheit der Wirtschaftsrechnung unter diesen Bedingungen keine Rolle. Sobald die Bahnen, in der der Prozeß abläuft, traditional eingefahren sind, brauchen sie nur weitergeführt zu werden. Umstrukturierungen des Konsumfonds klingen zwar Umstellungen der Produktion, aber nur dergestalt, daß bestimmte Produktionen in technisch gleicher Form ausgeweitet werden, wofür andere schrumpfen müssen. Es ergeben sich lediglich Anpassungsvorgänge, aber keine eigentlichen Auswahlprobleme. Die Wirtschaft ist überschaubar. Das Geld und die Geldrechnung ist hier nicht absolut zwingendes Mittel, ^{vielmehr} da die Einordnung der einzelnen Produktion in die Gesellschaft insgesamt ist durch die Tradition ja bereits besorgt. Ebenfalls sind die Bahnen des Austausches festgelegt. Dieser wird durch das Geld zwar erleichtert, wäre aber auch ohne das denkbar. Die traditionale Wirtschaft kennt daher durchaus reine Tauschwirtschaften. Diese einmal dann, wenn einzelne, überschaubare Wirtschaftseinheiten völlig selbstgenügsam produzieren (Oekoswirtschaft, aber auch der einfache Tausch der primitiven Wirtschaft), daneben gibt es durchaus reine Naturalwirtschaften, die ein ganzes Volk umspannen, wie in der Naturalwirtschaft der Inka.^{12/} Wirtschaftlich ist hier nicht mehr zu bestimmen als die Endgüterklasse selbst.

Entscheidend für die Geldfunktion in der traditionellen Wirtschaft ist daher, daß sie aus dem Austausch entsteht und kein Element der Produktion selbst ist. Die Formen, in der die Produktion selbst vor sich geht, sind bereits gegeben. Letztlich ist die Wahl der Produktionsmittel entschieden, wenn entschieden ist, welche Bedürfnisse zu befriedigen sind. Wird nun eine traditionale arbeitsteilige Wirtschaft ohne Geld geführt, so heißt dies im Marxschen Sinne, daß die Arbeit unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist. Der Einzelmensch ist unmittelbar auch Teil der Wirt-

schaftsgesellschaft, seine Arbeit ist die "Funktion eines Gliedes des Gesellschaftsorganismus". Die Arbeitsteilung hat damit einen völlig anderen Charakter gewonnen. Indem die Arbeit unmittelbar Funktion eines Gliedes des Gesamtorganismus wurde, entsteht eine Identität von Wirtschaftssubjekt und Wirtschaftsgesellschaft. Die einzelne Arbeit ist nicht mehr Privatarbeit, nicht mehr die Arbeit eines autonomen Wirtschafters und ihr Produkt braucht nicht mehr die Geldform anzunehmen, da die Produkte nicht mehr von autonomen Individuen getauscht werden. Es entsteht kein Markt, die Warenproduktion ist aufgehoben.

In diesem Sinne ist es das der Produktion vorausgesetzte Gemeinwesen, das den Charakter der Arbeitsteilung bestimmt. Mit der Aufhebung des Geldes wird eine bestimmte Form der Unterwerfung unter die Arbeitsteilung beseitigt. Es entspricht hierbei offensichtlich auch der Marxschen Auffassung, daß die Unterschiede der konkreten Arbeiten erhalten bleiben. Aber, da die Arbeit unmittelbar zur Funktion eines Gliedes des Gesamtorganismus geworden ist, kann man von einer Arbeitsteilung im vorher gemeinten Sinne des Wortes nicht mehr sprechen. Die "knechtende Unterwerfung unter die Arbeitsteilung" hat aufgehört.

In dieser Form und in diesem Sinne erwartet Marx die Aufhebung der Arbeitsteilung im Kommunismus. Er bezeichnet noch wesentliche Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen: Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, ebenfalls soll der Wechsel des Berufes beliebig möglich sein. Die Aufhebung der Arbeitsteilung, wie Marx sie sieht, geht daher nicht primär von der Aufhebung des Unterschiedes zwischen konkreten Arbeiten aus. Sie geht aus von der Schaffung einer Gesellschaft, die der Arbeitsteilung einen anderen Charakter gibt, indem sie die einzelne Arbeit als Teil des Gesellschaftsorganismus behandelt. Diese Schlüsse von Marx aber sind nur möglich, wenn Arbeitsteilung und Warenproduktion prinzipiell trennbar sind. Dies nimmt Marx auch an.

Die "gesellschaftliche Teilung der Arbeit ... ist Existenzbedingung der Warenproduktion, obgleich Warenproduktion nicht umgekehrt die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. In der altindischen Gemeinde ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, ohne daß die Produkte zu Waren werden. Oder, ein

näherliegendes Beispiel, in jeder Fabrik ist die Arbeit systematisch geteilt, aber diese Teilung nicht dadurch vermittelt, daß die Arbeiter ihre individuellen Produkte austauschen. Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber".^{15/}

Der Charakter der Arbeitsteilung muß sich daher wandeln, sobald die Warenproduktion aufgehoben wird. ^{Marx} Er beschreibt einen Zustand, in dem Arbeitsteilung ohne Warenproduktion herrscht, in folgender Weise:

"In der ländlich-patriarchalischen Industrie dagegen, wo Spinner und Weber unter demselben Dach hausten, der weibliche Teil der Familie spann, der männliche webte, sage zum Selbstbedarf der Familie, waren Garn und Leinwand gesellschaftliche Produkte, Spinnen und Weben gesellschaftliche Arbeiten innerhalb der Grenzen der Familie. Ihr gesellschaftlicher Charakter bestand aber nicht darin, daß Garn als allgemeines Äquivalent gegen Leinwand als allgemeines Äquivalent oder beide sich gegenseitig austauschen als gleichgültige und gleichgeltende Ausdrücke derselben allgemeinen Arbeitszeit. Der Familienzusammenhang vielmehr mit seiner urwüchsigen Teilung der Arbeit drückte dem Produkt der Arbeit seinen eigentümlichen gesellschaftlichen Stempel auf".^{16/}

Es ist danach von entscheidender Bedeutung, im Rahmen welcher Gesellschaft die Produktion überhaupt stattfindet:

"Es ist das der Produktion vorausgesetzte Gemeinwesen, das die Arbeit des einzelnen verhindert Privatarbeit und sein Produkt Privatprodukt zu sein, die einzelne Arbeit vielmehr unmittelbar als Funktion eines Gliedes des Gesellschaftsorganismus erscheinen läßt. Die Arbeit, die sich im Tauschwert darstellt, ist vorausgesetzt als Arbeit des vereinzelt einzelnen. Gesellschaftlich wird sie dadurch, daß sie die Form ihres unmittelbaren Gegenteils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt".^{17/}

Marx legt aber nicht die Voraussetzungen klar, unter denen seine Schlüsse für die Abschaffung der Warenproduktion gelten. Er selbst führt ein Beispiel an, in dem von einer urwüchsigen Arbeitsteilung gesprochen wird, auf der die geldlose Familienwirtschaft basiert. Die moderne Arbeitsteilung aber ist nicht urwüchsig, sondern ad hoc festgelegt. Sie ist ständig Gegenstand der Kalkulation. Urwüchsige Arbeitsteilung aber ist völlig das gleiche, wie das, was in dieser Untersuchung traditionales Wirtschaften genannt worden

ist. Es ist eine Arbeitsteilung, die durch Tradition vorgegeben ist. Innerhalb der Voraussetzungen traditionellen Wirtschaftens können die Marxschen Schlüsse durchaus als richtig gelten. Hier ist Geld nur möglich bei Privateigentum als Funktion des Austausches. Die Abschaffung des Privateigentums müßte hier immer auch zur Abschaffung des Geldes führen.

b) Die Rechenfunktion des Geldes

Werden die Voraussetzungen der traditionellen Wirtschaft so extrem formuliert, daß jegliches Wachstum ausgeschlossen ist, so haben wir allerdings letztlich die Voraussetzungen des Wirtschaftens in einem Termiten- oder Ameisenstaat. Es widerspricht jeder menschlichen Wirtschaft, absolut in traditionellen Bahnen zu verlaufen. Sprechen wir daher von traditionaler Wirtschaft als einem Typ des Wirtschaftens vor der industriellen Revolution, so muß diese traditionale Wirtschaft immer so verstanden werden, daß ein gewisser Wandel der Produktionsmethoden vor sich geht. Von der modernen Wirtschaft unterscheidet sich diese Art des Wandels der Produktionsmethoden dadurch, daß sie zufällig, nicht kontinuierlich und nicht methodisch vor sich geht. Aber der Wandel geht natürlich vor sich, wenn auch sehr viel langsamer.

Ein echtes Problem der Wirtschaftsrechnung entsteht in dieser traditionellen Wirtschaft nicht. Tauchen neue Techniken nur vereinzelt und nicht in Massen auf, so ist eine Kapitalrechnung als Teil der Wirtschaftsrechnung entbehrlich und es genügt, sich bei der Investition einzig an ihrer Wirkung auf den Arbeitsaufwand zu orientieren. Jede Investition, die überhaupt den Arbeitsaufwand senkt, gilt daher als rentabel. ^{18/}

Aber schon hier bekommt das Geld eine Funktion, die dann in der modernen Wirtschaft, in der dynamischen Wirtschaft, besonders ausgeprägt wird und die bei völlig starrem traditionalem Wirtschaften wegfällt, nämlich seine Rechenfunktion. Es wird zu einem Werkzeug rationaler wirtschaftlicher Wahl. Jetzt hat das Geld nicht mehr nur die Aufgabe, einen Austausch zu vermitteln, sondern es muß ebenfalls die Richtungen der Entwicklung der Produktion bestimmen. Diese Rechenfunktion des Geldes ist von Marx zwar gesehen, aber völlig unterschätzt worden.

Bei der Bewertung des Rechenproblems ging Marx aus von den Verhältnissen einer traditionellen Wirtschaft. Hier wächst das technische Wissen so langsam an, daß das wirtschaftliche Wachstum den einzelnen Wirtschaftssubjekten kaum zu Bewußtsein kommt. Unter solchen Umständen ist generell ein Zinskriterium für die wirtschaftliche Auswahl überflüssig, das Bewußtsein der Rechenhaftigkeit überhaupt sehr gering und daher die Orientierung an den reinen Arbeitskosten zum Zwecke der Investitionsauswahl und zur Lösung des Rechenproblems in der Wirtschaft ausreichend. Jede Chance, die Arbeitskosten überhaupt zu senken, ist eine lohnende Investitionschance, wenn nur eine ganz geringe Zahl solcher Chancen vorhanden ist.

Die Marxsche Vorstellung von der richtigen Wirtschaftsrechnung geht ~~daher~~ von einem solchen Zustand aus und schließt von dort ^{aus} ~~auch~~ ^{auf} ~~für~~ die dynamische Wirtschaft. Sie nimmt an, daß hier generell eine gleiche Wirtschaftsrechnung möglich und nötig sei. Der Zins ist für Marx nicht ein Mittel einer richtigen Wirtschaftsrechnung, sondern ein Hindernis hierzu.

Die Abschaffung des Geldes in der dynamischen Wirtschaft geht daher in der Marxschen Vorstellung Hand in Hand mit dem Übergang zu einer reinen Arbeitskostenrechnung. Entscheidend für seine Vorstellung der neuen, sozialistischen Gesellschaft ist die Erwartung, daß hierdurch das Lenkungsproblem erheblich vereinfacht wird, daß die Kompliziertheit des kapitalistischen Systems, die immer wieder zu Störungen und Schwierigkeiten führt, ein Produkt des Geldsystems sei und daß der Übergang zur geldlosen Wirtschaft hier grundsätzliche Abhilfe schaffe. Das Lenkungsproblem wird nach dieser Erwartung in der dynamischen Wirtschaft letztlich wieder so einfach sein wie es in der traditionellen Wirtschaft war. Damit fällt die Undurchschaubarkeit der sozialen Verhältnisse, die den Kapitalismus kennzeichnet, fort, die sozialen Gesetze verlieren ihren Zwangscharakter und an die Stelle der Verdinglichung von menschlichen Beziehungen tritt der unmittelbare Kontakt des Menschen mit dem Menschen.

Diese weitgehenden Erwartungen sind der Hintergrund der Marxschen Analyse des Tauschwertes und des Geldes. Aber sie ruhen auf einer Scheinlösung des Problems. Sobald nämlich technisches Wissen andauernd in großer Zahl zur Verfügung steht, können nicht mehr alle Techniken, die überhaupt ein Wachstum der Arbeitsproduktivität ermöglichen, eingesetzt werden. Die Entscheidung, welche Techniken anzuwenden sind, und welche Endgüterproduktionen zu vergrößern sind, enthält jetzt zum Unterschied von den Verhältnissen einer traditionellen Wirtschaft eine Wahl. Damit ist die Koordination aller einzelnen Akte der Produktion und der Konsumtion nicht mehr als eine Gleichung 1. Grades darstellbar. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ergibt sich vielmehr als eine Gleichung n -ten Grades, wobei n die Gesamtzahl der insgesamt vorgenommenen und möglichen Produktionsakte angibt. Kein einziger wirtschaftlicher Akt kann mehr isoliert betrachtet werden, über seine Möglichkeit kann auch nicht isoliert entschieden werden. Wirtschaftliche Entscheidungen müssen jetzt den Gesamtbereich der Wirtschaft stündig berücksichtigen.

Wenn man diesen Zusammenhang in der Marxschen Terminologie darstellen will, könnte man von seinem Begriff des Geldes als allgemeinem Äquivalent ausgehen. In der traditionellen Wirtschaft wird nach Marx eine bestimmte Ware (meistens Gold oder Silber) zum allgemeinen Äquivalent aller anderen Güter und vermittelt dadurch den Austausch. Geld ist allgemeines Äquivalent deshalb, weil es zur Vermittlung des Austausches dient. Eine solche Beschreibung genügt jedoch nicht, sobald eine dynamische Wirtschaft erklärt werden muß. Wenn man zur Beschreibung der Geldfunktion in der dynamischen Wirtschaft den Begriff des allgemeinen Äquivalents beibehalten möchte, müßte man davon sprechen, daß in der dynamischen Wirtschaft über jede einzelne Produktion nur entschieden werden kann, wenn sie als allgemeines Äquivalent jeder anderen Produktion in den Zusammenhang der Wirtschaft eingeht. In einer solchen Beschreibung wäre dann die Rechenfunktion des Geldes enthalten, aber jetzt könnte die Abschaffung des Privateigentums nicht mehr als ausreichende Bedingung für die Abschaffung des Geldes gelten.

Das Geld ist jetzt auch bei gesellschaftlichem Eigentum erforderlich, weil es keine Institution und keinen Menschen gibt, der die einzelnen Güter im Gesamtzusammenhang aller anderen Güter bewerten könnte. Das Geld wird hier zu dem Mittel, das diesen Mangel der einzelnen Wirtschaftssubjekte, die Wirtschaft nicht wirklich überschauen zu können, ersetzt. Weil dieses Wirtschaftssubjekt aber die gesamte Wirtschaft nicht überschauen kann, machen sich die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Handelns als Zwangsgesetze geltend. Er muß sich ihnen unterwerfen, ohne sie verstehen zu können. Zwangsgesetze des wirtschaftlichen Handelns und das Geldsystem haben also eine gleiche Quelle.

3. Die Entstehung objektiver Gesetze des wirtschaftlichen Handelns

a) Der Ursprung der objektiven Gesetze in der wirtschaftlichen Dynamik

Unter objektiven Gesetzen sind hierbei solche Gesetzmäßigkeiten verstanden worden, die sich dem wirtschaftlichen Handeln innerhalb eines Koordinationssystems aufzwingen, wenn dieses Handeln rational sein soll. Sie sind für das einzelne Wirtschaftssubjekt nicht einsehbar, müssen vielmehr als Diktat des Marktes oder des Planes angenommen werden. So kann das einzelne Wirtschaftssubjekt z.B. von den Ursachen einer Preisbewegung nur sehr vage Vorstellungen haben, es muß diese Preisbewegung aber als Grundlage seiner Kalkulation übernehmen, wenn es überhaupt rational handeln will. In dieser Form ist der Gesetzesbegriff enger gebraucht als dies in der Politökonomie gewöhnlich der Fall ist. Auch Marx selbst benutzt öfters Gesetzesbegriffe, die über den hier verwendeten Begriff hinausgehen.¹⁹⁾

Sobald aber von der Aufhebung ökonomischer Gesetze im Sozialismus gesprochen wird oder wenn prophezeit wird, im Sozialismus falle der Zwangscharakter der ökonomischen Gesetze fort, kann nur von Gesetzen im Sinne der hier gegebenen Definition die Rede sein. Nur innerhalb dieser Definition hätten solche Forderungen einen

Sinn. Objektive Gesetze sind daher hier grundsätzlich als die Gesetze des rationalen Handelns innerhalb eines Systems der Koordination des Handelns aufgefaßt worden.

Das Geld ist hiernach als äußeres Zeichen objektiver Gesetze aufzufassen, als das Vehikel, über das sich die objektiven Gesetze durchsetzen.

Marx sieht das Ursachenverhältnis gerade umgekehrt. Für ihn ist das Geld die Ursache der Komplizierung der Wirtschaft, während in der hier vertretenen Auffassung die Komplizierung der Wirtschaft die Ursache des Geldes ist. Dabei aber darf als Ursache der Komplizierung keinesfalls der hohe Grad der Arbeitsteilung oder die Kompliziertheit irgendeiner Technik angenommen werden. Techniken, sie mögen so kompliziert sein wie sie wollen, können keine wirtschaftlichen Zusammenhänge verdunkeln. Ursache ist einzig und allein der Charakter der Wirtschaft als wachsende Wirtschaft. Hingegen stellt die komplizierteste Technik, wenn sie im Rahmen einer traditionellen Wirtschaft auftreten würde, der Wirtschaftsrechnung kein größeres Problem als die einfachste Technik. Erst die dauernde Wahl, die dauernde Möglichkeit der Änderung, die an allen Stellen der Wirtschaft auftreten, macht die Einzelentscheidung unsicher.

Objektive Notwendigkeiten der Anpassung an die Gesamtwirtschaft bekommen damit den Charakter von Zwangsgesetzen der Wirtschaft. Da das einzelne Wirtschaftssubjekt nicht alle für sein Handeln relevanten Faktoren einkalkulieren kann, erfährt es immer erst nachträglich, ob es richtig gehandelt hat. Oft genug hat es falsch gehandelt und die Wirtschaft selbst erzwingt die Erkenntnis des falschen Handelns.

Würde das Wirtschaftssubjekt überhaupt alles wissen, so könnte es sein Handeln immer so einrichten, daß jede Situation, die auftaucht, bereits in der Planung berücksichtigt ist, und daher ihrerseits keine Anpassungen mehr erzwingen kann. Sobald dies aber nicht der Fall ist, muß sich das Wirtschaftssubjekt mit Einzelkalkulationen behelfen, so daß es ständig einem Risiko aus der Wirtschaft selbst heraus ausgesetzt ist. Die Voraussetzungen, die

es in seine Entscheidungen einbaut, können sich völlig wandeln, so daß sich eine rational kalkulierte Entscheidung als falsch herausstellt. Aus dem Wirtschaftsprozess selbst entstehen Risiken, die die traditionale Wirtschaft nicht kennt, die sich jetzt aber durch wirtschaftliche Zwangsgesetze bemerkbar machen. Diese Risiken werden andauernd neu durch die Dynamik der Wirtschaft und des technischen Fortschritts erzeugt.

Das eigentliche Moment, das den objektiven Gesetzen der Wirtschaft ihren Zwangscharakter verleiht, ist die Tatsache, daß die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Kalkulation in der Zeit dauernd wechseln, ohne daß dieser Wechsel vom Einzelnen voraussehbar ist.^{20/} Das Geld, das Basis der Kalkulation ist, ist in der Entwicklung immer auch ihr Zwangsvollstrecker. In der Kalkulation in Geld zeigt sich, ob eine bestimmte Produktion noch aufrechterhalten werden kann oder nicht. Das Geldkalkül entscheidet darüber.

Das Geld ist notwendiges Mittel der Kalkulation, weil das einzelne Wirtschaftssubjekt nicht unmittelbar aus der Kenntnis aller wirtschaftlichen Fakten heraus natural entscheiden kann. Es entscheidet darüber, in welchen Richtungen die Produktion fortgeführt werden kann und es zeigt, an welchen Stellen die Produktion aufzuhören hat.

Für das einzelne Wirtschaftssubjekt aber sind die Gründe solcher durch den Geldmechanismus erzwungener Entscheidungen immer nur nachträglich erkennbar, wenn überhaupt. Das Geld bekommt damit den Schein eigener Aktivität. Es ist der Markt, der eine Produktion zusammenbrechen läßt und eine andere fördert und kein einzelner Mensch ist verantwortlich. Dies ist das Moment, das Marx die Verdinglichung sozialer Beziehungen nennt, den Fetischismus der Ware.

"Es charakterisiert die Tauschwert setzende Arbeit, daß die gesellschaftliche Beziehung der Personen sich gleichsam verkehrt darstellt, nämlich als gesellschaftliches Verhältnis von Sachen. ... Wenn es daher richtig ist zu sagen, daß der Tauschwert ein Verhältnis zwischen Personen ist, so muß aber hinzugesetzt werden: unter dinglicher Hülle verstecktes Verhältnis".^{21/}

Dieses gesellschaftliche Verhältnis von Sachen begründet den Zwangscharakter der objektiven Gesetze der Wirtschaft. Soweit also bei Marx von der Überwindung objektiver Gesetze die Rede ist, kann es sich immer nur darum handeln, ihren Zwangscharakter aufzuheben.

"Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Verkleidungen der Transaktionen, die durch es hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann" 22

Indem diese Verkleidungen aufgehoben werden, ist sowohl das Problem der Abschaffung des Geldes nach der Ansicht von Marx gelöst, als auch die Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse aufgehoben.

Allerdings wird auch hier wieder der entscheidende Irrtum sichtbar, der darin besteht, das Geld für die Ursache der Verdinglichung zu halten und nicht für die Folge.

Aber die oben gegebene Beschreibung der wirtschaftlichen Zwangsgesetze gilt keinesfalls nur für die kapitalistische Wirtschaft. Sobald der Zwangscharakter wirtschaftlicher Gesetze aus der Dynamik der Wirtschaft erklärt werden muß, kann die Form der Organisation der Wirtschaft mit dem Charakter dieser Gesetze als Zwangsgesetze nichts zu tun haben.

Solange aber der zwingende Charakter der wirtschaftlichen Gesetze nicht beseitigt werden kann, kann auch das Geld nicht verschwinden. Das Geld ist ja nichts anderes als der Ausdruck dieses Zwangscharakters der Wirtschaftsgesetze. Die Voraussetzung, die für eine Überwindung des Zwangscharakters ökonomischer Gesetze und im Zusammenhang damit für die Abschaffung des Geldsystems gegeben sein müßten, wäre die absolute Faktenkenntnis der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Aber es ist eine Unmöglichkeit, jeden wirtschaftlichen Akt einer Gesamtwirtschaft in ein einziges wirtschaftliches Kalkül einzubeziehen. Dies schon deswegen, weil man die notwendigen

Anderungen in der Zeit nicht wissen kann, aber auch deshalb, weil auch die jeweilige gegenwärtige Wirtschaft nicht bis in ihre Einzelheiten überschaubar ist. Die Notwendigkeit des Geldes stützt sich aber gerade hierauf. Nehmen wir an, es würde zentral geplant, so kann der Plan immer nur soweit gehen, wie das Wissen der Planungsinstanz geht. Die große Menge von Entscheidungen, die dadurch nicht bestimmt sind, müssen dezentral vorgenommen werden. Eine solche dezentrale Vornahme der Entscheidungen aber braucht Wertindices.

Dies gilt für alle Entscheidungen betreffs der Produktion, analog aber auch für die Konsumtion. Welche Güter tatsächlich konsumiert werden und wieviel, ist in den Händen einzelner Wirtschaftssubjekte. Diese brauchen, selbst wenn sie freiwillig bereit sind, sich den allgemeinen gesellschaftlichen Möglichkeiten zu fügen, Kriterien für ihre Konsumentscheidungen. Die Gesellschaft muß ihnen sagen, wieviel sie konsumieren sollen oder dürfen und sie muß ebenfalls Kostenindices der Produkte zur Verfügung stellen, an denen die Konsumnachfrage sich ausrichtet.

Dezentrale Kriterien aber, die nicht auf umfassender Kenntnis aller Daten basieren, sind notwendig Geldkriterien. Sie müssen, wenn sie funktionieren sollen, alle Merkmale des Geldes haben: sie müssen zwingend sein und sie müssen nach einem rein formalen Gesichtspunkt angewendet werden. Sie können daher auch nur die Leistung des Wirtschaftssubjekts berücksichtigen und nicht seine Bedürfnisse. Wären die Bedürfnisse nämlich bekannt, so wäre ja gerade die Bedingung für eine Abschaffung des Geldes gegeben, nämlich die absolute Kenntnis aller Wirtschaftsdaten, die eine reine Unmöglichkeit für jede Wirtschaftsplanung ist.

Diese Notwendigkeit des Geldes und des Zwangscharakters ökonomischer Gesetze ergab sich auch für die sowjetische Wirtschaftspraxis. Nach einem kurzen Versuch, im Bürgerkrieg die Geldrechnung abzuschaffen, galt fortan die Finanzwirtschaft als ein wesentlicher Eckpfeiler der Wirtschaftsführung.^{2/3} Die Sowjetwirtschaft wurde fortan als eine Geldwirtschaft geführt. Geldwirtschaft kann in diesem Zusammenhang allerdings nur heißen, daß das Geld im Wirtschaftsablauf eine so wichtige Rolle spielt, daß eine Abschaffung für die Wirtschaft eine Katastrophe bedeuten müßte.

Während die Abschaffung des Geldes im Marxschen Sinne nur das Ziel haben konnte, die objektiven Gesetze der Wirtschaft zu überwinden und ihren Zwangscharakter zu beseitigen, wird das Verhältnis der sozialistischen Wirtschaft zu den objektiven Gesetzen in der sowjetischen Theorie ganz anders gefaßt. Sozialismus heißt in der Sowjettheorie, die objektiven Gesetze der Wirtschaft durchzusetzen, ihnen freie Bahn zu verschaffen. Der Unterschied zur kapitalistischen Wirtschaft wird daher in der Sowjettheorie in erster Linie in der Beseitigung der sogenannten Anarchie der Produktion gesehen. Dies heißt, daß die im wirtschaftlichen Ablauf sich immer wieder erzwingenden Anpassungen sich zwar mit dem gleichen Zwangscharakter wie im Kapitalismus durchsetzen, nicht aber durch Konjunktoren und Krisen. Der ökonomische Zwang wird nicht mehr "anarchisch" durchgesetzt, sondern bewußt durch den zentralen Planungsapparat.²⁴ Zur Klärung dieses Sachverhalts könnte man auf ein Beispiel hinweisen: Im Laufe der 50-er Jahre zeigte sich auf der Welt allgemein die Notwendigkeit, die Kohleproduktion relativ einzuschränken. Dies ist eine zwingende Notwendigkeit geworden. Sie führt - so jedenfalls würde die Sowjettheorie das ausdrücken - in der kapitalistischen Wirtschaft zu anarchischen Anpassungen und zu Auswirkungen auf alle übrigen Bereiche der Wirtschaft, die die Konjunktur insgesamt gefährden. In der Sowjetwirtschaft sind ganz ähnliche Anpassungen erfordert, auch im gleichen Ausmaß zwingend, sie können aber so durchgeführt werden, daß sie sich auf den betroffenen Industriezweig beschränken und keine konjunkturellen Rückwirkungen haben.

Ganz gleich, ob diese Beschreibung des Sachverhalts in kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft richtig ist oder nicht, so gilt doch, daß objektive Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft, in dieser Weise aufgefaßt, niemals mit der Abschaffung des Geldes verträglich sind. Gerade wenn man das Verhältnis der sozialistischen Wirtschaft zum objektiven Gesetz in dieser Art bestimmt, ist die Abschaffung des Geldes notwendig ausgeschlossen.

Dies ist ein entscheidender Gesichtspunkt und enthüllt einen grundsätzlichen Widerspruch in der marxistischen Theorie des Geldes. Geld als Mittel zur Durchsetzung objektiver Gesetze kann gerade nicht dadurch überflüssig gemacht werden, daß man die gleichen objektiven Gesetze wie im Kapitalismus durch einen Planungsapparat

verwirklichen will. Der Planungsapparat braucht das Geld genau so nötig wie eine Marktwirtschaft. Die Erwartung aber, daß der Planungsapparat das Geld entbehren könne, ist eine Täuschung. Damit hängt zusammen, daß auch der Planungsapparat das perfekte Funktionieren der Wirtschaft nicht sichern kann. Er kann zwar die konjunkturelle Krise der kapitalistischen Wirtschaft beseitigen, taucht dafür aber eine kontinuierliche Krise des Versorgungssystems ein.

Wir können also das Verhältnis der Sowjetwirtschaft zu den objektiven wirtschaftlichen Gesetzen als Dienst an den wirtschaftlichen Gesetzen bezeichnen, als die Unterwerfung unter die objektiven Gesetze der Wirtschaft, im Unterschied zur Überwindung der objektiven Gesetze der Wirtschaft, die durch die Abschaffung des Geldes angezielt werden sollte.

Daß zwischen beiden Auffassungen ein prinzipieller Unterschied besteht, erkennt die Sowjettheorie nicht an. Sie konstruiert im Gegenteil ein zeitliches Nacheinander. Die Unterwerfung unter das wirtschaftliche Gesetz führt danach im Laufe der Zeit zur Überwindung der wirtschaftlichen Gesetze. Die Entwicklung des Geldsystems schafft die Voraussetzungen für seine Abschaffung. Es wird nicht abgeschafft, um den Kommunismus aufzubauen, sondern es wird als Mittel benutzt, um die Ziele der Sowjetwirtschaft zu erreichen. Das Geld wird bejaht als Mittel, die objektiven Gesetze der Wirtschaft durchzusetzen, wobei die Annahme, daß sich später ein Zustand der Abschaffung des Geldes (Kommunismus) ergeben wird, zu einem zusätzlichen Motiv zur Stärkung des Geldsystems gemacht wird. An der Möglichkeit dieses geldlosen Zustandes wird allerdings festgehalten, ohne daß man sich über die wahren Schwierigkeiten Rechenschaft ablegt.^{25/}

Sobald aber die Voraussetzungen geprüft werden, unter denen eine Abschaffung des Geldes denkbar erscheint - absolute Faktenkenntnis - erweist sich der Unterschied zwischen beiden Stufen als prinzipiell. Eine dynamische Wirtschaft ohne Geldsystem erscheint dann als unmöglich und man muß das Geld als ein notwendiges, nicht zu beseitigendes Mittel der Koordination in der dynamischen Wirtschaft bezeichnen.

b) Der zwingende Charakter der dynamischen Wirtschaft

Geld kann daher nur für eine traditionale Wirtschaft als weitgehend entbehrlich angesehen werden. Für jede dynamische Wirtschaft ist es hingegen von absoluter Notwendigkeit. Für Marx und die Marxisten aber war Kommunismus als Endziel nie eine traditionale Wirtschaft, nicht Maschinenstürmereien und ebensowenig Zufriedenheit mit dem Stand der Produktivkräfte, auf dem man ausruht. Kommunismus ist für Marx immer und überall Entfesselung der Produktivkräfte, nicht ihre Mäßigung.

Kommunismus ist eine Vereinigung des Idylls der traditionellen Wirtschaft (Urkommunismus) mit den Produktivkräften der ständig wachsenden Wirtschaft.

Aber theoretisch wäre natürlich auch der andere Schluß denkbar, daß nämlich die Beruhigung des wirtschaftlichen Wachstums die Gesellschaft wieder zu Formen zurückführen könnte, die den Verhältnissen der traditionellen Wirtschaft ähnlich sind. Die wirtschaftlichen Gesetze würden dann viel von ihrer Undurchsichtigkeit verlieren, gewissermaßen nur latent wirksam sein und den einzelnen Produzenten nicht mehr dauernd vor den Zwang zur Änderung seiner Lebensgestaltung stellen, Bedarf und Produktion könnten wieder zu natürlichen, vertrauten und in Sitte und Gewohnheit eingeordneten Größen werden. Diese Vorstellung, die sicher mit der Marxschen Kommunismusvorstellung gar nichts zu tun hat, ihr vielmehr diametral widerspricht, soll hier noch kurz besprochen werden. ²⁶⁾

Wir hatten vom Zwangscharakter des ökonomischen Gesetzes gesprochen insofern, als sie den Menschen wider Willen und ohne sein Zutun immer wieder vor den Zwang stellen, seine Lebensgestaltung (als Konsument und als Produzent) zu ändern, wenn das Wachstum der Wirtschaft nicht aufhören soll. Dies bedingt die Errichtung jenes unüberschaubaren Mechanismus der Preise oder des Plans, der erst die Entscheidung fällen kann, ob das wirtschaftliche Handeln des einzelnen der gesamtgesellschaftlichen Rationalität entspricht oder nicht. In der traditionellen Wirtschaft hingegen wirken diese Gesetze nur latent, sie zwingen den einzelnen zwar, in den bisherigen Bahnen zu bleiben, nicht aber die Bahnen

der Produktion dauernd zu verändern. Aus diesen Bahnen der Produktion kann er nur geworfen werden durch äußere Ursachen, wie Kriegen, Mißernten usw. Sobald aber die Wirtschaft eine wachsende Wirtschaft ist, wirkt der Zwang, dem er sich anpassen muß, andauernd aus der Wirtschaft selbst.

Aber dieser Zwang hat zur Voraussetzung, daß die Wirtschaft tatsächlich wächst. Die Gesetze der Wirtschaft wirken nur dann aktiv auf den Wirtschaftler, wenn die Wirtschaft in Bewegung ist. Aber wer zwingt die Wirtschaft dazu, dauernd in Bewegung zu bleiben?

Wir hatten die Entstehung der dynamischen Wirtschaft als das Ergebnis einer Erkenntnis des Menschen bezeichnet, einer Erkenntnis, daß Produktionsmethoden methodisch verbessert werden können. Ein dem entsprechendes Verhalten ist für uns heute eine völlige Selbstverständlichkeit, nicht jedoch für die traditionale Wirtschaft. Sie setzt ein Verhältnis des Menschen zur Wirtschaft voraus, das gerade diese Dimension des Handelns überhaupt nicht kennt. Im Gegenteil. In der traditionellen Wirtschaft findet man die Überzeugung, daß Produktionsmethoden und bestimmte Endgüter von den Göttern stammen (so das Feuer von Prometheus) oder daß sie göttlich sanktioniert sind. Die Absicht, sie zu ändern, ist Frevel. Erst wenn man erkennt, daß der Mensch es selbst ist, der die Produktionsmethoden schafft, daß die menschliche Arbeit nicht mit Notwendigkeit ein Beruf innerhalb der gegebenen Wirtschaft ist, sondern die Produktionsmethode, die der Arbeit zugrundeliegt selbst Gegenstand der Arbeit sein kann, ist eine wachsende Wirtschaft und eine moderne Technik möglich. Notwendig ist hierzu eine ganz neue Auffassung von der menschlichen Umwelt, die nicht mehr als eine Umwelt aufgefaßt wird, die durch einen magischen Bezug festgelegt und geheiligt ist. Verliert die Umwelt diesen Schleier, so kann sie Gegenstand einer methodischen Reflexion der Mittel werden. Es handelt sich hier um eine Änderung des wirtschaftlichen Bewußtseins, die jedoch nicht frei gewählt wird. Sie liegt offensichtlich völlig jenseits des freien Willens der einzelnen Wirtschaftssubjekte.

In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß der Übergang zur dynamischen Wirtschaft zwingend ist. Ist erkannt, daß die Reflexion der wirtschaftlichen Mittel eine rationale, das Produkt vergrößernde Tätigkeit ist, so ist diese ständige Reflexion der wirtschaftlichen Mittel eine Forderung der Ration selbst. Man würde irrational handeln, wenn man dieser Forderung nicht nachkäme. Man kann die Technik mäßigen, kann sie in irgendeiner Weise zu binden versuchen, man kann sie aber nicht stoppen. Die Freiheit der modernen Wirtschaft schließt daher gerade die Freiheit, in traditionale Bahnen zurückzukehren, nicht ein. Was hier für jedes einzelne Individuum isoliert vorstellbar ist, trifft für die Gesellschaft selbst nicht zu. Freiheit des Konsumenten kann daher nur noch heißen, zu wählen, in welcher Güterkombination er seine Bedürfnisse befriedigen will, nicht die Möglichkeit, an der traditionellen Güterkombination in der traditionellen Einkommenshöhe festzuhalten. Sofern er es versucht, löst er nur gesellschaftliche Gegenreaktionen aus. Ein ernsthafter Versuch dieser Art ist aber auch nicht wirklich vorstellbar. Dasselbe Bewußtsein, das zu einer dauernden methodischen Reflexion der Produktionsmethoden führt, ist ja gerade auch die Voraussetzung einer dieser Produktion entsprechenden KonsumEinstellung. Ein grundsätzlicher Widerspruch ist hier unmöglich.

Dieser Zwang, sich die industriellen Mittel anzueignen, ist mittlerweile so selbstverständlich geworden, daß sich kein Land der Welt mehr von der Industrialisierung ausschließen will. Es wird nicht gewählt, ob man industrialisiert, sondern nur noch, wie man es tut. Soweit noch Überbleibsel traditionaler Wirtschaftsformen bestehen, sind sie ausgehöhlt und können sich dem Untergang äußerstenfalls durch Anpassung an die Erfordernisse der wachsenden Wirtschaft entziehen.²⁴ Soweit sich aber Politiker diesem Zwang zur Industrialisierung entziehen wollen, kann man ihnen den sicheren Untergang voraussagen.

III. Das System der Koordination wirtschaftlicher Entscheidungen

Die dynamische Wirtschaft, also eine Wirtschaft, für die das Wachstum des Produkts wesentlich ist, ist ohne eine methodische Technik nicht denkbar. Ebenso wenig ist sie praktisch durchführbar ohne ein Geldsystem. Die Voraussetzungen, die für eine Abschaffung des Geldes gegeben sein müßten, sind so extrem, daß sie nicht menschenmöglich sind.

Zur dynamischen Wirtschaft gehört daher auch notwendig der Zwangscharakter ökonomischer Gesetze und die Undurchschaubarkeit sozialer Verhältnisse, die Ursache für die Verdinglichung sozialer Beziehungen, die Marx kritisiert. Ein Zurück zu traditionellen Wirtschaftsverhältnissen scheint undenkbar.

Geldsystem und methodische Technik sind aber nicht alle Voraussetzungen einer dynamischen Wirtschaft. Damit die Technik und das Geldsystem eingesetzt werden können, muß das Koordinationssystem festgelegt werden. Unter Koordinationssystem ist dabei verstanden das System der Entscheidungsbefugnisse über die Richtung der wirtschaftlichen Aktivität. Denn die Technik und das Geld kann innerhalb unterschiedlicher Koordinationssysteme eingesetzt werden. Sie können zur Grundlage sowohl eines Markt- als auch eines Planmechanismus werden.

Die Bestimmung des Koordinationsmechanismus legt gleichfalls fest, auf welche Weise wirtschaftliche Macht ausgeübt wird. Im Fall der Marktkoordination wird sie ausgeübt durch rechtlich autonome Einheiten am Markt, wobei der Geldmechanismus gleichzeitig einen Mechanismus des Ausgleichs der Machtpositionen darstellt (die Preise sind Gleichgewichtspreise). Bei Plankoordination wird Macht innerhalb bürokratisch bestimmter Kompetenzen ausgeübt (die Preise sind Kostenpreise).

In beiden Fällen aber handelt es sich um ein Geldsystem, das benutzt wird und benutzt werden muß. Wir werden also der Meinung nicht zustimmen, daß Geldsystem und Marktkoordination notwendig identisch sind. Es müssen zusätzliche Bedingungen gegeben sein, damit das Geldsystem als Marktkoordination wirkt.

1. Koordinationssystem und Eigentumsordnung

a) Definition der Eigentumsordnung von ihren wirtschaftlichen Funktionen her

Das Koordinationssystem, das mit der Verteilung und dem Ausgleich wirtschaftlicher Macht eng zusammenhängt, steht gleichfalls in unmittelbarem Zusammenhang mit der Eigentumsordnung. Allerdings ist der Begriff der Eigentumsordnung nicht eindeutig. Auf jeden Fall aber beinhaltet Eigentumsordnung nicht nur eine Entscheidung über das Koordinationssystem, sondern ebenfalls eine Entscheidung über die Verteilung der Einkommen. Machtpositionen, wie sie durch das Koordinationssystem geschaffen werden, schlagen sich gemeinhin auch in Einkommenspositionen nieder. Man könnte daher die Eigentumsordnung, wenn man sie von ihren wirtschaftlichen Funktionen her definieren will, einmal von der Seite des Koordinationssystems her sehen. Sie beschreibt dann die Art der Ausübung und des Ausgleichs wirtschaftlicher Macht innerhalb eines Wirtschaftssystems. Wir müßten dann bei einem System der Marktkoordination immer von Sondereigentum (Privateigentum) sprechen, bei einem System der Plankoordination von gesellschaftlichem Eigentum. Obwohl eine solche Begriffsbildung möglich wäre, erfaßt sie nicht das ganze Phänomen des Eigentums. So kann man bei einem Wirtschaftssystem, wie dasjenige Deutschlands nach 1933, schlecht von einer Eigentumsordnung gesellschaftlichen Eigentums sprechen. Obwohl hier eine Koordination durch den Plan bestand, gab es Privateigentümer, die aufgrund ihres Eigentums Einkommen bezogen und die über die Besetzung der Stelle des Betriebsleiters entschieden. Wesentliche Elemente, die gemeinhin als Teil des Eigentumsrechtes gelten, waren also in privater Hand geblieben. Das umgekehrte könnte am Beispiel Jugoslawiens gezeigt werden. Hier herrscht Marktkoordination, aber der Staat hat große Vollmachten, um in die Bestimmung der Betriebsleiter, aber auch in wirtschaftliche Entscheidungen einzugreifen. Juristisch herrscht Staatseigentum.

Man könnte den Eigentumsbegriff aber auch so definieren, daß als grundlegend für die Eigentumsordnung die Tatsache gilt, daß Eigentum Einkommenschancen verleiht. Aber auch jetzt wird der Begriff nicht eindeutig.

Zum Begriff der Eigentumsordnung müssen immer beide wirtschaftlichen Aspekte des Eigentums, nämlich Teil eines Koordinationssystems und Einkommenschance zu sein, zusammen gesehen werden. Die Wirklichkeit aber kennt die verschiedensten Mischsysteme. Wenn man daher durchaus sagen kann, daß im allgemeinen einem bestimmten Koordinationssystem eine bestimmte Einkommensverteilung entspricht, so ist dies doch nicht notwendig der Fall und die tatsächlich verwirklichte Eigentumsordnung kann die mannigfaltigsten Wandlungen durchmachen.

Für den Gesichtspunkt aber, der in unserem Zusammenhang interessiert, genügt der Verweis auf das Koordinationssystem. Soll wirtschaftliches Handeln innerhalb der dynamischen Wirtschaft überhaupt möglich sein, so ist ein Koordinationssystem erforderlich, das in Form einer Markt- oder Plankoordination durchgeführt werden kann. Daß hinter diesem Koordinationssystem immer eine bestimmte Eigentumsordnung steht, von der das Koordinationssystem selbst ein Teil ist, ist daher hier nicht von belang.

b) Die Marxsche Auffassung der Eigentumsordnung und die Auffassung in der Politökonomie

Die Marxsche Definition der Eigentumsordnung geht davon aus, daß sich Koordinationssystem und Verteilungssystem entsprechen. Der Einsatz für ein System der Markt- oder Plankoordination ist daher immer als ein Einsatz für ein System des Sondereigentums oder des gesellschaftlichen Eigentums verstanden. Marx streitet die Trennbarkeit beider Aspekte des Eigentums grundsätzlich ab. Die Politökonomie folgt ihm darin. Es kann also bei dieser Begriffsbildung auf Basis eines privaten Eigentums keine Plankoordination

geben und auf Basis gesellschaftlichen Eigentums keine Markt-koordinierung. In der Marxschen Auffassung vertragen sich diese Größen nicht.

"Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln bedeutet, daß alle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft die Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände besitzen und sie gemeinsam im Produktionsprozeß ausnutzen". 3/

S. 97 - Političeskaja ekonomija socializma.

Dabei ist auch für Marx im Koordinationssystem der primäre Aspekt der Eigentumsordnung gegeben, während das Verteilungssystem diesem zwar notwendig beigeordnet ist, aber von sekundärer Bedeutung ist.

Der Marxsche Begriff des Eigentums läßt sich am leichtesten von seinem Begriff der Aneignungsweise erläutern. Nach Marx ist Eigentum Aneignungsweise und zwar in zweierlei Hinsicht. Als System der Koordination wirtschaftlichen Handelns durch den Menschen ist es Aneignungsweise der Natur durch den gesellschaftlichen Menschen überhaupt und als Verteilungssystem System der Aneignung des Produkts durch die Klassen, wobei der Klasse der Eigentümer der Produktionsmittel ein Mehrwert zufällt. Eigentumsordnung als Weise der Aneignung der Natur durch den Menschen aber steht im Mittelpunkt der Analyse. Der gemeinte Sachverhalt drückt inhaltlich das gleiche aus wie der hier gebrauchte Begriff des Koordinierungssystems aus.

"Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform. In diesem Sinne ist es Tautologie zu sagen, daß Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion sei". 3/

Hier verwendet Marx einen Begriff des Eigentums, der völlig mit dem Begriff des Koordinationssystems identisch scheint. Aber auch hier muß dazu gesagt werden, daß Marx die Aneignung des Produkts durch die Produzenten immer gleichzeitig als einen Teil der Aneignung der Natur durch den Menschen faßt. Verteilungs- und Produktionsweise sind bei Marx nicht trennbar, sein Eigentumsbegriff schließt daher auch beide Momente mit ein.

Die Politökonomie geht von diesem Marxschen Begriff des Eigentums aus. Sie kennt kapitalistische und sozialistische Systeme, denen jeweils eine Eigentumsordnung entspricht. Zum kapitalistischen System gehört die Ordnung des Privateigentums, zum sozialistischen System das gesellschaftliche Eigentum.

Die möglichen Zwischenlösungen, wie etwa die faschistische Wirtschaft, das jugoslawische Wirtschaftssystem usw. gelten nicht als eigene Eigentumsordnungen, sondern als Abwandlungen dieser zwei ursprünglichen Eigentumsordnungen. Die faschistische Wirtschaft ist in dieser Auffassung eine Auflösungsform des kapitalistischen Eigentums, die ebenso zugrunde gehen muß wie das kapitalistische Eigentum selbst. Wirtschaftssysteme hingegen, die das Privateigentum enteignet haben, sind auf dem Wege zum sozialistischen, zum gesellschaftlichen Eigentum, das im Vollsinn des Wortes aber erst erreicht ist, wenn auch die wirtschaftliche Koordination durch den Plan erfolgt.

In diesem Sinne beinhaltet der Begriff des gesellschaftlichen Eigentums notwendig, daß die Entscheidung über die Verwendung der Produktionsmittel letztlich von einer einzigen Stelle aus erfolgt. Nur in dieser Form begründet das gesellschaftliche Eigentum ein wirtschaftliches Handeln, das sich vom wirtschaftlichen Handeln des Einzeleigentums wesentlich unterscheidet. Dieser Eigentumsbegriff stimmt gleichzeitig mit dem bei Marx (Eigentum als Weise der Aneignung, letztlich als Ausdruck einer bestimmten Produktionsweise) und in der Politökonomie gebräuchlichen Eigentumsbegriff überein.

Gesellschaftliches Eigentum ist hiernach untrennbar davon, daß die Befugnis, über die Produktionsmittel zu verfügen, in einem zentralen Planungsapparat zentriert und personifiziert ist.

"Die Gesellschaft, das heißt die Werktätigen selbst, erhält die Möglichkeit, den Produktionsprozeß der gesamten Volkswirtschaft des Landes zu planen und zu regulieren Der Sozialismus ermöglicht eine planmäßige Leitung des gesamten gesellschaftlichen Produktionsmechanismus".

Diese Befugnis zur Planung wird an einer einzigen Stelle zentriert:

"Im Sozialismus ist das allgemeine Volkseigentum staatliches Eigentum, denn die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft und diese wird in diesem Stadium durch den Staat verkörpert. Im Auftrag der Gesellschaft leitet der Staat die gesamte gesellschaftliche Produktion als einheitlichen Prozeß. Der Staat gibt den einzelnen Kollektiven die Produktionsmittel zur Nutzung, bleibt jedoch ihr Eigentümer. Wenn man sagt, daß die Menschen im Sozialismus ihre gesellschaftliche Entwicklung selbst lenken, so bedeutet das, daß sie das über die Partei und den Staat tun; denn diesen obliegt die führende und organisierende Rolle in der sozialistischen Wirtschaft". 6/

Die Nationalisierung und Enteignung ist nur ein Schritt zum gesellschaftlichen Eigentum, nicht das gesellschaftliche Eigentum selbst.

Die Nationalisierung selbst gibt nur die Möglichkeit, eine gesellschaftliche Produktion zu schaffen.

"Die sozialistische Nationalisierung ist also eine der allgemeinen unbedingt notwendigen Aufgaben der sozialistischen Revolution, in welchem Lande sie auch immer durchgeführt wird So wird das Fundament des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft, der neuen Produktionsweise geschaffen. Auf diesen Sektor gestützt, kann die Arbeiterklasse an die Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens der Gesellschaft gehen". 7/

Nach der Nationalisierung ist die eigentliche Aufgabe noch zu tun.

"In der ersten Zeit nach der Nationalisierung stellen die Industrie, das Verkehrswesen und die Banken noch einzelne, isolierte Unternehmen dar. Zeit und große Anstrengungen sind erforderlich, um sie zu einem Ganzen zu vereinigen und ihre Tätigkeit nach einem einheitlichen Plan zu organisieren. Im Verlauf der Übergangsperiode wird diese Aufgabe gelöst. Die im Landesmaßstab von einem Zentrum aus geleitete Großproduktion besitzt Vorzüge, von denen der Kapitalismus nicht einmal träumen kann". 8/

Die "im Landesmaßstab von einem Zentrum aus geleitete Großproduktion" ist diejenige Produktionsart, die durch das gesellschaftliche Eigentum hergestellt werden soll. Sie ist diejenige Weise des wirtschaftlichen Handelns innerhalb der Gesellschaft, die gemeint ist, wenn in der Ideologie des Sowjetsystems das gesellschaftliche Eigentum gefordert und gerechtfertigt wird.

Tatsächlich ist es hier nicht so wichtig, ob es sich nun um staatliches oder genossenschaftliches Eigentum handelt. Wenn auch die Genossenschaften gegenüber den Staatsbetrieben gewisse Besonderheiten haben, so doch gerade nicht in Beziehung auf die Unterstellung unter den zentralen Planungsapparat. Die Politökonomie spricht deshalb von Genossenschaften in 2 Bedeutungen. Einmal gibt es die Genossenschaft der kleinbürgerlichen Produzenten innerhalb der kapitalistischen Ordnung. In der sozialistischen Ordnung hingegen bilden sich auch sozialistische Genossenschaften. ^{2/}

Staatliches und genossenschaftliches Eigentum gelten daher in der Politökonomie nur als Formen des einheitlichen gesellschaftlichen Eigentums. Dies ist natürlich nur möglich, wenn die Eigentumsordnung so definiert ist, daß es das Koordinationssystem als wesentlichen Teil enthält. Denn vom anarchistischen Eigentum unterscheidet sich das sozialistische Eigentum der Genossenschaften ja nur noch durch die Art der Koordination.

In der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus schafft man daher einen neuen Eigentumsbegriff. Danach gibt es neben dem kapitalistischen Eigentum noch das Gruppeneigentum, bei dem die lokalen Interessen über die gesellschaftlichen Interessen dominieren. Zum gesellschaftlichen Eigentum aber gehört eben ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis, das in der Plankoordination seinen Ausdruck findet. Fehlt dies, so herrscht trotz Beseitigung des kapitalistischen Eigentums Gruppeneigentum, nicht gesellschaftliches Eigentum im eigentlichen Sinne.

"Unter der Herrschaft des Gruppeneigentums dominieren die lokalen Interessen über die der gesamten Gesellschaft. Die einzelnen Betriebe arbeiten hier blindlings, ohne daß die Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt würden. Ein solcher Prozeß hat gewöhnlich nur ein Resultat: Obwohl das Privateigentum der Kapitalisten beseitigt ist, entsteht die Anarchie der Produktion von neuem. Wieder ergeben sich ständige Disproportionen, die der spekulative 'Markt' ausgleichen muß. Durch die Spekulation und die Spontaneität des Marktes werden unausbleiblich wieder kapitalistische Elemente hervorgebracht".^{40/}

In dieser Form gibt es kein gesellschaftliches Eigentum nach Auffassung der Politökonomie.

"Aber eine solche verzerrte Darstellung der Rolle des sozialistischen Staates zeugt nur davon, daß die Revisionisten die organische Verbindung der neuen Rolle des Staates mit der Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums und mit dem besonderen Charakter des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht verstehen wollen Nur durch die wirtschaftlich-organisatorische Tätigkeit des Staates werden alle objektiven Möglichkeiten und Vorzüge des Sozialismus Wirklichkeit".^{41/}

Diese Argumente, die sich offensichtlich gegen das jugoslawische Wirtschaftssystem richten, können in analoger Form auch gegen all die Vorschläge zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft vorgebracht werden, die im Westen unter dem Namen Konkurrenzsozialismus bekannt geworden sind.^{42/} Nach dieser Vorstellung soll der Staat die Produktionsmittel der Gesellschaft übernehmen, um mit ihrer Hilfe einen Markt zu schaffen, der die Schwächen des auf Privateigentum basierenden Marktes nicht hat. Es schwebt dabei vor, ein bestimmtes Modell vollständiger Konkurrenz mit Hilfe des Staates in die Wirklichkeit umzusetzen. Die einzelnen Unternehmen würden völlig unabhängig die Produktionsfaktoren kombinieren, während der Staat lediglich die Funktion wahrnimmt, die Preise festzusetzen.

Im Modell des Konkurrenzsozialismus liegt also der Versuch vor, die Vorteile von Konkurrenz und gesellschaftlichem Eigentum zu vereinen. Aber, ganz abgesehen von der Möglichkeit, solche Wirtschaft zu verwirklichen, gilt sowohl für den Konkurrenzsozialismus als auch den Revisionismus, wie die Politökonomie ihn dar-

stellt, daß durch die Enteignung des kapitalistischen Privateigentums das Koordinationssystem der einzelnen Wirtschaftsakte nicht verändert wird. Es handelt sich in beiden Fällen weiterhin um ein System der Marktkoordination.

Wir könnten uns hier natürlich dem Sprachgebrauch der Politökonomie anschließen und statt des Begriffes des Koordinationssystems von der Eigentumsordnung schlechthin sprechen, die Voraussetzung eines wirtschaftlichen Handelns sei. Man wird der Behauptung durchaus zustimmen können, daß es eine bestimmte Übereinstimmung von Koordinationssystem (Produktionsweise) und Verteilungssystem gibt, die sich innerhalb einer stabilen Eigentumsordnung immer durchsetzen wird, so daß Marktkoordination, Privateigentum und die Möglichkeit von Profiteinkommen im allgemeinen zusammentreffen, ebenso wie Plankoordination und Abschaffung von Kapitaleinkommen. Aber der Begriff Eigentumsordnung könnte hier zu Mißverständnissen führen, denn für die hier gebrachte Argumentation ist fast ausschließlich das Koordinationssystem von Wichtigkeit. Aber es soll doch darauf hingewiesen werden, daß nach unserer Auffassung das Koordinationssystem letztlich die Bestimmung der Eigentumsordnung mit einschließt. Eine Plankoordination kann nur von Dauer sein, wenn gleichzeitig das Privateigentum samt den Nutzungsrechten geschafft wird und eine Marktkoordination wird immer zu einer Ausweitung privater Wirtschaftstätigkeit führen, auch wenn alles Privateigentum enteignet worden ist.

2. Die Stabilität der verschiedenen Koordinationssysteme (Markt- oder Plankoordination)

Gesellschaftliches Eigentum, das innerhalb eines zentralen Plans verwaltet wird, kann natürlich nur verwirklicht werden, wenn wirtschaftliches Handeln innerhalb eines zentralen Plans überhaupt möglich ist. Die Schaffung eines Koordinationssystems kann immer nur stattfinden, wenn wirtschaftliches Handeln darin überhaupt möglich ist. Die Möglichkeit, innerhalb verschiedener Koordinationssysteme wirtschaftlich handeln zu können, ist bestritten. Verneint man diese Möglichkeit für ein bestimmtes Wirtschaftssystem, so muß man seinen notwendigen Zusammenbruch behaupten.

a) Die Marxsche Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus

Die erste Zusammenbruchstheorie dieser Art begründete Marx für das System des Kapitalismus. Er suchte nach immanenten Gesetzen, die dieses Wirtschaftssystem von innen heraus sprengen müßten. Die These, die hier ausgesprochen wurde, lautet letzten Endes: Die Privateigentumsordnung muß, wenn sie weitergeführt wird, aus immanenten, notwendigen und unvermeidlichen Gründen sich selbst zerstören. Die Revolution ist in diesem Sinne eine äußerliche Sache. Sie tritt auf, weil ein weiteres Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft aus immanenten Gründen nicht mehr möglich ist. Die Privateigentumsordnung ist daher keine stabile Ordnung.

Marx entwickelte mehrere Gesetze, die die notwendigen Tendenzen zum Untergang aufzeigen sollten. Sie beziehen sich einmal auf die Arbeiterschaft selbst. Das Gesetz der fortschreitenden Verelendung des Proletariats und das Gesetz der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitaleigentums vergrößern laufend das Proletariat und bringen die Bereitschaft zur Revolution hervor. Das Gesetz der sinkenden Profitrate aber vermindert fortlaufend die Antriebe der kapitalistischen Produktion, deren Basis, der Profit, sich relativ zum Kapital dauernd vermindert. Beide Tendenzen zusammen müssen die revolutionäre Situation erzeugen, in der ein völlig bankrotttes Wirtschaftssystem in sozialistische Formen überführt wird.^{14/}

Diese immanenten Zusammenbruchsgesetze erwiesen sich als falsch. Das Proletariat nahm relativ zur Gesamtbevölkerung nicht laufend zu, während sich andererseits sein Lebensstandard im Laufe der Entwicklung ständig verbesserte. Gleichfalls erwies sich das Gesetz vom notwendigen Sinken der Profitrate als falsch, weil seine Voraussetzung, die ständige Steigerung der Kapitalintensität, sich nicht erfüllte.

In der Sowjetideologie ist daher auch die Argumentation mit diesen notwendigen Zusammenbruchsgesetzen zurückgetreten. An die Stelle des notwendigen Zusammenbruchs aus immanenten Gründen, der

durch die Revolution nur vollzogen zu werden braucht, wurde aus der Revolution selbst die Ursache des Zusammenbruchs gemacht. An die Stelle zwingender immanenter Gesetze tritt der Hinweis auf die sogenannte Anarchie der Produktion. Der Kern dieser Anarchie der Produktion ist die unbestreitbare Tatsache, daß die Verkehrswirtschaft immer wieder Störungen ausgesetzt ist, die immer wieder aufs neue überwunden werden müssen. Für eine Untergangsthese wäre gerade der Beweis entscheidend, daß sie nicht überwunden werden können. Diesen Beweis sollten die Marxschen Gesetze führen und gerade dieser Beweis ist nicht erbracht. Je mehr es aber gelingt, diese Störungen in Grenzen zu halten, um so weniger kann ein Hinweis auf sie, auch wenn er mit so starken Worten wie "Chaos" oder "Anarchie" der Produktion geschieht, die innere Stabilität der Privateigentumsordnung bezweifeln.¹²⁾

b) Die Möglichkeit eines Funktionierens eines Systems mit Plankoordination

Es gibt aber auch den Versuch, den Untergang eines Systems der Plankoordination auf Grund immanenter Gesetze nachzuweisen. Solche Versuche gründen sich im allgemeinen auf die Behauptung, innerhalb eines Systems der Plankoordination sei es unmöglich, wirtschaftlich zu rechnen.¹⁶⁾ Aber hier gilt etwas Ähnliches wie bei dem Hinweis auf die Anarchie der Produktion in der Verkehrswirtschaft zum Nachweis des notwendigen Untergangs des Kapitalismus. Nur wenn die Wirtschaftsrechnung sich laufend so verschlechtert, daß sie am Ende in ein völliges Chaos gerät, aus dem es innerhalb des Systems gesellschaftlichen Eigentums keinen Ausweg gibt, ist ein notwendiger Untergang nachgewiesen. Nicht einfach die Tatsache, daß das Rechnungswesen nicht ohne Verluste funktioniert, kann eine Untergangsthese begründen. Treten lediglich Störungen auf, die immer wieder überwunden werden können, so kommt es lediglich an auf die Überzeugungskraft und ,letztlich, den Zwang, womit das Wirtschaftssystem durchgesetzt werden kann.

Die Untergangstheorie für die zentral geplante Wirtschaft, die am strengsten von Mises vertreten wird, gründet sich darauf, daß letztlich nur innerhalb eines Systems von Gleichgewichtspreisen richtig gerechnet werden kann. Gleichgewichtspreise aber setzen freie Märkte und autonom disponierende Unternehmer voraus, widersprechen also grundsätzlich dem System zentraler Planung, das daher notwendig einer geordneten Wirtschaftsrechnung widerspricht. Sie schafft ein "geplantes Chaos".¹²⁾

Nun ist sicher richtig, daß unter Voraussetzung autonom disponierender Unternehmer ein System von Wirtschaftsrechnung nur durchzuführen ist, wenn es freie Märkte und Gleichgewichtspreise gibt. Aber deshalb ist die Umkehrung nicht ohne weiteres möglich. Die Sowjetwirtschaft trennt die Funktionen, die der Gleichgewichtspreis hat. Sie trennt die Funktion des Preises, Rechengrundlage zu sein, von seiner Funktion, gleichgewichtige Proportionen innerhalb der Gesamtproduktion herbeizuführen. Der Preis bleibt daher nur soweit erhalten, als er der Rechenfunktion dient, während die Funktion der Sicherung der Proportionen innerhalb der Produktion einem System von Materialbilanzen übergeben wird. Im Marktpreis sind beide Funktionen vereinigt.

Eine ganz ähnliche Funktionentrennung führt die Sowjetwirtschaft für den Profit durch. Soweit er die Gleichgewichtsfunktion im Markt hat, schafft sie ihn ab. Soweit er in Form des Zinses den Investitionsentscheidungen zugrunde legt, erhält sie ihn. Sie trennt daher ebenfalls die Einkommens- und die Rechenfunktion des Zinses. Sie benutzt Kostenpreise.

Indem so Rechenfunktion und Gleichgewichtsfunktion der Preise getrennt werden, spaltet sich das einheitliche Gleichgewichtspreissystem in zwei Funktionen auf, innerhalb derer die Sowjetwirtschaft ihre Planung durchführt:

1. Die Funktion der Sicherung der Proportionalität. Alle konkreten Güter müssen in solchen Mengen produziert werden, daß sich ein geschlossener Wirtschaftskreislauf ergibt.
2. Die Bestimmung der technischen Koeffizienten der Produktion. Die Kosten der Güter sollen im Laufe der Produktion im Zusammenhang mit neuen Investitionen laufend sinken, damit die gesamte Produktion steigen kann.

Aus der Proportionalitätsfunktion ergibt sich das sogenannte Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung.

"Worin besteht das Wesen dieses Gesetzes? Es besteht vor allem darin, daß es für ein normales Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft bestimmter Wechselbeziehungen Proportionen zwischen ihren einzelnen Zweigen bedarf". 78/

Insoweit beschreibt dieses Gesetz nur die Notwendigkeit, daß, wenn eine Produktion überhaupt vor sich gehen soll, bestimmte, durch die angewandte Technik vorgeschriebene Proportionen gewahrt werden müssen. Dies ist eine rein statische Funktion, die überhaupt nur erfüllt werden kann, wenn die technischen Koeffizienten bereits gegeben sind. Sind diese festgelegt, so kann man mit Hilfe von Materialbilanzen die notwendigen technisch bestimmten Proportionen bestimmen.

"Der objektive Charakter des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung besteht darin, daß die erwähnten Proportionen in der Volkswirtschaft nicht willkürlich, nicht nach Wunsch und Belieben hergestellt werden können, sondern daß sie bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegen, deren Verletzung unausbleiblich zur Desorganisation der gesellschaftlichen Produktionsprozesse führt". 79/

Die Schwierigkeiten, die Proportionen der Produktion herzustellen, sind natürlich groß. Das Materialbilanzensystem kann bei weitem nicht alle Güter umfassen. Aber selbst wenn dies möglich wäre, ergibt schon innerhalb einer solchen statischen Proportionsrechnung ein schwieriges Rechenproblem, das bisher immer nur annähernd gelöst werden konnte. Die Bedeutung der Übernahme der Input-Output-Schemata von Leontieff liegt für die Sowjetwirtschaft gerade darin, daß sie dieses Rechenproblem erleichtern.

Aber das Materialbilanzensystem ist bei weitem nicht umfassend. In vielen Einzelbereichen, die für die Gesamtwirtschaft nicht von erster Wichtigkeit sind, können nur lokale Bilanzen aufgestellt werden, z.T. muß die Produktion sich unmittelbar an den Preisen orientieren. Es liegt in diesen Schwierigkeiten begründet, daß die Herstellung der Proportionen nie einwandfrei gelingt und immer wieder erneut zu Störungen Anlaß gibt.

Die Funktion der Materialbilanzen ist rein statisch. Die technischen Koeffizienten müssen gegeben sein, wenn man mit Hilfe der der Materialbilanzen planen will. Wirtschaftliches Wachstum beruht aber gerade darauf, daß sich die technischen Koeffizienten ändern. Nur wenn man diese Bewegung der technischen Koeffizienten aus dem Bilanzensystem selbst bestimmen könnte, wäre eine reine Naturalrechnung möglich.

Um die Änderungen der technischen Koeffizienten zu bestimmen, greift die Sowjetwirtschaft auf die Wertrechnung zurück. Neben das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung tritt damit das Wertgesetz. Gleichgewichtsfunktion und Rechenfunktion des Preises werden dabei getrennt.

"Im Kapitalismus ist das Wertgesetz spontaner Regulator der Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel. Im Sozialismus, wo es keinen spontanen Marktaustausch und keine Konkurrenz gibt, verschwindet diese Funktion des Wertgesetzes, weil die Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel entsprechend dem Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung vorgenommen wird. Dafür erlangt die Funktion des Wertgesetzes als Maß des Arbeitsaufwandes, als Anreiz zur Einsparung von gesellschaftlicher Arbeit gewaltige Bedeutung".²⁰

Sobald die Gleichgewichtsfunktion des Preises (in sowjetischer Diktion: Preis als spontaner Regulator der Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel) weggefallen ist, bleibt nur seine Funktion als Maß der Kosten übrig. Diese Kosten werden in der Politökonomie nur als Arbeitskosten gefaßt. Damit fällt auch die Einkommensfunktion des Zinses fort.

Dieser Wert als Maß der Kosten tritt in der Sowjetwirtschaft während des letzten Jahrzehnts zunehmend in den Vordergrund. Er ist für den Planer eine Vergleichsgröße, an der er messen kann, wie weit eine neue Produktionsmethode die Arbeitskosten für die Erstellung eines bestimmten Produkts senkt. Ursprünglich glaubte man, sich hierauf beschränken zu können. Alle Investitionen, die überhaupt zu einer Senkung der Arbeitskosten pro Produkt führten, galten als rentabel. Man mußte dann aber erkennen, daß dies zu Verlusten führt. Daran schloß sich eine Diskussion um die Notwendigkeit von Investitionskriterien an. Diese sogenannte Investi-

tionsdiskussion erkannte die Notwendigkeit an, ein Kriterium einzuführen, das dem Zinskriterium sehr ähnlich ist. Dieses Kriterium beruht aber auf der Trennung von Einkommens- und Rechenfunktion des Zinses. Glaubte man ursprünglich, der Profit sei in der kapitalistischen Wirtschaft ein Einkommen, das letztlich keine Funktion hatte, so erwies es sich jetzt als notwendig, die Funktionen des Profits auch für das gesellschaftliche Eigentum zu übernehmen.

In der nun vorliegenden Form kann das Wertkriterium durchaus zeigen, in welchen Richtungen Kostensenkungen und damit Wachstumschancen gegeben sind. Dieses Wertkriterium ist in dieser Form *weit* etwa vollständig. Die Preise sind starr, sie können sich nicht den tatsächlichen Knappheiten anpassen. Daraus erwächst eine dauernde Fehlerquelle für wirtschaftliche Entscheidungen. Fehlerquelle kann aber in diesem Zusammenhang nichts anderes heißen als: die wirtschaftlichen Entscheidungen hätten besser sein können, wenn eine größere Faktenkenntnis geherrscht oder ein besserer Preis bekannt gewesen wäre. Dies hat aber mit einer Willkürlichkeit der Entscheidungen nichts zu tun, denn die Entscheidungen sind tatsächlich an ein festes Kriterium gebunden. Ebenso kann dies nicht zu einer Orientierungslosigkeit der wirtschaftlichen Auswahl führen, denn auch in dieser Form gibt der Preis an, in welcher Richtung überhaupt Investitionschancen bestehen, so daß wirtschaftliche Entscheidungen in sinnvoller Weise gefällt werden. Denn ein Preissystem, das es erlaubt, die Richtung eines wirtschaftlichen Wachstums zu bestimmen, ermöglicht sinnvolle wirtschaftliche Entscheidungen. Aber damit ist natürlich kein theoretisch zu beschreibendes Optimum erzielt.

So ergeben sich sowohl innerhalb der Wertrechnung als auch innerhalb der Bestimmung der Proportionen Schwächen, die innerhalb des Systems nicht beseitigt werden können. In diesem Sinne sind sie notwendig mit dem System verbunden. Sie haben aber keine Tendenz, sich zu kumulieren. Für uns ist einzig dies entscheidend. Sie machen sich dauernd bemerkbar, ihre Wirkungen werden aber im Zeitablauf nicht notwendig immer größer, so daß das System aus immanenter Logik untergehen müßte. Das System ist in sich durchaus beständig.

3. Die relative Effizienz verschiedener Koordinationsysteme

Die Frage jedoch, welches Wirtschaftssystem in irgendeinem Sinne besser oder rationaler funktioniert als das andere, ist damit natürlich nicht beantwortet. Bisher ging es lediglich darum, festzustellen, ob die verschiedenen denkbaren Wirtschaftssysteme in sich beständig sind. Das konnten wir bejahen. Dabei hatten wir aber die Wirtschaftsrechnung unter Ausschluß des Optimumproblems definiert. Ein Rechensystem ist danach ein funktionierendes und in sich beständiges Rechensystem, wenn es die nötigen Wertkriterien liefert, die ein Wachstum des Produkts gestatten.

Aber eine Wirtschaftsrechnung soll darüberhinaus noch die möglichst rationelle Verwendung der Mittel garantieren, möglichst ein Optimum der Verwendung der wirtschaftlichen Mittel erzielen. Die Antwort auf diese Frage wäre leicht, wenn es ein perfekt funktionierendes Wirtschaftssystem gäbe, das tatsächlich eine optimale Verwendung der Faktoren verwirklicht. Es müßte einer solchen Form der Rechnung, wie das sowjetische Wirtschaftssystem sie anwendet, in jedem Falle überlegen sein. Eine solche Wirtschaft ist zwar theoretisch konzipierbar, aber praktisch nicht zu verwirklichen.

Es gibt daher nur zwei denkbare Formen des Vergleichs für die relative Rationalität der wirtschaftlichen Auswahl von Wirtschaftssystemen. Man kann ein Wirtschaftssystem einmal in Beziehung setzen zu einem optimalen Standard. Man bekommt dann den Nachweis, daß es in der Wirklichkeit tatsächlich nicht optimal funktioniert. Optimales Funktionieren müßte in diesem Zusammenhang heißen, daß es so reibungslos abläuft, daß eine Änderung irgendeiner Entscheidung das Ergebnis des Wirtschaftsprozesses nicht verbessern könnte. Ein Modell solch eines reibungslosen Ablaufs bietet das Modell vollkommener Konkurrenz. Aber mehr als die einfache Aussage, die Sowjetwirtschaft erreiche kein wirkliches Optimum, erlaubt es nicht und diese Aussage ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die gleiche Aussage kann man ebenfalls machen, wenn man, ausgehend vom Modell der vollkommenen Konkurrenz, die Marktwirtschaft beurteilt. Man könnte das Modell der vollkommenen Konkurrenz geradezu als den Beweis dafür betrachten, daß die Marktwirtschaft nicht optimal wirtschaftet. Denn wenn für ein optimales Wirtschaften Markttransparenz und unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren gegeben sein müssen, ist eben optimales Wirtschaften in der Marktwirtschaft nicht möglich, weil diese Voraussetzungen notwendig gar nicht gegeben sein können.

Obwohl gegenüber der sowjetischen Form der Wirtschaftrechnung sehr häufig unter Bezugnahme auf das Modell vollkommener Konkurrenz argumentiert wird, könne wir uns diesem Ansatz nicht anschließen. Zu einer Beurteilung der relativen Leistungsfähigkeit des sowjetischen Rechen- und Lenkungssystems im Vergleich zur Marktwirtschaft reicht er nicht aus. Er setzt voraus, daß die relative Rationalität von Wirtschaftssystemen deduzierbar ist und dies würde nur stimmen, wenn das eine System perfekt funktioniert oder wenn eines der Wirtschaftssysteme aus immanenten Gründen notwendig zusammenbricht. Beides ist nicht gegeben. Übersieht man dies, so argumentiert man so, als ob das Modell vollkommener Konkurrenz ein Bild der tatsächlichen Wirklichkeit in der Marktwirtschaft gäbe. So entsteht der Schein, als würde nicht das theoretische Modell des einen Wirtschaftssystems, sondern seine Wirklichkeit mit der Wirklichkeit des anderen Wirtschaftssystems verglichen.

Auf diese Weise entstehen dann Versuche, aus dem Vergleich des theoretischen Modells der vollkommenen Konkurrenz mit der Wirklichkeit der Sowjetwirtschaft den Beweis für den notwendigen Untergang der Sowjetwirtschaft aus immanenten Gründen zu erbringen. Dabei wird völlig vergessen, daß das Modell vollkommener Konkurrenz eine theoretische Fiktion ist, die auf der Basis eines gegebenen Wirtschaftssystems geschaffen wurde, eine Fiktion, die nichts beweisen und nichts widerlegen kann. ²²⁾

Eine andere Möglichkeit des Vergleichs der relativen Effizienz von Wirtschaftssystemen würde darin bestehen, unmittelbar die Wirtschaftswirklichkeit der verschiedenen Wirtschaftssysteme zu vergleichen.

Aber das ist schlechterdings unmöglich. Alles hängt von den Zufälligkeiten der Auswahl der Periode und des Landes ab. Der Grad der Rechenhaftigkeit der Sowjetwirtschaft hat in der Vergangenheit sehr geschwankt, er war in den 30-er Jahren viel niedriger als in den 50-er Jahren. Auch Marktwirtschaften funktionieren nach Zeitperioden sehr verschieden gut. Würde man eine Marktwirtschaft der 30-er Jahre zum Vergleich wählen, so würde man der Marktkoordination nur ein erbärmlich schlechtes Funktionieren subilligen können. Nähme man hingegen die Bundesrepublik der 50-er Jahre, so erscheint die Marktwirtschaft wieder als ein allen vernünftigen Ansprüchen gerecht werdendes der Sowjetwirtschaft überlegenes Lenkungssystem.

Ein solcher Vergleich hat daher keinerlei zwingenden Charakter. Letztlich erweist es sich als unmöglich, die relative Effizienz von Wirtschaftssystemen zu vergleichen. Lediglich darüber, ob sie beständig sind, läßt sich eine zwingende Aussage machen. Ob hingegen ihre Effizienz groß oder klein ist, läßt sich deduktiv nicht aufweisen.

B. Ideologie und Wirklichkeit

I. Die Rolle der Ideologie im System der Plankoordination

1. Die Bestimmung der Maßstäbe des Handelns durch das Koordinationssystem

Wir können also zwei Systeme der Koordination unterscheiden, die Koordination durch den Markt und die Koordination durch den Plan. Sie sind in sich beständig und unterliegen keiner notwendigen Tendenz zum Zusammenbruch.

Jedes Koordinationssystem ist dadurch charakterisiert, daß es jeweils für eine gesamte Gesellschaft insgesamt gilt. Ist das Koordinationssystem bestimmt, so ist auch bestimmt, in welcher Form die wirtschaftliche Leistung jedes Wirtschaftssubjekts in die Gesamtwirtschaft eingeordnet wird. Der einzelne wählt sich nicht das Koordinationssystem, er wählt nur die Endgüter, die er von der Wirtschaft nachfragt. Die Form, in der der Wirtschaftsprozess koordiniert wird, ist ihm vorgegeben.

Ein Koordinationssystem ist zugleich notwendige Bedingung des Wirtschaftens in der arbeitsteiligen Wirtschaft. Da sich jedes Wirtschaftssubjekt den Bedingungen des Koordinationssystems fügen muß, wird ihm hierdurch vorgeschrieben, auf welchem Wege es sich einzig wirtschaftlich betätigen kann. In einem System mit Marktkoordination kann es sich nicht anders betätigen als ^{als} Marktteilnehmer, also als Leiter oder Glied einer autonom im Markt liegenden Wirtschaftseinheit, in einem System mit Plankoordination hingegen muß es sich betätigen in der Erfüllung des Plans als Teil einer Wirtschaftseinheit, die eine bestimmte Planaufgabe erhalten hat. Das Koordinationssystem entscheidet darüber, in welcher Art das Wirtschaftssubjekt wirtschaftet, ob autonom oder abhängig. Das Koordinationssystem gibt dem Wirtschaftssubjekt eine Verhaltensnorm, der es sich, ob es will oder nicht, anpassen muß. Wer leben will, muß sich wirtschaftlich betätigen.

Dabei ist es völlig gleich, ob innerhalb einer Marktwirtschaft das einzelne Wirtschaftssubjekt seine Stellung als autonomer Marktpartner für gut oder schlecht hält. Seine eigene Meinung ist gleichgültig dafür, daß er eben nur seine Existenz sichern kann, wenn er sich als autonomer Marktpartner oder als Teil einer autonomen Wirtschaftseinheit verhält. Ähnlich innerhalb eines Systems mit Plankoordination. Der einzelne muß sich für die Erfüllung des Plans betätigen, ob er diesen als sinnvoll einsieht oder nicht.

Diese Verhaltensnorm, die dem Wirtschaftssubjekt durch das Koordinationssystem auferlegt wird, ist deshalb so zwingend, weil der einzelne wirtschaftlich tätig sein muß, um leben zu können. Er kann aber in der arbeitsteiligen Wirtschaft nur tätig werden als Glied eines Koordinationssystems.

Dabei ist die Leistung des Wirtschaftssubjekts Grundlage dafür, daß es ein Einkommen erhält. Das Einkommen zeigt an, ob die Mühe sinnvoll eingesetzt war. Hierin liegt aber gerade die Aufgabe des Koordinationssystems. Es soll die arbeitsteilig erbrachte Leistung, die für das leistende Wirtschaftssubjekt in ihrer konkreten Form keinen Wert hat, umwandeln in ein Einkommen, das für eine beliebige Güterauswahl verwendet werden kann. Dies ist ausschließlich durch das Koordinationssystem ermöglicht. Das Koordinationssystem gibt daher dem Wirtschaftssubjekt die einzige Möglichkeit, seine arbeitsteilig aufgebrauchte Leistung als sinnvolle Leistung zu erkennen. Es gibt den Maßstab an, unter dem diese Leistung einzig und allein als nützlich gilt. Außerhalb dieses Koordinationssystems wäre sie völlig sinnlos.

Das Wirtschaftssubjekt ist also sowohl auf eine Verhaltensnorm festgelegt als auch auf einen Maßstab, an dem es die Nützlichkeit seiner wirtschaftlichen Leistung erkennen kann. Der Mechanismus, der die wirtschaftliche Tätigkeit ordnet, ist zugleich das Mittel, durch das die Stellung des einzelnen im Wirtschaftsprozess festgelegt wird. Für den einzelnen ist er zugleich das Mittel, seine Tätigkeit als nützlich zu erkennen. Vom Koordinationsmechanismus wird die Verhaltensnorm des Wirtschaftssubjekts vorgeschrieben, dieses wiederum benutzt diesen Mechanismus, um seine eigene Arbeit als nützlich bestätigt zu bekommen.

Das Koordinationssystem muß dabei einen Maßstab zur Verfügung stellen, an dem die Leistung des einzelnen meßbar ist. Dies geschieht durch den einzelwirtschaftlichen Profit oder die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate. Herrscht Marktcoordination, so entscheidet der Profit in letzter Instanz über die Nützlichkeit der Produktion, bei Plankoordination die Wachstumsrate.

Wir kommen damit zur Unterscheidung der wirtschaftlichen Leistungen. Diese können einmal erbracht werden im Rahmen bestimmter Produktionskombinationen. Sie stellen dann abhängige Leistungen dar, die nur ausführenden Charakter haben. So die Leistungen der ausführenden Arbeit innerhalb einer bestimmten Faktorkombination. Die Arbeit an einem bestimmten Hochofen, an einem Webstuhl usw. führt lediglich Arbeitsvollzüge aus, die vorgegeben sind. Die Notwendigkeit eigener Dispositionen ist beschränkt. Dies gilt aber ebenso für die Leistung konkreter Kapitalgüter oder Bodeneinheiten. Sie werden im Rahmen des Produktionsprozesses ausgenutzt. Den abhängigen Leistungen stehen gegenüber diejenigen Leistungen, die über die Verwendung einer bestimmten Faktorkombination selbst entscheiden.^{2/} Dies ist im eigentlichen Sinne die Aufgabe des Unternehmers. Unternehmeraufgabe ist in diesem Sinne weiter gefaßt als bei Schumpeter. Schumpeter nennt als Unternehmeraufgabe nur die Durchsetzung neuer Kombinationen, während alte, bereits eingewohnte Kombinationen nicht durch den Unternehmer, sondern den "Wirt schlechtweg" verwaltet werden.^{3/} Sobald aber das wirtschaftliche Wachstum ein andauerndes Moment des Wirtschaftslebens ist, müssen sich letztlich in jedem Unternehmen beide Funktionen vereinen. Kein Betriebsleiter kann auf die Dauer in einer kontinuierlich wachsenden Wirtschaft bestehen, wenn er nicht auch neue Kombinationen durchsetzt. Gleichzeitig wird aber damit die Erhaltung alter Kombinationen zu einer Entscheidung, die selbst ein Risiko in sich trägt. Erhaltung alter Kombinationen kann eine Fehlentscheidung sein, verlangt also selbst unternehmerisches Können. Sobald die Wirtschaft wächst, enthält beides, die Beibehaltung wie auch die Erneuerung von Faktorkombinationen, ein Risiko und erzwingt letztlich eine Wahl. Entzieht sich der Unternehmer dieser Wahl vollständig, so muß irgendwann der Punkt kommen, an dem er aus dem Markt ausscheidet.

a) Die Profit^{erweit}maximierung

Diese Unternehmerfunktion, die wir, systemneutral, auch als dispositive Funktion bezeichnen können, enthält eine Wahl und erfordert deshalb einen Maßstab. Verkehrswirtschaftlich ist der Maßstab immer die Rentabilität der Produktion. Der Unternehmer muß einen Gewinn machen, wenn sich die von ihm gewählte Faktorkombination bewähren soll. Dieser Gewinn ist letzten Endes der einzige Maßstab, an dem er bemessen kann, ob seine Produktion den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprach. Aber nicht nur irgendein Gewinn ist gefordert. Je höher der Gewinn, um so besser, um so dringender erforderlich war die von ihm gewählte Kombination. In diesem Sinne unterliegt seine Wahl dem Prinzip der Gewinn^{erweit}maximierung. Außerhalb dieses Prinzips kann der Unternehmer seine Leistung nicht als nützlich erkennen.

Das Prinzip der Gewinn^{erweit}maximierung ist nach 2 Seiten hin abzusichern.

1. Es bedeutet nicht, daß der Gewinn das Motiv des Unternehmers ist. Seine Geltung setzt nicht voraus, daß der einzelne Unternehmer ein Egoist oder Ähnliches ist. Motive seines Handelns können sein und sind es auch in großer Zahl die Schaffensfreude, die Freude am Risiko. Der reine Egoist ist niemals der beste Unternehmer. Das Prinzip der Gewinn^{erweit}maximierung ist nichts weiter als Maßstab des Handelns, Basis des Selbstverständnisses der Unternehmer zur Erkenntnis seiner Leistung als nützlicher Leistung überhaupt. Es würde im Extremfall, in dem die Motive rein altruistisch wären, genau so gelten wie im Falle des Egoisten. Er kann den Profit verschenken wollen, dennoch bleibt die ^{erweit}Maximierung des Profits die Basis. Auch wenn er nicht faktisch den Profit erzielt, sondern die Preise aus anderen als wirtschaftlichen Gründen senkt, ist der ersielbare Profit letzte Grundlage der Nützlichkeit der Leistung.

2. Profit^{erweit}maximierung heißt hier auch nicht, daß rücksichtslos der höchste Preis verlangt wird. Es heißt nur, gleich wie man den Preis schließlich festsetzt, daß man die Kombination mit dem höchsten angesichts dieses Preises möglichen Profit aus-

wählt. Es braucht deshalb keineswegs jede Monopolchance genutzt werden, man kann bewußt auf sie verzichten und dennoch ist dem Prinzip der Gewinn^{orient}maximierung im hier gemeinten Sinne genüge getan.

Liegt das Unternehmen im freien Markt, so kann es seine Existenzberechtigung letztlich nur aus dem möglichen Gewinn herleiten. Bei Verlust scheidet es aus, bei sinkendem Gewinn weiß es, daß seine Leistungen verbessert werden müssen, wenn es bestehen will. Dadurch wird der Profit selbst zur treibenden Kraft, eine selbständige Größe, die den Produktionsprozeß vorantreibt. Das Unternehmen ist aber auch Basis für die Beschäftigung von Produktionsfaktoren überhaupt, auch der Arbeit. Dadurch kommt der Arbeitsinsatz selbst in Abhängigkeit von der Möglichkeit der Gewinnerzielung.

Die Arbeit, hier rein als ausführende Arbeit innerhalb vorgegebener Produktionskombinationen verstanden, wechselt die Produktionskombinationen in Abhängigkeit vom Gewinnkalkül des Unternehmers und ist damit selbst zu einem Teil der vom Unternehmer geleiteten autonomen Wirtschaftseinheit geworden. Um arbeiten zu können, muß der Arbeiter einen Unternehmer finden und dieser Unternehmer selbst kann nur am Profit kalkulieren, ob er den Arbeiter beschäftigen kann. Philanthropie muß bei dieser Entscheidung notwendig die Ausnahme bleiben, wenn der Unternehmer bestehen will.

Innerhalb der Marktkoordination ist also die autonome Wirtschaftseinheit, die den Maßstab ihrer Tätigkeit am Profit findet, unbedingte Voraussetzung. Wirtschaftliche Tätigkeit ist nur in dieser Form möglich. Diese bestimmte Verhaltensnorm ist also im System der Marktkoordination institutionell verankert. Nur durch den Marktmechanismus gebunden zu sein und sonst überhaupt nicht, ist daher ein notwendiges Moment des Selbstverständnisses des Wirtschaftssubjekts. Der Marktmechanismus selbst aber ist wiederum durch das Rechtssystem gesichert, das rein formales Recht setzt und für ein System der Marktkoordination unentbehrlich ist. Wir

können dann sagen, daß die Auffassung des Menschen als autonomer Person, die nur einem formalen Recht verantwortlich ist, im System der Marktkoordination institutionell eingeschlossen ist.

b) Die Wachstums^{erweit}maximierung

Das gesellschaftliche Eigentum aber kann sich nicht an einer irgendwie gearteten Profit^{maxi}maximierung ^{ausrichten} orientieren. Selbstverständlich wird auch sie danach streben, die Produktkosten zu senken, um das Gesamtprodukt vergrößern zu können. Aber der Gewinn ist hier keine Hilfe. Besteht ein Planungsapparat, in dem die Entscheidungen über die Faktorkombinationen gemacht werden, so entscheidet dieser Planungsapparat selbst auch immer über die Verteilung der Einkommen. Gewinnmaximierung als Grundsatz wäre dann dasselbe wie Minimierung der Konsumtion, ein Grundsatz, der zwar etwas über die Verteilung aussagen könnte, nicht jedoch für die Faktorauswahl.

Der Gewinn kann bei gesellschaftlichem Eigentum niemals die Form sein, in der der Planer erfährt, wieweit die von ihm gewählten Kombinationen nutzbringend sind oder nicht. Zugleich kann sich im gesellschaftlichen Eigentum aus dem Gewinn kein Zwang zur Anpassung der Unternehmung an die Entwicklung der Gesamtwirtschaft ergeben. Der Planer hat immer die Möglichkeit, Unternehmen zu subventionieren oder Preise höher zu stellen. Würde er sich diese Möglichkeit nehmen, würde er Marktbedingungen schaffen, so daß die Voraussetzung der Plankoordination nicht mehr gegeben wäre.

Gewinn^{maxi}maximierung und Plankoordination widersprechen sich. Aber auch bei Plankoordination muß der Planer erfahren, ob seine Planung richtig ist und welchen Effekt sie hat. Zugleich ist, wenn die Wirtschaft wachsen soll, eine Bewegungskraft erforderlich, die dieses Wachstum erzwingt und begründet.

Der Maßstab für die Nützlichkeit der Planung ist einmal natürlich die Versorgung mit Endgütern überhaupt. Aber untrennbar verbunden ist in jeder wachsenden Wirtschaft damit die Notwendigkeit, das gesamte Produkt ständig zu vergrößern. Würde diese Notwendigkeit

fortfallen, könnte sich die Planungstätigkeit unmittelbar aus der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse innerhalb einer vorgegebenen Größe des Volkseinkommens verstehen. Aber das ist unmöglich. Ihre eigentliche Leistung, die überhaupt meßbar und rechenbar ist, drückt sich daher in der Rate des Wachstums des Volkseinkommens selbst aus.

Sobald die Leistung des Planungssystems maximiert werden soll, tritt auch die Forderung auf, die Wachstumsrate zu maximieren. Hieran und nur hieran findet das Planungssystem noch die Möglichkeit, seine Tätigkeit rechenhaft auszudrücken und als Leistung meßbar zu machen. Die Wachstumsrate wird daher zu derjenigen Größe, die zum Maßstab dafür dient, welchen Nutzen die Tätigkeit des Planungssystems erbracht hat. Die Maximierungsbestimmung ergibt sich daraus, daß der Nutzen des Planungsapparats jetzt als um so höher gelten muß, je schneller die Wirtschaft wächst. Eine andere Form, den Nutzen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Planungsapparats auszudrücken, gibt es nicht. ^{6/}

Dieser Sachverhalt, daß der Staat als Wirtschaftler seine Leistung nur noch über die Wachstumsrate meßbar machen und beurteilen kann, wonit der Profit in der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate seine Parallele bekommt, ist ein wesentlicher Zug des gesellschaftlichen Eigentums. ^{7/}

Diese Orientierung an der Wachstumsrate gilt in erster Linie für den Planungsapparat selbst. Dieser muß die Mittel so verteilen, daß bei Deckung der von ihm als unentbehrlich gehaltenen Bedürfnisse eine möglichst hohe Wachstumsrate erzielt wird. Die ausführende Arbeit bekommt vom Planungsapparat dann ihre Aufgaben gestellt, wobei jetzt auch die Leistung des Betriebsleiters im Unterschied von der Marktwirtschaft zu einem guten Teil zur ausführenden Arbeit wird. Er fällt nicht die Entscheidungen über die Produktionskombinationen, sondern verwaltet die ihm von der Planungszentrale überlassenen und für nötig erklärten Kombinationen. Dies ist natürlich nur ein Teil seiner Tätigkeit, denn er ist zwar einerseits die höchste Stufe der ausführenden Arbeit, zugleich die unterste Stufe der Planungsbehörde.

Das einzelne Wirtschaftssubjekt bekommt den Maßstab für seine Arbeit aus dem Grad der Planerfüllung, wobei seine Tätigkeit über den Plan mit der Wachstumsrate des Produkts insgesamt verbunden ist. Wir haben hier eine Verhaltensnorm, die im System der Plankoordination institutionell verankert ist. Sie besagt, daß jede Arbeit am Plan orientiert ist und darüber an ^{der} ~~der~~ ^{Maxi-} ~~Maxi-~~ ^{malisierung} ~~Maxi-~~ ^{auf die} ~~Maxi-~~ ^{Wachstumsrate} gemessen wird. Der Plan selbst und die durch ihn geforderten Leistungen sind nur im Zusammenhang mit der Erreichung einer bestimmten Wachstumsrate zu verstehen.

Wachstums^{prinzip}maximierung ist daher die zum System der Plankoordination gehörende Form der Rechenhaftigkeit des Handelns. Sie ist zugleich der Maßstab, unter dem die einzelne Arbeit als nützlich bestätigt und erkannt wird und bestimmt die Verhaltensnorm des Wirtschaftssubjekts, das jetzt - mit Notwendigkeit - ein für die Planerfüllung und damit die ^{Wachstums} ~~Wachstums~~ ^{maximierung} ~~maximierung~~ sich einsetzendes Wirtschaftssubjekt ist.

2. Das Verhältnis der übrigen Gesellschaftsbereiche zur Wirtschaft

Bisher hatten wir nur den engeren Bereich der Wirtschaft selbst in die Untersuchung einbezogen. Es gibt aber noch andere Gesellschaftsbereiche außerhalb der Wirtschaft. Auch diese treten immer in ein Verhältnis zur Wirtschaft.

Die übrigen Gesellschaftsbereiche stehen grundsätzlich als Konsumenten in Beziehung zur Wirtschaft. Sie brauchen, wenn sie überhaupt bestehen wollen, Güter. Dies sind entweder Konsumgüter für die in diesen Gesellschaftsbereichen beschäftigten Menschen oder Verbrauchsgüter dieser Gesellschaftsbereiche selbst. So braucht das Bildungswesen Schulen usw.

Die Leistungen dieser Gesellschaftsbereiche haben aber nicht notwendig Bezug auf die Wirtschaft. Vor allem werden sie nicht nach den gleichen Grundsätzen abgegeben wie wirtschaftliche Leistungen. Sie kommen nicht auf einen Markt, jedenfalls nicht in der Regel.

Die in diesen Gesellschaftsbereichen Beschäftigten sind daher nicht im gleichen Sinne Wirtschaftssubjekte wie die in der Wirtschaft tätigen Unternehmer und Arbeiter. Sie sind z.B. bei Marktkoordination nicht Angehörige einer am Profit orientierten Wirtschaftseinheit.

a) Der historische Materialismus

Dieses hier kurz dargestellte Verhältnis der Wirtschaft und zu den sonstigen Gesellschaftsbereichen ist ein wichtiger Teil des historischen Materialismus, wie er den sowjetischen Anschauungen über die Wirtschaft zugrundeliegt. Der historische Materialismus geht über die Behauptung einer Interdependenz aller Gesellschaftsbereiche hinaus. Er erklärt einen Teil des gesamten wirtschaftlichen Kreislaufs für die eigentliche Ursache der Bewegung, nämlich die Produktivkräfte. Diese werden ganz mechanisch gefaßt als die Summe der Produktionsinstrumente und der Menschen (Arbeitskräfte) als Grundlage der wirtschaftlichen Bewegung überhaupt. "Die Produktionsinstrumente, die Arbeitsmittel, mit deren Hilfe die materiellen Güter geschaffen werden und die Menschen, die den Produktionsprozeß auf der Grundlage einer gewissen Produktionserfahrung vollziehen, bilden die Produktivkräfte der Gesellschaft".⁷⁾ Aber die Produktivkräfte allein können den Wirtschaftsverlauf nicht begründen. "Sie (die Produktion) trägt immer gesellschaftlichen Charakter. In der Produktion der materiellen Güter sind die Menschen, ob sie es wollen oder nicht, auf die eine oder andere Weise miteinander verbunden und die Arbeit eines jeden Produzenten wird zu einem Teil der gesellschaftlichen Arbeit".⁸⁾ So entstehen über den Produktivkräften als nächsthöhe Stufe die

Produktionsverhältnisse. "Die Verhältnisse, in die die Menschen im Verlauf der Produktion der materiellen Güter treten, nannten Marx und Engels Produktionsverhältnisse. Sie werden auch als ökonomische Verhältnisse oder Eigentumsverhältnisse bezeichnet, da ihr Charakter davon abhängt, in wessen Eigentum sich die Produktionsmittel befinden".^{11/}

Beide zusammen, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, ergeben die Produktionsweise. Die Produktionsweise bestimmt die Geschichte. "Wenn die Produktionsweise die materielle Grundlage des Lebens der Gesellschaft darstellt, so ist die Geschichte der Gesellschaft vor allem die Geschichte der Produktion, die Geschichte der Produktionsweisen, die - durch das Wachstum der Produktivkräfte bedingt - einander ablösen".^{12/}

Eigentliche Kraft sind hierbei die Produktivkräfte.

"In dem Maße, wie die Produktivkräfte wachsen, bildet sich zwischen ihnen und den Produktionsverhältnissen unvermeidlich ein Mißverhältnis heraus, sie stimmen nicht mehr überein und geraten schließlich in Konflikt miteinander, da die überlebten Produktionsverhältnisse die weitere Entwicklung der Produktivkräfte behindern".^{13/}

Insofern sind die Produktivkräfte eine selbständige, eigene Kraft, die die Produktionsverhältnisse andauernd revolutioniert. Sie sind seit Beginn der Geschichte in dauernder Bewegung, einer Bewegung, die letztlich autonom verläuft und die übrige Gesellschaft in Abhängigkeit bringt. Sie bestimmen daher letztlich nicht nur die Produktionsverhältnisse, sondern die Gesellschaft insgesamt. "Wie wir dargelegt haben, bestimmt der Stand der Produktivkräfte den Charakter der Produktionsverhältnisse der Menschen, das heißt, die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Die ökonomische Struktur stellt ihrerseits die Basis (das Fundament, die Grundlage) dar, auf der vielfältige gesellschaftliche Verhältnisse, Ideen und Einrichtungen entstehen. Die gesellschaftlichen Ideen (die politischen, juristischen, philosophischen, religiösen usw.) die Einrichtungen und Organisationen (Staat, Kirche, politische Parteien usw.), die auf der gegebenen Basis entstehen, bilden den Überbau der Gesellschaft. Die Theorie von Basis und

Überbau erklärt wie, auf welche Weise die Produktionsweise letztlich alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens bestimmt und zeigt den Zusammenhang zwischen den ökonomischen gesellschaftlichen Verhältnissen und allen anderen Verhältnissen einer bestimmten Gesellschaft". Für uns ist nicht interessant, ob solch eine Ursachenklärung richtig ist. Viel wichtiger ist hier, wozu sie dient.

Sobald der Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Maßstab des Fortschritts der Menschheit und die letzte Ursache dieses Fortschritts wird, wird die Ankurbelung der Produktivkräfte zu einem Dienst am menschlichen Fortschritt selbst. Zugleich ist hiermit ein Mittel gefunden, mit dem man rechenhaft und zuverlässig die Menschheit ständig zu immer höheren Stufen von Zivilisation und Kultur führen kann. Je mechanischer die Produktivkräfte hierbei verstanden werden und je ausschließlicher ihr Inhalt durch den Stand der Technik und die Arbeitsproduktivität ausgedrückt werden kann, um so zuverlässiger ist das Mittel. Historischer Materialismus wird damit in immer geringerem Maße zu einer Interpretation wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge als zu einer Anleitung zum wirtschaftspolitischen Handeln. Historischer Materialismus ist jetzt ein Programm, nicht mehr eine Erklärung.

b) Das wirtschaftspolitische Grundkonzept

Die Untersuchung braucht daher nicht zu fragen, ob tatsächlich die Produktivkräfte die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Was fragt sich vielmehr, was mit einer Gesellschaft geschieht, in der man die Produktivkräfte als die eigentliche Basis der Gesellschaft behandelt und folglich alle anderen Gesellschaftsbereiche in Abhängigkeit von den Produktivkräften bringt und sie nach dem Dienst bewertet, den sie bei der Entwicklung der Produktivkräfte leisten. Wir kommen damit an das wirtschaftspolitische Grundkonzept der Sowjetwirtschaft heran.

Eine solche Einstellung zur Wirtschaft ist natürlich möglich. Man kann jede politische Maßnahme in Hinblick auf ihre Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum prinzipiell eindeutig festlegen, und dabei alle Maßnahmen in solcher Weise unter sich verbinden, daß die Wachstumsrate möglichst groß wird. Unter solchen Gesichtspunkten kann die Verteilung des Produkts zwischen Investition und Konsumtion, zwischen gesellschaftlichem und privatem Konsum festgelegt werden. Dabei ist eine dauernde Wahl nötig. Es ist keineswegs so, daß das wirtschaftliche Wachstum um so größer ist, je größer die Investition. Um die Arbeitskraft leistungsfähig zu erhalten und zu neuen Leistungen zu veranlassen, muß auch der Konsum eine bestimmte Höhe haben und mit der allgemeinen Steigerung des gesamten Produkts mitsteigen. Es ergeben sich hier jeweils Proportionen, die der Politiker so bestimmen muß, daß das Wachstum maximal wird. ^{15/}

Alle Gesellschaftsbereiche sind damit auf das Ziel, die Entwicklung der Produktivkräfte zu maximieren, festgelegt. Das Wachstum der Produktivkräfte ist der positive, der letztlich immer richtige Ausdruck für die Tätigkeit aller Gesellschaftsbereiche. Ein eindeutiges Abhängigkeitsverhältnis besteht, das sämtliche Institutionen, die Wissenschaft, das Bildungswesen, das Rechts- und Verwaltungssystem, aber auch Religion und Moral, auf die Anforderungen der Produktivkräfte hin orientiert. Diese Ausrichtung wird in der Sowjetgesellschaft unmittelbar spürbar. Die Erfüllung der Perspektivpläne ist oberstes Anliegen. So gibt es kaum eine Veröffentlichung, ganz gleich, aus welchem Bereich der Wissenschaft, die nicht beitragen will zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, so wie heute das Ziel lautet. Soll irgendwo die Wichtigkeit eines Gesellschaftsbereichs herausgeholt werden, so geschieht dies ebenso immer unter Hinweis darauf, daß gerade hier ein ganz wichtiger Beitrag zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe oder im Zusammenhang damit zu leisten ist. In der Sowjetgesellschaft ist der Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte die Form, unter der die einzelnen Gesellschaftsbereiche ihre Berechtigung nachweisen.

Entscheidend für den Unterschied zur Marktwirtschaft ist gerade der Gesichtspunkt, daß die Wachstumsmaximierung unmittelbar der Maßstab für die Tätigkeit ist. Dabei ist nicht wesentlich, ob eine höhere Wachstumsrate tatsächlich erreicht wird. Die Behauptung also, daß die Marktwirtschaft nicht an der Wachstumsmaximierung orientiert sei, berechtigt nicht zu dem Schluß, daß das Marktsystem zu einer geringeren Entwicklung der Produktivkräfte fähig sei. Damit hat dies nichts zu tun. Es geht hier einzig und allein darum, zu zeigen, daß in den Koordinationsystemen bestimmte Verhaltensnormen institutionalisiert sind, bestimmte Maßstäbe zur Beurteilung des Handelns. Solche Maßstäbe können durch das Profitekriterium, aber auch durch das Kriterium der Wachstumsrate gegeben werden. Sie sind einfache Formen, unter denen die Wirtschaftstätigkeit vor sich zu gehen hat. Beispiele wie die der Bundesrepublik in den 50-er Jahren können zeigen, daß damit keineswegs etwas über die tatsächliche Möglichkeit des Systems, bestimmte Wachstumsraten zu erzielen, gesagt ist. Einzig und allein die Form, unter der die individuelle Leistung in den Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Tätigkeit eingeordnet wird, ist durch das Koordinationssystem festgelegt.

In diesem Sinne, als Maxime für das politische Handeln, bestreitet der historische Materialismus den übrigen Gesellschaftsbereichen ihre selbständige Eigenexistenz. Dies tut er also nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Er handelt so, daß diese Gesellschaftsbereiche tatsächlich keine Eigenexistenz haben. Er darf aber in dieser Form nicht ohne weiteres mit dem Marxschen Begriff des historischen Materialismus gleichgesetzt werden, obwohl er gerade die Ausdrücke und Instrumente der Marxschen Analyse benutzt. ⁴⁶⁾

Marx hatte zwar schon die Eigenständigkeit der einzelnen Gesellschaftsbereiche geleugnet und ihre gegenseitigen Abhängigkeiten betont. Dabei ist auch bei Marx eigentliche Grundlage des gesellschaftlichen Lebens die materielle Produktion, letzten Endes also die Produktivkräfte. Aber für Marx war der Übergang zur gesellschaftlichen Produktion das gleiche wie die Überwindung der

Ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch die kommunistische Durchführung der Produktion. Insofern ist Kommunismus für ihn eine völlig andere Welt, die unter ganz anderen Voraussetzungen wirtschaftet als die kapitalistische Ordnung. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten haben ihren vollen Ausdruck in der kapitalistischen Ordnung gefunden, durch den Übergang zum Kommunismus verlieren sie ihren Zwangscharakter und sind damit als Gesetze aufgehoben. Die Wirtschaft wird überschaubar, die Arbeitsteilung verschwindet, die Arbeit wird zum ersten Lebensbedürfnis, die Verteilung erfolgt nicht nach Leistung, sondern nach Bedürfnissen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist die Grundlage, die eine solche Ordnung der Wirtschaft schließlich zu einer absoluten Notwendigkeit der Produktion selbst macht. Der Umschlag tritt mit Notwendigkeit ein.

Fallen aber diese ökonomischen Gesetzmäßigkeiten weg, so auch die gesellschaftlichen Institutionen. Staat, Religion, Moral und das Recht werden überflüssig und fallen fort. Die Vorstellung, daß sie eine notwendige Funktion in der Gesellschaft selbst haben könnten, hat in der Marxschen Ansicht keinen Platz, sie brauchen folglich auch nicht zu Dienern der Produktivkräfte gemacht zu werden. Der Übergang zur gesellschaftlichen Produktion geht daher Hand in Hand mit der Abschaffung dieser gesellschaftlichen Institutionen. Die veränderte Welt ist eine Welt, in der man ohne Vermittlung des Geldes, von Staat und Recht unmittelbar als Menschen miteinander verkehrt. ¹⁷

In sowjetischer Sicht bekommt hingegen die Veränderung der Welt einen völlig anderen Inhalt. Die gesellschaftlichen Institutionen, der Zwangscharakter der ökonomischen Gesetze, das alles erweist sich als absolut notwendiges Mittel gesellschaftlichen Handelns. Veränderung der Welt kann nicht mehr daraufhin zielen, diese Notwendigkeiten zu beseitigen. Sofern man an dem Ziel festhält, wird seine Verwirklichung in eine unverbindliche Zukunft verlegt. Gesellschaftliches Handeln wird folglich zum Dienst an den ökonomischen Gesetzen. Diese Gesetze zu verwirklichen, ist dann der Auftrag, die Veränderung der Welt wird damit verwandelt in eine bloß fortlaufende und geordnete Entwicklung der Produktivkräfte. Die

Bewegung der Geschichte, die bei Marx als Bewegung zu größerer Vollkommenheit der Gesellschaft und des Menschen verstanden wurde, wird zu einer mechanischen, quantitativen Bewegung, wobei jetzt die Vervollkommnung der Gesellschaft nicht mehr verwirklicht, sondern in die mechanische Aufwärtsbewegung der Produktion hineininterpretiert wird. ^{18/}

Da die Veränderung der Welt nicht mehr in der unmittelbaren Schaffung einer Wirtschaft ohne Geld und einer Gesellschaft ohne Staat, Recht, Moral usw. gesehen wird, sondern in einem Wachstum der Produktivkräfte, werden Staat, Recht und Moral gerade in den Dienst dieser Produktivkräfte gestellt. Marx hatte diesen "Überbau" für überflüssig erklärt, für ebenso überflüssig wie das Geld. Er hatte ihm keine Eigenständigkeit zugestanden. Die Sowjets übernahmen von Marx zwar die Annahme, daß dieser Überbau lediglich aus seiner Funktion verständlich sei und nur im Rahmen der ganzen Gesellschaft verstanden werden könne. Sie schafften ihn aber nicht ab und konnten dies auch nicht tun. Damit wurde die Marxsche Analyse aber zum Ausgangspunkt für eine wirtschaftspolitische Praxis, die nicht in ihrer Intention gelegen hatte. Sie wurde zur Grundlage eines Handelns, das diesen Überbau zwar erhielt, ihn aber in totale Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktivkräfte brachte. Hatte die Analyse die funktionale Abhängigkeit des Überbaus von der Entwicklung der Produktivkräfte behauptet, so merzte hinterher die Praxis alles aus, was dieser unmittelbaren Abhängigkeit im Wege stand. Damit blieb der Überbau nicht etwas, was zu beseitigen war, sondern etwas, das man benutzen mußte. Recht, Staat, Geld sind bloße Mittel. Sie werden deshalb auch nur soweit benutzt und nur soweit anerkannt, als sie ihre Notwendigkeit als Mittel beweisen. Sie haben sich daher auch immer so zu wandeln, daß sie ihre Funktion, die Produktivkräfte zu entwickeln, am besten erfüllen. Das Ergebnis der Umwandlung des historischen Materialismus ist es daher, Geld, Staat und Rechtssystem nicht mehr als zu beseitigende Größen aufzufassen, sondern als Größen, die jede Anpassung zu vollziehen haben, die sich im Interesse der Produktivkräfte als notwendig oder vorteilhaft erweist. ^{19/}

Ursprünglich war das Verhältnis von Theorie und Praxis bei Marx bezogen gewesen auf die revolutionäre Praxis des Proletariats, die durch die Revolution eine neue Gesellschaft heraufführt. Lenin deutet das Verhältnis jetzt anders. Diese Leninsche Auffassung des Theorie-Praxis-Verhältnisses blieb bis heute für die sowjetische Theorie gültig. Sie zog die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß eine sozialistische Gesellschaft die objektiven Gesetze der Wirklichkeit nicht überwinden kann, sondern sich ihnen anpassen muß. Theorie-Praxis-Verhältnis im Sinne Lenins beschreibt daher den Vorgang, in dem objektive Gesetze der Wirklichkeit erkannt und durchgesetzt werden, wobei sie im Zuge der Verwirklichung wieder die Theorie zu neuen Korrekturen zwingen. Praxis heißt daher nicht mehr wie bei Marx, eine falsche Wirklichkeit durch die revolutionäre Tat in eine richtige Wirklichkeit zu verwandeln, sondern Praxis ist jetzt eine Tätigkeit, die objektive Gesetze der Wirklichkeit ausnutzt, während die Theorie ihr die Erkenntnisse zur Verfügung stellt, um diese Gesetze ausnutzen zu können. In bezug auf die gesellschaftlichen Institutionen heißt dies, daß der Staat, das Rechtssystem, aber auch das Geldsystem, für die Ziele der Praxis einzusetzen sind und ihnen untergeordnet sind.

Bezogen auf die Wirtschaft ergibt sich ein Verhältnis, nach dem die Theorie die Gesetze der Wirtschaftswirklichkeit zu untersuchen hat, während die Praxis, nämlich Industrie und Produktion, diese Erkenntnisse ausnutzt, ihre Richtigkeit nachweist und ihre Mängel zu erneuter theoretischer Weiterführung bekanntmacht. Implizite ist die Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums und eines Systems der Plankoordination ganz selbstverständlich gemacht. Die Marxsche Form des Theorie-Praxis-Kriteriums hat damit ihren revolutionierenden Charakter verloren. Das Theorie-Praxis-Kriterium ist nicht mehr das Mittel, eine vermeintlich objektive Wirklichkeit als änderbar und in Änderungen begriffen darzustellen, es wird vielmehr zu einem wesentlichen Moment der Stabilisierung eines Wirtschaftssystems.

3. Die Ideologie als Ideensystem mit der Funktion der Stabilisierung des Wirtschaftssystems

Das Marxsche System, das bisher ein reines Ideensystem gewesen war, wurde damit zur Grundlage eines Wirtschaftssystems. Es hatte sich zu verwirklichen und mußte dabei auf Verwirklichbarkeit geprüft werden.

Aus diesem Prozeß, bei dem sich das ursprüngliche System in ein verwirklichtbares System umformen mußte, entstand die sowjetische Ideologie des Wirtschaftssystems und die sowjetische Wirtschaftstheorie, während beiden eine Wirklichkeit zugrundelag, die unter dem Gesichtspunkt der Ideologie geformt wurde. Diese Verwandlung des Marxschen Ideensystems zur Ideologie eines Gesellschaftssystems muß im folgenden näher analysiert werden.

a) Der Ideologiebegriff bei Marx und in der Politökonomie

Marx selbst kennt den Begriff der Ideologie nicht für eine sozialistische Gesellschaft. Sein Ideologiebegriff ist auf die Verhältnisse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gegründet. Hier orientiert sich seine Ideologievorstellung einmal daran, daß die Wirklichkeit selbst falsch sei. Sie ist falsch, weil sich die Menschen innerhalb der Gesellschaft nicht direkt als Personen zueinander verhalten, sondern dieses Verhältnis von Personen sich unter einer dinglichen Hülle versteckt und damit den Menschen entfremdet. Eigentliches Zeichen für diese Art der Verdinglichung ist das Geld. Das Geldsystem und was diesem entspricht, die Notwendigkeit, undurchschaubaren Mechanismus zwischen Produktion und Konsumtion treten zu lassen, ist Ausdruck der entfremdeten Wirklichkeit selbst. Entfremdete Wirklichkeit aber ist falsche Wirklichkeit.

Der falschen Wirklichkeit entspricht das falsche Bewußtsein. Die falsche Wirklichkeit bekommt ihren Niederschlag im falschen Bewußtsein, da sie die aus der Entfremdung entstehenden Objektivationen (wirtschaftlich das Geldsystem, aber auch Recht, Staat, Moral usw.) als unabhängige, notwendige, aus sich selbst versteh-

bare Bereiche auffaßt. Indem diese Objektivierungen nicht als historisch, als Institutionen, die man beseitigen kann und muß, erkannt werden, werden sie gerechtfertigt, werden sie ideologisch zementiert.

Zum Verständnis des Marx'schen Ideologiebegriffes gehört beides zusammen. Die Aufhebung der Ideologie geschieht nicht im Bewusstsein, sondern dadurch, daß die den Menschen entfremdenden Objektivierungen durch die revolutionäre Tat des Proletariats aufgehoben werden. Damit gibt es keine Ideologie und auch keine falsche Wirklichkeit mehr. Der Mensch versteht sich unmittelbar als Mitmensch (als Gattungswesen) und braucht keine Systeme der Vermittlung mehr. ^{22/}

Bei der Verwirklichung dieses Ideensystems wurde klar, daß das System der Objektivierungen nicht zu beseitigen war. Beschränken wir uns auf das Gebiet der Wirtschaft, so wurde hier klar, daß das Geldsystem wesentliches Moment der rationalen Tätigkeit ist und seine Abschaffung das Funktionieren der Wirtschaft selbst in Frage stellen mußte.

Der Ideologiebegriff, den die Sowjettheorie benutzen kann, ist vor dem Marx'schen Ideologiebegriff verschieden. Sozialismus ist ja nicht mehr als Aufhebung aller Ideologie zu begreifen, denn die "ideologischen" Momente der Wirklichkeit - Geld, Staat, Rechtssystem - sind erhalten geblieben. Die Marx'sche Bewertung von Geld, Staat und Rechtssystem als "falscher" Wirklichkeit hingegen kann man schlecht aufrechterhalten, wenn sie sich als notwendige Momente des rationalen Handelns erweisen. Man löst das Problem, indem man die Aufhebung dieses Überbaus in die Zukunft verlegt und Staat, Recht und Geldsystem des Sowjet systems für "richtige" Wirklichkeit erklärt. Staat, Recht, Geld sind richtig angewandt, wenn sie innerhalb des Sowjet systems angewandt werden und sie sind falsch angewandt, wenn sie innerhalb kapitalistischer Gesellschaften angewandt werden. ^{23/}

Die Theorie des Marxismus-Leninismus, die auch als Sowjetideologie bezeichnet wird, gilt als die Theorie vom richtigen, vom sozialistischen Staats-, Rechts- und Geldsystem. Sie gilt im Gegensatz zu

allen anderen Anschauungen über diese Institutionen als allein richtig, als die reine Wahrheit. Damit ist die richtige Ideologie (im Marxschen Verstande ein Widerspruch in sich) an die Stelle der Überwindung der Ideologie getreten. Die Theorie vom richtigen Geldsystem trat an die Stelle einer Theorie, die den Weg zur Überwindung jeglichen Geldsystems zeigen sollte. Die Marxsche Ideologievorstellung ist damit verwandelt worden. Allerdings bleibt auch im sowjetischen Ideologiebegriff eine Hinordnung auf die Formen der Organisation wirtschaftlichen Handelns erhalten.

b) Ausführung des hier benutzten Ideologiebegriffs

Um einen für uns brauchbaren Ideologiebegriff zu gewinnen, werden wir ebenfalls von der Verbindung von Organisationsformen wirtschaftlichen Handelns mit bestimmte Ideensystem ausgehen. Wir beschränken dabei unsere Ideologievorstellung rein auf den Bereich wirtschaftlichen Handelns, ohne die Absicht zu haben, einen irgendwie allgemeingültigen Ideologiebegriff zu verwenden. Es geht einzig und allein darum, einen Ideologiebegriff zu gewinnen, der es erlaubt, ideologische und theoretische Elemente im Denken über die Wirtschaft zu trennen.

Unter Ideologie soll daher ein Ideensystem verstanden werden, das die Funktion hat, ein bestimmtes Wirtschaftssystem und im Zusammenhang damit ein bestimmtes System der Koordination wirtschaftlichen Handelns zu stabilisieren, zu rechtfertigen und zu verteidigen. Theorie hingegen soll die Feststellung bestimmter objektiver Gesetze eines Wirtschaftssystems genannt werden. Die Errichtung und Stabilisierung des Wirtschaftssystems geht dabei logisch der Erkenntnis und Ausnutzung der Gesetze des Wirtschaftssystems voraus.

Die Ideologie geht aus von den institutionellen Verhaltensnormen, die oben dargestellt worden sind. Dies sind die zwingenden Vorschriften, die ein bestimmtes Koordinationssystem dem wirtschaftlichen Handeln gibt. So schreibt die Marktkoordination vor, daß das Wirtschaftssubjekt als Angehöriger einer autonomen Wirtschaft

einheit, die sich am Profitkriterium orientiert, handelt. Im Plansystem hingegen muß es handeln im Dienst der Erfüllung des Plans, der sich an der Wachstumsrate orientiert. Die Ideologie erklärt nun den Menschen, der sich diesen Verhaltensnormen möglichst anpaßt, zum Vorbild, sie macht aus den institutionalisierten Verhaltensnormen institutionalisierte Werte. Die Autonomie von Gruppen und Personen unter Lenkung durch das Geld wird zum Wert Freiheit, die Orientierung am Plan wird zum Wert Solidarität. Indem die Verhaltensnormen in dieser Weise als institutionalisierte Werte ausgedrückt werden, bedeutet die Geltung dieser Werte gleichzeitig die Stabilisierung des Wirtschaftssystems. ^{24/}

Es geht daher nicht etwa um den Wert der Solidarität als solchem. Nur die Solidarität, wie sie sich im Koordinationssystem konkretisiert, gilt als ein Wert. Die Ideologie schafft sich hier einen Maßstab für die Unterscheidung objektiver und subjektiver Ehrlichkeit. In einem Wirtschaftssystem mit Plankoordination wie etwa dem Sowjetsystem gilt Solidarität, die sich nicht der Konkretion im Plansystem unterwirft, als objektive Unterstützung des "Klassengegners", mag sie auch subjektiv ehrlich gemeint sein. Dies ist nur möglich auf Grund des durch die Ideologie gegebenen Auffassung von der Institutionalisation von Werten.

Denn in Koordinationssystem institutionalisierte ^{Werte} Wert wird zum obersten Wert überhaupt erklärt. Außerhalb dieses Wertes gilt das Leben nicht als lebenswert. Damit ist zugleich das Koordinationssystem selbst zum obersten Wert gemacht worden. Zwischen dem Einsatz, z.B. für die Solidarität aller Menschen und dem System der Plankoordination gibt es keinen Unterschied mehr. Wer das eine verteidigt, verteidigt auch das andere, wer das eine bedroht, bedroht auch das andere. Planungssystem, Solidarität, Erhaltung des Friedens, das alles bildet jetzt eine einzige Einheit.

Diese Institutionalisation eines obersten Wertes, die gleichzeitig eine Koordinations- und damit ein Wirtschaftssystem überhaupt stabilisiert, erfüllt ihren Zweck nur, wenn das Wirtschaftssubjekt von der Richtigkeit dieses Wertes überzeugt werden kann. Überzeugt zu sein von der Richtigkeit dieses obersten Wertes, heißt gleichzeitig überzeugt sein von der Richtigkeit des Koordi-

nationensystems des wirtschaftlichen Handelns.

Die Überzeugungskraft der Ideologie ruht dabei in einem großen Maße auf der Tatsache, daß das Koordinationssystem dem Wirtschaftssubjekt die einzige Möglichkeit gibt, seine wirtschaftliche Leistung als sinnvoll zu erkennen. Würde es den institutionalisierten Wert für falsch halten, so hieße das auf eine Sinngebung der wirtschaftlichen Leistung zu verzichten. Das Wirtschaftssubjekt müßte seine Leistung für sinnlos halten, denn sie kann ihren Sinn nur innerhalb des Koordinationensystems bekommen. Ist dieses aber falsch, so muß die individuelle Leistung als sinnlos angesehen werden. Würde es z.B. im Koordinationssystem keinen Wert institutionalisiert sehen, sondern sogar einen Unwert, so hieße dies, daß jede seiner Handlungen im Dienste dieses Unwerts geschehe. Das Wirtschaftssubjekt muß ein vitales Interesse daran haben, seine Leistung für sinnvoll halten zu können. Es muß ja wirtschaftliche Leistungen erbringen, um überhaupt leben zu können. Nur der Koordinationensmechanismus aber kann diese Leistungen für sinnvoll erklären, er ist das Mittel, sie als sinnvoll zu erkennen. Die Ideologie aber bietet die Begründung hierfür an. Folglich kann sich die Überzeugungskraft der Ideologie auf ein vitales Interesse jedes einzelnen Wirtschaftssubjekts stützen. Das Wirtschaftssubjekt kann sich eben den Koordinationensmechanismus, in dem es leben möchte, nicht aussuchen. Es muß ihn letzten Endes akzeptieren, wenn es seine wirtschaftliche Leistung für sinnvoll halten will.

Dies kann man an einem Beispiel erläutern. Der Abbau von Kohle und das sinnlose Befördern von Erde irgendwohin unterscheiden sich für denjenigen, der die Arbeit macht, überhaupt nicht. Er kann ja gar nicht wissen, wohin die Produkte gehen, auch nicht, welchen Zweck sie haben. Einzig das Koordinationenssystem trennt unter allen überhaupt denkbaren Handlungsvollzügen zwischen sinnvollen und sinnlosen, zwischen solchen, die gesellschaftlich notwendig und solchen, die es nicht sind. Das Wirtschaftssubjekt selbst kann einen solchen Unterschied direkt nicht finden. Darum muß es, wenn es den Sinn seiner Arbeit bejahen will, das Koordi-

nationssystem für richtig halten und die in ihm institutionalisierten Werte anerkennen. Es verteidigt darin sein eigenes Interesse.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß die Ideologie die Loyalität der Mitglieder der Gesellschaft gegenüber dem Wirtschaftssystem auch tatsächlich erreicht. Solange nicht offensichtliche Katastrophen des Systems eintreten, kann die immer auftauchende Unzufriedenheit auf Einzelercheinungen des Systems abgelenkt werden, so daß eine Evolution einsetzt an Stelle einer revolutionären Umwandlung.

Diese grundsätzliche Loyalität aller Wirtschaftssubjekte gegenüber dem Wirtschaftssystem hatte Marx nicht erwartet. Die Stabilität eines Wirtschaftssystems sieht er nur als eine Folge des Klasseninteresses der herrschenden Klasse an. Marx hielt daher den sozialen Kampf, der um Anteile am Sozialprodukt geführt wird, für die äußere Schale eines Kampfes um die Gestalt des Wirtschaftssystems. Mit dem Interesse der Arbeiterklasse ist von seiner Sicht aus der Lohnkampf und der Kampf um eine Koordination wirtschaftlichen Handelns durch ein Plansystem identisch. Marx spricht daher nicht von Koordinationsystemen, sondern von Eigentumsordnungen. Nur die Besitzer der Produktionsmittel haben ein Interesse an der Erhaltung einer Eigentumsordnung, nicht die Nichtbesitzer.

Lenin modifizierte diese Theorie. Er stellte fest, daß die Arbeiter von sich aus keineswegs den Impuls aufbringen, den Lohnkampf zu einem Kampf um die Eigentumsordnung umzuwandeln. Deshalb ist eine Organisation von Revolutionären erforderlich - einer Avantgarde der Arbeiterklasse - die den Lohnkampf in den eigentlichen Klassenkampf umwandelt und ihn zur Revolution führt. War bei Marx noch eine Übereinstimmung von Klassenlage und Bewußtsein angenommen, so daß sich das Verhältnis der Gesellschaftsmitglieder zum Wirtschaftssystem gemäß ihrer Klassenlage ausgestalten mußte, so ist dies bei Lenin nicht mehr der Fall. Lenin hält zwar daran fest, daß der Klassenlage eine bestimmte Stellungnahme zum Wirtschaftssystem (immer auch zur Eigentumsordnung) korrespondieren

muß, aber er gesteht zu, daß dies keineswegs für das Bewußtsein des einzelnen Subjekts gilt. Es gibt eine objektive Klassenlage, während das subjektive Verhältnis zum Wirtschaftssystem völlig davon differieren kann. Da nicht vorausgesetzt werden kann, daß die Arbeiter ihre wahren Klasseninteressen erkennen, müssen sie eben durch die Partei - durch eine Organisation von Revolutionären - dazu gebracht werden. ^{27/}

Das ursprüngliche Konzept des Klassenkampfes, nach dem die Arbeiterklasse bereits ein neues Bewußtsein in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt, so daß dies neue Bewußtsein durch die Revolution nur offenbar gemacht zu werden brauchte, ist damit abgeklärt von einer Vorstellung von der Revolution, die von einer kleinen Schicht von Revolutionären gemacht wird, der dann die systematische Änderung der Gesellschaft und des Bewußtseins der Menschen von der Gesellschaft folgen muß.

Die Beziehungen von Eigentumsordnung und Ideologie wandeln sich damit. Besteht subjektiv keine notwendige Übereinstimmung zwischen der Gruppe der Produktionsmittelbesitzer und zwischen denen, die eine bestimmte Eigentumsordnung unterstützen, so ist der Kampf um die Stabilisierung oder Neubegründung eines Wirtschaftssystems nicht mehr einfach durch die Organisierung von Gesellschaftsklassen zu führen. Er muß jetzt vielmehr als ein Kampf von Ideologien angesehen werden. Man muß bestimmte Wertvorstellungen in den Menschen schaffen, um ein bestimmtes Wirtschaftssystem stabilisieren zu können. Diese Umwandlung des reinen Klassenkampfes in einen ideologischen Kampf unterscheidet den Leninismus vom Marxschen Konzept.

Wir haben aus diesen Gründen den Gesichtspunkt der Eigentumsordnung in unserem Begriff der Ideologie zurücktreten lassen. Bei Marx beruht die Kraft der Ideologie gerade darauf, daß die Klasse der Eigentümer mit der Erhaltung der Eigentumsordnung die Erhaltung ihrer Privilegien verbindet. Einen solchen Zusammenhang kann man sicher auch aufweisen. Aber sobald erkannt ist, daß die Überzeugungskraft der Ideologie in der ganzen Gesellschaft wirksam

ist ohne Rücksicht auf Klassenunterschiede, muß dieses Moment des Kampfes um gesellschaftliche Privilegien in seiner Bedeutung zurücktreten.

4. Die Ideologie des Plansystems

a) Die Konzeption eines Zustandes perfekten Funktionierens der Wirtschaft: Das Kommunismusbild

Eine andere Seite der Ideologie, so wie sie hier definiert werden soll, muß uns noch interessieren. Die Ideologie hat die Funktion, die einzelnen Wirtschaftssubjekte zur Loyalität gegenüber dem Wirtschaftssystem zu veranlassen. Das Wirtschaftssystem soll stabilisiert werden. Soll die Ideologie diese Funktion wirksam erfüllen, so muß sie das betreffende Wirtschaftssystem für das beste denkbare Wirtschaftssystem erklären. Würde sie dies nämlich nicht tun und die Möglichkeit einer Auflösung dieses Wirtschaftssystems überhaupt in Erwägung ziehen, so käme eine dauernde Unruhe in das Wirtschaftssystem herein und es fehlte jede Vertrauensbasis für langfristige Entscheidungen. Hielte man die Auflösung überhaupt für möglich, so müßte man andauernd darüber argumentieren, ob inzwischen der Zeitpunkt für die Auflösung gekommen ist. Da die Situationen sich aber dauernd ändern und die Voraussetzungen solcher Entscheidung sich dauernd wandeln, könnte von keiner Stabilität des Wirtschaftssystems die Rede sein.

Die Ideologie muß daher die unbedingte Überlegenheit des eigenen Systems behaupten. In diesem Falle ist dann jegliche ernsthafte Diskussion sachlicher Art überflüssig und es kommt nur darauf an, zu überzeugen und Bekenntnisse abzulegen. Das Wirtschaftssystem wird daher so beschrieben, daß keine denkbare und sinnvolle Verbesserung durch das System selbst ausgeschlossen wird. Es wird zum obersten Wert schlechthin.

Dieser vollkommene Zustand, der durch die Ideologie des Wirtschaftssystems beschrieben wird, zeichnet sich daher immer aus durch eine absolute Rationalität der Mittelverwendung einerseits

und durch eine völlige Harmonisierung der Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft andererseits. Ein solcher Zustand ist ein Zustand, der nicht mehr besser gedacht werden kann.

Dieser perfekte Zustand findet sich für die Marktwirtschaft im ursprünglichen liberalen Bild der Harmonie durch Konkurrenz, für die Sowjetwirtschaft im Kommunismusbild. Wir würden beide Vorstellungen als Teile der Ideologie des Systems auffassen, die die Funktion haben und erfüllen, das Wirtschaftssystem zu stabilisieren.

Sie geben ^{davon} gleichfalls dem Handeln innerhalb des Koordinationsystems und gemäß seinen Gesetzen seine Rechtfertigung. Wer sich entsprechend den institutionalisierten Verhaltensnormen betrugt, trägt zur Schaffung eines solchen Zustandes der vollständigen Harmonie bei. Dies Ziel aber ist etwas, das den Schweiß der Edlen wert ist. Das Handeln entsprechend diesen Verhaltensnormen bekommt damit sein gutes Gewissen. ^{26/}

Auf diese Weise können die größten Idealisten mit dem besten Gewissen der Welt die grausamsten Handlungen im Bewußtsein vollbringen, daß alles für eine gute Sache geschieht.

Wir kommen damit zum Kommunismusbild in seiner Funktion für die Sowjetwirtschaft. Es gibt die generelle Rechtfertigung dafür, die ganze Gesellschaft einem an der Maximierung der Wachstumsrate orientierten Plan zu unterwerfen.

b) Die Notwendigkeit der Schaffung einer Wachstumsideologie in den 50-er Jahren

In diese Funktion ist das Kommunismusbild allerdings erst in jüngster Zeit wirklich eingerückt. Vorher verzichtete man auf eine generelle Rechtfertigung der Wachstumsmaximierung. Man kann dies durch die Besonderheiten der Situation der Sowjetwirtschaft erklären. Die Sowjetwirtschaft stand ja ursprünglich unmittelbar unter der Notwendigkeit der Industrialisierung. Diese war unabweislich. Die kommunistische Partei sah in ihrer radikalen Durchführung ihre erste große Aufgabe. Sie legte sich dabei offen auf

den Grundsatz der Wachstumsmaximierung fest und wandte eine Industrialisierungsmethode an, die sich von der Methode der Industrialisierung der westlichen Länder wesentlich unterschied. Dies war möglich, weil von vornherein ein anderes Verhältnis zu den wirtschaftlichen Aufgaben gegeben war.

Die Industrialisierung in Westeuropa und den USA war als Folge spontaner Kräfte durchgeführt worden. An ihrem Beginn standen große Volksbewegungen, in denen langsam ein neues Wirtschaftsbe-
wußtsein entstand, dem der Industrialisierungsprozeß selbst parallel ging. Zu Beginn der Industrialisierung war den einzelnen Wirtschaftssubjekten überhaupt nicht bekannt, wohin der Weg ging. Das wirtschaftliche Handeln, das der wachsenden Wirtschaft entsprach, stellt sich ein, ohne daß der einzelne Wirtschaftler sich bewußt war, daß hiermit eine wirkliche gesellschaftliche Umwälzung eingeleitet wurde. Recht und Staat gaben den entstehenden Kräften die Freiheit und die Entwicklung wurde erst bewußt, als sie bereits in vollem Gange war.

Als die Industrialisierung Westeuropas vollendet war, stellte sich für die übrigen Länder die Industrialisierung als Aufgabe. Diese Aufgabe hatte gegenüber der Situation Westeuropas vor der Industrialisierung einige Besonderheiten:

1. Es sind nur schwache soziale Kräfte vorhanden, die auf eine Befreiung der Produktion von den Fesseln der alten Gesellschaft drängen. Es herrscht zwar große Unzufriedenheit mit der materiellen Lage, in der man lebt, wodurch die alten Sozialstrukturen unterhöhlt und geschwächt werden, aber deshalb ist noch nicht die Bereitschaft und Fähigkeit vorhanden, die Aktivierung der Produktivkräfte selbständig zu betreiben.
2. Es gibt kleine, intellektuelle Gruppen, die im europäischen Geiste erzogen sind. Das Besondere an ihrer Situation ist und dies unterscheidet sie grundsätzlich von allen sozialen Gruppen zu Beginn der europäischen Industrialisierung, daß sie das Ziel des Prozesses, der einzuleiten ist, bereits kennen. Sie kennen es nicht etwa nur in vagen Umrissen, sondern sehen ihre eigene Zukunft in den Industrieländern des Westens vor Augen. Sie sind nicht abhängig von der Entwicklung von Techniken, die nur langsam im Laufe der Zeit gefunden werden können. Sie können an die Industrialisierung herangehen wie ein Architekt an einen Häuserbau.

Beides legt nahe, die Industrialisierung nicht dadurch zu vollziehen, daß man, wie dies in Europa notwendig war, auf die Entwicklung spontaner wirtschaftlicher Kräfte wartet, die die wirtschaftliche Freiheit durchsetzen und fordern, sondern stattdessen ausgehend von der Übernahme der Technik, die ganze Gesellschaft bewußt und in einer ungeheuren Anstrengung umzuwälzen. Völker, die nie eine Industrie gekannt haben und auf sie nicht vorbereitet sind, werden in die Fabriken geschickt und müssen sich dem Rhythmus der Industrie anpassen.

Es bleibt natürlich auch der andere Industrialisierungsweg. Es zeigt sich jedoch sehr bald, daß die Freiheit der Märkte zwar Voraussetzung einer Verkehrswirtschaft ist, aber nicht ihre Ursache. Die Entwicklung der Kräfte, die selbst zur Industrialisierung drängen, braucht Zeit und verlangt eine Selbstbeschränkung des Politikers, die keineswegs mit der Haltung der Wirtschaftspolitik im liberalen Kapitalismus vergleichbar ist. ²⁴ Damals wußte man nicht, wie der Weg weitergeht, heute hingegen kennt man den Weg. Es wäre deshalb auch falsch, ein Land wie England im 18. Jahrhundert als unterentwickeltes Land zu bezeichnen, selbst wenn seine Produktivkräfte so gering gewesen wären wie die von Indien heute. Entscheidend ist, daß keine Industrialisierungssituation bestand insofern, als man das Ziel der weiteren Entwicklung nicht kannte.

In einer solchen Situation entschlossen sich die Sowjets, eine radikale und mit allen Mitteln beschleunigte Industrialisierung durchzusetzen. Dabei war die Notwendigkeit zur Industrialisierung selbst von vornherein ziemlich einsichtig und angesichts der absoluten Unterlegenheit der Sowjetunion in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht begründete man diese Anstrengungen in erster Linie mit nationalen Motiven. Industrialisierung wurde als eine Frage des Überlebens dargestellt.

Die Schaffung einer Ideologie des Wirtschaftssystems selbst - damit die Überleitung des Wirtschaftssystems von seiner Industrialisierungsfunktion zur allgemeinen Wachstumsfunktion - erwies sich erst als notwendig, als die Überzeugungskraft solcher Argumente

gering wurde. Für die militärische Sicherheit war in der Mitte der 50-er Jahre offensichtlich genug getan, so daß aus dem nationalen Pathos keine Begründung der wirtschaftlichen Anstrengungen mehr zu gewinnen war. Die Zeit der reinen Industrialisierung war vorbei, stattdessen kam jetzt die Notwendigkeit, das Wirtschaftssystem eines kontinuierlichen Wachstums zu konstituieren. Damit tritt das Kommunismusbild in den Vordergrund und wird zu einem notwendigen Moment der ideologischen Rechtfertigung des Systems.

II. Funktion des Kommunismusbildes in der sowjetischen Wirtschaft

Das Kommunismusbild soll das Ziel des wirtschaftlichen Handelns in einem Wirtschaftssystem mit Plankoordination vorstellen. Es beschreibt den Zustand, auf den hin die erreichten Wachstumsraten zu interpretieren sind.

Es ist eine Besonderheit dieses Wirtschaftssystems, das Wachstum der Gesamtwirtschaft auf ein Ziel hin rechtfertigen zu müssen. Bei privatem Eigentum ist die wirtschaftliche Entwicklung gesichert, wenn jede autonome Wirtschaftseinheit fortlaufend einen Profit erzielt und danach strebt, diesen Profit zu erhöhen. Der Gewinn wirkt hier als automatischer Zwang zur Anpassung. Schließt sich das einzelne Unternehmen dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum nicht an, so verkleinert sich sein Gewinn und verschwindet schließlich. Nur wenn das Unternehmen seine Kostensituation verbessert, kann es bestehen, anderenfalls muß es ausscheiden. Indem also die autonome Wirtschaftseinheit einen Gewinn macht und diesen Gewinn erhält, schafft sie ein wirtschaftliches Wachstum. Das Selbstverständnis des Wirtschafters als autonomes Wirtschaftssubjekt genügt hier, um das Wachstum zu rechtfertigen. Die Wachstumsrate selbst ist nicht Gegenstand einer wirtschaftlichen Wahl und einer bewußten Anstrengung. Sie tritt ins Bewußtsein des Wirtschafters gar nicht als gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate ein und braucht dies auch nicht. Das wirtschaftliche Handeln wird gerechtfertigt vom individuellen Nutzen des Wirtschaftssubjekts her. Der Marktzwang selbst, der immer wieder neue Leistungen fordert, ist ein Zwang, der nicht gerechtfertigt zu werden braucht, da er sich unmittelbar aus den Notwendigkeiten einer verkehrswirtschaftlichen Ordnung ergibt, ihn zu überwinden, ist die Leistung des autonomen Wirtschaftssubjekts.

Dies ist bei gesellschaftlichem Eigentum völlig anders. Der Profit ist kein mögliches Maß mehr, da er durch die Planbehörde selbst festgelegt werden kann. Das einzelne Wirtschaftssubjekt ist an den Plan gebunden, seine wirtschaftliche Tätigkeit erweist sich

durch die Planerfüllung als nützlich. Die Leistung des Plans aber mißt sich daran, welche Wachstumsrate erzielt wird. Einen automatischen Zwang, diese Wachstumsrate durchzusetzen, gibt es nicht mehr. Der Zwang, eine wirtschaftliche Leistung zu erbringen ergibt sich vielmehr aus dem Plan. So hoch wie der Plan das Ziel steckt, so hoch ist die erforderliche Leistung. Während sich über den Marktzwang nicht debattieren läßt, ist dies beim Planzwang anders. Dieser wird von einer fest bestimmten Behörde beschlossen könnte daher, wenn diese Behörde es will, sowohl größer als auch geringer sein. Um den Plan wird daher gekämpft.

Will die Planbehörde die verlangte Leistung rechtfertigen, so muß sie dies dadurch tun, daß sie den Sinn der Wachstumsrate verteidigt. Das Wachstum rein als solches muß zum Wert gemacht werden. Hier liegt daher die Funktion des Kommunismusbildes. Es muß die Wachstumsrate und den Zwang, den die Planbehörde zu ihrer Erzielung ausübt, rechtfertigen und ihr einen Sinn geben. Während dies bei privatem Eigentum überflüssig ist, da hier genügt, daß jedes einzelne Wirtschaftssubjekt nach höherem Einkommen strebt und dies über seinen individuellen Nutzen rechtfertigt, so daß die Gesellschaft lediglich den Wunsch des einzelnen, sein Einkommen zu erhöhen, dulden und legitimieren muß, ist im Fall des gesellschaftlichen Eigentums die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft und ihr Sinn selbst zu begründen. Die Wachstumsrate ist direkt Gegenstand der wirtschaftspolitischen Entscheidung und diese Politik muß dadurch gerechtfertigt werden, daß man nachweist, daß diese Wachstumsrate ein Wert ist. Die Wachstumsrate wird zum Maß des Fortschritts der Gesellschaft.

Das Kommunismusbild entsteht aus dieser Rechtfertigung. Solange die Wachstumsrate unmittelbar als so notwendig erkannt wird, daß eine Rechtfertigung überflüssig erscheint, tritt es zurück. Solange die Sowjetwirtschaft einfach mit der physischen Not zu kämpfen hatte, gleichzeitig die politische Gewalt zur Sicherung dieser Wachstumsrate in höchstem Maße eingesetzt wurde, wurde über das Kommunismusbild wenig reflektiert. Je mehr man aber die unmittelbare Gewalt zurücktreten ließ und die Loyalität der Bürger

für das System erwerben mußte, wurde das Kommunismusbild zum adäquaten Ausdruck des gesellschaftlichen Eigentums. Weil man überzeugen mußte, brauchte man ein Argument. Dies Argument ist das Kommunismusbild.

Es zeigt, daß all die Anstrengungen für die Wirtschaft nicht umsonst zu sein brauchen, daß sie einen Auftrag der Geschichte erfüllen und daß sie Menschheit zu immer größerer Vollkommenheit führen müssen. Der Zwang des Wachstums und der wirtschaftlichen Leistung legitimieren sich. Soweit ist das Kommunismusbild die Möglichkeit, einen Zwang zur Leistung, der nicht aus einem automatischen Marktgeschehen kommt, sondern durch einen dafür verantwortlichen Planungsapparat ausgeübt wird, zu legitimieren. Es überrascht daher auch nicht, daß in der jugoslawischen Wirtschaft, in der die Planungsbehörde gegenüber einem "sozialistischen Markt" weitgehend zurückgetreten ist, das Kommunismusbild praktisch keine Rolle spielt. Es hat hier eben keine Funktion. Die jugoslawische Wirtschaft versteht sich deshalb als sozialistische Wirtschaft, in der über den Kommunismus kaum reflektiert wird.

1. Das Kommunismusbild als Beschreibung eines vollkommenen Zustandes der Gesellschaft

Der Kommunismus ist das Bild einer vollkommenen Gesellschaft, die Beschreibung eines Zustandes perfekten wirtschaftlichen Funktionierens und vollständiger Harmonie aller Interessen der Menschen. Die kommunistische Bewegung behauptet, ein solcher Zustand sei verwirklichtbar und stellt ihn sich als Ziel ihres Handelns hin. Das Kommunismusbild gibt den letzten Rechtfertigungsgrund für das Handeln der Sowjetgesellschaft. Die Vorstellung des Kommunismus schließt sowohl den Zustand höchster Rationalität der Mittelverwendung als auch höchste Harmonie der Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft ein.

Die Beschreibung des Kommunismus bei Marx und Engels, aber auch in der sowjetischen Tradition übernimmt alle Attribute einer vollkommenen Gesellschaft. Im Kommunismus wird es kein Geld mehr geben, also werden auch alle Folgeerscheinungen des Geldes verschwinden. Die Einkommensverteilung kann unmittelbar nach den

Bedürfnissen vorgenommen werden. Die hohe, ständig steigende Arbeitsproduktivität sichert einen Überfluß für alle. Die bei Geldrechnung notwendige Verdinglichung sozialer Verhältnisse fällt fort, diese werden unmittelbar durchschaubar. Der Mensch erlebt sich unmittelbar als Mitmensch, seine Arbeit ist Arbeit für sich selbst. Sie kann daher zum ersten Lebensbedürfnis werden. Da es kein Geld gibt, muß die Leitung der Wirtschaft durch eine zentrale Planung geschehen. Diese zentrale Planung verträgt sich mit einer Leitung durch "freie und gleiche Assoziation der Werktätigen", da die Interessen völlig gemeinsam sind.³⁾

Dies ist die Beschreibung der wesentlichen Grundzüge des kommunistischen Zukunftsbildes. Aber neben dieser Beschreibung sind auch die Bedingungen genannt, die gegeben sein müssen, damit dieses Zukunftsbild verwirklicht werden kann. Eine solche Bedingung ist bei Marx die Aufhebung der Arbeitsteilung, ebenfalls das Erreichen eines hohen Grades der Arbeitsproduktivität.

Die sowjetische Interpretation des Kommunismusbildes ändert dies um. Hier ist nicht mehr die Aufhebung der Arbeitsteilung letzte Voraussetzung des kommunistischen Zustandes, also auch der Abschaffung des Geldes und des Staates, des Überganges zur Verteilung nach Bedürfnissen und zur Herausbildung der Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis, sondern umgekehrt wird hier die Herausbildung der Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis und das Bewußtsein von der Vorrangigkeit gesellschaftlicher Interessen zur wesentlichen Bedingung der Abschaffung des Geldes und des Staates. Dies ist eine wesentliche Verwandlung der Kommunismusvorstellung.

a) Aufhebung der Arbeitsteilung bei Erhaltung des Unterschieds zwischen konkreten Arbeiten

Bevor allerdings hierauf näher eingegangen werden kann, soll geprüft werden, ob überhaupt Voraussetzungen theoretisch ableitbar sind, unter denen das Kommunismusbild als verwirklichter gelten könnte und welche Voraussetzungen dieses sind. Marx nannte als Voraussetzung den Übergang zur Plankoordination im Zusammenhang mit

der Abschaffung der Arbeitsteilung. Soll gezeigt werden, ob das Vorliegen dieser Bedingungen ausreicht, um den Kommunismus verwirklichen zu können, entsteht die Frage, wie etwa eine solche Voraussetzung wie die Aufhebung der Arbeitsteilung aufgefaßt werden soll. Marx hat darüber, wie diese Begriffe innerhalb seines Systems verstanden werden sollen, nichts eindeutiges ausgesagt. Man kann nun die Aufhebung der Arbeitsteilung zumindest auf zwei verschiedene Weisen verstehen. Einmal könnte Aufhebung der Arbeitsteilung bedeuten, daß lediglich eine bestimmte Form der Arbeitsteilung durch eine andere abgelöst wird. In dieser Form wird die Aufhebung der Arbeitsteilung in der Sowjettheorie aufgefaßt. In diesem Sinne bedeutet der Übergang zur Plankoordination bereits, daß die "knrechtende Unterwerfung unter die Arbeitsteilung", die im Kapitalismus gegeben sei, bereits durch die neue Strukturierung der Wirtschaftslenkung im wesentlichen beseitigt ist. Im Laufe der weiteren Entwicklung gilt es lediglich, die wesentlichen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und zwischen Stadt und Land zu beseitigen. Eine solche Forderung kommt darauf hinaus, einfache Handarbeiten möglichst weitgehend zurückzudrängen und in der Landwirtschaft in hohem Maße Maschinen zu verwenden.

"Der Kommunismus zerschlägt die Reste der alten Arbeitsteilung die den Menschen zum Sklaven erniedrigt. Er negiert jedoch keineswegs die Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Produktion und Gesellschaft, sondern schafft vielmehr eine neue Teilung der Arbeit, bei der niemand sein Leben lang an ein und denselben Beruf gebunden ist." //

Hier wird klar, daß die Teilung der Arbeit lediglich ihren Charakter ändern soll. Damit ist natürlich die Aufhebung der Arbeitsteilung selbst schon in der Forderung nach Plankoordination inbegriffen. Das Verhältnis des einzelnen zu seinem Beruf aber wird nicht geändert. Er steht weiterhin in einer eng begrenzten Aufgabe gegenüber, deren Bedeutung für das Ganze er nicht überschauen kann. Aus der Überwindung des Spezialistentums als Ziel der Aufhebung der Arbeitsteilung wird dann das Angebot, den Beruf gemäß den eigenen Neigungen auswählen zu können und seinen Beruf auch einmal wechseln zu dürfen.

Allerdings wird behauptet, daß zumindest eine gewisse Verringerung der Anzahl der Berufe vor sich gehe.

"Schon jetzt ist die Tendenz zu beobachten, daß Berufsqualifikationen mit sehr eng gezogenen Grenzen verschwinden. Bei einer schon vor einigen Jahren in der Sowjetunion durchgeführten Vereinheitlichung der Berufsbilder wurde die übermäßige Zersplitterung in über 2000 engere Einzelberufe beseitigt. Sie wurden zu 314 Berufen bzw. Fachgebieten zusammengefaßt. Immer stärker werden umfassendere allgemeine Kenntnisse der technisch-wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeit und Leistung von Maschinen und Maschinensystemen. Gerade eine solche Qualifizierung wird immer öfter zum Inhalt des kommunistischen Lernens der Brigaden." 5/

In Wirklichkeit ist solch eine Zusammenfassung der Einzelberufe in größere Berufskategorien eine Rationalisierungsmaßnahme der Statistik und hat mit der Arbeitsteilung nichts zu tun. Der andere Gesichtspunkt taucht daneben allerdings immer wieder auf. Man nimmt in der Sowjetunion an, daß die wachsende Notwendigkeit theoretischen Wissens auf seiten der Arbeitskraft ein Schritt zur Überwindung des Unterschieds von geistiger und körperlicher Arbeit sei. Daher gilt die Automatisierung als ein Schritt zur Aufhebung der Arbeitsteilung.

"Die Automatisierung der Produktion hebt die alte Arbeitsteilung auf..." 6/
Hier besteht die Tendenz, daß sich die Tätigkeit des Arbeiters der von Ingenieuren und Technikern annähert. Es entsteht der Typ des neuen Menschen, des allseitig entwickelten Werktätigen." 7/

Als Beispiel für geistige Arbeit wird daher bevorzugt der Techniker und Ingenieur angeführt. Und es ist ja tatsächlich denkbar, daß eines Tages das Niveau des Ingenieurs eine durchschnittlich erhobene Anforderung an den Arbeiter ist.

"Schon heute ist in den sowjetischen Hüttenbetrieben mehr als die Hälfte der Arbeitszeit eines Hochöfners mit geistiger Tätigkeit ausgefüllt. Die Einrichter automatischer Systeme sind überwiegend mit geistiger Arbeit befaßt und nähern sich der Qualifikation von Ingenieuren und Technikern." 8/

Faßt man geistige Arbeit so auf, dann ist natürlich der Buchhalter bereits ein geistiger Arbeiter. Geistige und körperliche Arbeit wird dann nach einem völlig äußeren Merkmal getrennt, nämlich danach, ob ich bei der Arbeit meinen Körper anstrengen muß oder nicht. Der Unterschied von geistiger und körperlicher Arbeit verliert dann jede Ähnlichkeit mit dem Unterschied von schöpferischer und ausführender Arbeit, wovon ja Marx ausgeht. Auch im höchsten Grade mechanische Arbeiten können jetzt als geistige Arbeiten verstanden werden. Ausgangspunkt einer solchen Bestimmung der geistigen Arbeit ist nicht mehr die Tätigkeit, die zu verrichten ist, sondern die Qualifikation, die erfordert ist. Sofern noch von der Tätigkeit ausgegangen wird, ist geistige Arbeit in der sowjetischen ^{Aufklärung} Arbeit letztlich dadurch bestimmt, daß sie die Hände nicht schmutzig macht.

Versteht man allerdings die Aufhebung der Arbeitsteilung in dieser Art, so ist sie, zumindest in gewissen Grenzen auch aufhebbar. Allerdings ist es ein seltsamer Gebrauch von Begriffen, wenn man eine so geplante Entwicklung mit dem Wort "Aufhebung der Arbeitsteilung" bezeichnet. Aber das ist hier nicht wichtig. Wichtig ist nur, daß, wenn man Aufhebung der Arbeitsteilung in dieser Art versteht, sie keine hinreichende Voraussetzung für die Abschaffung des Geldes und damit für die Verwirklichung des Kommunismus ist. Aufhebung der Arbeitsteilung beschreibt in dieser Art lediglich eine wahrscheinliche und mögliche Richtung der technischen Entwicklung, die mit dem Unterschied von Planwirtschaft und ^{sozialistischer} Sowjetwirtschaft überhaupt nichts zu tun hat.

"Marx und Engels waren nicht gegen jede Arbeitsteilung, sondern gegen die alte bürgerliche Arbeitsteilung, die zur Vertiefung des Widerspruchs zwischen physischer und geistiger Arbeit, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit führt, die den Menschen für sein ganzes Leben an einen eng begrenzten Beruf fesselt und ihn physisch und geistig verkrüppelt." 9/

In Wirklichkeit ist es eine einfache Folge der Automatisierung, daß theoretische Arbeiten größere Wichtigkeit erlangen. Andererseits ist es natürlich ein vernünftiges Ziel jeder Wirtschaftspolitik, den Unterschied zwischen landwirtschaftlicher und indu-

strieller Arbeit zu verringern. Ebenfalls ist die Gewährung der Möglichkeit, den Beruf nach der Neigung und Fähigkeit auszusuchen und zu wechseln, eine einfache Forderung der Rationalität, die innerhalb der Sowjetwirtschaft auch nicht dringender ist als in der Marktwirtschaft.

Die Forderung nach Aufhebung der Arbeitsteilung bekommt jedenfalls hierdurch eine Interpretation, bei der sie nicht mehr notwendig zum Kommunismus hinführt. In dieser Art verstanden, heben ja auch die westlichen Industrieländer die Arbeitsteilung auf. Die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit wirtschaftlicher Prozesse wird durch solche Entwicklungen nicht berührt. Aufhebung der Arbeitsteilung in der Marxschen Auffassung aber sollte gerade einen Trend der modernen Wirtschaft zu größerer Überschaubarkeit und geringerer Kompliziertheit beschreiben.

b) Aufhebung der Arbeitsteilung als Aufhebung des Unterschiedes zwischen konkreten Arbeiten

Faßt man also Aufhebung der Arbeitsteilung in diesem Sinne auf, so ist sie keine hinreichende Voraussetzung der Verwirklichung des Kommunismus. Man kann sie aber auch anders auffassen. Aufhebung der Arbeitsteilung würde dann bedeuten, daß der Unterschied zwischen den konkreten Arbeiten verschwindet. In Marxscher Terminologie würde dies die Identität von konkreter und abstrakter Arbeit sein.

So aufgefaßt, wäre allerdings die Aufhebung der Arbeitsteilung im Zusammenhang mit der Plankoordination eine hinreichende Bedingung der Verwirklichung des Kommunismus. Eine Vorstellung jedoch, daß die Arbeitsteilung in diesem Sinne verschwinden könnte, ist absurd. Die sowjetischen Theoretiker weisen dies daher auch weit von sich. Aber uns kann es hier nicht nur darum gehen, solch eine Erwartung der Aufhebung der Arbeitsteilung als absurd zu erkennen, wir müssen weiterhin zeigen, daß dies die einzig hinreichende Bedingung für die Aufhebung des Geldes, damit aber auch für die Verwirklichung des Kommunismus als Zustand ist. Die Abschaffung des

Die Abschaffung des Geldes muß dann für ähnlich absurd gelten wie die Aufhebung der Arbeitsteilung.

Es erscheint deshalb als notwendig, die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Kommunismus näher zu erörtern. Wir können dabei auf Untersuchungen in der westlichen Nationalökonomie zurückgreifen, die ebenfalls die Voraussetzungen eines wirtschaftlich vollkommenen Zustandes zum Inhalt haben. Dies sind die Untersuchungen zum Modell der vollkommenden Konkurrenz. Das Modell der vollkommenen Konkurrenz beschreibt einen Zustand, der mit dem Kommunismus bestimmte Ähnlichkeiten hat. Auch im Falle des Zustandes der vollkommenen Konkurrenz handelt es sich um die Vorstellung einer Wirtschaft, die perfekt und ohne Störungen funktioniert und dabei einen Höchstgrad der Rationalität aufweist.¹¹

Das Modell vollkommener Konkurrenz stellt eine Fiktion dar, die zeigen soll, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Zustand absoluter Rationalität verwirklicht werden kann.¹² Zwei Grundvoraussetzungen gehen in dieses Modell ein, die die Basis für die weiteren Ableitungen bilden. Dies sind die Voraussetzungen der unendlichen Reaktionsgeschwindigkeit und der absoluten Markttransparenz. Die unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren ist eine Bedingung, die die Fähigkeiten zu handeln betrifft, während die allgemeine Markttransparenz die Richtungen des Handelns bestimmen kann.

Die unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren ist eine Voraussetzung, die die Verwendbarkeit der Arbeit und auch der Ausrüstungen in beliebige Produktionsrichtungen gestattet, so daß aus Änderungen der Marktdaten keine Anpassungsschwierigkeiten resultieren. Die Voraussetzung der Markttransparenz ist einfach die Entsprechung dazu. Besteht absolute Reaktionsgeschwindigkeit, so ist immer auch Markttransparenz gegeben. Man kann eins ohne das andere nicht annehmen.

Diese Grundvoraussetzungen des Modells vollkommener Konkurrenz stimmen mit der Grundvoraussetzung des Kommunismusbildes überein. Versteht man die Aufhebung der Arbeitsteilung nämlich im Sinne

einer Aufhebung jeden Unterschiedes von konkreten Arbeiten untereinander, so ist sie identisch mit der Annahme unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren. Die Annahme absoluter Markttransparenz ist unmittelbar damit verknüpft. Auch Marx nimmt ja als Ergebnis der Aufhebung der Arbeitsteilung die allgemeine Durchschaubarkeit der Verhältnisse an, die also, wenn das Ergebnis als möglich gelten soll, auch im Sinne allgemeiner Markttransparenz auffaßbar sein müßte. ^{43/}

Das Modell vollkommener Konkurrenz beschreibt unter diesen Voraussetzungen das wirtschaftliche Optimum bei zusätzlicher Annahme von Geldrechnung. Es dürfte aber klar sein, daß die gleichen Voraussetzungen ausreichen, um eine optimal funktionierende Naturalrechnung zu beschreiben. Darauf weist auch Jühr hin:

"Wir schreiben ja dem Wirtschaftssubjekt solche Geistesgaben zu, daß es ihm keine Schwierigkeiten machen würde, den Wert jedes Gutes immer nur in seinem Verhältnis zu allen übrigen Gütern und nicht in seinem Verhältnis zu einem allgemeinen Tauschmittel auszudrücken". ^{44/}

Die Grundvoraussetzungen des Modells vollkommener Konkurrenz sind also die gleichen Voraussetzungen, die zur Verwirklichung des Kommunismus gegeben sein müssen. Beide Vorstellungen der vollkommenen Wirtschaft entsprechen sich. Während allerdings das Modell der vollkommenen Konkurrenz unter Annahme von Geldrechnung operiert, nimmt das Kommunismusmodell Naturalrechnung an. Das Modell vollkommener Konkurrenz, das eine perfekt funktionierende Geldrechnung beschreibt, beschreibt also in gleicher Weise die Bedingungen zur Abschaffung des Geldes.

Die Gemeinsamkeiten beider Vorstellungen von der vollkommenen Wirtschaft aber gehen noch weiter. Auf der Grundlage der rein wirtschaftlichen Annahmen der unendlichen Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren (Aufhebung der Arbeitsteilung) und der absoluten Markttransparenz ergeben sich Schlüsse auf das menschliche Zusammenleben. In beiden Vorstellungen wird gezeigt, daß unter diesen Voraussetzungen sich eine Identität von Einzel- und Gesamtinteresse ergibt und keine Machtphänomene auftauchen können. Damit

ist der Vorstellung dieser vollkommenen Gesellschaft abgeschlossen. Es ergibt sich ein System von Identitäten, das auf rein ökonomischen Annahmen basiert.

1. Die Identität von konkreter und abstrakter Arbeit
2. Die Identität von Eigeninteresse und Gesamtinteresse
3. Die Identität von Individuum und Gesellschaft (Abwesenheit von Macht)

Dies ist gleichzeitig der Zustand, in dem die objektiven Gesetze aufgehoben sind, da sie ihren Zwangscharakter verlieren. Existiert keine Arbeitsteilung, kann es keinen Zwang zur Anpassung mehr geben. Der Mensch handelt unmittelbar auf Ziele zu, ohne noch die Vermittlung objektiver Gesetze zu brauchen.

Letztlich beruht ein solches Identitätsschema auf einer Abstraktion von der Zeit. Es wird angenommen, daß die Zeit keine Eigenbedeutung für das Handeln hat, denn durch die Voraussetzungen sind alle Störungsmomente, die aus der Zeit mit Notwendigkeit entstehen, ausgeschlossen worden. Die Vorstellung solcher vollkommener Gesellschaften ergibt sich daher nur im Rahmen einer statischen Untersuchung des Wirtschaftsablaufs. Daraus ergibt sich, daß solche Zustände innerhalb der Zeit nicht als verwirklichter gedacht werden können.

Wir haben daher die Notwendigkeit des Geldes auch nicht aus einem Optimummodell begründet. Wollte man dies tun, so müßte man nachweisen, daß die Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Optimums die Notwendigkeit des Geldes einschließen. Wir haben aber gerade darauf hingewiesen, daß, wenn Optimumvoraussetzungen gegeben sind, das Geld abgeschafft werden kann. Folglich ist der Nachweis der Notwendigkeit des Geldes aus einem Optimummodell nicht möglich. Geld kann daher nicht deshalb notwendig sein, weil es als Mittel zur Erreichung des Optimums erforderlich ist. Es ist vielmehr notwendig, weil die Voraussetzungen zur Erreichung des Optimums nicht gegeben sind und auch nicht gegeben sein können. Das Optimum ist nicht mehr als eine Fiktion, die, wenn man die Zeit als Medium des wirtschaftlichen Handelns berücksichtigt, nicht als verwirklichter gedacht werden kann. Das Vorhandensein von Geld weist darauf hin, daß die Wirtschaft nicht perfekt funktioniert. Würde sie das, so brauchte man kein Geld.

Soweit können wir also der Marxschen Analyse des Geldes zustimmen. ^{16/} Um zu einem Zustand vollkommener Gesellschaft zu kommen, kann man das Geld abschaffen. Marx aber erkannte die Voraussetzungen nicht, die gegeben sein müssen, damit eine Wirtschaft ohne Geld funktionieren kann. Hätte er diese Voraussetzungen erkannt, dann hätte er das kommunistische Endziel nicht als reales Ziel ansehen können. Wenn daher sowjetischerseits immer behauptet wird, Marx hätte die Abschaffung der Arbeitsteilung nicht im Sinne des Verschwindens aller Unterschiede zwischen den konkreten Arbeiten verstanden, so wird man ^{dies} ihnen recht geben müssen. Etwas anderes aber entscheidet. Marx hat aus der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Abschaffung wesentlicher Unterschiede zwischen den Arbeiten Folgerungen gezogen, die nur bei Identität von konkreten und abstrakten Arbeiten gezogen werden können. Marx erwartete von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die unmittelbare Identität von Einzel- und Gemeininteresse von Mensch und Gesellschaft, eine Schlußfolgerung, die nur bei völliger Aufhebung des Unterschiedes zwischen konkreten Arbeiten richtig ist.

Wenn man auch sagen kann, das Marxsche Kommunismusbild sei unmöglich zu verwirklichen, da Voraussetzungen erfüllt sein müßten, die niemals als wirklich erwartet werden können, so ist es doch nicht eine reine freie Konstruktion. Marx selbst nannte sein Zielbild wissenschaftlich, im Gegensatz zu den utopischen Zukunftserwartungen seiner sozialistischen Vorgänger. Wenn auch die Möglichkeit, den Kommunismus zu verwirklichen, nicht größer ist, so hat dennoch das Kommunismusbild einen völlig anderen Charakter als die utopischen Konstruktionen seiner Vorgänger. Es ist durch wirkliche Analyse des Wirtschaftsprozesses gewonnen und spiegelt damit wesentliche Elemente der Wirklichkeit wieder. Es stellt diese Elemente zwar in einen völlig neuen Zusammenhang, fußt aber letztlich auf ihnen. Es ist eben etwas völlig anderes, irgendwelche Änderungen der Welt zu prophezeien oder zu zeigen, daß das konsequente Durchdenken von Elementen des Wirklichen den Zustand der vollkommenen Gesellschaft zu analysieren erlaubt. Die eigentliche Überzeugungskraft des Kommunusbildes ist daher gerade darin zu sehen, daß es die tatsächliche Wirklichkeit zur Grundlage hat. ¹⁷

Die Umwandlung, die das Kommunismusbild in dem Sowjetsystem erfuhr, entspricht durchaus diesem Ausgangspunkt. Es wurde dort so interpretiert, daß es in der Sowjetgesellschaft eine Funktion bekam. Es wäre daher nicht richtig, im Kommunismusbild eine willkürliche Konstruktion zu sehen. Es enthält eine Optimumvorstellung von der Gesellschaft, die aus den Elementen der Wirklichkeit gewonnen ist, und die schließlich im Sowjetsystem eine Funktion für die Wirklichkeit bekam.

2. Die Umwandlung des Kommunusbildes im Sowjetsystem

Diese Verwandlung des Kommunusbildes im Sowjetsystem können wir, ausgehend von dem oben angeführten Identitätsschema, darstellen. Die Identität von Einzelinteresse und Gesamtinteresse, von Individuum und Gesellschaft ruhte hier auf der Voraussetzung der Identität von konkreter und abstrakter Arbeit (Aufhebung der Arbeitsteilung). In Marxscher Terminologie gesprochen, könnten wir sagen, daß die Aufhebung der Arbeitsteilung die materielle Basis der Identität von Individuum und Gesellschaft ist. Dies aber in einem besonderen Sinne. Gibt es keine Arbeitsteilung, so ist notwendig und unmittelbar einsichtig Einzel- und Gesamtinteresse identisch. In diesem Sinne aber ist in der Marxschen Kommunismusvorstellung diese Identität behauptet. Solch eine Identität kann also nur gegeben sein, wenn jedes Handeln, das dem Gesamtinteresse widerspricht, immer auch voll zum Schaden des einzelnen Handelnden ausschlägt. Das Interesse, eigenen Schaden zu vermeiden, ist dann der Motor des Gesamtinteresses. Eine Möglichkeit, aus der Verletzung des Gesamtinteresses einen Vorteil für sich selbst herauszuschlagen, gibt es überhaupt nicht. Es wird also in einem solchen vollkommenen Zustand nicht etwa freiwillig darauf verzichtet, das Gesamtinteresse zum eigenen Vorteil zu verletzen. Man braucht gar nicht darauf zu verzichten, weil beide Interessen identisch sind. Das gleiche gilt natürlich in bezug auf die Machausübung. Der einzelne verzichtet nicht auf Machtmißbrauch, sondern Machtmißbrauch ist sein eigener Schade.

Versteht man das Verhältnis von materieller Basis und Überbau in diesem Sinne, so ist es nicht wesentlich, ob man zur Darstellung dieses Zusammenhangs die Marxsche Terminologie benutzt oder nicht. Entscheidend ist nur, daß erkannt wird, daß solche Identität von Individuum und Gesellschaft bestimmte objektive Voraussetzungen hat, die in der Art des rationalen Handelns selbst gründen. Marx spricht von Arbeitsteilung und wir haben gezeigt, daß man in gleichen Sinne von unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren sprechen kann. Nur wenn sich objektive Voraussetzungen in dieser Art ändern, kann auch der Zustand der Gesellschaft in Richtung des Kommunismus geändert werden.

In der sowjetischen Praxis zeigte sich dies bald. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verfehlte völlig, einen neuen, vollkommeneren Zustand des menschlichen Zusammenlebens heraufzuführen. Das sowjetische Kommunismusbild mußte sich daher anpassen und wesentliche Momente der Marxschen Vorstellung fallen lassen. Da man eine materielle Basis des Kommunismus im hier dargestellten Sinne - Aufhebung des Unterschiedes zwischen konkreten Arbeiten - gar nicht schaffen kann, mußten die Voraussetzungen des Kommunismus uminterpretiert werden. Das Kommunismusbild wurde in einen Mythos des wirtschaftlichen Wachstums verwandelt, der die Organisation der Massen in Richtung einer maximalen Entwicklung der Produktivkräfte rechtfertigt und interpretiert.

Aber ebensowenig, wie das Kommunismusbild in der Marxschen Analyse eine wirkliche Vorstellung einer besseren Gesellschaft ist, so ist auch das Kommunismusbild im Sowjetsystem nicht einfach ein zufälliges Überbleibsel aus der Marxschen Theorie, das beliebig ausnutzbar und beliebig wandelbar wäre. Vielmehr entspringen seine wesentlichen Züge durchaus aus einer Funktion, die es in der Sowjetwirtschaft hat.

a) Der Widerspruch im Kommunismusbild

Wir hatten bereits gezeigt, daß die Wachstumsmaximierung für die Sowjetwirtschaft eine institutionalisierte Verhaltensnorm darstellt. Wachstum aber ist eine Anstrengung und eine Anstrengung nimmt man nur auf sich, wenn man in ihr einen Sinn sieht. Sinnvoll

aber ist wirtschaftliches Wachstum nur, wenn der Zustand mit dem höheren wirtschaftlichen Produkt ein besserer Zustand ist als derjenige mit dem niedrigeren wirtschaftlichen Produkt. Anderenfalls wäre wirtschaftliches Wachstum ja ein sinnloses Handeln. Ein schlechthin größeres Produkt reicht nicht dafür aus, die Wachstumsanstrengung zu rechtfertigen. Das größere Produkt hat ja nur darin seinen Sinn, daß es ein besseres Leben erlaubt. Wachstumsmaximierung als Verhaltensnorm setzt daher schlechthin voraus, daß es für die Gesellschaft besser ist, ein höheres als ein niedrigeres Produkt zu produzieren. Es ist von diesem Urteil aus nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung, daß die Gesellschaft umso vollkommener ist, je höher das Produkt der Wirtschaft ist. Die höchste Vollkommenheit der Wirtschaft aber wird durch den Zustand des Optimums beschrieben. Folglich muß die Gesellschaft sich dem Zustand des Optimums und damit dem kommunistischen Endzustand annähern, je stärker die Arbeitsproduktivität wächst.

Dies ist der Gedankengang, der hinter der Annahme des Kommunismusbildes stehen muß. Soll das Handeln in der auf Wachstum orientierten Wirtschaft als sinnvoll verstanden werden, so muß es sich vom Kommunismusziel her verstehen. Würde dieses Kommunismusbild falsch sein, so hat ja die Wachstumsmaximierung als Verhaltensnorm einer Wirtschaft überhaupt keinen Sinn. Das Kommunismusbild ist daher eine Notwendigkeit des Handelns in einer Wirtschaft mit Plankoordination. Es zeigt, daß die Anstrengungen für eine bessere Welt geschehen und nur auf diese Weise kann das wirtschaftliche Handeln sich verstehen. Hierin liegt ein wichtiger Unterschied zur Wirtschaft mit Marktkoordination. Hier ist die Wachstumsrate keine institutionalisierte Verhaltensnorm, stattdessen aber die Profitrate. Es gibt hier keine Notwendigkeit, wirtschaftliches Wachstum auf Basis der Gesamtgesellschaft zu rechtfertigen. Ein analoges Problem existiert hier allerdings für das individuelle Handeln. Vergrößerung des Einkommens hat hier auch nur einen Sinn, wenn das Leben mit einem höheren Einkommen ein besseres und vollkommeneres Leben ist. Aber die Begründung kann sich jedes Individuum selbst liefern. Eine Notwendigkeit, dies auf gesellschaftlicher Ebene zu tun, besteht nicht.

Anders in der Sowjetwirtschaft. Sie versteht sich daher mit einer gewissen Notwendigkeit vom Kommunismus als Endziel wirtschaftlichen Handelns her. Dieses kann, wenn es gesellschaftlich verstanden werden soll, nur von einem Zustand der Vollkommenheit her verstanden werden oder überhaupt nicht. Zeigt man daher die Unmöglichkeit der Verwirklichung des Kommunismus, so zeigt man nicht nur einen Widerspruch in der Marxschen Argumentation, sondern ebenso einen Widerspruch der Wirklichkeit selbst. Und die theoretische Kritik des Kommunismusbildes kann gar nichts anderes tun als zu zeigen, daß ein solcher Zustand nur unter Abstraktion von der Zeit als verwirklichter gedacht werden kann und folglich für ein menschliches Handeln, das Handeln in der Zeit ist, kein adäquates Ziel darstellt. Während das Handeln sich nur als sinnvoll in bezug auf den vollkommenen Zustand der Gesellschaft verstehen kann (wenn Wachstumsmaximierung eine institutionalisierte Verhaltensnorm ist), zeigt die theoretische Kritik des Kommunismusbildes, daß die Wirtschaft mit der höheren Arbeitsproduktivität dem vollkommenen Zustand keineswegs näher ist als jede andere.

Nur auf der Grundlage dieses Widerspruchs in der Wirklichkeit selbst wird die Bedeutung des Kommunismusbildes für die Sowjetgesellschaft verständlich. Es rechtfertigt ein prinzipiell unendliches Wachstum, indem es zeigt, daß jede Stufe einen Fortschritt bedeutet und keine das Ende des Fortschreitens darstellt. Es versucht den Widerspruch zu versöhnen, indem es endliche Schritte auf ein unendliches entferntes Ziel hin für sinnvoll erklärt. Die sowjetische Wirtschaft schreitet danach von Erfolg zu Erfolg dem unerreichten Ziel zu.

Was hier zum Ausdruck kommt, ist eine besondere Irrationalität der wachsenden Wirtschaft. Diese Irrationalität wurde ursprünglich analysiert am Beispiel des kapitalistischen Erwerbstrebens. Dieses ist irrational, weil es den Gewinn rein um seiner selbst willen anstrebt, das Profitinteresse nur die Rolle eines Motors hat und das Erworben nie zu einem Gebrauchtwert für den Kapitalisten selbst wird. Max Weber spricht von einer Irrationalität des Rationalisierten.¹⁹⁾

In dieser Auffassung steht der Profitmaximierung die Bedarfsbefriedigung gegenüber und es wird überhaupt nicht gefragt, ob dieses irrationale Moment tatsächlich ein Ergebnis eines bestimmten Wirtschaftssystems - des kapitalistischen - oder ein Spezifikum der wachsenden Wirtschaft überhaupt ist. Das Beispiel der Sowjetwirtschaft aber kann dazu dienen, zu zeigen, daß sich kapitalistische und sozialistische Wirtschaft nicht nach den Grundsätzen von Profit- und Bedarfsinteresse trennen lassen. Es stehen sich vielmehr die Prinzipien von Profit- und Wachstumsmaximierung gegenüber. Der Profitrate entspricht die Wachstumsrate. Die Wachstumsrate aber schafft die irrationalen Momente, die im Kapitalismus das private Handeln beherrschen, als Momente des gesellschaftlichen Handelns aufs neue. Die Irrationalität der Wachstumsmaximierung tritt an die Stelle der Irrationalität der Profitmaximierung und die Mystifikation der Wachstumsrate löst die Mystifikation der Ware ab.

b) Das Kommunismusbild als gleichzeitige Beschreibung eines Zustandes und eines Prozesses

Das Kommunismusbild ist das Argument, mit dem man auf den inneren Widerspruch der wachsenden Wirtschaft antwortet. Da es von Marx ursprünglich als Beschreibung einer Realität, in der alle Widersprüche gelöst sind, gedacht war, mußte es dabei wichtige Umformungen erfahren. Das Kommunismusbild wurde dabei aus der Beschreibung eines Zustandes, in dem es keine Verbesserung mehr geben kann, zu einem Prozeß, in dem die Gesellschaft von Stufe zu Stufe vollkommener wird. Versteht man den Kommunismus als die Auflösung sämtlicher gesellschaftlicher Gegensätze, so ist mit solch einem Zustand zwar auch noch eine dauernde Veränderung der Produktivkräfte und der Umwelt vereinbar, nicht jedoch eine dauernde Vervollkommnung. Es kann sich, von einem solchen Zustand aus betrachtet, immer nur um Wandlungen rein quantitativer Art handeln, wobei sich innerhalb einer sich wandelnden Umwelt immer die gleiche Harmonie und Vollkommenheit des Lebens durchsetzt. Die Verwandlung des Kommunusbildes, wie sie im Sowjetsystem sich darstellt, aber muß die Betonung gerade darauf legen, daß jeweils eine Stufe des

gesellschaftlichen Fortschritts durch neue Fortschritte überhöht wird. Der Grad der Vollkommenheit muß ständig zunehmen, ohne daß jemals die im Kommunismusbild selbst beschriebene Vollkommenheit erreicht werden könnte.

"Man muß natürlich beachten, daß der Sieg des Kommunismus keinen Stillstand in der historischen Entwicklung bedeutet und daß die kommunistische Gesellschaft sich ununterbrochen wandeln und vervollkommen wird. Deshalb kann man nicht genau voraussagen, wie sie aussehen wird, wenn Jahrhunderte oder gar Jahrtausende vergangen sein werden. Die Frage jedoch, wie der Kommunismus aussehen wird, den viele unserer Zeitgenossen miterleben werden, wie die kommunistische Ordnung in ihrer ersten Entwicklungsstufe beschaffen sein wird— diese Frage kann schon heute völlig beantwortet werden." 20/

"Aber auch wenn die Menschen diese Höhe erklommen haben, werden sie nicht stehenbleiben, sich nicht zufriedengeben, nicht in passive Beschaulichkeit verfallen. Im Gegenteil, ihre Energie wird sich steigern. An die Stelle gelöster Aufgaben werden neue treten, die erreichten Ziele werden durch neue, noch verlockendere ersetzt. Das Rad der Geschichte wird sich weiter drehen." 21/

"Ebenso wenig hört jemals die Tätigkeit der Menschen auf, die darauf gerichtet ist, die Ordnung der Gesellschaft, in der sie leben, zu vervollkommen: die Formen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, die Lebensweise der Menschen, die Normen des menschlichen Gemeinschaftslebens und Umgangs." 22/

Das Perpetuum mobile des Kapitalismus bekommt keine Ruh'.

Allerdings wird die ursprüngliche Beschreibung des Kommunismus in wesentlichen Punkten beibehalten. Dies gilt für die einzelnen wesentlichen Punkte. So soll weiterhin das Geld abgeschafft werden.

"Die Notwendigkeit einer Kontrolle über das Maß der Arbeit und das Maß des Verbrauchs entfällt, das Geld wird abgeschafft, die Ware-Geld-Beziehungen verschwinden und damit verändert sich auch von Grund auf der Charakter der Beziehungen zwischen Mensch und Gesellschaft. Die Beziehungen werden endgültig frei von eigensüchtigen Erwägungen, von all dem, was die Jagd nach dem Verdienst, nach materiellem Vorteil in sie hineintrag." 23/

Die Verteilung wird sich nur nach den Bedürfnissen richten.

"Im Kommunismus gilt bei der Verteilung der materiellen Güter und geistigen Güter das Prinzip: Jedem nach seinen Bedürfnissen. Mit anderen Worten, die Gesellschaft gibt jedem Menschen, unabhängig von seiner Stellung, von der Quantität und Qualität der Arbeit, die er ihr zu geben vermag, unentgeltlich alles, was er braucht." 24/

"Die Menschen werden sich umso leichter an die kommunistischen Formen der Verteilung gewöhnen können, als dies von ihnen keine künstliche Selbstbeschränkung und kein asketisches, kein entbehrungsreiches Leben verlangt". 25/

Die Arbeit ist freiwillig.

"Im Kommunismus werden sich alle Mitglieder der Gesellschaft in der Arbeit ausschließlich von moralischen Impulsen, von ihrem hohen Bewußtsein leiten lassen. Das wird, mit anderen Worten, unentgeltliche Arbeit bei gleichfalls unentgeltlicher Befriedigung aller Bedürfnisse der Schaffenden sein." 26/

Zwischen den Menschen herrscht allgemeine Gleichheit.

"Die Gleichheit im Kommunismus ist nicht so zu verstehen, als würden alle Unterschiede zwischen den Menschen beseitigt werden; es verschwinden nur solche Unterschiede und Bedingungen, die einen Unterschied in der sozialen Stellung des Menschen hervorbringen können." 27/

"Unlösbare Widersprüche entstehen, wie die Erfahrungen beweisen, infolge von gegensätzlichen Interessen und Ignoranz. Diese Ursachen werden im Kommunismus ausgeschaltet; es bleiben also nur Unterschiede in den Erfahrungen, im Grad der Informiertheit, in der Art der Behandlung einzelner Fragen bestehen. Aber bei der tiefwurzelnden Gemeinsamkeit der Interessen, der Ziele und der Weltanschauung wird es nicht schwer sein, solche Meinungsverschiedenheiten zu überwinden." 28/

Die kommunistische Gesellschaft zeichnet sich danach durch die Identität von Einzel- und Gemeininteresse aus.

"Der Kommunismus, der die Produktion, die Verteilung und die Arbeit umgestaltet, gewährleistet gleichzeitig die völlige Verschmelzung der sozialökonomischen Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft." 29/

Hierzu gehört auch die Identität von Planungsapparat und Wirtschaftssubjekten.

"Die gesellschaftliche Selbstverwaltung im Kommunismus ist ein Organisationssystem, das die gesamte Bevölkerung umfaßt, die mit Hilfe dieses Systems die unmittelbare Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten verwirklichen wird ... Auf dem Gebiet der Ökonomik - dem wichtigsten Wirkungsfeld der gesellschaftlichen Selbstverwaltung - werden diese Methoden der wissenschaftlichen Planung, der Organisierung freiwilliger Verbindungen und der Zusammenarbeit zwischen Produktionskollektiven und Wirtschaftsbereichen sein." 30/

Jeder Zwang fällt dann fort.

"Wenn jeder Zwang aus dem gesellschaftlichen Leben verschwindet, dann werden sich nicht nur die sozialen Bedingungen der künftigen Gesellschaft wandeln, sondern auch der Mensch selbst wird sich wandeln und sich in allem einzig von seinen Überzeugungen und der Erkenntnis seiner moralischen Pflicht leiten lassen." 31/

Das Leben ist wieder völlig vermenschlicht.

"Statt Luxus werden Bequemlichkeiten und wahre Schönheit zu Hauptkriterien für den Wert der Dinge werden; die Menschen werden in den Dingen nicht länger Objekte der Eitelkeit und das Maß für den Lebenserfolg sehen, sie werden nicht länger für den Erwerb von Dingen leben, sondern diese wieder ihrer wahren Bestimmung zuführen, die darin besteht, das Leben des Menschen zu erleichtern und zu verschönern." 32/

Dies ist, kurz zusammengefaßt, das Idealbild, wie es in der sowjetischen Kommunismusvorstellung besteht. Seine wesentlichen Züge stammen unverkennbar von Marx. In diesem Sinne ist auch das sowjetische Kommunismusbild eine Zustandsbeschreibung und zwar eines Zustandes, der in keiner Richtung mehr verbessert gedacht werden kann. Besser als in einem solchen kommunistischen Zustand kann man wirklich nicht leben. Dies bedeutet gegenüber der vorher angeführten Prozessbeschreibung allerdings einen Widerspruch. Eine vollkommene Gesellschaft kann man schlecht noch vollkommener machen.

Ursprünglich war das Kommunismusbild nur als Beschreibung einer bestimmten Epoche konzipiert, die zu einem festen Zeitpunkt zu erwarten war. Das Reich des Kommunismus sollte jenseits der Revolution beginnen. Je mehr man dann allerdings das Kommunismusbild selbst zu reflektieren begann, umso mehr traten die Fragen nach den Stufen der Entwicklung nach der Revolution auf. Schon der alte Marx nahm hierzu Stellung und begründete in seiner Kritik des Gothaer Programms eine Zweiteilung der Zeit nach der Revolution. Zuerst sei eine Epoche zu erwarten, in der das kommunistische Ziel noch nicht völlig erreicht sei. Dies ist die Epoche, in der die wirtschaftliche Leistung und Verteilung nach dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.^{33/} *von nun an gilt.* Erst im weiteren Verlauf der Entwicklung sei dann der Übergang zum eigentlich kommunistischen Verteilungs- und Leistungsprinzip möglich: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.^{33/} Schon hiernach war der kommunistische Endzustand nur allmählich und nicht plötzlich zu erwarten.

Diese Zweiteilung wurde in den marxistischen Lehrmeinungen beibehalten. Seit 1919 wurde den beiden Perioden besondere Namen gegeben. Die erste Periode nach der Revolution, in der das Prinzip: Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen gilt, hieß fortan Sozialismus, die zweite Periode, in der das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen gilt, wurde Kommunismus genannt. Diese Namen haben sich bis heute erhalten.^{34/}

Wenn auch Marx diese Zweiteilung schon andeutet, so hatte er doch noch keine Vorstellung davon, wie sie sich auswirken könne. Im Sowjetsystem aber mußten diese Prinzipien verwirklicht werden. So trat man als erstes in den Aufbau des Sozialismus ein. Als diese vollendet war, verlor der Sozialismus seinen Charakter als Zukunftsbild. Es ist sehr verständlich, daß darauf der eigentliche kommunistische Zustand als unmittelbar bevorstehend erklärt wurde. 1953 wurde beschlossen, daß der Aufbau des Kommunismus selbst zu beginnen hätte und die heutige Phase der Sowjetwirtschaft versteht sich als Phase der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus. Jenseits dieser Phase, die mit der Erreichung der Eiholung Amerikas in der pro-Kopf-Produktion beendet sein soll, beginnt der eigentliche Kommunismus.

Für die Sowjets sieht daher die Zwei-Phasen-Einteilung ganz anders aus als für Marx. Sie befinden sich in der sozialistischen Phase und erwarten den Kommunismus für die Zukunft, während Marx noch innerhalb einer kapitalistischen Umwelt über das neue System nachdachte. Von Marx aus gesehen war es die Aufgabe des Tages, ein Wirtschaftssystem mit Plankoordination zu begründen, von dem aus der Übergang zum Kommunismus eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die Sowjets hingegen leben in einem System der Plankoordination und müssen sich über das Endziel verständigen.

Von Marx aus gesehen war es die revolutionäre Tätigkeit, die dem Endziel näher brachte. Vom Standpunkt der Sowjets hingegen ist es die wirtschaftliche Tätigkeit, die den Weg zum Kommunismus ebnet. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß die revolutionäre Tätigkeit rein instrumental auf die Umwälzung der Gesellschaft hingelenkt werden konnte, während die für die wirtschaftliche Tätigkeit zur Herbeiführung des Kommunismus nicht gilt. Den Sozialismus baut man dadurch, daß man das Privateigentum enteignet und ein System der Plankoordination schafft. Man hat hier ein konkretes Ziel, auf das hin gehandelt werden kann. Wenn es auch sicher richtig ist, daß Marx den Aufbau des Sozialismus keineswegs instrumental in dem Sinne aufgefaßt hat, wie er dann später durchgeführt wurde, so bleibt doch die Tatsache, daß man ihn so auffassen konnte.^{3/5} Der Kommunismus aber ist ein Zustand, den man instrumental überhaupt nicht mehr herstellen kann. Man kann eine Wirtschaft herstellen, die zentral geplant ist und dabei leidlich funktioniert. Eine Wirtschaft ohne Geld, eine Gesellschaft ohne Staat sind instrumental überhaupt nicht herzustellen. Privateigentum zu enteignen ist ein mögliches Ziel für das Handeln, kommunistische Lebensverhältnisse aber nicht. Den Sozialismus kann man aufbauen, wie der Architekt sein Haus aufbaut, den Kommunismus aber nicht. Freiwilliges Arbeiten kann man nicht herstellen, wohl aber ein Planungssystem.

Es zeigt sich dann, daß im sowjetischen Sinne der Unterschied von Sozialismus und Kommunismus auch anders beschrieben werden kann. Sozialismus beschreibt diejenigen Elemente der neuen Gesellschaft, die instrumental hergestellt werden können, und Kommunismus die übrigen erwarteten Inhalte. Der Übergang zum Kommunismus ist dann etwas, auf das man warten muß, das zwar mit Notwendigkeit kommt,

aber nicht mit Gewalt erzwungen werden kann.

Da es aber mit Notwendigkeit kommt, kann man Kommunismus jetzt auch so definieren: Kommunismus ist derjenige Zustand, der sich bei Weiterführung der sozialistischen Elemente der Wirtschaft mit Notwendigkeit ergibt. Diese Beschreibung ist anders als die reine Beschreibung des Endzustandes. Hier wird einfach gesagt, daß der Kommunismus mit Notwendigkeit kommt, folglich alles, was mit Notwendigkeit kommt,

115

ein Schritt zum Kommunismus ist.

"Der Übergang vom sozialistischen Stadium der Entwicklung zur höchsten Phase ist ein gesetzmäßiger historischer Prozeß, den man nicht willkürlich verhindern oder umgehen kann. Die marxistisch-leninistischen Parteien halten den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft für ihr Endziel" 36

Da sich die sowjetische Wirtschaftspolitik an der Maximierung der Wachstumsraten orientiert, bedeutet dies, daß die Maximierung der Wachstumsrate als das geeignete Mittel gilt, um zum Kommunismus zu kommen. Man glaubt jetzt daran, daß eines Tages die wirtschaftliche Situation so sein ^{wird} ~~sehe~~, daß man die Produktivkräfte überhaupt nur noch in kommunistischen Formen weiterentwickeln kann.

Damit bekommt der Weg vom Sozialismus zum Kommunismus zwei Seiten. Der Endzustand gilt als bekannt und ist im Kommunismusbild niedergelegt. Ebenfalls ist das Mittel bekannt, das diesen Endzustand schafft, nämlich die Maximierung der Entwicklung der Produktivkräfte. In der Beschreibung des Weges zum Kommunismus müssen daher Mittel und Ziel nebeneinandergestellt werden.

3. Das Kommunismusbild als Mythos eines endlosen wirtschaftlichen Wachstums

Die sowjetischen Diskussionsbeiträge widmen sich dieser Aufgabe. Sowohl am Endziel als auch am Weg dazu wird nicht gezweifelt. Sie werden übernommen. Das Problem ist für die sowjetischen Autoren einzig und allein, die Formen des Übergangs zu erklären.

a) Der Übergang zum Kommunismus

Die Argumentation geht aus von den zwei Phasen des Sozialismus und des Kommunismus. Die Phasen gelten nicht als völlig getrennt, sondern als Phasen einer sich gleich bleibenden kommunistischen Formation. Nach dieser Bezeichnung ist also auch die sozialistische Phase ein Teil der kommunistischen Formation. Die kommunistische Phase bekommt folglich den Namen "höchste Phase des Kommunismus". Die beiden Phasen sind also verschiedene Perioden der gemeinsamen kommunistischen Formation. 37

Beide Phasen haben sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede. Die Gemeinsamkeit beider Phasen, die zugleich die Berechtigung dafür geben, sie als Phasen der kommunistischen Formation zu bezeichnen, besteht in der Eigentumsordnung.^{3/1} Es herrscht beidemal gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Damit hängt zusammen, daß die Produktion auf die ständig wachsenden Bedürfnisse der Menschen gerichtet ist. Die Gesellschaftsstruktur selbst wird also durch den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nicht verändert, vielmehr verändern sich nur Modalitäten.^{3/2} Als wichtiger Unterschied von Sozialismus und Kommunismus gilt der Unterschied in der Höhe der Produktivkräfte. Daraus folgen dann andere Unterschiede. So werden die verschiedenen Eigentumsformen in ein gemeinsames gesellschaftliches Eigentum hinüberwachsen. Schließlich fällt im Kommunismus das Geld und der Handel fort.

Aus der engen Zusammengehörigkeit beider Phasen ergibt sich die konservative Wirkung des Kommunismusbildes. Es ist ein Versprechen, das nur gehalten wird, wenn das unter sozialistischen Vorzeichen begründete Wirtschaftssystem erhalten bleibt. Es ist letztlich nichts weiter als die Beschreibung der Möglichkeiten, die in dem sozialistischen Wirtschaftssystem bereits angelegt sind.

"Anders gesprochen, geht die Rede hier nicht über die Ersetzung einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation durch eine andere, sondern über die Entwicklung innerhalb einer Formation, die auf dem Wege über allmähliche quantitative und qualitative Änderungen vor sich gehen kann."^{4/0}

"Beide, Sozialismus und Kommunismus stellen zwei Phasen einer und derselben gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation dar und deshalb kann der Übergang von der ersten zur zweiten Phase stattfinden über eine maximale Stärkung des Sozialismus, über die Ausnützung der in ihm herrschenden Gesetze."^{4/1}

Die beiden Phasen stellen hiernach lediglich unterschiedliche Reifegrade ein und derselben Formation dar. Daher läßt sich auch in keinem Land der Welt die Phase des Sozialismus überspringen, so daß man direkt den Kommunismus verwirklichen könnte. Während Völker durchaus solche gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formationen wie die Sklavenwirtschaft oder auch den Kapitalismus überspringen

können, ist dies beim Sozialismus unmöglich. Sozialismus ist daher offensichtlich als die Periode der Begründung des Wirtschaftssystems verstanden, während der Kommunismus die Periode der Reife der kommunistischen Formation darstellt. ^{42/}

Es fragt sich dann natürlich, welchen Sinn die Unterscheidung, die sich so gewichtig gibt, überhaupt noch haben soll.

Der Unterschied beider Phasen wird zunehmend ausgehöhlt. ^{43/} Dies geschieht dadurch, daß man den Eintritt der höchsten Phase des Kommunismus nicht mehr identisch definiert mit dem Erreichen des kommunistischen Endzustandes. Der Übergang zum Kommunismus als Phase ist danach bereits möglich, wenn dieser Endzustand noch nicht verwirklicht ist, d.h. wenn das Geld und der Staat noch nicht abgeschafft sind. So fragt Stepanjan danach, welche Bedingungen gesellschaftlich-wirtschaftlicher Art zumindest erfüllt sein müssen, damit man davon sprechen kann, daß die Gesellschaft in ihre kommunistische Phase getreten sei. Als Antwort weist er darauf hin, daß der Kommunismus eintreten könne, wenn die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus vollendet sei. ^{44/} Das ist selbstverständlich. Aber das Zeichen dafür, daß dies tatsächlich soweit sei, sieht man nach Stepanjan im gigantischen Maßstab der angewendeten Technik. ^{45/} Die höchste Phase tritt also dann ein, wenn beschlossen wird, daß es soweit ist. Der wahrscheinlichste Zeitpunkt für das Erreichen der Deklamation des Kommunismus ist deshalb wohl bei der Überholung des Standes der Arbeitsproduktivität der USA erreicht.

Aber dies ist nicht der Vollkommunismus, nicht der vollkommene Endzustand. Es ist lediglich der Beginn der kommunistischen Phase der Geschichte.

"Es versteht sich, daß auch die materiell-technische Basis des Kommunismus nicht als stagnierend betrachtet werden darf: sie wird sich unablässig vervollkommen, sich verändern und dabei den Reifegrad des Kommunismus, seine Entwicklungsetappe, bestimmen." ^{46/}

Stepanjan stellt noch ausdrücklich klar, daß man nicht den vollen

111

Kommunismus erwarten darf:

"Hieraus folgt, daß man die Geburt des Kommunismus nicht metaphysisch, sondern dialektisch betrachten muß. Man muß bei der Begründung der kommunistischen Gesellschaft bestimmte Stufen sehen, man darf nicht vergessen, daß der Kommunismus, der in naher Zukunft verwirklicht werden wird, sich in bezug auf seine Reife äußerst stark unterscheiden wird von jener kommunistischen Gesellschaft, welche nach 100-200 Jahren bestehen wird." 47/

An einer anderen Stelle spricht Stepanjan von der höchsten Phase des Kommunismus, die es zu erreichen gelte, während er den Zustand, in dem es kein Geld und keinen Handel mehr gibt, Vollkommunismus nennt. 48/

Diese Klarstellung, daß man vom Übergang zum Kommunismus nicht die Verwirklichung des Endziels erwarten darf, findet sich noch an vielen anderen Stellen. Dies geht z.T. soweit, daß expressis verbis betont wird, daß die Ware-Geld-Beziehung auch in der höchsten Phase des Kommunismus noch beizubehalten sei. In dieser Richtung argumentiert Ostrovitjanov. Er erklärt dies natürlich nicht aus der Notwendigkeit des Geldes überhaupt, sondern aus dem Nebeneinanderbestehen von kapitalistischen und sozialistischen Eigentumsordnungen. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen sollen die Notwendigkeit des Geldes weiterhin begründen. Dies ähnelt sehr der Begründung, die ursprünglich Stalin für das Geld im Sozialismus gab. Stalin hielt ja das Geld im Sozialismus deshalb für notwendig, weil es in der Sowjetunion zwei verschiedene Formen des gesellschaftlichen Eigentums gebe. 49/

Die häufigste Art jedoch, in der sowjetische Autoren klarstellen, daß unter Übergang zum Kommunismus nicht die Verwirklichung des Endziels zu betrachten sei, ist anders. Sie weisen darauf hin, daß auch im Sozialismus schon Elemente des Kommunismus enthalten seien, wobei aber die sozialistischen Elemente überwiegen. Die höchste Phase des Kommunismus aber gilt als erreicht, wenn die kommunistischen Elemente des Wirtschaftsprozesses überwiegen. Der Endzustand selbst ist dann selbstverständlich noch nicht erreicht.

Die Ziele des Kommunismus lesen sich dann völlig anders. So wird der Übergang zu einem Zustand mit Arbeit als erstem Lebensbedürfnis folgendermaßen beschrieben.

"Doch beim Übergang zum Kommunismus muß sie (die materielle Interessiertheit) immer mehr durch moralische Impulse ergänzt werden, bis diese schließlich die beherrschende Rolle spielen" 56/

oder

"Kommunistische Einstellung zur Arbeit ist in erster Linie die Bereitschaft und der Wunsch, gut zu arbeiten und zwar nicht deswegen, weil jemand dazu treibt und nicht nur, weil davon der Verdienst abhängt, sondern auch aus tiefer Einsicht und dem Bewußtsein moralischer Verpflichtung." 57/

Auch Chrstschew stellt dies bereits klar. Er spricht vom Kommunismus als einem Zustand, in dem man die Lebensbedürfnisse der Menschen voll befriedigen kann. Die Definition dieses Zustandes aber ist sehr ungewöhnlich:

"Die volle Befriedigung des Bedarfs aller Sowjetmenschen an Nahrung, Wohnung und Kleidung in notwendigen und vernünftigen Grenzen wird man sicherlich in nicht ferner Zukunft verwirklichen können. Man braucht nicht viel Zeit, um - sagen wir - die Schüler mit kostenlosem Frühstück und Mittagessen zu versorgen, um alle Kinder in Kindergärten und -krippen in Internatsschulen mit vollem Unterhalt auf Kosten der Gesellschaft zu erfassen. Was die erwachsene Bevölkerung betrifft, so muß man bedenken, daß der Bedarf an Existenzmitteln nicht grenzenlos ist. Ein Mensch kann beispielsweise an Brot und anderen Nahrungsmitteln nicht mehr verbrauchen, als für seinen Organismus notwendig ist. Es gibt auch gewisse Grenzen bei der Kleidung und bei der Wohnung. Gewiss, wenn von der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen die Rede ist, sind nicht die Launen und nicht die Ansprüche auf Luxusbedürfnisse gemeint, sondern die gesunden Bedürfnisse eines kulturell entwickelten Menschen." 58/

Dieses Bild vom Zustand der vollen Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist ganz anders als die Beschreibung des Endziels vermuten lassen würde. Man kann natürlich Kinder und Schüler umsonst versorgen, man kann sicher auch bestimmte Güter überhaupt umsonst verteilen. Wenn man mit dem Übergang zur höchsten Phase des Kommunismus nicht mehr meint, kann man diesen Übergang natürlich vollziehen.

Allerdings hält auch Chruschtschew die "Beschreibung des Endziels aufrecht, meint aber, daß die volle Verwirklichung der kommunistischen Prinzipien eben noch eine Zeit auf sich warten lassen würde." ^{53/}

b) Die Rechtfertigung des endlosen Wachstums

Für unseren Zusammenhang ist wesentlich, daß durch diese Neuinterpretationen der Kommunismus zu einer Entwicklungsphase wird, in der das kommunistische Endziel weiterhin Motor der weiteren Entwicklung ist. Den Kommunismus erreicht zu heben und auf den Kommunismus zustreben, das sind vereinbare Sachverhalte geworden.

Der Kommunismus wird damit zu einem permanenten Versprechen auf die Zukunft. Der morgige Tag wird besser sein als der heutige und daher ist es wert, sich am heutigen Tage anzustrengen. Am morgigen Tag wiederum gilt dasselbe. Der Kommunismus wird zu einem "konkreten Ideal". ^{54/}

"Das kommunistische Ideal ist nicht nur ein Traum, ein schönes Ziel, ein ideales Musterbild der Zukunft, sondern zugleich auch die praktische Befahrung alles Guten als allgemeiner Norm, als allgemeinen Vorbildes. Indem dieses Gute zur Norm wird, wird es im Lauf der weiteren Entwicklung durch ein noch höheres Tun ersetzt." ^{55/}

Das Endziel als vollendeter, erreichter Zustand der Vollkommenheit der Lösung aller Widersprüche wird als Gegenstand der Spekulation abgelehnt. Ein Prozeß soll durch das Kommunismusbild begründet werden und kein Zustand.

"Spekulationen über fernste Zukunft zum Schwerpunkt philosophischer Überlegungen zu machen, ist unfruchtbar, lenkt ab vom Leben und der aktiven Teilnahme an der Gestaltung unserer Gegenwart und nächsten Zukunft." ^{56/}

"Die Kenntnis der Gegenwart, ihrer Entwicklungsbedingungen, der wesentlichen Entwicklungsgesetze ermöglicht die wissenschaftliche Voraussicht nur der nächsten Stufe, wohin sich die Gesellschaft bewegt. Spekulationen über das Endziel sind dem Marxismus fremd." ^{57/}

"Nicht Endzweck und Endziel, sondern unendlicher Prozeß in endlichen Erscheinungsformen der Materie - das ist der Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus." ^{58/}

Dies entspricht der oben angeführten Beschreibung des Ideals. Sinnvoll handelt der Mensch daher nur, wenn er sein Tun auf Ziele lenkt, die in seiner Epoche erreichbar sind. Die nächste Epoche wird sich wieder erreichbare Ziele stellen, so daß ein endloser Prozeß zustande kommt. Das Kommunismusbild unterliegt diesem Prozeß zwar als treibende Kraft, es ist aber als vollkommener Zustand über den man nicht mehr hinaus könnte, niemals gegeben. 52/

Es ergibt sich dann eine Zweiteilung des Zukunftsbildes. Es gibt die Rechtfertigung eines dauernden Prozesses, der prinzipiell unendlich ist und die Vorstellung einer bestimmten zu erreichenden Stufe, die jeweils die nächste Etappe des gesellschaftlichen Fortschritts darstellt. Beides greift natürlich ineinander. Der Prozeß, der zu rechtfertigen ist, ist ein Prozeß zu immer größerer Vervollkommnung, zu einer Vervollkommnung, die nie als erreicht betrachtet werden kann, der man aber immer näher kommt. Die einzelne Etappe hingegen spiegelt jeweils einen bestimmten Grad von Vollkommenheit wieder. Diese Etappe kann so kurz bemessen sein, daß sie bereits Gegenstand des Wirtschaftsplans wird. Die längste hier bekannte Periode ist die von 15 - 20 Jahren. Darunter natürlich solche Stufen wie die durch 5 oder 7-Jahrespläne angegebenen Stufen. Hier sind der Phantasie natürlich ziemliche Grenzen gesetzt. Je länger aber die Etappe gewählt wird, über die zu sprechen ist, umso weniger Zwang braucht sich die Phantasie aufzuerlegen. Nur muß sie immer beachten, daß die Phantasie immer noch zu arm ist, um die Fülle des in noch längeren Zeiträumen zu Erreichenden zu umfassen. Dies ist wichtig, damit der Prozeß selbst sich als unendlich darstellen kann.

Diese Zweiteilung ist entscheidend wichtig. Das Etappenziel selbst ist realistisch, es erlaubt, die Großartigkeit des demnächst zu erreichenden Zustandes zu beschreiben, den die heute "zwanzigjährigen noch erleben werden". Das Etappenziel ist immer konkret, enthält verwirklichtbare Größen. Dabei braucht es natürlich nicht so zu sein, daß dieses Etappenziel auch wirklich erreicht wird. Solch ein Ziel etwa, wie die Überholung der USA in der pro-Kopf-Produktion in 10 Jahren ist vielleicht unrealistisch in bezug auf

122

die gesetzte Zeit. Aber es ist im Prinzip realistisch. Es setzt ein Ziel, das vielleicht nicht in 10 Jahren, aber doch überhaupt erreichbar ist. Nur solche Ziele aber gehen in die Etappenpläne ein. Eine prinzipielle Kritik an den Etappenzielen ist daher nicht möglich. ⁶⁶⁾

Als Rechtfertigung eines dauernden Prozesses hingegen muß das Kommunismusbild einen zukünftigen Zustand vorstellen, der prinzipiell nicht erreichbar ist. Es ist dies der Zustand der vollkommenen Gesellschaft.

Diese Rechtfertigung des endlosen Prozesses hat einmal eine rein ökonomische Funktion. Der Anstieg des Produkts kann nur an der Wachstumsrate, nicht an der Erreichung konkreter Ziele gemessen werden. Hat man etwa das prinzipiell realistische Ziel, in absehbarer Zukunft alle Menschen in den von Strumilin beschriebenen Kulturpalästen wohnen zu lassen, ⁶⁷⁾ so ist dies kein Grund, heute konkret dieses Ziel anzugehen. Man würde ja sonst beginnen, einen Kulturpalast nach dem anderen zu bauen, und bei dem heutigen Stand der Arbeitsproduktivität wären die ersten schon wieder verfallen, bis die letzten fertig sind. Nicht das konkrete Ziel darf angestrebt werden, sondern die Wachstumsrate muß im Mittelpunkt stehen. Ist diese gesichert, so kommt auch der Tag, an dem man diese Kulturpaläste bauen kann. Das Kommunismusbild rechtfertigt diese Ausrichtung auf die Wachstumsrate als endlosen Prozeß.

Aber das Kommunismusbild hat noch eine andere Funktion. Es orientiert das Handeln auf die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft im Namen des Weges zu immer vollkommeneren Stufen der Gesellschaft. Es wird damit zur Legitimierung der heute zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen. Es wird zur Grundlage für Ansprüche von seiten der Gesellschaft an den einzelnen. Es wird zur in die Zukunft verlegten materiellen Basis für gegenwärtige Moralpredigt. In Namen des besseren Zustandes, der morgen erreicht wird, kann vom Individuum heute verlangt werden, daß es sich in die Gesellschaft einordnet, daß es seine Interessen unter das Gesamtinteresse stellt. Man benutzt dabei die Beschreibung des kommunistischen Endzustandes als Mittel zur Freisetzung moralischer Impulse, ⁶⁸⁾

wobei die Frage, ob dieser Zustand tatsächlich erreicht wird, unerheblich wird. Dieser Endzustand wird weiterhin als ein Identitätssystem aufgefaßt, dessen sich jetzt der einzelne würdig erzeigen muß. Aber, und dies ist ein völliges Abgehen von der Marxschen Vorstellung, die Identität von Einzel- und Gemeininteresse setzt sich nicht mehr unmittelbar durch. Das Individuum muß sich vielmehr dem Gemeininteresse unterordnen. Der Mensch muß daher dazu erzogen werden. Die Identität von Individuum und Gesellschaft ist nicht von vornherein gegeben, sondern das Individuum muß zur Anerkennung dieser Interessengemeinsamkeit gebracht werden.

Der Marxsche Ausgangspunkt wird damit völlig umgedreht. Es ist nicht mehr eine materielle Basis, die die Identität von Individuum und Gesellschaft unmittelbar einsichtig macht, sondern umgekehrt soll der Mensch zur Unterordnung unter das Gesamtinteresse erzogen werden, damit der Kommunismus verwirklicht werden kann. ^{83/}

Die sowjetische Auffassung geht dabei soweit, daß sie die Erfüllung der "Normen der kommunistischen Moral" für die entscheidende Bedingung der Abschaffung des Geldes erklärt. Man ist sich zwar klar darüber, daß dies Ziel beim Übergang zur kommunistischen Phase nicht erreicht werden kann, erwartet es aber doch irgendwann.

Diese Notwendigkeit des Geldes hat jedoch mit der Bereitschaft des Individuums, freiwillig zu arbeiten oder sich als Konsument freiwillig zu beschränken, gar nichts zu tun. Er muß ja erfahren, welche Arbeit freiwillig zu tun ist und welche Richtung die Konsumtion freiwillig einschlagen soll. Diese Funktion des Geldes aber, solche Richtungen anzuzeigen, kann nicht ^{normal-}dadurch aufgehoben werden, daß die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis wird und daß der Konsum sich auf die faktisch gegebenen Möglichkeiten beschränkt. Er muß die faktisch gegebenen Möglichkeiten eben wissen. Die sich dabei als notwendig ergebenden Indices sind Geld. Sie können gar nicht anders genannt werden. Geld ist das Mittel, um diese notwendigen Funktionen in der wachsenden Wirtschaft zu erfüllen.

Soweit das einzelne Wirtschaftssubjekt nun Wünsche hat, die den durch das Geld abgesteckten Rahmen überschreiten, sieht es sich objektiven Gesetzen gegenüber. So, wenn es Konsumwünsche hat, die über die Gesamtgröße seines Anteils am Konsumfonds hinausgehen und oder als Arbeiter einen Beruf ausüben möchte, der nicht mehr gebraucht wird, so daß es sich umstellen muß. Man kann nun annehmen, eines Tages würden die Menschen solche Zwänge einfach nicht mehr als Zwang empfinden. Die Erziehungstätigkeit der Partei usw., auch die allgemeine Höhe des Lebensstandards, werden in diesem Zustand den Menschen mit den gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten völlig versöhnen. Das Geld hätte dann keinen Zwangscharakter mehr, sondern wäre nur noch ein Mittel, dem einzelnen die Richtungen seines Verhaltens zu bestimmen.

Eine ähnliche Lösung sieht die sowjetische Auffassung des Kommunismus im Bereiche des Rechtssystems vor. Hier soll der Zwangscharakter des Rechtes dadurch fortfallen, daß die Menschen zwar immer noch Gesetzen konfrontiert werden, sich aber eines Tages freiwillig unterwerfen. So unwahrscheinlich die Annahme sein mag, daß der Mensch jemals die Gesetze freiwillig erfüllt, freiwillig arbeitet und sich freiwillig in seinen materiellen Ansprüchen an das gesellschaftliche Produkt beschränkt, so ist es doch sinnvoll, einen solchen Zustand einmal zu durchdenken. Der Zwangscharakter der Gesetze würde jetzt offensichtlich fortfallen. Der Staat braucht nur noch Gesetze zu erlassen, zu ihrer Beachtung aber ist keine Zwangsgewalt mehr erforderlich. Versteht man den Staat rein von seiner Zwangsfunktion, so stirbt er unter diesen Voraussetzungen ab.

Aber unter diesen Annahmen stirbt das Geld nicht ab. Will man einen Vergleich zum Rechtssystem durchführen, so wäre das Geld mit den Rechtsnormen zu vergleichen. In der gleichen Art, wie für das gesellschaftliche Zusammenleben Rechtsnormen geschaffen werden müssen, braucht man für das wirtschaftliche Zusammenleben ein Geldsystem. Und ebenso wenig, wie durch Freiwilligkeit der Erbringung von Leistungen oder Gehorsam das Rechtssystem wegfällt, sondern nur der Zwang, den es ausübt, so wenig füllt dadurch das Geldsystem weg. Die Gesetze der Wirtschaft sind nicht in Buchstaben, sie sind in Geld geschrieben. Sie stellen etwas vergleich-

bares zu den Rechtsnormen dar. In bezug auf die Rechtsnormen aber ist sich auch die Sowjettheorie völlig darüber im klaren, daß sie im Kommunismus in jedem Fall erhalten bleiben müssen. Der einzig logische Schluß ist es dann, auch das Geld zu erhalten.

Obwohl Ansätze dazu vorhanden sind, auch die Beibehaltung des Geldes für den Kommunismus anzuerkennen, gibt es bisher keine eindeutigen Stellungnahmen. Gerade die Funktion des Kommunismusbildes, moralische Antriebe durch die Beschwörung eines vollkommenen Zustandes der Gesellschaft zu wecken, müßte ja dadurch leiden. Aber hier ist sicher die Stelle, an der die Kommunismusdiskussion weitergehen müßte. Bei Strumilin selbst sind auch ohne Zweifel schon Ansätze dazu da, das Geld für ein notwendiges Mittel auch der kommunistischen Gesellschaft zu erklären. Er spricht nämlich davon, daß das Geld nur ganz allmählich abgeschafft werden könne, weil es viele neue Produkte gibt, die nicht sofort in der Menge produziert werden können, in der sie überhaupt verwendbar sind. Jede Produktion läuft langsam an und erreicht erst nach einer gewissen Zeit ihren vollen Umfang. Konsequenz zu Ende gedacht, müßte dies heißen, daß für neue Produkte das Geld nie verschwinden kann. Eine solche Begründung des Geldes aus der Knappheit von Produkten ist von der absoluten Höhe der Arbeitsproduktivität völlig unabhängig. Diese Art der Knappheit ist ebenfalls nicht das Ergebnis einer subjektiven Haltung, sondern eine objektive Gegebenheit des technischen Fortschritts. Wirtschaftliches Wachstum, das ja im Kommunismus weitergehen soll, kann nicht anders vor sich gehen als unter Schaffung neuer Produkte. Solange aber neue Produkte auf den Markt kommen, ist das Geld prinzipiell unentbehrlich. \

Eine Entwicklung des Kommunismusbildes in dieser Richtung ist sicher notwendig. Es soll einen endlosen Prozeß rechtfertigen und kann dies nur tun, wenn es zugleich die Begründung für die Beibehaltung des Geldes gibt. Das Kommunismusbild verliert damit aber etwas von seiner makellosen Reinheit. Es kann nicht mehr die völlige Befreiung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit versprechen und eigentlich ist ja die Kommunismusvorstellung so, daß man sie entweder ganz oder gar nicht verwirklichen kann.

Die Ausdeutung, die das Kommunismusbild dabei finden könnte, ist beim späten Marx bereits kurz umrissen. Sie müßte dahin gehen, das Reich der Notwendigkeit für etwas zu erklären, das nie völlig überwindbar ist.

"Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und es zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil der Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die es befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vorgesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung." 62/

Wird so das Reich der Notwendigkeit als notwendiger und dauernder Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens anerkannt, so kann vom Kommunismus als geschichtlichem Zustand nicht mehr die Erfüllung der im Kommunismusbild gegebenen Vorstellung der vollkommenen Gesellschaft erwartet werden. Würde das sowjetische Kommunismusverständnis diesen letzten Schritt noch tun, so wäre der Kommunismus völlig in eine Begründung des endlosen Wachstumsprozesses verwandelt. Ob dieses expressis verbis demnächst geschehen wird, kann man natürlich nicht wissen. Es läge aber in der Logik der Sache. Das Kommunismusbild wäre dann völlig in der Behauptung aufgelöst, daß wirtschaftliches Wachstum schlechthin ein Wert sei und daß es das Recht der Gesellschaft sei, die Unterordnung des Einzelinteresses unter das Gesamtinteresse im Namen der besseren Zukunft zu fordern. 61/

Es wäre nichts weiter mehr als ein pseudo-rationaler Ausdruck für ein irrationales Wachstumsstreben. Aber es hätte dann eine Form, in der es durch die Wirklichkeit nicht mehr widerlegt werden kann, ein Versprechen, das jetzt der Wirklichkeit entspricht. Obwohl es notwendiges Moment der Wirtschaft mit Plankeoordination ist, ist es in dieser Form doch ein "falsches Bewußtsein" der Wirklichkeit. Es muß immer wieder mit dem Bild einer vollkommenen Gesellschaft operieren und gibt doch selbst zu, daß diese Vorstellung rein fiktiv ist.

In diesem Sinne könnte man das sowjetische Kommunismusbild als Mythos bezeichnen. Es ist die bewegende Kraft des Handelns, ohne doch selbst adäquates Ziel für das Handeln zu sein. Es ist das Bild, unter dem die Massen für die Entwicklung der Produktivkräfte mobilisiert werden, ein Bild, das so ausgestattet ist, daß an keinem Punkt des Handlungsablaufs gesagt werden könnte, es sei jetzt verwirklicht. Es verheißt eine neue Welt und es genügt, wenn dadurch die Massen in Bewegung gebracht werden können. Beliebige Richtungen, die das Handeln einschlägt, können nicht als zwingendes Argument gegen die Wahrheit des Kommunusbildes gebracht werden. Es ist ein Mythos, denn es steht völlig jenseits eindeutiger Beweise. Am Kommunusbild kann man nichts verifizieren und die theoretische Kritik prallt völlig ohnmächtig ab. ⁶⁹

Exkurs:

Die Eigenart des Kommunismusbildes als Mythos eines endlosen Wachstums wird im Weiten gemeinhin verkannt.

So glaubt Leonhard und seine Meinung ist allgemein verbreitet, daß, wenn 1980 das Kommunismusbild nicht verwirklicht sei, für die sowjetische Führung eine große Schwierigkeit kommen würde, wobei bisher nur 3 Alternativen sichtbar seien:

1. "Die Sowjetführung wird dazu übergehen müssen, die Verwirklichung des kommunistischen Endziels immer wieder in die Ferne zu rücken, immer neue Übergangsperioden oder Durchgangsstadien zu finden als Erklärung und Entschuldigung dafür, daß sie das verkündete Ziel nicht erreicht hat. Damit allerdings würde die Glaubwürdigkeit des kommunistischen Endziels überhaupt in Frage gestellt"

Hier ist zu übersehen, daß auch der Kommunismus im sowjetischen Sinne immer auf dem Wege ist und nie am Ziel. Auch der Kommunismus ist auf dem Wege zum Endziel. Er ist eine besondere Art, auf dem Wege zu sein. Der Beweis dafür, daß man auf dem richtigen Wege ist, bringt das Wachstum der Produktivkräfte. Das Ziel ist nichts, der Weg ist alles.

Soweit nun die Ziele technischer Art sind, wie Häuserbau, Konsumniveau, besteht natürlich immer eine Wahrscheinlichkeit dafür, daß man sie auch erreicht. Erreicht man sie dennoch nicht, so heißt dies natürlich nicht, daß man gar nichts erreicht. So hatte Chruschow versprochen, bis 1961 die USA in der Produktion von Fleisch einzuholen. Das gelang nicht, heute hat man das Ziel, die bis 1965 zu schaffen. Aber die Tatsache, daß auch bis 1961 eine bedeutende und was wichtig ist, für jeden merkbare Produktionserhöhung erfolgte, ist ein Beweis dafür, daß man das Ziel eben doch, wenn auch später, erreichen wird. Gegenüber allen technischen, rein wirtschaftlichen Zielen ist diese Argumentation immer überzeugend. Wenn 1980 die Menschen nicht in Kulturpalästen wohnen,

so hat doch bis dahin jeder seine eigene Wohnung und er wird sie als Versprechen dafür ansehen, im Jahre 2000 in einem Kulturpalast zu wohnen.

Sofern es aber um die anderen Ziele geht, so muß man sich hier mit Stufen begnügen, natürlich. Aber hier sind ja auch alle Definitionen so bestimmt, daß sie der Wirklichkeit nicht widersprechen brauchen. Eine minimale Kriminalität, die stabilste Ehe der Welt, Erziehung zur Arbeitsfreude, das sind ja keine unmöglichen Ziele. Und daß man nie einen vollkommenen Zustand erreicht, sondern die Gesellschaft sich immer weiter vervollkommen muß, das ist ja gerade überall betont, kann ja deshalb auch nie als Widerspruch zur Wirklichkeit aufgefaßt werden. Jede Generation wird eben den Kommunismus wieder auf einer noch höheren Stufe aufbauen, sie muß immer wieder aufs neue die aus dem Wachstum der Produktivkräfte notwendig werdenden Anpassungen vollziehen und wird sie als Vervollkommenung des Lebens interpretieren und erleben. Das Ziel kann dann immer gleichbleiben und auf neuer Stufe mit neuen Mitteln immer wieder angezielt werden. Es kann daher genau umgekehrt sein als Leonhard vermutet, nämlich so, daß die tatsächliche Veränderung, die mit dem Wachstum der Produktivkräfte verbunden ist, immer wieder als die Bestätigung für die Richtigkeit des Weges empfunden wird.

Letztlich mag dies irrational sein, aber solche Phänomene wie das irrationale Profitstreben, die wir durchaus kennen, sollten darauf hinweisen können, daß es keineswegs notwendig ist, daß solch ein Zirkel durchschaut wird. Denn auch dieses Profitstreben häuft Vermögen auf Vermögen, ohne jemals zur Besinnung darauf zu kommen, daß hier innerhalb rationaler Gesetze ein völlig irrationaler Akt vorliegt. Es gibt keinen Grund, so etwas nicht auch gesellschaftlich für möglich zu halten. Auch in den Ländern, die heute den höchsten Lebensstandard der Welt haben, wird die Faszinierung durch einen noch höheren Lebensstandard nicht schwächer und was soll hier anderes wirken als die Überzeugung, daß damit ein vollkommeneres Leben möglich ist. Warum sollte der Kommunismus nicht zu einem Bewusstsein gelangen, das sich wie folgt aus-

drücken läßt: Das heutige Leben ist fast vollkommen, das morgige wird noch vollkommener sein! Die Energie ist damit auf die Produktion abgeleitet und eine Besinnung auf die Gegenwart ist vermieden.

2. Als zweite Alternative zeigt Leonhard auf:

"Die Sowjetführung müßte ihr Zukunftsbild selber verändern, neu formulieren und in allen Grundzügen so abschwächen, daß es erreichbar ist oder erreichbar werden kann; sie müßte also das kommunistische Endziel den Realitäten und Entwicklungsmöglichkeiten der Sowjetunion anpassen. Damit aber würde das kommunistische Endziel an Anziehungsvermögen und Leuchtkraft verlieren - für die Sowjetbevölkerung wie für die kommunistische Weltbewegung"

Auch dies ist zweifelhaft. Soweit die wirtschaftlichen Ziele betroffen sind, also die Höhe der Arbeitsproduktivität, Länge der Arbeitszeit usw., sind die Ziele durchaus prinzipiell erreichbar. Es kann also nur um die anderen Ziele gehen: Abschaffung der Geldrechnung, Sicherung der kommunistischen Moral usw. Wäre der Kommunismus verwirklicht, so würde sich kein Mensch für ihn anstrengen. Die tatsächlich verwirklichtbaren Ziele sind auf dieser Welt so jämmerlich nüchtern, daß sie einfach keine Anstrengung lohnen. Dies ist anders, solange die Wirtschaft so gering entwickelt ist, daß sie überhaupt die nackte physische Not beseitigen muß. Sobald sie darüber hinaus geht, bleibt nicht mehr viel. Warum soll man, wenn jeder satt ist und eine Wohnung hat, eigentlich noch arbeiten? Massen bewegt man nicht durch Aufklärung zu wirtschaftlicher Leistung, sondern durch den Mythos. Und die Stärke des Mythos ist, daß er nicht verwirklichtbar ist. Da verspricht er alles, was der Mensch sich wünscht und nur dann. Daß er nicht eintrifft, ist ein Grund, sich weiter anzustrengen und das sichtbare Ergebnis, die erhöhten Produktivkräfte, sind der Beweis, daß man richtig daran tut. Warum sollte das Kommunismusbild nicht an Leuchtkraft gewinnen, wenn die wirtschaftlichen Erfolge einmal weithin sichtbar sind?

Sich klar zu werden über die möglichen Ziele des wirtschaftlichen Wachstums würde heißen, dort aufzuhören, wo jeder leidlich gut lebt. Es macht gerade den Realismus des Kommunismusbildes aus, einen Prozeß und nicht ein Niveau der Produktivkräfte anzustreben. Deshalb kann man durchaus annehmen, daß die Sowjets, je höher die Produktivkräfte steigen, umso mehr das Kommunismusbild propagieren werden. Es ist gerade das Mittel, die Reflexion und Kritik des Ziels zu verhindern, nicht umgekehrt, die Herausforderung der Kritik. Es schläfert sie ein und führt die Energien auf die wirtschaftliche Leistung.

3. "Schließlich könnte der Krenl das kommunistische Endziel immer seltener erwähnen, sich auf Lippenbekenntnisse bei feierlichen Anlässen beschränken, immer weniger vom Endziel zu sprechen und die Aufmerksamkeit stattdessen mehr und mehr auf die konkreten, realen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben konzentrieren. Damit aber wären der Herrschaft des Parteiapparates in der Sowjetunion und der Existenz der kommunistischen Weltbewegung ihre ideologische Begründung genommen"

Genau umgekehrt: Das Kommunismusbild ist das Mittel, die Aufmerksamkeit auf die "konkreten, realen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben" zu lenken. Die Erfüllung dieser Aufgaben hat darin ihre Sinnggebung, die unbedingt nötig ist. Wenn es möglich wäre, das Kommunismusbild zurücktreten zu lassen und sich stattdessen auf die "konkreten, realen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben" zu konzentrieren, so hätte man ja den Kommunismus. Genau das hat Marx ja versprochen und nicht mehr, nämlich einen Zustand, in dem die Ideologie zurücktritt und stattdessen konkret gehandelt wird. Aber es zeichnet Marx aus, daß er die Bedingungen der Möglichkeit solchen Handelns untersuchte. In seiner Kommunismusvorstellung sind sie niedergelegt. Es gibt kein fataleres Mißverständnis als dies, daß man die Ideologie zurücktreten lassen könne, um sich den konkreten Aufgaben zuzuwenden. Dies heißt soviel wie: Weil der Kommunismus nicht verwirklicht werden kann, geht man zum Kommunismus über.

Marx hatte einen Zustand versprochen, in dem man unmittelbar konkret handelt, ohne der Vermittlung durch ideologische Rechtfertigungen zu bedürfen.

Am Sowjetbeispiel aber zeigt sich, daß sich aus dem Versuch "konkret" zu handeln eine Ideologie bildet. Das ist der Kommunismus. Es ist die Ideologie des ideologiefreien Handelns.

Seine Überzeugungskraft liegt gerade darin, daß heute jeder Mensch glaubt, man könne unmittelbar auf Grund von sogenannten Realitäten handeln. Was es verwirklicht, ist haargenau der Mythos dieser sogenannten Realitäten. Der Glaube, daß ein Tag kommt, an dem man gezwungen ist, den Mythos aufzugeben und stattdessen sich auf die Realitäten zu konzentrieren, ist gerade die Triebkraft des Kommunismus und stärkt den Mythos selbst.

Der Kommunismus schafft so ein perpetuum mobile des wirtschaftlichen Wachstums. Dies unterscheidet ihn grundsätzlich von allen vorhergegangenen Utopien. Er ist eben wissenschaftlicher Sozialismus.

Dieser Unterschied ist wesentlich. Leonhard aber mißversteht ihn als Utopie. Sowjetische Utopien sind grundsätzlich (so wie die Vorstellung Strumilins) nur Bilder von einer möglichen, aber immer zeitweisen Konkretion des kommunistischen Mythos.

Dies ist nicht die Intention des Marxschen Kommunismusbildes. Aber es ist seine Logik.

Leonhard kommt zu folgendem Schluß:

"Die starke Akzentuierung des kommunistischen Endziels mag für die Führung in der unmittelbaren Gegenwart von grossem propagandistischem Wert sein. Für die Zukunft dürfte sie jedoch sehr ernste Gefahren mit sich bringen. Schonungslos würde dann nämlich das Grundproblem des Sowjetkommunismus überhaupt aufgezeigt: die Diskrepanz zwischen dem Anspruch, alle wirtschaftlichen, sozialen, ökonomischen, politischen, psychologischen und menschlichen Probleme nach dem kommunistischen Rezept zu lösen und dem Unvermögen, diesen Anspruch auch in die Wirklichkeit umzusetzen"

Es ist wahrscheinlich ein Irrtum, zu glauben, die Akzentuierung des kommunistischen Endziels sei mit Rücksicht auf die Vorteile der unmittelbaren Gegenwart vorgenommen worden. Es ist doch vielmehr so, daß die unmittelbar einsichtige Lage, die bisher wirt-

erschaftliches Wachstum erzwang, nämlich physisches Elend und außenpolitische Bedrohung, weggefallen ist. Man braucht jetzt erst eine Motivierung von Wachstum als solchem. Soll es nicht erlahmen, so braucht es ein Ziel. Aber ein Ziel, das gerade den Prozeß legitimiert. Dies hat man sich durch die Ausformung des Kommunismusbildes geschaffen. Das Kommunismusbild ist deshalb absolut notwendig und gerade für die Zukunft. Es ist die Form des Selbstverständnisses, die man den Menschen in der Ordnung des gesellschaftlichen Eigentums bietet.

Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch, alle Probleme zu lösen und dem Unvermögen, dies in die Wirklichkeit umzusetzen, widerspricht nicht dem Kommunismusbild, sondern wird durch das Kommunismusbild ja gerade gelöst, wenn auch nur scheinbar. Es sind natürlich nie alle Probleme akut. Aber alle Probleme, die akut sind, werden ja angegangen. Der Bewußtseinsakt, den das Kommunismusbild legitimiert, ist folgender: Die heutige Gegenwart ist weit vollkommener als jede vorhergehende, das beweisen die hohen Wachstumsraten seit der Oktoberrevolution. Sie ist zwar noch unvollkommen, aber die nötigen Maßnahmen sind ergriffen und finden sich im heutigen Perspektivplan. (Heute der 7-Jahresplan, in Zukunft jeder andere Plan, ob im Kommunismus oder nicht!). Damit werden wichtige Probleme gelöst, die unbedingt gelöst werden müssen, so daß eine neue Stufe der Vollkommenheit erstiegen wird. Im Laufe der Lösung dieser Aufgaben werden neue Unvollkommenheiten bewußt, die alsdann wieder gelöst werden müssen und die Gesellschaft noch vollkommener machen usw.usw. Die Diskrepanz wird damit zum Motor und das Kommunismusbild ist gerade das Mittel, diese Lösung der Diskrepanz, die jeweils in der Gegenwart angegangen wird, in Beziehung zur vollkommenen Gesellschaft zu setzen.

III. Die wirtschaftliche Wirklichkeit

Das Koordinationssystem hat die Aufgabe, Konsumtion und Produktion zu vermitteln. Da eine unmittelbare Produktion auf die Konsumtion hin nicht möglich ist, muß ein Maßstab für die Effizienz der Produktion gefunden werden, den das Koordinationssystem zur Verfügung stellt.

Ohne die Existenz eines Koordinationssystems ist weder eine sinnvolle Produktion noch eine Befriedigung der Bedürfnisse möglich. Es ist die Bedingung dafür, daß überhaupt wirtschaftlich gehandelt werden kann, solange die Wirtschaft arbeitsteilig vor sich geht.

Indem das Koordinationssystem Produktion und Konsumtion vermittelt tritt es in ein Verhältnis zur wirtschaftlichen Wirklichkeit. Die wirtschaftliche Wirklichkeit entsteht daraus, daß Menschen innerhalb eines Koordinationssystems die Natur so bearbeiten, daß konsumierbare Produkte entstehen. Wirtschaftliche Wirklichkeit ist also ein bestimmtes Verhältnis des Menschen zur Natur. Wir können sie näher von ihren Seiten der Produktion und der Konsumtion her beschreiben. Von der Produktion her umfaßt sie die wirtschaftlich tätigen Menschen, die Technik und die natürlichen Gegebenheiten der Produktion. Von der Konsumtion her umfaßt die wirtschaftliche Wirklichkeit die konsumierenden Menschen mit ihrer Bedürfnisstruktur.

In dieser Definition ist das Koordinations- und Geldsystem aus dem Begriff der wirtschaftlichen Wirklichkeit ausgeschlossen. Es ist als Mittel der Vermittlung von Produktion und Konsumtion aufgefaßt. Wieweit es bei dieser Aufgabe der Vermittlung selbst Produktion und Konsumtion formt und dabei in die Wirtschaftswirklichkeit mit eingeht, soll erst untersucht werden.

1. Die wirtschaftliche Wirklichkeit unter Abstraktion vom Koordinationssystem des wirtschaftlichen Handelns

Bevor wir aber hierauf direkt eingehen, soll die so definierte Wirtschaftswirklichkeit unter Abstraktion vom Koordinationssystem untersucht werden. Da wir uns auf die Probleme der dynamischen Wirtschaft beschränken wollen, wäre also zu prüfen, welche Kennzeichen Produktion und Konsumtion in einer dynamischen Wirtschaft notwendig und immer haben müssen. Der nächste Schritt hätte dann erst zu zeigen, wieweit Konsumtion und Produktion innerhalb verschiedener Koordinationssysteme sich unterscheiden.

Gehen wir an die Frage zuerst von der Produktionsseite her heran, so setzt eine wachsende Wirtschaft voraus, daß sich die angewendeten Produktionsmethoden dauernd ändern, so daß das Produkt sich vergrößern kann. Beschreiben wir die gesamte Produktionsmittelausrüstung einer Wirtschaft als die installierte Technik oder die vergegenständlichten Produktionsmethoden, so heißt dies, daß die Ausrüstung mit Produktionsmitteln sich in der Zeit dauernd verändern muß. Dies aber ist nur möglich, wenn es eine positive Nettoinvestition gibt. Die Tatsache also, daß es sich um eine dynamische Wirtschaft handelt, schlägt sich in der Wirtschaftswirklichkeit, so wie wir sie definiert haben, dadurch nieder, daß die Kapazität der Produktionsmittelindustrien größer ist als bei traditionaler Wirtschaft. Sie sind daher nur bei wirtschaftlichem Wachstum ausnutzbar und ihr Vorhandensein ist nur erklärbar, wenn eine dynamische Wirtschaft vorliegt.

Mit dem Wechsel der Techniken in der dynamischen Wirtschaft hängt die Bestimmung der natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens zusammen. Denn es gibt keine natürlichen Bedingungen der Wirtschaft außerhalb der Anwendung bestimmter Techniken. Dies liegt einmal daran, daß die natürlichen Voraussetzungen immer schon durch den Menschen beeinflusst sind, der Boden ~~ist~~ bereits bearbeitet und kulturfähig gemacht, die Rohstoffvorkommen ~~sind~~ aufbereitet, ^{und} soweit sie schon erschlossen sind. Aber auch wenn die Natur noch völlig unberührt ist, so setzt das Wissen um die natürlichen Vor-

süße bereits voraus, daß sie von einem Menschen beurteilt werden, der sie zu bearbeiten plant. Die Kenntnis von Rohstoffvorkommen wie Erdöl, Kohle, Erze, kann überhaupt nur bei Menschen bestehen, die wissen, daß man diese Rohstoffe bearbeiten kann, in Güter verwandeln kann. Außerhalb des Menschen, der eine bestimmte Methode hat, Güter zu produzieren, hat der Ausdruck natürliche Voraussetzungen des Wirtschaftens keinen Sinn. Will man also die natürlichen Bedingungen der Wirtschaft beschreiben, so muß immer der Mensch und seine Methode des Wirtschaftens miterfaßt werden. Die natürlichen Voraussetzungen der Räume bestimmen sich von technischen Kenntnissen her. Bestimmte Vorkommen werden wirtschaftlich relevant, indem sie technisch erschlossen werden, andere sind durch die Entwicklung überholt und verlieren alle Bedeutung. Die natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens ändern sich dauernd, während natürlich die geographischen Tatsachen gleich bleiben. Aber geographische Tatsachen werden erst dadurch zu natürlichen Voraussetzungen des Wirtschaftens, daß sie vom Standpunkt der Produktionsmöglichkeiten beurteilt werden.

So gehören etwa die Erdölquellen Mexikos in eine Beschreibung der Wirtschaft des Aztekenreiches überhaupt nicht herein, bilden daher auch keine natürliche Voraussetzung dieser Wirtschaft. Erst wenn Menschen da sind, die die geographischen Gegebenheiten ausnützen können, kann man sie als Teil der Wirtschaftswirklichkeit betrachten. Natürliche Voraussetzungen sind immer auch Produkt des Menschen selbst.

Von der Seite der Konsumtion her gesehen, gehört zur dynamischen Wirtschaft eine fortlaufende Änderung der Bedürfnisstruktur. Dies ist einmal durch die Erfordernisse der Änderung der Technik bedingt. Als Folge davon müssen die Bedürfnisse durch veränderte konkrete Güter befriedigt werden. Wichtiger aber ist, daß neben die alten Bedürfnisse notwendig neue treten müssen. Die Konsumfunktionen verlaufen in der Zeit niemals linear, so daß gleichmäßig die Nachfrage nach allen Produkten steigen würde. Es müssen daher, wenn das Wachstum kontinuierlich weiter gehen soll, ständig

neue Bedürfnisse geweckt und befriedigt werden. Die Bedürfnisstruktur insgesamt befindet sich daher im Wachstum in einem dauernden Wandel.

Damit sind die wichtigsten Aussagen zusammengefaßt, die unter Abstraktion vom Koordinationssystem über die wirtschaftliche Wirklichkeit der wachsenden Wirtschaft gemacht werden können. Aber an einer solchen Fragestellung ist von vornherein eine grundsätzliche Kritik notwendig. Wir haben ja, indem wir vom Koordinationssystem abstrahierten, von dem Mittel abstrahiert, das überhaupt erst die Vermittlung von Produktion und Konsumtion erlaubt. Aber die wirtschaftliche Wirklichkeit entsteht ja erst als Produkt menschlichen Handelns und außerhalb eines wirtschaftlichen Handelns läßt sich von einer wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht sprechen. Wir haben vom Mittel der Kombination von Produktion und Konsumtion abstrahiert, um Produktion und Konsumtion für sich analysieren zu können. Damit haben wir gerade das Moment ausgeschlossen, das für jede Untersuchung des Problems wichtig sein muß, nämlich die Frage, wie weit bei einer Veränderung des Koordinationssystems sich die wirtschaftliche Wirklichkeit selbst verändert.

2. Die wirtschaftliche Wirklichkeit unter dem Einfluß des Koordinationssystems des wirtschaftlichen Handelns

Diese Frage, wie weit sich das Koordinationssystem seine eigene Wirklichkeit schafft, soll als nächstes gestellt werden. Wir können die Wirtschaftswirklichkeit wiederum von zwei Seiten betrachten. Wir wenden uns als erstes der Konsumtionseite und der Bildung der Bedürfnisstruktur zu.

a) Die Bedürfnisstruktur

Für unsere Zwecke ist es notwendig, zuerst einige Begriffe zu bilden. Bedürfnisstruktur soll hier gebraucht werden, wenn die Gesamtgröße von subjektiv empfundenen Bedürfnissen gemeint ist.

1. Die Bedürfnisse stellen die Wünsche des Konsumenten dar. Aber nur Bedürfnisse sind hier gemeint, die er tatsächlich empfindet. Sogenannte latente Bedürfnisse, also Bedürfnisse, die er nicht empfindet, aber empfinden würde, sobald er das darauf gerichtete Produkt kennen würde, fallen nicht unter den hier gemeinten Begriff. Solch ein latentes Bedürfnis wäre etwa das Bedürfnis nach Fernschapparat vor ihrer Erfindung.

2. Demgegenüber steht der Endgüterfonds, der tatsächlich angeboten wird. Endgüter sind solche Güter wie Wohnhäuser, Kühlschränke usw. Sie können unter sich in ganz verschiedenen Relationen produziert werden, je nachdem, welche Kapazitäten vorhanden sind. Sie entsprechen, wenn sie in den Mengen produziert werden, die den Bedürfnissen im Zusammenhang mit den zur Verfügung stehenden Einkommen entsprechen, dem Bedarf. Im Bedarf bildet sich aus den Bedürfnissen die tatsächliche Nachfrage. Einzig für den Bedarf wird produziert. Aber der Bedarf ist den Bedürfnissen gegenüber die abgeleitete Größe.

Das Bedürfnis entsteht dadurch, daß die Technik bestimmte Produkte zur Verfügung stellt, die Bedürfnisse nach den konkreten Gütern wecken, die diese Technik zu produzieren vermag. Soweit es gelingt, diese Bedürfnisse zu wecken, kann produziert werden. In dem gleichen Sinn könnte man natürlich auch sagen, daß latente in offene Bedürfnisse umgewandelt werden. Das Wachstum geschieht dadurch, daß immer wieder neue Bedürfnisse entstehen, die entweder an die Stelle ehemaliger Bedürfnisse oder neben sie treten. So tritt das Möbelstück aus Kunststoff an die Stelle von Holzmöbeln oder der Fernschapparat neben das Radio. Dauernd müssen neue Bedürfnisse geweckt werden und die Produktion hat sich in ihren Proportionen den entstehenden Bedürfnisintensitäten anzupassen. Obwohl hierbei der Konsum der Produktion die Grenze setzt, ist doch die Produktion der aktive Teil, denn die Produktion bestimmt ja darüber, in welchen Richtungen Bedürfnisse überhaupt

neu entstehen können. Neue Bedürfnisse im hier verstandenen Sinne des Wortes aber sind mit dem Wachstum der Wirtschaft notwendig verbunden. Wachstum besteht also darin, daß entsprechend der technischen Entwicklung Bedürfnisse geweckt werden, auf die hin produziert wird. Beim Konsumenten der wachsenden Wirtschaft finden wir eine unendliche Bereitschaft und Fähigkeit, neue Bedürfnisse zu entwickeln, während sich die tatsächlichen Bedürfnisse in jedem Moment auf den Bereich der überhaupt bekannten konkreten Endgüter beschränken. Indem daher neue Endgüter bekannt werden, entstehen auch neue Bedürfnisse.³⁾

Der Begriff des Bedürfnisses soll sich hier also auf solche Wünsche beschränken, die bei entsprechender Kaufkraft in Bedarf umgewandelt werden können. In diesem Sinne gibt es heute z.B. kein Bedürfnis, zum Mittelpunkt der Erde zu fahren. Allerdings könnte es den Wunsch danach geben. Aber dieser Wunsch wäre solange kein Bedürfnis, als das technische Problem nicht gelöst ist.

Der mögliche Endgüterfonds bestimmt also darüber, welche Bedürfnisse überhaupt entstehen können. Nur was zur Verfügung gestellt werden kann, ist Gegenstand von Bedürfnissen. Was nicht zur Verfügung gestellt werden kann, weil man es überhaupt nicht kennt, kann sich höchstens ganz amorph als Träumerei, Zukunftsroman usw. äußern.

Wieweit entscheidet nun das System der Plankoordination darüber, was zur Verfügung gestellt werden kann? Dies wäre die Frage danach, wieweit unterschiedliche Koordinationssysteme zur Entwicklung unterschiedlicher Bedürfnisstrukturen führen. Nun ist sicher, daß vom System der Plankoordination ein Einfluß auf die Richtung und Art des Konsumgüterangebots ausgeübt wird. Es standardisiert sehr, kann sich nicht in gleichem Ausmaße wie die Marktcoordination individuellen Bedürfnissen anpassen, wirkt in gewisser Weise uniformierend auf das Güterangebot, manchmal sogar primitivierend. Es werden planfähige Endgüter angeboten.

Ein anderer Einfluß liegt in den Modalitäten des Angebots. Die Konsumgüter werden in viel geringerem Maße als unter Privateigentum mit eigener Personalität ausgestattet. Geringe Produktdifferenzierung, wenig Produktgestaltung herrschen vor. Das Angebot ist

unregelmäßig, geht in Stößen vor sich. Dies alles sind typische Auswirkungen auf das Güterangebot. Die Bedürfnisse passen sich dem an, so daß sich eine eigene Konsumwirklichkeit entsteht. Der Bedarf kann sich nur auf eine Konsumtion richten, die bereits durch das Koordinationssystem geprägt ist. Einzig solche Wünsche aber, die überhaupt Gegenstand von Bedarf werden können, stellen Bedürfnisse dar, weil nur solche Wünsche ein zielgerichtetes Handeln auslösen können.

Aus den Bedürfnissen kann nun eine Bedrohung des Koordinationssystems entstehen. Es gibt nämlich Wünsche, die zwar unter einem System der Plankoordination kein mögliches Ziel darstellen und folglich ausgeschlossen werden müssen, die aber unter einem System der Marktkoordination verwirklicht werden können (und umgekehrt). Sobald sich Bedürfnisse auf solche Ziele hin bilden, ist die Stabilität des Wirtschaftssystems bedroht. Will es sich also stabil erhalten, so muß es die Bildung solcher Bedürfnisse verhindern und den Eindruck schaffen, daß der unter dem gegebenen Koordinationssystem mögliche Bedarf der einzig richtige, durch die Natur selbst bestimmte Bedarf ist. Es muß also eine als natürlich angesehen Konsumwirklichkeit geschaffen werden.

Damit diese eigene Konsumwirklichkeit zustande kommen kann, ist es erforderlich, daß der Prozess der Bildung der Bedürfnisse (der Verwandlung latenter in offene Bedürfnisse) innerhalb der Gesellschaft und ihrer Eigentumsordnung selbst vor sich geht. Er kann natürlich von außen gestört werden. Sofern die eigene Versorgung als unterlegen empfunden wird, sobald die Versorgungshöhe in einer anderen Eigentumsordnung bekannt ist, geht gerade die eigene Konsumwirklichkeit verloren. Bedürfnisse, die latent bleiben konnten, werden nun offen. Ein Problem für die Stabilität des Wirtschaftssystems entsteht aus dieser Quelle allerdings nur, wenn die fremde Konsumwirklichkeit bei einer Konfrontation nicht schlechtweg als fremd, sondern als überlegen empfunden wird.

Dies ist wohl der Grund für die hermetische Abschließung der Wirklichkeit der Sowjetgesellschaft von allen äußeren Einflüssen. Solange diese Einflüsse das Gefühl der eigenen Unterlegenheit schaffen, sind sie für das Wirtschaftssystem selbst gefährlich. Solange man sie aber abhalten kann, gibt es kein Hindernis für eine eigene

Ausgestaltung der Bedürfnisstruktur und des Endgüterfonds. Wenn man nicht weiß, daß eine andere Versorgung möglich ist, werden die Schwächen eines Versorgungssystems lediglich als Schwächen empfunden, die in der Natur der Sache selbst liegen. Über Schwächen aber, die in der Natur der Sache selbst liegen, kann man sich nicht empören. Auf Wünsche, die sich in solcher Richtung bilden, reagiert man ebensowenig durch ein Handeln wie auf den Wunsch, am Mittelpunkt der Erde zu sein. Die mögliche Quelle für eine Bedrohung des Wirtschaftssystems ist damit beseitigt.^{3/}

Natürlich bleiben, vor allem gegenüber stockender oder allzu eintöniger Versorgung, Unzufriedenheiten. Aber diese sind begrenzt, weil nur die empfundenen Funktionsstörungen unzufrieden machen können und die Selbstverständlichkeit, mit der die Eigentumsordnung akzeptiert wird, im Laufe der Zeit zunimmt.

Taucht solch eine Unzufriedenheit auf, so wendet sie sich nicht mehr gegen das Wirtschaftssystem selbst, sondern sucht Bahnen zur Verbesserung innerhalb des Wirtschaftsplans. Die Ideologie als Rechtfertigungssystem fördert gerade diesen Ausweg. Funktionsstörungen sind nie in ihrem Interesse, aber sie sollen nur innerhalb der Bahnen der Wirtschaftsordnung beseitigt werden.

Soweit diesen Störungen innerhalb des Wirtschaftssystems nicht begegnet werden kann, muß die Ideologie die Störungen möglichst unwesentlich erscheinen lassen. Sie greift dabei auf bestimmte Vorteile zurück, die das Wirtschaftssystem in den Augen der Bevölkerung hat. Diese Vorteile müssen aufgebauscht werden. Die Bevölkerung erhält damit den Eindruck, daß sie bei Bedrohung des Wirtschaftssystems ihre Erstgeburt gegen ein Linsengericht vertauscht. Vor einer solchen Perspektive erscheinen die tatsächlichen Störungen als kleine Nachteile, die gegenüber den großen Vorteilen nicht zählen. Im Fall der Sowjetwirtschaft geht diese Argumentation dahin, die Bevölkerung zu überzeugen, daß die ungeheuren Errungenschaften des Sozialismus nicht für einen kleinbürgerlichen Konsumentenstandpunkt eingetauscht werden dürfen. Wenn man bedenkt, daß die Bedürfnisse selbst durchaus gestaltbar sind, so daß es eine objektive Basis für die Kritik einer Versorgungshöhe nicht gibt, so muß eine solche Argumentation eigentlich immer überzeugend sein, so lange die Funktionsstörungen nicht zu offensichtlichen Katastrophen führen.

b) Die Produktion

Die Frage, wieweit die Produktionsseite durch das Koordinations-system geprägt wird, kann ausgehen von den Problemen der Technik. Hier sind wieder einige begriffliche Erörterungen an den Anfang zu stellen. Unter Technik kann hier verstanden werden:

1. Das installierte technische Wissen, die faktisch im Anlagekapital vergegenständlichten Produktionsmethoden. Dies ist der Ausgangspunkt. Es kann nur produziert werden, was man mit dem vorhandenen Produktionskapital produzieren kann.
2. Das technische Wissen. Dies umfaßt auch die nicht oder noch nicht verwendeten Methoden. Das technische Wissen stellt daher eine Ansammlung von reinen Wissensdaten dar, die durch den Produktions- und Investitionsprozeß verwirklicht werden können.

Aber das technische Wissen bleibt nie auf gleichem Stand. Es wird weiter entwickelt, umgewandelt, den Verhältnissen angepaßt. Die Richtung kann natürlich vom Zufall abhängig sein, ist es aber in den meisten Fällen nicht. Technisches Wissen ist das Ergebnis intensiven Forschens in bestimmter Richtung. Es wird also nie an sich geforscht, sondern immer für etwas. Die tatsächliche Produktion ist der Ausgangspunkt, sie stellt die Aufgaben, die überhaupt sinnvoll in Angriff genommen werden können. Die Technik zeigt dann Ergebnisse, die nur beschränkt vorher erkennbar waren, dann ihrerseits Gegenstand der Auswahl durch die Produktion werden, wobei bestimmte Erkenntnisse ausgeschaltet werden, andere weiter weiter entwickelt werden müssen. Hinzu kommt, daß die Technik nie fertige Ergebnisse an Reißbrett erzielt. Technisches Wissen muß immer angewandt werden, wenn es weiter entwickelt werden soll. Erfahrungen aus der Anwendung sind eine Notwendigkeit dafür, Richtungen für die weitere Forschung zu ermitteln. Technisches Wissen und Produktion sind nicht trennbar. Nur technisches Wissen, das auch angewendet wird, wird überhaupt so weit entwickelt, daß es angewandt werden kann.

Hier müssen sich natürlich einige Eigentümlichkeiten des gesellschaftlichen Eigentums auch in der Technik bemerkbar machen. Das gesellschaftliche Eigentum braucht eine planfähige Technik. Es wird also der Technik immer Richtungen geben, die die Planfähigkeit nicht stören. Da Planfähigkeit der Technik unmittelbar mit hohem Grad der Standardisierung und dem Bestehen von Großbetrieben verbunden ist, geht die technische Entwicklung unter gesellschaftlichem Eigentum grundsätzlich diese Richtung. Sie kann das natürlich nicht vorschreiben. Die Technik kann auch anders laufen. Nehmen wir ein Beispiel. In den 20-er Jahren schien es, daß die landwirtschaftlichen Maschinen, die in dieser Zeit erfunden wurden, eindeutig Großbetriebsformen in der Landwirtschaft erzwingen. Dieser Trend wurde erst gestoppt als es gelang, rentable Maschinen zu erzeugen, die gerade die kleineren Betriebsgrößen wieder förderten. Ähnliches im Fall der Elektrizität. Vorher hatte die Dampfmaschine die Anwendung mechanischer Bewegungsenergien auf Großbetriebe orientiert, die Erfindung des Elektromotors hingegen machte diesen Vorteil wieder zunichte. Aber gerade in diesen Beispielen läßt sich zeigen, welchen Einfluß die Gesellschaftsordnung auf die Technik hat.

Unter gesellschaftlichem Eigentum wäre etwa die Erfindung der landwirtschaftlichen Maschinen, die kleineren Hofgrößen angepaßt sind, gar nicht forciert worden. Das Gewicht der Entwicklung wäre gerade auf die planfähige Form, nämlich die großbetriebliche Technik spezialisiert worden, so daß am Ende überhaupt keine Wahl mehr möglich gewesen wäre. Je ausschließlicher also eine Eigentumsordnung besteht, umso ausschließlicher kann sie der technischen Entwicklung ihren Stempel geben.

Die Ausprägung einer der Eigentumsordnung entsprechenden Technik ist natürlich wieder dann am leichtesten, wenn die herrschende Eigentumsordnung die einzig existierende Eigentumsordnung der Welt überhaupt ist. Aber in bezug auf die Technik besteht gerade das nicht, was wir in bezug auf die Konsumtion die Abschließung der eigenen Konsumwirklichkeit genannt haben. Hier besteht im Gegenteil das Interesse, technisches Wissen aus allen möglichen Ländern

zu übernehmen, um die Entwicklungskosten der Technik einzusparen. Vom Standpunkt des technischen Wissens aus ist die Sowjetwirtschaft gerade an Kooperation interessiert. Aber man muß auch hier berücksichtigen, daß dieses technische Wissen immer den Formen des gesellschaftlichen Eigentums angepaßt werden muß. Dies geschieht dadurch, daß man entweder auswählt, als planfähige Techniken anderen vorzuzieht oder dieses übernommene technische Wissen selbst wieder umformt und den eigenen Bedingungen gemäß entwickelt.

Aber hier kann es sich natürlich nur um Ausprägungen ähnlicher technischer Prinzipien handeln. Sie äußern sich zunächst darin, daß gegebene Techniken in Großbetrieben ausgenutzt werden sollen und entsprechend umgeformt werden. Dieser Drang zum Großbetrieb ist in der Sowjetwirtschaft daher besonders groß. Aber der Großbetrieb ist nicht etwa die Besonderheit einer bestimmten Eigentumsordnung. Der Drang zum Großbetrieb ist keineswegs dasselbe wie der Drang zum gesellschaftlichen Eigentum. Die großbetriebliche Ausnutzung der Technik ist lediglich innerhalb des gesellschaftlichen Eigentums eine notwendige Nuancierung.

Ein Beispiel wäre die Neulanderschließung in Kasachstan. Hier schreibt die heutige Technik ohne weiteres Großbetriebsformen vor. Der Kleinbetrieb würde angesichts des ungeheuren Produktionsrisikos kaum existieren können. Unter der Herrschaft gesellschaftlichen Eigentums wird man gerade solch ein Gebiet entwickeln, denn gerade hier kann es sich und seine Leistungsfähigkeit bestätigt fühlen. Man hätte vielleicht auch ohne größeren Aufwand alte Agrargebiete intensivieren können. Aber dafür sind die Vorteile der Großproduktion gerade nicht so eindeutig spürbar. Die Eigentumsordnung prägt so den Entwicklungsrichtungen ihre Eigenarten. Eine solche Entwicklung Kasachstans wäre unter einem privaten Eigentum kaum vorstellbar, aber es würde seine eigenen Vorteile gerade in der Intensivierung bisheriger Agrargebieten gesehen haben.

Indem so das gesellschaftliche Eigentum die Technik prägt, hat es natürlich wieder Auswirkungen auf die Ausnutzung der Natur. Natürliche Bedingungen des Wirtschaftens sind nur zu bewerten, wenn man sie als Grundlage der Produktion in Erwägung zieht. Gerade ein

Beispiel wie Kasachstan kann zeigen, daß sich auch die natürlichen Bedingungen unter dem Einfluß der Eigentumsordnung nuancieren. Im Extremfall sieht man dann, daß bestimmte Naturgegebenheiten wirtschaftlich überhaupt nur ausnutzbar sind, wenn eine bestimmte Eigentumsordnung vorherrscht.^{4/} Aber das ist nur ein Grenzfall. In jedem Fall ändert sich jedenfalls der Aspekt, unter dem die natürlichen Voraussetzungen der Wirtschaft gesehen werden, mit der Eigentumsordnung und der ihr entsprechenden Methode rationalen Handelns.

Aber dies ist nicht alles. Wenn die Bedürfnisse und die Technik entsprechend geformt sind, werden sie ja in den Wirtschaftskreislauf hineingezogen. Hier ergeben sich wieder wesentliche Unterschiede innerhalb der Eigentumsordnungen.

Die Sowjetwirtschaft führt ihre Maßnahmen grundsätzlich mit einer solchen Einseitigkeit und Vehemenz durch, daß sie eine Form bekommen, in der sie marktwirtschaftlich nicht denkbar sind. Der Rhythmus, in dem sie sich vollzieht, ist durch die Schwerpunkte des Plans angegeben, die das ganze System ständig in Ungleichgewichte führen, die durch den später liegenden Plan wieder ausgeglichen werden müssen. Während aber in Marktwirtschaften, die grundsätzlich auch einen rhythmischen Produktionsprozeß haben, Ungleichgewichte ständig abgestoppt werden, um in Konjunkturerinbrüchen wieder ein neues Ausgangsgleichgewicht zu bilden, fehlt gerade der Sowjetwirtschaft ein solch automatischer Zwang zum Gleichgewicht. Die sich bildenden Ungleichgewichte können fast unbeschränkt aufrechterhalten werden, so daß sich eine Reaktion auf das sich bildende Ungleichgewicht immer erst viel später als unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen bildet. Die Ungleichgewichte werden länger durchgehalten, die Angleichung geht dann aber auch unter größerem Zwang vor sich. Es gehört zum Charakter der Sowjetwirtschaft, daß sie in großen Stößen geführt wird, die ihrerseits immer wieder durch neue Produktions- und Wachstumsstöße aufgefangen und weitergeführt werden.

Alle sowjetischen Wirtschaftspläne bieten Beispiele für diese Art der Schwerpunktwirtschaft. Aber das wichtigste Beispiel gibt wohl der sowjetische Industrialisierungsprozeß selbst ab. Dieser setzte 1928 mit den 5-Jahresplänen ein, und bekam von vornherein eine eindeutige Ausrichtung auf die Förderung der Produktionsmittelproduktion. Als Grundgesetz des Wachstums galt, daß die Produktionsmittelindustrie ständig schneller zu wachsen hat als die Konsumgüterindustrien. Dieser Wachstumsstil wurde bis in die Mitte der 50-er Jahre hinein aufrechterhalten. Die Konsumgüterproduktion und ihre Steigerung beschränkte sich in diesem Zeitraum fast ausschließlich darauf, die zunehmende Verstärkung der Bevölkerung zu ermöglichen, ohne das Konsumniveau selbst merkbar anzuheben.

In den 50-er Jahren macht sich folgende Situation bemerkbar: Die Produktionsmittelindustrien sind relativ zu 1928 stark entwickelt. Die Landwirtschaft befindet sich auf einem niedrigeren oder doch höchstens gleichen Niveau wie 1928, während die Versorgung mit industriellen Konsumgütern über das Niveau von 1928 zu steigen beginnt. Es ergeben sich Ungleichgewichte.

1. Das Ungleichgewicht zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion. Dieses ist zwingend, sobald sich herausstellt, daß die Arbeitsleistung insgesamt bei zunehmender Förderung der Konsumtion so weit ansteigt, daß diese Konsumförderung praktisch für die Investitionsgüterförderung keine Einschränkung bedeutet. Dies wäre die Situation, in der eine Hinwendung der Investitionen zur Konsumgüterproduktion für das Wachstum insgesamt einen größeren Effekt hat als weitere Forcierung der Investitionen in die Investitionsmittelerzeugung. Eine solche Alternative kann aus dem Leistungsanreiz erklärt werden, den eine Konsumsteigerung bewirkt. Dieser Zustand war in den 50 Jahren sicher erreicht, vielleicht schon vorher.

2. Das Ungleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die industrielle Konsumgüterproduktion stieg über das Niveau von 1928 an. Es ist aber ein Gesetz der Konsumgüterversorgung, daß sich bei freier Konsumwahl immer bemerkbar macht, daß eine Erhöhung der Konsumtion an industriellen Konsumgütern die gleichzeitige Erhöhung der Konsumtion an landwirt-

schaftlichen Konsumgütern bis zu ihrem Sättigungspunkt voraussetzt. Man kann Eisschränke nur gebrauchen, wenn Nahrungsmittel vorhanden sind, die zu kühlen sich lehnen und man ist nur bereit mehr als die notwendige Menge an Textilien usw. zu verbrauchen, wenn der Verbrauch an Nahrungsmitteln entsprechend hoch ist. Solche Ungleichgewichte sind auch für die Planwirtschaft völlig zwingend. Das Ziel, ausschließlich für die Erhöhung der Produktionsmittelproduktion zu arbeiten, muß auch bei seiner Aufrechterhaltung zur Erhöhung der Konsumtion führen, sobald sich solche Ungleichgewichte bilden. Wesentlich ist hierfür die Erkenntnis, daß die Maximierung der Investitionen und die maximale Geschwindigkeit beim Aufbau eines wirtschaftlichen Potentials mit dem Wachstum der Konsumtion vereinbar werden, sobald Ungleichgewichte dieser Art auftreten. Wird die Investition nämlich über diese Ungleichgewichte hinaus bevorzugt, so bedeutet sie reinen Verlust. Die Anpassung in den 50-er Jahren war also zwingend für die Sowjetwirtschaft und als entscheidender Engpaß stellte sich die Landwirtschaft heraus. Man braucht daher die Hinwendung zur Landwirtschaft nicht als Änderung der ursprünglichen Maxime aufzufassen, die Investition grundsätzlich zu bevorzugen. Der Prozeß der unbedingten Bevorzugung der Produktionsmittelindustrie ist es selber, der die Landwirtschaft als Engpaß herausstellt und man kann die Produktionsmittelindustrie nur noch unter der Bedingung maximieren daß man diesen Engpaß beseitigt.

Aber dieses Ungleichgewicht ist in einem solchen Maße durchgeführt, daß der Versuch dazu schon rein marktwirtschaftlich nicht denkbar ist. Eine marktwirtschaftliche Entwicklung würde immer dazu gezwungen haben, schon viel eher den landwirtschaftlichen Sektor und die Produktion von industriellen Konsumgütern zu fördern. 5/

Es gibt natürlich nicht nur dieses strukturelle Ungleichgewicht, daß sich als Ergebnis des Industrialisierungsprozeß bildete. In kleinerem Umfang wiederholen sich solche Ungleichgewichte von Industriezweig zu Industriezweig. Solch ein Ungleichgewicht stellte sich innerhalb der Produktionsmittelindustrie im Sektor der chemi-

schon Industrie heraus. Diese wurde lange Zeit zugunsten der Maschinenindustrie, von Stahl und Kohle vernachlässigt, bis sich eine Hinwendung zur chemischen Industrie erzwang. Bei weiterer Steigerung der Konsumtion ist ein solches Ungleichgewicht wieder bei der Produktion von Personenkraftwagen zu erwarten.

Ebenfalls in der Verteilung der Investitionen. So flossen bei der Erschließung der Neulandgebiete in Kasachstan große Investitionsmittel dorthin, wobei natürlich der Investitionsfluß in die alten landwirtschaftlichen Gebiete zurückgestellt werden mußte.

Aber diese Art der Ungleichgewichtigkeit bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis der produzierten Güter innerhalb der gesamten Güterproduktion, sondern auch auf die Produktion in der kurzen Periode. Auch hier unterliegt die Produktion ganz ausgeprägten Zeitrhythmen. Sie wächst gegen Ende des Jahres, wenn die Planerfüllung drängend wird, stark an, um dann wieder zurücksufallen, sie reagiert auf plötzliche dringende Anforderungen in einem starken Stoß, um sich wieder zu verlangsamen. Diese rhythmische Ausprägung der Produktion wirkt sich bis in den Konsumgütersektor aus. Die Geschäfte führen einmal blaue Strümpfe, einmal braune, dann wieder keine und darauf Schlafanzüge. Als Konsument muß man immer aufpassen, um zu kaufen, wenn die Ware, die man sucht, gerade auftaucht. Aber dies ist eben nicht nur für die Konsumgüterproduktion charakteristisch, sondern für die Produktion insgesamt.

Es wäre natürlich falsch, jetzt eine sich rhythmisch vollziehende Sowjetwirtschaft einer streng proportionalen und gleichgewichtigen Marktwirtschaft gegenüberstellen zu wollen. Es kann hier nur darum gehen, zu zeigen, daß der Punkt, an dem sich die Beseitigung von auftauchenden Ungleichgewichten erzwingt, in verschiedenen Wirtschaftssystemen verschieden ist. Dann zeigt sich, daß die Sowjetwirtschaft erst dann auf Ungleichgewichte zu reagieren braucht, wenn die Planungsbehörde den Zustand als ungleichgewichtig erkennt, während die Marktwirtschaft reagieren muß, sobald das Preissystem die Ungleichgewichte genügend stark zum Ausdruck bringt. Beides ist ein großer Unterschied und kann erklären, warum die Ungleich-

gewichte der Sowjetwirtschaft wesentlich extremere Formen annehmen können, so daß man wegen dieser Besonderheit sie eine Schwerpunktwirtschaft nennen könnte.

Die Tatsache dieser besonderen Art von Ungleichgewichtigkeit stellt sich natürlich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit dar. Bleibt z.B. die Landwirtschaft auf dem Stand vor der Industrialisierung, während die Schwerindustrie hoch entwickelt ist, so wird dies in der unterschiedlichen Ausrüstung von Industrie und Landwirtschaft sichtbar. Diese Ausrüstung aber ist ein Teil der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

3. Die Bestätigung der Ideologie aus der Wirklichkeit

Versucht sich jetzt die Ideologie aus der Wirklichkeit zu bestätigen, so ist es klar, daß sie sich aus einer von ihr bereits geformten Wirklichkeit selbst reflektiert. Dieser Bestätigung der Ideologie aus der von der Ideologie her bereits geprägten Wirklichkeit ist, wenn man daraus die Berechtigung oder Wahrheit der Ideologie nachweisen will, ein reiner Zirkelschluß. Aber sie ist deshalb nicht minder wichtig.

Die Wirklichkeit fordert gerade die Maßnahmen, die innerhalb der Eigentumsordnung möglich sind, die also der Ideologie adäquat sind. Dieses Phänomen ist bei Gruppenideologien innerhalb der Marktwirtschaft bekannt. Subventionen z.B., die einmal eingeführt werden, wirken insofern ändernd auf die Wirklichkeit ein, daß diese sich den Subventionen anpaßt und sie einordnet. Sind solche Subventionen einmal vorgenommen, so fordert die Wirklichkeit nach der Subventionierung viel eindeutiger weitere Subventionen als vor der Subventionierung. Die Wirklichkeit ordnet sich die Maßnahmen selbst ein, setzt folglich, sind diese Maßnahmen einmal durchgeführt, ihre Aufrechterhaltung voraus. Dasselbe gilt auch für die Ideologie der Eigentumsordnung insgesamt. Indem sich die Wirklichkeit unter dem Einfluß der Eigentumsordnung formt, wird sie zu einer Bestätigung der Eigentumsordnung selbst. Im Falle

der Ungleichgewichte der Sowjetwirtschaft ist dies ersichtlich. Indem die Ungleichgewichte solange aufrechterhalten werden, bis ihre Lösung sich dem Planungsapparat aufzwingt, sind sie so groß geworden, daß ihre Lösung nur noch innerhalb der gleichen Eigentumsordnung möglich erscheint, die sie hervorgebracht hat. Die gleiche Einseitigkeit und Vehemenz, die die Wirtschaft in die großen Ungleichgewichtigkeiten hineinführt, ist erfordert, um sie wieder herauszuführen. Aber dieses Herausführen beinhaltet keineswegs wieder einen allgemeinen Ausgleich, sondern bringt seinerseits wieder gleich dringende, gleich stark eine Lösung erfordernde Ungleichgewichte hervor. Die Wirtschaft produziert ständig ihre eigenen Bedingungen, die Ideologie bestätigt, indem sie die Wirklichkeit prägt, ständig ihre eigene Wahrheit.

Hierauf beruht z.T. ihre Überzeugungskraft. Indem die Ideologie die Produktion beeinflusst, bestätigt sie nachträglich aus der Produktion ihre Wahrheit, indem sie die Konsumwirklichkeit formt, zwingt sie den Konsumenten, die tatsächliche Versorgung an der in dieser Eigentumsordnung bestenfalls möglichen Versorgung zu messen, da er die Möglichkeiten einer anderen Versorgung nicht kennen kann. Der Mensch, der innerhalb eines solchen Systems lebt, muß daher die durch die Ideologie geprägte Wirklichkeit auch für die objektive Wirklichkeit halten. Er hat keinen Maßstab, um die Möglichkeiten einer anderen Ordnung zu erkennen. Je stärker es der Ideologie gelingt, die von ihr geprägte Wirklichkeit als objektive, natürliche Wirklichkeit hinzustellen, umso besser und überzeugender kann sie die Wirklichkeit dann als Beweis für ihre eigene Wahrheit in Anspruch nehmen.

Die Ideologie setzt damit die notwendigen Bedingungen des Handelns, drückt damit der wirtschaftlichen Wirklichkeit ihren Stempel auf. Sofern sie dabei immer wieder Kräfte weckt, die ihre Berechtigung bezweifeln oder Opposition entsteht, die aus einer fremden Wirklichkeit den Maßstab zum Zweifel an der eigenen Wirklichkeit gewinnt, muß die Ideologie expansiv werden. Sie muß, je mehr sie damit rechnet, sich als unterlegen erweisen zu können, darauf drängen, die Wirklichkeit der ganzen Welt unter ihre Voraussetzungen zu zwingen. Je stärker ihr dies gelingt, um so leichter

wird es ihr fallen, überzeugend zu wirken, weil keine Maßstäbe mehr da sind, unter denen sie angezweifelt werden kann. Sie drängt dann danach, sich als Weltsystem zu begründen. Die Wirklichkeit, die dazu dienen soll, die Ideologie zu bestätigen, wird dann zu einer eigenen Kraft, die jeden Widerspruch zu beseitigen sucht.

Die Überzeugungskraft der Ideologie beruht also darauf, daß sie in der Lage ist, die Wirklichkeit ihren eigenen Bedingungen entsprechend umzuformen. Aber deshalb braucht das System noch nicht einwandfrei zu funktionieren. Funktionsstörungen tauchen dauernd auf und werden auch von den Wirtschaftssubjekten dauernd empfunden. Aber hier ist entscheidend, daß sie vom Wirtschaftssubjekt an dem innerhalb der Eigentumsordnung möglichen Grad des Funktionierens gemessen werden. Gelingt dies, so sind sie keine Gefahr, man kann im Gegenteil zur Leistungsanspornung auf sie hinweisen.

Dies geschieht natürlich einerseits durch die Ansonderung der eigenen Wirklichkeit von der Wirklichkeit jeder anderen Eigentumsordnung. Dem Wirtschaftssubjekt bleibt dann überhaupt kein anderes objektives Maß als die herrschende Eigentumsordnung und ihre Möglichkeiten. Je mehr dies gelingt, umso mehr werden die verbleibenden Störungen als Störungen empfunden, die in der Natur der Sache selbst liegen, unabänderlich sind. Gegen unabänderliches aber kann man nicht rebellieren. Ist jede andere Wirklichkeit unbekannt, so scheint die Eigentumsordnung ein Stück Natur zu sein, ihre Funktionsstörungen Naturkatastrophen, die die Eigentumsordnung selbst nicht stärker berühren können als eine Missernte oder eine Krankheit. Es gibt keinen Schuldigen und daher auch keinen Kläger. Die Ideologie hat die Funktion, hier die entsprechenden Akzente zu setzen. Sie tut dies dadurch, daß sie wirtschaftliche Erfolge als ihr Verdienst erklärt, das so groß ist, daß die kleinen Funktionsstörungen daneben kaum ins Gewicht fallen. Sie müssen zwar aktiv angegangen werden, sind aber als Argument gegen die Ideologie abzulehnen. Diese Argumentation ist notwendig und natürlich. Sie ergänzt die Bestätigung der Ideologie durch die Wirklichkeit dahin, daß die tatsächlichen Funktionsstörungen eine bestimmte Bewertung bekommen. Sie gelten fortan als unbedeutend und der Kreislauf der Rechtfertigung der Ideologie ist damit völlig geschlossen. Die Erfolge, die das wirtschaftliche Handeln zeitigt, gelten als Bestätigung der ideologischen Ausgangspunkte und Funktionsstörungen gelten als unbedeutend.

a) Relative Vorteile und Nachteile des Koordinationssystems

Das Koordinationssystem kann sich als aus der von ihm selbst geschaffenen Wirklichkeit nicht rechtfertigen. Es kann dies nur tun durch ein Werturteil, das seine relativen Nachteile gegenüber seinen Vorteilen für unerheblich erklärt. Beide, Nachteile und Vorteile, müssen gegeneinander abgewogen werden.

Diese Abwägung kann nicht durch das Koordinationssystem selbst geschehen, da das Koordinationssystem ja die dieser Abwägung zugrunde liegenden Funktionsstörungen selbst hervorbringt. Das Koordinationssystem bezieht sich nur auf die Vermittlung des Verhältnisses von Produktion und Konsumtion. Die Reibungsverluste, die dabei auftreten, können nicht durch das Koordinationssystem selbst quantifiziert und gemessen werden.

Die Vor- und Nachteile des Koordinationssystems sind also nur relativ zu verstehen. Sie zeigen einfach an, daß die Vermittlung von Konsumtion und Produktion irgendwo stockt. Sie kommen am klarsten im Vergleich unterschiedlicher Koordinationssysteme zum Ausdruck.

Die Stelle, an der sie sich im Koordinationssystem lokalisieren lassen, finden wir, wenn wir die Mittel untersuchen, mit denen die gesamtwirtschaftliche Koordination durchgesetzt wird. In der Marktwirtschaft stoßen wir dabei auf den Gleichgewichtspreis, in der Sowjetwirtschaft auf Materialbilanzen. Beide sind begrifflich mit ihren Koordinationssystemen verknüpft. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß dieser Unterschied nicht der gleiche ist wie der von Geldwirtschaft und Naturalwirtschaft. Auch die Materialbilanzen werden auf der Basis von Preisen festgesetzt und können gar nicht anders festgesetzt werden. Aber soweit diese Preise Gleichgewichtsfunktion bekommen (wie z.B. im Konsumgütersektor), bekommen sie doch nie die Rolle eines Regulators der gesamtwirtschaftlichen Koordination. Dies ist in der Sowjetwirtschaft Aufgabe der Materialbilanzen.

Bei Koordination durch Marktpreise hängt eine weitere Produktion immer davon ab, ob das bisherige Marktgleichgewicht die Kosten der Produktion gedeckt hat. Es gibt zwar für jede mögliche Endgüterproduktion einen Absatz, wenn der Preis beliebig festgesetzt werden kann. Sobald aber der Preis die Kosten decken muß, kann nur soviel produziert werden, als zu kostendeckenden Preisen auch abgesetzt werden kann. Die Anstöße zur Produktion gehen also von der Nachfrage aus. Hier findet die Produktion ihre Grenze, hier auch findet sie ihre Rückschläge, von denen sie sich dadurch erholt, daß sie sich verkleinert und dann auf neuen Märkten wieder aufholt. Die Stellung der Nachfrage und letztlich immer der Endgüternachfrage steht daher im Mittelpunkt einer Marktkoordination. Die Produktion muß sich Märkte schaffen, ehe sie ihre Kapazität nutzen kann.

Damit ist auch die Lokalisierung der Funktionsstörungen verbunden. Werden keine Märkte gefunden, so heißt dies, daß sich die Produktion einschränkt. An den Endgütermärkten gleicht sich Angebot und Nachfrage dadurch aus, daß sich die Produktion zusammensieht. Treten daher Funktionsstörungen auf, so handelt es sich gewöhnlich um Krisen der Produktion. Im Koordinationssystem ist daher eine bestimmte Blickrichtung auf den Wirtschaftskreislauf institutionalisiert. Die Richtung, in der in einer Marktwirtschaft dieser Kreislauf betrachtet wird, geht aus von der Konsumtion, um von daher zur Produktion zu kommen. Entsprechend ist ein Werturteil institutionalisiert. Konsumtion ist wichtiger als Produktion. Produktionskrisen sind zwar Anlaß, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu treffen, keineswegs aber dazu, zu einer Plankoordination überzugehen. Die Maßnahmen gegen die Krisen setzen daher auch bei der Nachfrage an.

Das System der Plankoordination hat einen anderen Ausgangspunkt. Innerhalb der Plankoordination besteht das Problem nicht darin, alle Produktionsfaktoren einzusetzen. Hier geht es darum, die ständig gesicherte Ausnutzung der Produktionsfaktoren so durchzuführen, daß die Konsumtion möglichst gut befriedigt wird. Die Blickrichtung auf den Wirtschaftskreislauf ist hier gerade umge-

kehrt. Zuerst wird die Produktion gesichert, während die reibungslose Befriedigung des Bedarfes nachgeordnet ist. Soweit natürlich die Ausrichtung der Produktion auf die Konsumtion unvermeidbar ist, gilt sie auch für die Sowjetwirtschaft. Auch dort kann man nur produzieren, was bei Deckung der Kosten verkauft werden kann.

Aber der Wirtschaftskreislauf ist nicht einseitig. Man produziert zwar, um zu konsumieren, man konsumiert auch, um zu produzieren. Dieser zweite Gesichtspunkt, nach dem die Konsumgüter Mittel zur Anziehung von Produktionsfaktoren sind, ist für die Marktwirtschaft sekundär. Aber dies gilt nur aufgrund eines institutionalisierten Werturteils. Die Sowjetwirtschaft hingegen erklärt ihn für den primären Gesichtspunkt, und es gibt an solch einem Werturteil keine zwingende Kritik. Indem sie die Aufgabe der Produktion in den Mittelpunkt rückt, wertet sie den reinen Konsumgesichtspunkt ab. Sie produziert nicht einfach, um zu produzieren. Das wäre, auf lange Sicht jedenfalls, sinnlos. Sie produziert auch, um zu konsumieren. Aber die Sicherung der Produktion hat für sie Vorrang, die Geschmeidigkeit der Konsumversorgung tritt zurück.

Entsprechend sind die Funktionsstörungen in der Sowjetwirtschaft nicht Produktionskrisen, sondern Versorgungskrisen. Da die Produktion weitergeht, auch wenn die Güter nicht abgesetzt werden können oder wenn sie unter Kosten abgesetzt werden müssen, bilden sich weiterhin Einkommen, die vom Wirtschaftssubjekt für die Konsumtion vorgesehen sind und denen nicht die gewünschten Güter gegenüberstehen.

Die wechselseitige Abhängigkeit von Produktion und Konsumtion führt zu solchen Funktionsstörungen. Sie äußern sich entsprechend den systemtypischen Differenzierungen der Wirklichkeit auch in systemtypischer Weise. Sie bringen damit bestimmte institutionalisierte Werturteile zum Ausdruck, die der jeweiligen Blickrichtung auf den Wirtschaftskreislauf entsprechen.

Bei den Funktionsstörungen, die hierbei gemeint sind, handelt es sich um endogene Störungen des Wirtschaftsablaufs. Exogene Störungen, wie z.B. Mißernten, wirken natürlich in allen denkbaren Wirtschaftssystemen als Einschränkung der Konsumtion. Wenn wir also darauf hinweisen, daß die endogenen Störungen in der Sowjetwirtschaft Störungen sind, die sich auf den Konsumgütermärkten äußern, so dürfen solche Störungen nicht mit den exogenen Störungen der traditionellen Wirtschaft gleichgesetzt werden, die sich ebenfalls in Ungleichgewichten der Konsumgütermärkte äußern. Dieser Unterschied ist äußerst wichtig. Als nämlich zuerst im Kapitalismus endogene Störungen des Wirtschaftsablaufs in Form von verheerenden Krisen auftraten, zeigte der Vergleich mit den Krisen der traditionellen Wirtschaft ihren "unnatürlichen" Charakter. Krisen der traditionellen Wirtschaft sind dem einzelnen sofort unmittelbar verständlich. Sie folgen aus Mißernten, Seuchen, Kriegen. Krisen aus endogenen Ursachen sind völlig unverständlich. Ihre Ursachen sind viel zu abstrakt, als daß jeder einzelne sie erkennen könnte. Es sind "unnatürliche" Krisen, nämlich Krisen, die innerhalb des erfahrbaren Umkreises des Einzelnen nicht zu verstehen sind. Die Gesellschaft, die sie hervorbringt, scheint eine "unnatürliche" Gesellschaft zu sein. Es ergab sich daraus der Wunsch, wieder eine Wirtschaftsordnung zu verwirklichen, die Funktionsstörungen nur aus erfahrbaren und daher verständlichen Gründen entstehen lassen können. Aber gerade die Sowjetwirtschaft zeigt, daß man zwar die Produktionskrise verschwinden lassen konnte, ohne jedoch die endogenen Ursachen von Funktionsstörungen zu beseitigen. Es wird ihr Ausdruck verändert. Die Funktionsstörungen wirken sich jetzt darin aus, daß ein Versorgungsniveau eintritt, das den Wirtschaftssubjekten bei Vergleich mit einem anderen Wirtschaftssystem als eine dauernde, schleichende Unterversorgung erscheint. Dabei kann die Ursache für diese Wirtschaftssubjekte ebenso wenig unmittelbar erkennbar sein, wie dies bei den Wirtschaftskrisen im Kapitalismus der Fall ist. Ihre Ursache ist genau so abstrakt und wird dann selbstverständlich auch in einer

Entartung gesellschaftlicher Institutionen gesehen, die man reformieren muß. Kann sich dabei das institutionalisierte Werturteil durchsetzen, so wird ein endloser Progress dauernder Reformen innerhalb des Koordinationsystems geschaffen.

b) Der Ausgangspunkt der Koordination wirtschaftlichen Handelns in der Theorie des Koordinationsystems

Das institutionalisierte Werturteil drückt sich offen in der Wirtschaftstheorie der Wirtschaftssysteme aus. Die herrschende Theorie in den Marktwirtschaften greift von vornherein den im Koordinationsystem institutionalisierten Aspekt auf den Wirtschaftskreislauf heraus. Sie bestimmt die Produktion von ihrer Funktion her, den Konsumnetennutzen zu befriedigen und untersucht, wie eine bestmögliche Koordination durch Gleichgewichtspreise möglich ist. Sie nimmt das im Koordinationsystem institutionalisierte Werturteil in ihre theoretischen Voraussetzungen auf.

Wir würden dieser Nutzenwertlehre nicht ohne weiteres die Kostenwertlehre gegenüberstellen. Das Argument, daß die Kostenwertlehre gerade den Kostengesichtspunkt in den Mittelpunkt stellt und daher für eine Wirtschaft mit Plankoordination nahe liegt, bietet sich an. Aber es geht hier nicht so sehr um die Kostenwertlehre als solche, sondern um die Form, in der sie in der Sowjettheorie auftritt.

Die Sowjettheorie muß erklären, wie in einem System der Plankoordination Produktion und Konsumtion in ein Verhältnis gebracht werden. Sie kann dabei nicht von einem durch Marktpreise gesicherten Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft ausgehen, sondern muß zeigen, wie das durch Materialbilanzen vermittelte Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft zustande kommt. Sie geht dabei von dem sogenannten Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung aus, dem das Wertgesetz untergeordnet sei. Wenn man dies dahin versteht,

daß das Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft durch Materialbilanzen bestimmt wird, während diese Materialbilanzen in einzelnen wieder auf Wertgrößen fußen, ist diese Beschreibung richtig. Das institutionalisierte Werturteil allerdings kommt damit noch nicht zum Ausdruck. Dies geschieht vielmehr erst in der Aussage, daß die Produktionsmittelproduktion grundsätzlichen Vorrang habe.

Diese Behauptung muß allerdings erst näher erläutert werden. Das sogenannte Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelproduktion taucht gewöhnlich zusammen mit dem Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung auf. Es nimmt dabei die verschiedensten Inhalte an und wurde ebenfalls nie verbindlich formuliert. Es hat daher durchaus auch Inhalte, die mit dem Ausdruck eines institutionalisierten Werturteils nichts zu tun haben. Im Wesentlichen können wir 3 verschiedene Bedeutungen unterscheiden:

1. Die Vorrangigkeit der Produktionsmittelproduktion im Sinne der Notwendigkeit, die Produktionsmittelproduktion (A) immer schneller wachsen zu lassen als die Konsumgüterproduktion (B). Hier wird es einmal gefaßt als Konsequenz des Marxschen Gesetzes der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals. Steigt die Kapitalintensität an, muß immer A schneller als B wachsen. Aber dieser Gesichtspunkt hat offensichtlich keine Bedeutung. Auch in der Sowjetwirtschaft, ähnlich wie schon in den westlichen Marktwirtschaften, gibt es keine merkbare Tendenz zur Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Es gibt jedoch noch eine andere Bedeutung eines solchen schnelleren Wachstums von A. Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals würde nur dann ein schnelleres Steigen der Produktionsmittelproduktion verursachen, wenn diese streng definiert wird als Produktion von Anlagegütern. Dies aber ist in der Sowjetstatistik nicht der Fall. Zur Produktionsmittelindustrie gehört hier die gesamte Rohstoffproduktion hinzu und unter Konsumgutindustrie wird nur die letzte Stufe der Verarbeitung gefaßt. Bei einer solchen statistischen

Behandlung ergibt sich dann ein schnelleres Steigen von A aus mannigfaltigen anderen Gründen, die mit einer steigenden organischen Zusammensetzung nichts zu tun haben. In diesem Sinne finden wir ganz ebenso ein schnelleres Wachstum von A in Marktwirtschaften wie auch in der Sowjetwirtschaft.

2. Der Grundsatz, A müsse ständig schneller wachsen als B, hat aber noch eine andere Bedeutung. Wird A als Produktion von Anlagegütern gefaßt, so bedeutet ein schnelleres Wachstum von A gegenüber B einen Anstieg der Investitionsquote. Als Grundsatz ausgedrückt, würde dies heißen, daß die Investitionsquote in der Sowjetwirtschaft dauernd steigen müsse. Auch in dieser Form taucht das Gesetz der Vorrangigkeit der Produktionsmittelproduktion auf. Es beschreibt dann die sowjetische Industrialisierungsmethode. Diese beruhte darauf, zuerst eine Produktionsmittelproduktion zu entwickeln, die dann erst später zu einem forcierten Ausbau der Konsumtionsmittelproduktion verwendet werden sollte. Als Gesetz aber hat es in diesem Sinne keinen vernünftigen Inhalt. Konsequenzen zu Ende gedacht, müßte dann ja eines Tages das gesamte Volkseinkommen investiert werden. Aber es waren andere Gründe, die seine Erhältbarkeit erwiesen. Als die Produktionsmittelindustrie auf einer breiten Grundlage entwickelt war, stellte sich Mitte der 50-er Jahre heraus, daß eine Hinwendung zur Konsumtion das weitere wirtschaftliche Wachstum nachhaltiger beeinflussen müßte als weitere einseitige Forcierung der Produktionsmittelproduktion. In der Malenkow-Ära setzte daher eine breite Diskussion der Wachstumsverhältnisse von A und B ein, die aber durch den Sturz Malenkows wieder abgebrochen wurde. Inzwischen aber ist diese theoretische Frage wieder drängend geworden. Die Partei ruft daher zur Zeit nach einer Diskussion dieses Problems, wobei besonders danach gefragt werden soll, wie weit zeitweise auch B schneller wachsen könne als A.

3. Wir können wahrscheinlich damit rechnen, daß der Grundsatz, A müsse grundsätzlich schneller wachsen als B, demnächst aufgegeben wird. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß damit das sogenannte Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelproduktion verschwinden könne. Es behält nämlich immer noch den Inhalt, daß in einem Wirtschaftssystem mit Plankoordination der Gesichtspunkt der Produktion Vorrang habe vor dem Gesichtspunkt der Konsumtion. Es wird dann zum Ausdruck eines institutionalisierten Werturteils, das unabhängig ist davon, ob A tatsächlich schneller oder langsamer wächst als B. Es ist ein Ausdruck der generellen Verehrung der Sowjets für die Produktion und das wirtschaftliche Wachstum. Es besagt dann nicht mehr als die Behauptung, daß die Entwicklung der Produktion und der Schwerindustrie im Mittelpunkt der Interessen der sowjetischen Wirtschaftspolitik steht.

An diese institutionalisierten Werturteile knüpfen sich die herrschenden Überzeugungen von der Aufgabe der Wirtschaft und des Menschen in der Wirtschaft an. Die Marktwirtschaft sieht den Menschen als Konsumenten im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen, die Sowjetwirtschaft hingegen als Produzenten. In der Konsumtion aber ist der Mensch individuell betrachtet, in der Produktion aber unmittelbar in eine gesellschaftliche Organisation gebunden. Denn jeder produziert in vergesellschafteter Form. Das Bedürfnis ist individuell, weil die Gesellschaft als Person nicht existiert. Die sogenannte gesellschaftliche Konsumtion ist im allgemeinen eine Bereitstellung von Gütern, die dem einzelnen zugute kommen. Die Produktion aber ist der Akt der Bereitstellung von Gütern, der nur in organisierter Form vor sich geht.

Mit dem institutionalisierten Werturteil verknüpft sich daher eine Ansicht vom wirtschaftenden Menschen. Die Vorrangigkeit der Konsumtion vor der Produktion betrachtet den Menschen als in erster Linie konsumierendes und damit individuelles Wesen, die Vorrangigkeit der Produktion vor der Konsumtion hingegen als in erster Linie arbeitendes, kollektiv gebundenes Wesen. In diesem

Sinne unterscheiden sich Individualismus und Kollektivismus in ihren institutionalisierten Werturteilen. Die grundsätzliche Bevorzugung der Produktion vor der Konsumtion hat allerdings die Folge, daß sich das Koordinationssystem in grandiosen technischen Leistungen beweisen soll. Es ist nicht nur die Wachstumsrate, auf die hin man zielen muß, sondern gleichzeitig und dadurch auf imponierende Zurschaustellungen dessen, was geschaffen wurde. Da die Stärke des Systems gerade nicht in der Möglichkeit liegt, die Versorgung zu differenzieren, muß es andere sichtbare Beweise seiner Bedeutung bringen. Hier schafft es sich dann die Möglichkeit, technische Großtaten vorzuweisen. Hierin mag dann auch die außerordentliche Betonung verständlich werden, die die Partei in der Rechtfertigung ihrer Herrschaft auf solche Leistungen legt. Die ungeheure Energie, mit der man sich auf das Programm der Weltraumfahrt warf, mag ein Beispiel dafür liefern. Es ist sicher nicht einfach aus dem Rüstungsinteresse zu erklären. Hier lag die Möglichkeit, einen weithin sichtbaren Beweis für die Richtigkeit des eigenen Systems vorzustellen.

c) Das institutionalisierte Werturteil

Relative Vor- und Nachteile des Koordinationssystems entstehen so in systemtypischer Weise. Sie werden, da sie nicht quantifizierbar sind, durch ein Werturteil ineinander Verhältnis gesetzt. Die Vorteile werden für größer erklärt als die Nachteile, so daß das Wirtschaftssystem selbst stabilisiert wird. In grober Weise könnte man diese systemimmanenten Werturteile wie folgt zusammenfassen: Die Marktwirtschaft hält die unmittelbare Orientierung der Produktion an der individuellen Konsumtion für wichtiger als die Ausnutzung sämtlicher Produktionsfaktoren. Als primär und als Ausgangspunkt des Wirtschaftskreislaufs gilt die Konsumtion. Die Planwirtschaft hingegen erklärt die Ausnutzung sämtlicher Produktionsfaktoren für wichtiger als eine reibungslose, den individuellen Konsumwünschen angepasste Konsumtion. Als Ausgangspunkt des

Wirtschaftskreislaufs gilt ihr die Produktion.

Solche Urteile sind ihrerseits nicht quantifizierbar. Dies ergibt sich daraus, daß es sich hier als Vor- oder Nachteile nicht um solche Wünsche oder Bedürfnisse handelt, die selbst produziert werden, sondern um Wünsche, die die Form, unter der die wirtschaftliche Tätigkeit vorgehen soll, betreffen. Solch ein Vorteil wie die reibungslose Erfüllung von Konsumentenwünschen, ist niemals quantifizierbar. Quantifizierbar sind die Konsumentenwünsche nur soweit, als sie tatsächlich Gegenstand der Produktion selbst werden. Daß sie Gegenstand der Produktion werden sollen oder nicht, stellt ein Urteil dar, das bereits vor dem Beginn der wirtschaftlichen Tätigkeit gegeben ist.

Diese nicht quantifizierbaren Urteile, die innerhalb des Koordinationssystems abgegeben werden, nennen wir hier institutionalisierte Werturteile. Sie gelten faktisch, solange das Koordinationssystem besteht und können vom Wirtschaftssubjekt nicht abgelehnt werden. Sie können nur geändert werden durch Änderung des Koordinationssystems selbst. Sie sind in dem Entschluß, ein bestimmtes Koordinationssystem zu erhalten, notwendig impliziert. Man kann sie auf die verschiedenste Weise begründen, aber man kann sie nicht vermeiden. Wirft man sie um, so schafft man ein anderes Koordinationssystem, das seinerseits wieder ein - entgegengesetztes - Werturteil enthält.

Weil ein solches Werturteil in jedem Koordinationssystem institutionalisiert und objektiviert ist, können wir es als die Basis der Ideologie des Wirtschaftssystems bezeichnen. Soll das Koordinationssystem als zweckmäßig gerechtfertigt werden, so muß dieses Werturteil gefällt werden. Eine Zweckmäßigkeit unter Absehung von einem solchen Werturteil gibt es nicht. Der Ausdruck: "Zweckmäßigkeit des Koordinationssystems" hat ohne die Implizierung eines solchen Werturteils für die wirtschaftliche Wirklichkeit gar keinen Sinn.

Sobald man allerdings annimmt, daß ein Koordinationsystem perfekt funktioniert, löst sich dieses institutionalisierte Werturteil auf. Hat ein System eine reibungslose Koordination, können sich in keiner Beziehung Nachteile ergeben, die durch Vorteile zu kompensieren sind. Nur innerhalb einer Vorstellung perfekten Funktionierens gibt es eine Beurteilung des Koordinationsystems unter dem Gesichtspunkt reiner Zweckmäßigkeit.

Der Begriff des institutionalisierten Werturteils entsteht also gerade daraus, daß ein Koordinationsystem nicht perfekt funktioniert. Aber unter Voraussetzung einer dynamischen Wirtschaft gibt es ein solches perfektes Funktionieren nicht und kann es notwendig nicht geben. Ein institutionalisiertes Werturteil ist daher eine Notwendigkeit des Koordinationsystems schlechthin. Seine Existenz allerdings kann gerade durch eine Wirtschaftstheorie, die unter Voraussetzung perfekten Funktionierens (vollkommener Konkurrenz) argumentiert, nicht erkannt werden, da es dadurch entsteht, daß diese Voraussetzungen in der Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

II. Ideologie und Theorie

Da aber ein Koordinationssystem seinen einzigen Zweck darin findet, wirtschaftliches Handeln bestmöglich zu koordinieren, ist ihm die Absicht immanent, möglichst alle Funktionsstörungen zu vermeiden. Wenn auch die Marktwirtschaft den Konsum zum Ausgangspunkt des Wirtschaftskreislaufs erklärt, so heißt dies nicht, daß sie Produktionskrisen will oder gutheißt. Umgekehrt auch die Sowjetwirtschaft. Sie geht zwar von der Produktion aus, stellt sich aber dennoch die Aufgabe, die Konsumtion möglichst gut zu befriedigen. Die Absicht ist in jedem Fall, ein möglichst perfektes Funktionieren zu sichern. Die Stabilität des Systems aber zeigt sich gerade darin, daß es aus dem Eintritt von Funktionsstörungen nicht auf die Notwendigkeit einer Änderung des Systems selbst schließt.

Der Zustand perfekten Funktionierens ergibt sich daher als ein selbstverständliches Ziel des Koordinationssystems. Es hat seine Aufgabe darin, die Wirtschaftstätigkeit zu koordinieren und soll diese Aufgabe möglichst gut erfüllen. Im Zustand perfekten Funktionierens findet daher das Koordinationssystem sein Optimum. Die Entscheidungen über Konsum und Produktion können nicht besser sein als in diesem optimalen Zustand.

1. Der Optimumbegriff als Grenzbegriff der Theorie

Die Theorie des Optimums der Koordination von wirtschaftlichen Tätigkeiten weist daher nach, daß es in jedem möglichen Fall eine eindeutig beste Lösung des Koordinationssystems gibt. Dieser Nachweis ist die Grundlage von theoretischen Aussagen überhaupt. Gäbe es eine solche beste Lösung nicht, so könnte es auch keine Theorie der wirtschaftlichen Wahlakte geben. Daß es eine beste Lösung in jedem Fall gibt, macht rationales Handeln überhaupt erst möglich.

Der Nachweis, daß es eine solche beste Lösung gibt, setzt allerdings Voraussetzungen, die in der Wirklichkeit niemals gegeben sein können. Der Nationalökonom, der diesen Nachweis führt, muß annehmen, daß er jedes einzelne Bedürfnis und jede Möglichkeit, für dies Bedürfnis zu produzieren kennt, um dann zu zeigen, daß sich auf dieser Grundlage eine absolut beste Lösung ergibt, eine Lösung, die durch keine einzige denkbare Verschiebung mehr verbessert werden kann. Dies ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, der optimale Zustand des Koordinationssystems.

Allerdings braucht für diesen Nachweis lediglich die Annahme gemacht werden, daß der Nationalökonom absolute Faktenkenntnis besitzt. Soll darüberhinaus ein Zustand als möglich beschrieben werden, der diesen Bedingungen perfekten Funktionierens genügt, so muß eine Wirtschaftstätigkeit angenommen werden, in der jedes einzelne Wirtschaftssubjekt diesen Grad des Wissens hat. Hieraus kommen wir dann zum homo-oeconomicus-Modell, das die Bedingungen der Möglichkeit solch perfekten Funktionierens beschreibt. Es beschreibt eben in theoretischer Form einen Zustand, in dem die eindeutig richtige Entscheidung in jedem einzelnen Fall gefunden wird. Soweit ist die Annahme von Geldrechnung entbehrlich. Das homo-oeconomicus-Modell macht ja Voraussetzungen, unter denen das einzelne Wirtschaftssubjekt seine wirtschaftliche Tätigkeit unmittelbar beurteilen kann und keine Vermittlung durch das Geld gebraucht. Soll das optimale Funktionieren einer Wirtschaft bei Geldrechnung untersucht werden, so müssen die Annahmen der Geldrechnung in dies Modell perfekten Funktionierens eingesetzt werden. Wir kommen dann zu homo-oeconomicus-Modellen, die bestimmte institutionalisierte Verhaltensnormen unter Voraussetzung perfekten Funktionierens untersuchen. Solche Modelle gibt es bisher nur für die Marktwirtschaft im Modell vollkommener Konkurrenz. In der Sowjetwirtschaft hat man das theoretische Problem, das hier vorliegt, erst in jüngerer Zeit erkannt. Aber man hört jetzt immer häufiger die Betonung der Notwendigkeit, die Wege zu einem optimalen Plan zu unter-

suchen. In umfassendster Form ist dies bisher nur bei Kantorovič geschehen. Gegenüber dem Modell vollkommener Konkurrenz ist seine Untersuchung etwas enger, erlaubt aber die wesentlichen Schlüsse in gleicher Weise. Er schließt lediglich die Bildung der Nachfrage nach Endgütern aus seiner Erklärung aus, nimmt also an, daß der entscheidende Nachfrager der Staat selbst ist. Für die hier relevanten Schlüsse hat dies keine Bedeutung. Er kann daher nachweisen, daß es in jedem Moment einen einzigen optimalen Plan gebe, den die Planungszentrale aufsuchen müsse. Indem er dann die Anwendung der Geldrechnung bespricht, zeigt er, daß dieser optimale Plan derjenige ist, bei dem der Gewinn auf das Kapital am höchsten ist. Auf die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit mit Hilfe einer solchen Geldrechnung der optimale Plan tatsächlich gefunden wird, geht Kantorovič leider nicht ein. Aber es dürfte sein, daß es sich um analoge Voraussetzungen handelt wie sie im Modell der vollkommenen Konkurrenz gemacht wurden.

In diesem Modell perfekten Funktionierens wird die höchstmögliche Rationalität eines Systems gezeigt und durch Einführung der Geldrechnung wird untersucht, in welcher Form diese Geldrechnung der Suche nach der optimalen Entscheidung entspricht. Damit ist das optimale Preissystem gezeigt.

a) Optimumtheorie und Theorie der Wirklichkeit des Koordinationssystems.

Aber es ist damit über die Wirklichkeit des Koordinationssystems überhaupt nichts gesagt. Lediglich ein theoretischer Grenzbegriff ist aufgewiesen, der für die Theorie unentbehrlich ist. Die Wirklichkeit entspricht diesem Grenzbegriff in gar keiner Weise. Im Gegenteil. Das Modell perfekten Funktionierens, das die Wirkungsweise eines optimalen Preissystems zeigt, ist gleichzeitig ein zwingender Beweis dafür, daß ein beliebiges Preissystem, ob es nun dem System der Markt- oder Plankoordination unterliegt, unmöglich ein optimales Preissystem sein kann. Die Theorie der Rationalität:

des wirtschaftlichen Handelns scheint hier in einen Widerspruch mit sich selbst zu kommen. Die Theorie des Funktionierens der wirtschaftlichen Koordination schafft einen Begriff des optimalen Preissystems, der beweist, daß das tatsächliche Preissystem mit Notwendigkeit nicht optimal ist. Man kann dieses Problem auch nicht einfach dadurch lösen, daß man die Abweichungen vom Optimum als Friktionen darstellt, insofern schon durch den Ausdruck betont, daß sie nicht wesentlich seien. Denn es läßt sich leicht nachweisen, daß gerade diese Friktionen für die Wirklichkeit das Grundlegende sind. Auch dies zeigt nämlich die Optimumtheorie.

Die Optimumtheorie geht vom Koordinationssystem aus, in dem bestimmte Verhaltensnormen institutionalisiert sind. Diese Verhaltensnormen aber sind nur innerhalb eines Systems der Geldrechnung durchzusetzen. Die Optimumtheorie aber zeigt, daß ein optimales Preissystem nur unter Bedingungen möglich ist, unter denen das Geld selbst überflüssig ist. Dies wären also Bedingungen, unter denen das Koordinationssystem selbst überflüssig wird. Im Optimumbegriff widerspricht sich das Koordinationssystem selbst. Es versteht sich von einem Zustand her, bei dem es als eigene Institution überflüssig ist.

Auf diesen Zusammenhang hat Hayek bereits hingewiesen. Hayek zeigt zuerst auf den rein logischen Charakter des Modells vollkommenen Wettbewerbs.

"Die Gleichgewichtsanalyse in diesem Sinne würde natürlich reine Logik sein und keine Aussagen über die reale Welt enthalten"

"Das Problem ist daher in keiner Weise gelöst, wenn wir zeigen können, daß alle Fakten, wenn sie einem Einzelnen bekannt wären die Lösung eindeutig bestimmen würden; ..."

Um zur Wirklichkeitsanalyse zu kommen, müsse man weitergehen
 "stattdessen müssen wir zeigen, wie eine Lösung durch das Zusammenwirken von Menschen hervorgebracht wird, von denen jeder nur Teilkenntnisse besitzt"

Hayek zeigt dann, daß im Modell vollkommener Konkurrenz von der Institution des Koordinationsystems praktisch abstrahiert ist.

"Ich will hier den Versuch machen, zu zeigen, daß das, was die Theorie des vollkommenen Wettbewerbs diskutiert, eigentlich überhaupt nicht 'Wettbewerb' genannt werden dürfte und daß ihre Schlußfolgerungen als Richtlinien für die Politik nicht von grossem Nutzen sind. Der Grund dafür scheint mir zu sein, daß diese Theorie durchwegs jenen Zustand als bereits bestehend annimmt, den, nach der richtigen Ansicht der älteren Theorie, der Prozess des Wettbewerbs erst schaffen soll, und daß, wenn der von der Theorie des vollkommenen Wettbewerbs angenommene Zustand je bestehen würde, er nicht nur alle Tätigkeiten, die das Wort 'Wettbewerb' beschreibt, die Entfaltungsmöglichkeiten nehmen, sondern sie in ihrem Wesen unmöglich machen würde"

"Die eigentümliche Natur der Annahmen, von denen die Theorie des Wettbewerbsgleichgewichtes ausgeht, zeigt sich deutlich, wenn wir fragen, welche Tätigkeiten, die wir gewöhnlich mit dem Wort 'Wettbewerb' bezeichnen, noch möglich wären, wenn jene Bedingungen erfüllt wären" ... "Vollkommener' Wettbewerb bedeutet tatsächlich das Fehlen aller wettbewerblichen Tätigkeiten"

Was Hayek hier als Wettbewerb im gewöhnlichen Sinne des Wortes beschreibt, ist die Institution des Systems der Marktkoordination. Unter Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz ist sie tatsächlich überflüssig. Aber darüberhinaus, worauf Hayek nicht hinweist, das gesamte Geldsystem. Wenden wir den gleichen Gedanken auf das Plansystem an, so zeigt sich, daß auch der Plan als Institution unter Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz überflüssig ist. Die Voraussetzungen vollkommener Konkurrenz beschreiben nämlich einen Zustand, in denen sich die wirtschaftliche Koordination überhaupt nicht mehr in objektivierter Form zu vollziehen braucht. Unter Voraussetzung vollkommener Konkurrenz ist nicht nur ein optimaler Preis möglich, sondern auch ein optimaler Plan. Gleichzeitig ist aber unter diesen Voraussetzungen genau so wie das Geld auch ein Plan überflüssig.

Wir wollen diese Argumentation nicht weiter verfolgen, können aber feststellen, daß die Wirklichkeit des Koordinationsystems überhaupt nur dadurch erklärt werden kann, daß man sie negativ

definiert. Das Koordinationssystem verdankt seine Existenz als Institution der Tatsache, daß die Bedingungen der Möglichkeit perfekten Funktionierens nicht gegeben sind. Darin ist einmal ausgedrückt, daß es sich von einem Zustand perfekten Funktionierens verstehen muß, wenn es überhaupt eine Theorie dieses Systems geben soll, während man dieses tatsächliche Koordinationssystem niemals als optimal bezeichnen kann. Es ist seiner Natur nach niemals optimal, es versteht sich aber vom Optimum her.

Es ergeben sich dann zwei Ebenen der Theorie des Koordinationssystems. Soweit die Prinzipien seines Funktionierens erläutert werden sollen, kann dies nur im Modell perfekten Funktionierens als Optimumtheorie geschehen. Soweit sein faktisches Funktionieren bestimmt werden soll, muß es als operatives Preissystem betrachtet werden, das keinerlei Tendenz zum Optimum hat. Die Bedeutung einer solchen Theorie des faktischen Funktionierens ist in den vergangenen Jahrzehnten im Westen dauernd gestiegen. Preis-erwartungen sind in der Theorie an die Stelle von tatsächlichem Wissen der Preise getreten, die Theorie unvollkommener Konkurrenz neben die Theorie vollkommener Konkurrenz.

Faßt man die Theorie des Koordinationssystems auf diese Weise nach zwei Ebenen getrennt auf, so ergibt sich eine Teilung der Theorie, die dem in der klassischen Nationalökonomie gebräuchlichen Unterschied von Wert- und Preistheorie analog ist. Sie ist allerdings keineswegs damit identisch. Als Werttheorie müßte dann die Theorie perfekten Funktionierens (homo-oeconomicus-Modell) gelten, als Preistheorie die Theorie faktischen Funktionierens (System operativer Preise). Beide sind getrennt dadurch, daß die Voraussetzungen perfekten Funktionierens in der Wirklichkeit nicht gegeben sind, wodurch die Herausbildung solcher Institutionen wie des Koordinationssystems erst erforderlich wird.

Sobald also über die Wirklichkeit eines Koordinationssystems gesprochen wird, können wir nicht mehr fragen, ob dieses Koordinationssystem ein Optimum verwirklicht oder nicht. Es ist von vorn-

herein klar, daß es das nicht tut. Ebenfalls ist die Frage zu verneinen, ob es eine Tendenz zum Optimum hat. Keine Wirtschaft der Welt hat eine Tendenz zum Optimum und kann auch keine haben. Das Optimum ist ein theoretischer Grenzfall, eine theoretische und keine praktische Kategorie. Die Wirklichkeit der Marktwirtschaft hat genau so wenig eine Tendenz zum Optimum wie die sowjetische Wirtschaft eine Tendenz zum Kommunismus hat. Eine solche Verwendung der Optimumkategorie ist theoretisch unmöglich.

Die Frage muß daher anders gestellt werden. Sie lautet dann: Ist innerhalb des Koordinationssystems alles getan, um ihr faktisches Funktionieren zu sichern? Die Prinzipien perfekten Funktionierens sind dann der Maßstab, unter dem dies zu beurteilen ist. Ihre Anwendung kann dann aber nicht zu der Behauptung führen, daß alles getan ist, sondern nur zur Auffindung der Stellen, an denen mehr zu tun ist. Eine solche Frage allerdings setzt die Entscheidung über das Koordinationssystem schon voraus, kann also über das Koordinationssystem selbst nicht richten. Sie basiert schon auf einem Werturteil, kann also über den Effekt eines solchen Werturteils nichts aussagen. Sie schließt bereits die Entscheidung darüber ein, ob der Wirtschaftskreislauf von der Konsumtion oder der Produktion her betrachtet werden soll, liefert also keine Argumente für oder gegen ein Koordinationssystem. Zu beweisen, daß ein Koordinationssystem in einem formal rationalen Sinne besser sei als ein anderes, heißt immer, den Beweis bereits in den Voraussetzungen vorwegzunehmen.

Dies bedeutet, daß die Theorie eines Koordinationssystems immer auf der Voraussetzung aufbauen muß, daß dieses Koordinationssystem gegeben sei und kein anderes. Eine Kritik der sowjetischen Wirtschaftstheorie muß dies immer beachten. Sie wird also nur fragen können (wenn wir davon abstrahieren, ob es besser sei, den Menschen primär als konsumierendes oder produzierendes Wesen zu betrachten) ob das sowjetische Geldsystem dem innerhalb eines solchen Koordinationssystems möglichen Grad des Funktionierens angemessen sei. Sie kann nur fragen: Entspricht das Preissystem dem, was innerhalb einer Plankoordination möglich ist oder nicht?

Es ist nicht sehr schwierig zu zeigen, daß es dies nicht tut. Obwohl es ein faktisches Funktionieren sichert, hat es wesentliche, theoretisch zwingend aufzuzeigende Mängel. Aber diese Mängel liegen gerade nicht darin, daß sie keine Marktpreise sind. Dies hieße soviel wie sagen, daß der Hauptmangel der Sowjetwirtschaft darin besteht, keine Marktwirtschaft zu sein. Wie wir gesagt haben, ein reines Werturteil. Es hieße sagen, der Mangel des Kollektivismus bestehe darin, kein Individualismus zu sein. Wir erfahren durch eine solche Antwort gerade das nicht, was interessiert, nämlich, wieweit die Sowjetwirtschaft formal rational geführt wird, also wieweit sie ihre Mittel ihren Zwecken rational dienstbar macht. Die Behauptung, daß man auf dem Markt gebildete Knappheitspreise braucht, ist ein Argument der Optimumtheorie und für die Wirklichkeit nicht relevant. Marktpreise braucht man nur, wenn der Wirtschaftskreislauf von der Konsumtion her durchgeführt wird. Ein Kreislauf aber hat in sich keinen Anfang. Der Anfang muß gesetzt werden und wird von der Marktwirtschaft im Konsumsektor gesetzt. Nur dann sind Knappheitspreise erforderlich, um die Wirtschaft zu führen.

Man könnte also nur sagen, daß im Optimum Preise entstehen würden, die den Knappheitspreisen entsprechen. Das wird durch unsere Antwort nicht bestritten. Aber daraus folgt nicht, daß auf freiem Markt gebildete Preise dem Optimum eo ipso näher sein müssen als Planpreise. Nur dieser zweite Schluß, der aus der Optimumtheorie eine Wirklichkeitsaussage macht, wird hier angegriffen. Der Marktpreis ist lediglich das Mittel, das faktische Funktionieren vom Konsum aus durchzusetzen; der Planpreis hingegen ein Mittel, dies von der Produktion aus zu tun. Institutionelle Vorteile eines Systems über das andere sind darin nicht gegeben.

Die Bedeutung des Begriffs formaler Rationalität entscheidet allerdings über den Inhalt dieser Aussage. Formale Rationalität, so wie der Begriff bei Max Weber gefaßt ist, bedeutet Rationalität rein im Sinne eines Zweck-Mittel-Kalküls ohne Rücksicht auf irgendwelche wertenden Urteile. Der Gegenbegriff hierzu wäre die materielle Rationalität, also eine Rationalität, die Mittel in bezug

auf Werte setzt. Im Zusammenhang mit dem Koordinationssystem betrachtet, kann dann der Begriff der formalen Rationalität nur benutzt werden in bezug auf das Verhältnis von Endgüter- und Zwischengüterproduktion. Welche Endgüter produziert werden sollen und auf welchem Wege sie dem Konsumenten nahegebracht werden müssen - ob primär orientiert am individuellen Konsum oder an der Bereitstellung eines im Ganzen abzusetzenden Konsumstocks ohne Berücksichtigung individueller Wünsche zur Differenzierung - kann nicht unter den Begriff der formalen Rationalität fallen. Sobald aber die Zweckmäßigkeit des Marktpreises diskutiert wird, wird im Marktpreis immer ein Mittel verteidigt, das den Konsum gerade in dieser gewünschten Form zu befriedigen erlaubt. Der Marktpreis wird damit zum einzigen und besten Mittel, eine unmittelbare und differenzierte Befriedigung der Konsumwünsche zu erreichen. Aber diese Aussage gilt nur im Rahmen dieses Werturteils. Der Planpreis kann ebenfalls einen Konsumfonds bereitstellen, aber nur unter Verzicht auf viele Vorteile des Marktpreises. Er kann den Konsumfonds nur als Gesamtgröße produzieren. Für die Frage jedoch, ob er eine formal rationale Entwicklung dieser Konsumproduktion ermöglicht, spielt das keine Rolle. Die Bevorzugung des Produktions- und auch des Wachstumsgesichtspunktes bringt den Planpreis erst zustande. Das formal rationale Gerüst der Vermittlung der Produktion in bezug auf den gegebenen Endgüterfonds kann deshalb genau so gut sein wie das marktwirtschaftliche. Man bringe es nur in eine andere Form. Diese unterschiedliche Form hatten wir eben deshalb als institutionalisiertes Werturteil bezeichnet, weil sie sich nicht aus Grundsätzen formaler Rationalität deduzieren läßt und daher nicht beweisbar ist.

Unterschiedliche institutionalisierte Werturteile führen daher auch nicht zu einer unterschiedlichen Höhe des Produkts, jedenfalls nicht notwendig. Auch wenn man die Produktionsgesichtspunkt für primär erklärt, hat dies nichts damit zu tun, daß die Konsumtion, in konstanten Preisen gemessen, hier geringer sein müsse als in einer Marktwirtschaft auf gleicher Höhe der Technik. Kon-

stante Preise weisen gerade das Moment, um das es hier geht, nicht aus. Aber nur die Momente, die auch in konstanten Preisen ausgedrückt werden können, lassen sich in Grundsätzen formaler Rationalität zwingend deduzieren.

Gibt es so keine prinzipielle Überlegenheit des Marktpreises über den Planpreis innerhalb der Grundsätze formaler Rationalität, so heißt dies doch nicht, daß jeder beliebige Planpreis so gut ist wie ein Marktpreis. Es heißt nur, daß der Planpreis lediglich am unter einem Plansystem möglichen Preis gemessen werden kann. So zeigt sich der in der Sowjetwirtschaft benutzte Preis auch dann noch als unbefriedigend, wenn man ihn mit dem innerhalb des Plansystems bestmöglichen Preis vergleicht. Die Kritik an dem Gebrauch der sowjetischen Durchschnittskostenpreise und, damit zusammenhängend, dem mangelhaften Grad der Kapitalrechnung, ist allerdings bereits so weit durchgeführt worden, daß es genügt, hier nur darauf hinzuweisen.

Darüber hinaus mögen noch einige Hinweise auf Momente gegeben werden, die den geringen Grad von Rationalität im Sowjetsystem kennzeichnen können. Dies ist einmal der höchst mangelhafte Grad des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens. Die Kostenrechnung ist in großem Maße unterentwickelt und mit der Genauigkeit betriebswirtschaftlicher Rechnungsmethoden, die in westlichen Marktwirtschaften selbstverständlich sind, überhaupt nicht zu vergleichen. Die Sowjetwirtschaft ist hierin weit zurück. Und ein anderes Beispiel ist ebenfalls sehr instruktiv. Auch in Marktwirtschaften gibt es Bereiche, die durchaus in analoger Weise geführt werden wie in der Sowjetwirtschaft. Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft. Das Prinzip unmittelbarer Planauflagen bewährte sich in der Sowjetunion hier in so geringen Grade, daß man es teilweise aufgab und durch indirekte Lenkungsmittel ersetzte. Die Art der Führung der Landwirtschaft, wie sie sich daraus ergab, ist in mancher Hinsicht westlichen Marktordnungen vergleichbar. Sie wird aber mit ungleich geringerer Effizienz durchgeführt.

Soweit wir uns also auf solche Aspekte beschränken, ist sicher die Aussage möglich, daß der Grad der Effizienz der Wirtschaftsrechnung in der Sowjetwirtschaft geringer ist als in westlichen Marktwirtschaften.

b) Die möglichen Begriffsinhalte einer objektiven Wertlehre

aa) Objektive Wertlehre als naive Produktionskostenwertlehre

Der mangelhaften Ausgestaltung des Rechnungswesens in der Sowjetwirtschaft entspricht eine mangelhafte Erkenntnis der theoretischen Probleme. Die herrschende Preislehre in der Sowjetunion ist bis heute eine naive Kostenwertlehre, die den Preis als unmittelbaren Reflex der Arbeitskosten auffaßt. Dabei wird das eigentliche zentrale Problem der Wirtschaftsrechnung gar nicht erfaßt. Im Laufe des letzten Jahrzehnts allerdings wurde die Kritik an diesen Vorstellungen immer lauter und hat sich an vielen wesentlichen Stellen durchsetzen können.

Das theoretische Problem, um das es hierbei geht, findet sich bei Kantorovič dargestellt. Er spricht in bezug auf das heutige sowjetische Plansystem von einem System apriorischer Preise. Unter apriorischen Preisen versteht Kantorovič dabei solche Preise, die lediglich auf Grund der Arbeitskostensituation festgelegt werden. Wir hatten in bezug auf ein solches Preissystem bereits von einer naiven Kostenwertlehre gesprochen. Kantorovič weist nun nach, daß ein richtiges Preissystem nur unter Berücksichtigung der Produktionsziele gefunden werden kann und nicht auf Grund der Kostensituation allein. Er zeigt dies an einem Beispiel. Geht man von einem bestimmten Endgüter Sortiment aus, so hängt das richtige Preissystem davon ab, in welchen die Proportionen die Einzelgüter in diesem Sortiment vertreten sind. Wechselt das Sortiment, so müssen auch die Preise wechseln. Unter richtigen Preisen ist dabei eine solche Preisstellung verstanden, bei der die maximale

Rentabilität und der optimale Plan zusammenfallen. Dies ist auch bei Kantorovič ein Grenzkostenpreissystem, so daß sich hier seine theoretischen Aussagen mit der im Westen herrschenden Lehre treffen. Allerdings genügt der Hinweis auf die Notwendigkeit eines Grenzkostenpreises nicht. Auch ein Grenzkostenpreis kann als apriorischer Preis verwendet werden und die in der Sowjetunion häufige Interpretation des Grenzkostenpreises als Preis, der sich nach der ungünstigsten noch in der Produktion verwendeten Kapazität richtet, erliegt häufig diesem Mißverständnis. Der Grenzkostenpreis aber ist immer dann auch ein apriorischer Preis, wenn er sich einfach nach den ungünstigsten Kosten ausrichtet, weil ja gerade erklärt werden muss, welcher Grenzkostenbetrieb noch aufrechterhalten werden soll. Der richtige Grenzkostenpreis kann nie der Preis der ungünstigsten Kapazität, sondern nur der Preis der ungünstigsten noch erforderlichen Kapazität sein. Man muß erst wissen, welche Kapazität für weitere Produktion eingesetzt und welche verschrottet werden soll, wenn man wissen will, wie hoch die Grenzkosten sind, die dem Preis dann zugrunde gelegt werden können. Das Neue der Untersuchung von Kantorovič besteht darin, daß er dieses Problem erkennt und zeigt, daß erst die Entscheidung über das Endgütersortiment bestimmt, welche Kapazitäten als Grenzkapazitäten anzusehen sind und welche nicht. Erst damit ist darüber entschieden, welche Kombinationen innerhalb der Wirtschaft "optimal" sind. Apriori kann man also die tatsächlichen Kosten niemals erkennen.

Will man nun mit den richtigen Preisen planen, so zeigt sich sehr bald, daß dies nur mit der Lösung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichungssystem möglich ist. Versucht man dies, so zeigt sich, daß man jeden Einzelfall unmöglich erfassen kann, so daß auch auf diese Weise nie das optimale Preissystem gefunden wird. Will man also von einem solchen Gleichungssystem ausgehen, so kann dies nur in äußerst vereinfachter Form geschehen, wobei es große Lücken enthält. Oder, und dies ist der andere Weg, man geht weiterhin von apriorischen Preisen aus und versucht sie soweit als möglich den auf Grund des Endgütersortiments entstehenden Kosten-

relationen anzunähern. Kantorovič selbst faßt beide Wege, ohne sie definitiv zu scheiden, in's Auge, wobei er vielleicht die Schwierigkeiten der Durchführung unterschätzt.

Statt des angezielten optimalen Preissystems erhält man auf diese Weise ein operatives Preissystem, das eben dem optimalen Ziel nur so weit als möglich angenähert wird. Die Differenz zwischen dem verwirklichten Gleichgewicht und dem optimalen, angezielten Gleichgewicht aber ist nicht bestimmbar. Niemand kann sagen, wie groß sie ist. Sie hängt eben ab vom Grad der Sorgfalt in der Planaufstellung, von den Mitteln der Wirtschaftsrechnung und ihrer Ausnutzung.

Dieses optimale Ziel jedoch ist genau das gleiche, das auch bei marktwirtschaftlicher Organisation vorschweben würde. Die Zielvorstellungen sind nicht anders, denn der Planer will keinen schlechten Plan. Aber auch das marktwirtschaftliche Preissystem ist nicht optimal. Es kann sich ebenfalls nur als operatives Preissystem durchsetzen. Wollte man jetzt abschätzen, welches System notwendig die größere oder geringere Rationalität hat, so müßte man die Differenz, die zwischen der wirtschaftlichen Leistung zu operativen und zu optimalen Preisen in jedem System besteht, zwingend ableiten können. Aber gerade die Höhe dieser Differenz ist von einer Unzahl zufälliger Momente abhängig. Sie entzieht sich einer deduktiven Aussage. Es gibt deshalb keine Entscheidung dieser Frage. Man kann nur die Stellen aufweisen, an denen diese Differenz sichtbar wird, und man kann zu zeigen versuchen, ob alle im System angelegten Möglichkeiten zu ihrer Verkleinerung genutzt sind. Und der unkritische Gebrauch apriorischer Preise im Sowjetsystem ist immer ein Beweis dafür, daß diese Möglichkeiten tatsächlich nicht ausgenutzt sind.

Würde man nun unter Kostenwertlehre eine Preiserklärung verstehen, die apriorische Preise als richtig zu rechtfertigen sucht, so kann eine solche Preiserklärung nur als falsch bezeichnet werden. Im Westen ist der Gegensatz dazu immer als Nutzen-

wertlehre bezeichnet worden, während als objektive Wertlehre meistens eine solch naive Kostenwertlehre angesprochen wurde. Wenn auch die objektive Wertlehre bisher meistens als solch naive Kostenwertlehre auftrat, so ist doch durch solche Interpretation nicht der gesamte Inhalt beider Begriffe erfaßt.

Ist einmal klargestellt, daß ein System richtiger Preise nur innerhalb der Interdependenz aller wirtschaftlichen Größen entsteht, wobei es nur auf einer operativen Basis angezielt werden kann, so ist noch nicht die Entscheidung gefällt, innerhalb welchen Koordinationssystems es durchgesetzt werden soll.

bb) Objektive Wertlehre als Bezeichnung für ein institutionalisiertes Werturteil

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß die Frage, ob die wirtschaftliche Aktivität in der Produktion oder im Konsum einsetzen soll, nicht aus dem Begriff des Wirtschaftskreislaufs deduziert werden kann. Das Problem kann noch einmal in Anschluß an die Theorie von Kantorovič erläutert werden. Die Nutzenwertlehre definiert Kosten als entgangener Nutzen. Kantorovič hingegen würde einer solchen Definition nicht zustimmen, worauf Neměinov in seiner Einleitung hinweist. Aber implizite macht er eine ganz ähnliche Definition, die sich, oberflächlich betrachtet, nur durch Worte davon unterscheidet. Innerhalb seines Systems sind nämlich Nutzen entgangene Kosten. Im homo-oeconomicus-Modell ausgedrückt, ist beides genau dasselbe und kommt auf eine Wortklaubererei hinaus. Innerhalb eines Koordinationssystems ist dies anders. Die Marktkoordination behandelt eben Kosten als entgangenen Nutzen, die Plankoordination Nutzen als entgangene Kosten. Kantorovič geht daher bei all seinen Überlegungen von einem gegebenen Sortiment von Endgütern aus und behandelt nie dessen Entstehung. Ihn interessiert nur, wie ein möglichst großes Sortiment dieser Art hergestellt werden kann. Markttheorien gehen hingegen von der Entstehung dieses Sortiments aus, um seine Verbindung mit der Produktion aufzuzeigen.

Man hat dieses Moment häufig dadurch ausgedrückt, daß man sagte, in diesem vorgegebenen Sortiment komme die Nutzeinschätzung der Zentrale zum Ausdruck, so daß es in seiner Beziehung zum Konsumenten nicht untersucht zu werden braucht. Aber die Zentrale kann dies Sortiment immer nur so festlegen, daß es von den Wirtschaftssubjekten auch abgenommen wird. Seine Zusammensetzung ist nicht in ihr Belieben gestellt. Insofern bleibt auch in der Sowjetwirtschaft die Konsumtion das bestimmende Ziel der Produktion. Aber die Produktion braucht nicht mehr unmittelbar auf die Konsumtion zu reagieren. Die Zentrale schätzt für einen Zeitraum das absetzbare Sortiment ab und unterlegt es als Plan der Produktion. Das gesamte Endgüterprodukt muß dann gegen die entstehenden konsumfähigen Einkommen verkauft werden. Das Problem für sie besteht dann darin, ein solches Sortiment zu wählen, das diese Einkommen auch tatsächlich zurückfließen läßt. Mehrere Erscheinungen folgen daraus. Die Emanzipation von der Konsumtion enthebt die einzelne Produktionsstätte davon, ihre Produktion so zu differenzieren, daß jede für sich ihren Absatz am Markt selbst sichern muß. Die Folge ist die bestimmte Eintönigkeit der Konsumtion, die für solche Länder charakteristisch ist. Wir hatten dies - in Anschluß an Marx - den 'finish' einer Produktionsweise genannt. Dieses Moment ist für den, der es erlebt hat, ganz unverkennbar. Zugleich ist es aber nur für den wirklich erkennbar, der die Wirklichkeit eines anderen Koordinationssystems kennt. Ohne diesen Vergleich gibt es keinen Maßstab und wir hatten daraus die Tendenz solcher Planwirtschaften erklärt, sich abzuschließen. Da das, was der Mensch als normal empfindet, schwankt und erst im Konsumprozeß entsteht, kann man äußerst verschiedene Zustände als normal erscheinen lassen.

Gleichzeitig handelt es sich hierbei um eine Erscheinung, die statistisch nicht zum Ausdruck kommt und durch das Wertesystem nicht reflektiert werden kann. Wenn es nur schlechte Kühlschränke gibt, ist eben der schlechte Kühlschrank der normale und wird zu seinen Kosten verkauft werden können. Da aber das Wertesystem nur

relativ messen kann und nicht absolut, gilt ihm eben die Verdoppelung der Produktion von schlechten Kühlschränken genau so viel wie die Verdoppelung von qualitativ guten. Wenn es nur schlechte Kühlschränke gibt, diese also als normal empfunden werden, so kann eben der Konsument einen solchen schlechten Kühlschrank nicht geringer einschätzen als unter anderen Umständen einen guten. Sofern allerdings die Versorgung schwankt, Mangellagen schafft und zu Versorgungseinstellungen führt, entstehen aus einer Konsumwirklichkeit selbst Unzufriedenheiten. Ist ein Vergleich mit einer anderen, weiter differenzierten Konsumwirklichkeit möglich, so muß sich eine solche Unzufriedenheit noch steigern. Aber dieser Unterschied in der Konsumwirklichkeit drückt sich in einer theoretischen Analyse nicht aus und ist nicht deduzierbar. Er kann nur unmittelbar aufgezeigt werden. Werden beide Konsumwirklichkeiten verglichen, so läßt sich immer richtig behaupten, daß jede Bevölkerung der Welt die marktwirtschaftliche Konsumwirklichkeit vorziehen würde. Aber das heißt eben nur, daß man in der Frage schon vorausgesetzt hat, daß der Mensch primär Konsument ist. Ein Sowjet aber wird sagen, der Mensch sei primär Produzent, so daß eine solche Frage gar nicht zulässig sei. Er wird seine Konsumwirklichkeit als die beste erklären mit der Begründung, daß der Mensch primär ein Produzent sei. Eine quantitative Analyse kann nur zeigen, in welchem System der Konsum eine größere Tendenz zur Expansion hat. Und wir hatten schon gezeigt, daß die Expansion von schlechten Gütern hier genau so viel zählt wie die von guten. In Ausdrücken der quantitativen Theorie besteht die Überlegenheit der Marktwirtschaft dann nicht mehr.

Nur eine quantitative Theorie aber kann beweisbar argumentieren. Die Frage, welche Konsumwirklichkeit die bessere sei, kann sie daher nicht beantworten. Die eine oder die andere zu bevorzugen, heißt daher, ein Werturteil aussprechen. Dies aber heißt wiederum, daß eine Aussage über das Funktionieren eines Koordinationssystems nur innerhalb eines Werturteils möglich ist.

Die sowjetische Methode, in dieser Weise den Konsum zu behandeln, hat einige Folgen, die hier noch interessieren. Da der Konsumfonds insgesamt geplant wird, geht es für die Zentrale darum, ihn auch insgesamt so zu verkaufen, daß sämtlich entstandene Einkommen an den Staat zurückfließen. Der Konsument aber kann Güter ablehnen, die dann vom Staat nicht verkauft werden können und er kann bestimmte Güter in solchen Mengen verlangen, daß die Produktion nicht Schritt hält. In einem Fall entstehen unverkäufliche Läger, im anderen Fall eine Mangelsituation. Die Mangelsituation hat für den Staat keine wirtschaftlichen Folgen. Unverkäufliche Läger aber lassen es zur Bildung von Kaufkraftüberhängen kommen. Im Rahmen von Ausverkäufen müssen diese Läger zu Preisen verkauft werden, die unter den Kosten liegen, so daß nicht alle Einkommen zurückfließen. Die Ein- und Ausgabenbilanz der Bevölkerung, in der dieses Verhältnis von Endgüterproduktion und Entstehung der Gesamteinkommen ausgedrückt wird, muß daher einen Posten enthalten, der die voraussichtlichen Verluste aus solchen Ausverkäufen ausgleicht. Anderenfalls entstehen inflationäre Tendenzen, von denen auch das Sowjetsystem nicht einfach frei ist. Mangelsituationen werden den Staat hingegen weniger bedrücken. Auf den Gebieten, in denen sie bestehen, kann er produzieren wie er will, ohne Sorge wegen des Absatzes haben zu müssen. Gleichzeitig besteht für ihn die Möglichkeit, über solche Mangelsituationen die Konsumbereitschaft für andere Güter zu erhöhen, ohne die Preise verändern zu müssen. Wenn der Konsument nicht damit rechnen kann, Mangelware für sein Geld kaufen zu können, die er wünscht, hat es keinen Zweck für ihn zu sparen und er kauft Ladenhüter zu hohem Preis, die er nicht will. Dies kann auch erneute Mangellagen in den Gebieten hervorrufen, die anderenfalls ihre Waren unverkauft gelassen hätten. Ein Beispiel für die Wirkung von Mangellagen ist die Neigung in der Ostzone, besonders viel Lebensmittel zu konsumieren. Da Industriewaren knapp sind und auch in einer abschbaren Zeit, für die hin man das Geld sparen würde, nicht erwartet werden, scheint Sparsamkeit auf dem Gebiet der Lebensmittel sinnlos. So geht mehr Kaufkraft in die Lebensmittelnachfrage, wodurch das

Lebensmittelangebot nicht reicht. Wäre hingegen das Angebot an Industriewaren größer, würde wahrscheinlich die Lebensmittelnachfrage zurückgehen können, weil es dann sinnvoll erscheint, das Einkommen zwischen beiden Konsumformen angemessen zu verteilen.

Ein Urteil aber kann nicht aus der Theorie formaler Rationalität gefunden werden, da diese immer nur entweder als Optimumtheorie gefaßt sein kann, wobei sie keine Aussage über die Wirklichkeit erlaubt oder als Theorie des Koordinationssystems, wobei die Entscheidung darüber, ob Konsum oder Produktion als primär gelten soll, schon vorweggenommen ist. Es handelt sich eben um ein institutionalisiertes Werturteil. Wenn man daher die Begriffe Nutzen oder Kostenwertlehre weit auslegt, so kann man sagen, daß die Wertlehre als Nutzenwertlehre zur Theorie des Systems der Marktkoordination wird. (Kosten = entgangener Nutzen) Als Theorie des Systems der Plankoordination hingegen ist sie Kostenwertlehre, sie behandelt dann die Produktion als primär (Nutzen = entgangene Kosten). Sie geht dabei von einem gesamten Endgüterfonds aus, unterlegt ihn der Planung und läßt dann die Produktion möglichst groß werden. Das Prinzip: Nutzen = entgangene Kosten wirkt sich dann in der Form aus, daß jede Kostensenkung, die mit der vorgesehenen Investitionssumme erzielbar ist, vorgenommen wird, die das Gesamtprodukt innerhalb des vorgegebenen Sortiments erhöht, wobei die Investitionen nach dem Prinzip ihrer Rentabilität zu verteilen sind.

cc) Objektive Wertlehre als Bezeichnung für die Notwendigkeit, Nutzen und Kosten objektivieren zu müssen

Außer diesen zwei Bedeutungen der Wertlehre gibt es noch eine dritte. Sie bezieht sich auf diejenige Erscheinung, die Marx die objektiven Gesetze der Wirklichkeit nennt. Hier bekommt die Vorstellung einer objektiven Wertlehre eine Bedeutung, in der sie in der westlichen Nationalökonomie im allgemeinen als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Sofern Marx von der Geltung objektiver Gesetze im Kapitalismus spricht, die im Sozialismus aufgelöst werden können, hat er in diesem dritten Sinne sowohl eine objektive Wertlehre in bezug auf den Kapitalismus, eine subjektive Wertlehre hingegen für den Sozialismus vertreten. In der Sowjetunion hatte diese Interpretation ihre Auswirkungen. Da man annahm, daß objektive Gesetze nur im Kapitalismus möglich sind, glaubte man, in der Planung unmittelbar über die Verwendung der Produktionsfaktoren entscheiden zu können. Die 30-er Jahre können in diesem Sinne als eine Periode der Herrschaft der subjektiven Wertlehre gelten, subjektiv eben in dem Sinne, daß die Planentscheidungen nicht an objektiven Wertmaßstäben orientiert waren. Die 50-er Jahre hingegen brachten die erneute Anerkennung objektiver Gesetzmäßigkeiten im wirtschaftlichen Leben und bereiteten erst dadurch den Weg zu einem höheren Grad wirtschaftlicher Rationalität.

Der Gebrauch des Begriffes der Wertlehre in dieser Bedeutung ist im Westen nicht üblich. Der Marxsche Begriff einer Lehre von der Objektivierung des Wertes hingegen schloß immer dieses Moment ein. Sobald daher die Auseinandersetzung mit Marx seine Aussagen über die Möglichkeit des Sozialismus berührte, wurden gerade die Marktwirtschaftler zu Vertretern der Notwendigkeit objektiver Werte für die wirtschaftliche Rechnungsführung, während die Marxisten ihr Fehlen für möglich erklärten. In diesen Diskussionen um objektive Kriterien des Wertes wurden gerade die Marxisten zu Vertretern ganz subjektiver Gedankengänge. Allerdings haben in diesem Zusammenhang die Worte subjektiv und objektiv einen anderen Inhalt, als sie hatten, als wir vom Unterschied zwischen Nutzen- und Kostentheorien sprachen. Es erscheint uns daher besser, diese Worte hier möglichst zu vermeiden, da sie viele Mißdeutungen hervorrufen können.

Aber wir wollen stattdessen von der Theorie des Zustandes, der von objektiven Gesetzen beherrscht ist und eines anderen Zustandes, in dem diese Notwendigkeit, den Wert der Produkte zu objektivieren, nicht besteht. Es zeigt sich dann, daß dieser Unter-

schied identisch ist mit dem Unterschied zwischen der Theorie der Koordinationssysteme (operative Preise) und der Theorie des homo-oeconomicus-Modells (optimale Preise). Die Abgrenzung zwischen beiden Vorstellungen soll als nächstes folgen.

Die Theorie, die die Wirklichkeit des Koordinationssysteme zum Gegenstand hat, untersucht eine Wirklichkeit, in der rationales rechenhaftes Handeln nur möglich ist, wenn es durch ein objektives Kriterium vermittelt ist. Das homo-oeconomicus-Modell hingegen nimmt einen Zustand an, in dem es keine Notwendigkeit zur Anwendung solcher objektiver Kriterien gibt. Geld ist, wenn man solch einen Zustand sich als wirklich vorstellt, überflüssig.

Nun ist die Definition des objektiven Gesetzes so schwierig deshalb, weil es durch die Abwesenheit der Voraussetzungen des homo-oeconomicus-Modells notwendig wird, während die Theorie über das objektiv notwendige nur unter diesen Voraussetzungen sprechen kann. Objektive Kriterien der Rationalität - das Geld also - bestehen nur deshalb, weil die Voraussetzungen, unter denen die Gesetze des Geldes bestimmt werden, nicht zutreffen. Sie zeigen daher einen Mangel an.

Das Wirken solcher "objektiver" Gesetze soll daher noch einmal in den Termini dargestellt werden, die in der westlichen National-Ökonomie gebräuchlich sind. Der Unternehmer entscheidet ex ante über seine wirtschaftliche Tätigkeit. Ex post aber erfährt er erst, wie weit seine Tätigkeit richtig war. Diese ex post Entscheidung aber ist eine Entscheidung aus der Wirklichkeit selbst. Sie zeigt, ob der Unternehmer die Zukunft richtig antizipiert hat. Hat er das nicht, so wird er in seinen Erwartungen enttäuscht. Die vergangenen Entscheidungen aber sind nicht rückgängig zu machen.

Diese Bestätigung oder Verwerfung der ex ante getroffenen Entscheidung durch die Wirklichkeit ex post aber geht mit einer quasi gegenständlichen Gewalt vor sich. Das Wirtschaftssubjekt kann sich ihnen nicht entziehen. Es kann sie aber auch nicht durchschauen und kann eine solche Enttäuschung seiner Erwartung

auch nicht verhindern. Es sieht sich objektiven Gesetzen gegenüber. Allerdings gibt es auch eine Grenze dafür, bis zu der die Erwartungen überhaupt enttäuscht werden können. Es können nämlich niemals alle Entscheidungen falsch sein. Zwar können alle schlechter ausfallen als erwartet, nicht aber alle restlos verworfen werden.

Aber eine Anzahl von Entscheidungen ist immer falsch oder doch ungenügend. Sie hätte auch besser sein können. Vorher kann man dies aber nicht wissen. Das Preiskriterium ist kein Mittel, um dies verhindern zu können. Der Preis kann lediglich sinken oder steigen oder gleichbleiben. Welche Schlüsse der Unternehmer daraus zu ziehen hat, sagt der Preis nicht und kann es nicht sagen. Sinkt der Preis, so gibt ihm dies nur eine Orientierung, wenn er weiß, ob dies ein lang- oder kurzfristiges Phänomen ist, so daß er auch nur seine lang- oder kurzfristigen Entscheidungen daran ausrichten kann. Ex post erfährt er erst, ob seine Schätzung richtig war. Um mehr als eine Schätzung aber kann es sich niemals handeln, solange man nicht völlige Faktenkenntnis annimmt. Es sind daher immer objektive, nicht umgehbare Momente, die ex post die Unternehmerentscheidung rechtfertigen können.

Diese Existenz objektiver, gegenständlicher Kriterien, denen sich der Wirtschaftler unterwerfen muß, wenn er rational handeln will, besteht in einem Plansystem genau so wie in einem Marktsystem. Dies ist eine unausweichliche Notwendigkeit auch für ihn, denn auch er kann nicht aus unmittelbarer Faktenkenntnis entscheiden. Er muß sich auf ein Preissystem stützen, das seine eigenen Konsequenzen entwickelt, denen er sich als Planer unterwerfen muß.

Die homo-oeconomicus-Theorie hingegen nimmt an, daß der Wirtschaftler ex ante bereits weiß, was ex post durch die Wirklichkeit als richtig bestätigt werden wird. Unter dieser Voraussetzung zeigt sie, wie der Preis sein müßte (optimaler Preis). Sie abstrahiert damit gerade davon, daß sich die wirtschaftlichen Gesetze objektiv, gegenständlich, mit eigener, unkontrollierbarer Macht durchsetzen. Sie abstrahiert vom Risiko. Sie unterstellt

dabei eine Wirklichkeit, die völlig anders ist als die Wirklichkeit des Geld- und Koordinationssystems. In der Besprechung des Kommunismusbildes hatten wir bereits gezeigt, daß diese Wirklichkeit des homo-oeconomicus-Modells eine Wirklichkeit schlechthin vollkommenen menschlichen Zusammenlebens ist. Eine Wirklichkeit, in der die Interessen des Einzelnen und der Gesamtheit notwendig zusammenfallen und keine Machtprobleme auftreten. Perfektes Funktionieren ist also ein Wert an sich. Es ist die Darstellung einer "richtigen" Wirklichkeit, so wie Marx das Wort verstand.

Die Wirklichkeit des Geld- und Koordinationssystems aber ist anders. Die eindeutig richtige Entscheidung im Sinne der rationalsten Kombination ist nicht bekannt. Mit Hilfe von Geldkriterien muß man sie zu finden suchen. Geht man daher vom individuellen Interesse aus, so können die Geldkriterien im Sinne dieses individuellen Interesses eingesetzt werden. Man kann darauf verzichten, die gesamtwirtschaftlich beste Lösung zu finden, wenn man dadurch seinen eigenen Anteil am Gesamtprodukt vergrößern kann. Der Anteil, der jedem einzelnen aufgrund seiner Leistung zusteht, ist strittig, da die eindeutig beste Entscheidung nicht erkennbar ist. Auf der Basis einer solchen Wirklichkeit können sich die verschiedensten Gruppenideologien entwickeln. Eine Gruppe kann zum Nachteil der anderen ihren Anteil erhöhen, ohne daß es ein exaktes Kriterium dafür gibt. Es gibt zwar immer eine eindeutig beste Lösung, aber die Kriterien zu ihrer Erfassung fehlen. Sie müssen angenähert werden und können verfälscht werden. Man kann solche Verfälschungen generell als Monopolgewinne bezeichnen. Aber gerade die Klassifizierung eines Gewinns als Monopolgewinn ist nicht zwingend möglich. Wenn man auch das Monopol generell verurteilen kann, so weiß man daraus eben nicht, ob es in einem bestimmten Einzelfall zu verurteilen ist. Ein Monopol kann auch zur Verhinderung einer ruinösen Wettbewerbssituation nötig sein, folglich die relativ bessere Lösung darstellen.

Dies braucht keineswegs zu heißen, daß alles willkürlich entschieden werden muß. Es heißt nur, daß es aufgrund einer Bewertung konkreter Erscheinungen entschieden werden muß, die aus dem ge-

nerollen Kriterium nicht deduziert werden kann. Sorgfalt der Behandlung einer Frage, Bereitschaft zum Kompromiß, Verzicht auf restlose Ausnutzung der Machtpositionen tauchen auf einmal als notwendige Ergänzungen zur Findung der besten Lösung auf. Dies sind gerade Mittel, die durch das homo-oeconomicus-Modell ausgeschlossen werden. Es nimmt ja an, daß Voraussetzungen gegeben sind, unter denen die beste Lösung des Koordinationsystems eindeutig bekannt ist.

Schon hierbei zeigt sich der Charakter der Theorie des Geld- und Koordinationsystems als eine Lehre von allgemeinen Sätzen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen oder im Durchschnitt aller Fälle gelten, die aber die konkrete Einzelentscheidung nicht als richtig oder falsch ausweisen können. Sie ist eine generalisierende Theorie und folglich unfähig, das konkrete Einzelne eindeutig zu bestimmen. Man kann als Beispiel schon auf die Investitionsentscheidung hinweisen. Die Theorie kann zeigen, daß eine solche Entscheidung dann als rational gelten kann, wenn sie ex post eine ganz bestimmte Rentabilität des Kapitals sichert. Ob der Unternehmer den einen oder anderen Typ von Maschine benutzen soll, welche Preiserwartungen er in seine Kalkulation einsetzen soll, sagt sie ihm nicht und kann sie nicht sagen. Dies ist ein völlig anderes Gebiet, das der Theoretiker auch nicht zu beherrschen braucht. Der beste Theoretiker kann ein schlechter Unternehmer sein.

In der Wirtschaftspolitik gibt es ähnliche Beispiele. So kann der Theoretiker sagen, daß es für den Anteil des Lohnes am gesamten Volkseinkommen eine Obergrenze gibt. Steigt der Lohn über diese Grenze, so muß eine Inflation die Folge sein. Aber er kann niemals sagen, ob eine Lohnforderung, die heute vorgebracht wird, diese Obergrenze erreicht oder nicht. Denn er kennt diese Obergrenze nicht. Selbst ex post erfährt er nicht, ob tatsächlich die Lohnerrhöhung das Moment war, das einen inflationären Prozeß erzwingt. Es kann auch die Weigerung der Unternehmer, ihren Anteil am Sozialprodukt zu senken, schuld sein. Der Theoretiker ist völlig unfähig, diese Frage zu beantworten. Er kann nur zeigen, daß

es eine eindeutige Grenze des Anteils gibt. Ebenfalls kann er darauf hinweisen, daß ein Mißbrauch der Theorie vorliegt, wenn Interessentengruppen behaupten, eine solche Grenze eindeutig deduzieren zu können.

Die homo-oeconomicus-Theorie hingegen kennt dies Problem gar nicht. Wenn die Lösung eindeutig ist, wie dies unter Voraussetzung vollkommener Konkurrenz der Fall ist, kann ein solcher Streit nur böswillig ausbrechen. Aber es gäbe dann eindeutige Beweise, so daß man die richtige Lösung durchsetzen kann. In der Wirklichkeit aber gibt es keine eindeutigen Beweise und die erlangte Kompromißlösung befriedigt oft beide Seiten nicht. Der Grund für die Entstehung solcher Gruppendifferenzen ist daher ebenfalls darin zu suchen, daß die Voraussetzungen vollkommener Eindeutigkeit der Entscheidungen nicht bestehen. Das homo-oeconomicus-Modell aber stellt einen solchen Zustand vor. Ein Zustand, in dem alle Seiten eine Lösung als eindeutig richtig hinnehmen und sie als für sich und die Gesamtheit beste Entscheidung erkennen. Es gibt in einer solchen Wirklichkeit keine Machtprobleme und keine Interessendifferenzen. Es ist die Wirklichkeit vollkommenen Zusammenlebens sämtlicher Wirtschaftssubjekte.

Die Theorie aber eines solchen Zustandes unterscheidet sich grundlegend von der Theorie des Geld- und Koordinationsystems. Sie ist eine Theorie, die jede einzelne Entscheidung als richtig deduzieren kann. Sie ist keine generalisierende Theorie, sondern eine Theorie des konkreten. Dies ist auch der Grund, daß hier das Geld als überflüssig erscheinen kann. Ist jede konkrete Entscheidung deduzierbar, so kann man ebenso gut ohne Geld, unmittelbar handeln wie unter Zuhilfenahme des Geldes. Dann das Geld ist das Rechenmittel eines Handelns, das die konkrete Einzelentscheidung nicht unmittelbar erkennen kann. Marx spricht daher von einem Zustand, in dem Wesen und Erscheinung, Notwendiges und zufälliges identisch sind. Eine generalisierende Theorie ist dann überflüssig und der Kommunismus als Identität aller Gegensätze

ist möglich. Die konkrete Einzelentscheidung ist nach Marx das Zufällige, das durch eine generalisierende Theorie erkannt das Notwendige, das Wesen der Sache. Wo beides identisch wird, ist das Zufällige deduzierbar und als Zufälligkeit aufgehoben. Diese Aufhebung stellte er sich vor im Plan, der natural bestimmt ist (Bei Marx und bei Engels immer ausgedrückt als Forderung, den Wert unmittelbar in Arbeitszeit auszudrücken. Die Bedeutung ist die gleiche).

Wir haben bisher gezeigt, daß sich die Theorie immer zweier Ebenen der Argumentation bedient, denen zwei Ebenen der Wirklichkeit entsprechen. Wir können dies noch einmal zusammenfassen.

I. Die Ebenen der Theorie

1. Die Ebene des homo-oeconomicus-Modells. Theorie ist bestimmt durch Deduzierbarkeit jeder konkreten Entscheidung. Die Entscheidung nach Geldkriterien ist optimal.

2. Die Ebene der generalisierenden Theorie. Die Einzelentscheidung ist ungewiß und nicht eindeutig erkennbar. Der Preis ist ein operativer Preis, die Entscheidung wird ex post als richtig oder falsch oder doch zumindest als durchführbar oder nicht durchführbar erwiesen.

II. Die Ebenen der Wirklichkeit

1. Die Wirklichkeit, die durch die Annahmen des homo-oeconomicus-Modells beschrieben wird. Sie kennt keine Machtprobleme und keine Interessenkollisionen.

2. Die "wirkliche" Wirklichkeit des Geld- und Koordinations-systems. Da das Geldkriterium nicht eindeutig die Einzelentscheidung festlegt, ist sie eine Wirklichkeit von Macht- und Interessenkämpfen, die nur durch Kompromisse und durch die Bereitschaft, sich anzupassen, vorläufig gelöst werden, aber nicht endgültig zu beseitigen sind. Sie brechen daher immer neu aus.

Eine ähnliche Zweiteilung von Theorie und Wirklichkeit findet sich bei Marx. Er unterscheidet richtiges und falsches Bewußtsein in bezug auf die Theorie, richtigen und falsche Wirklichkeit in bezug auf die Wirklichkeit.

Als falsche Wirklichkeit gilt ihm die Wirklichkeit des Gold- und Koordinationssystems, als falsches Bewußtsein die generalisierende Theorie, sofern sie nicht die Wege zu einem Zustand aufzeigt, auf dem das Einzelne unmittelbar Gegenstand der Entscheidung wird. Allerdings ist seine Vorstellung von richtigem Bewußtsein und richtiger Wirklichkeit nicht das gleiche wie die fiktive Vorstellung des homo-oeconomicus-Modells. Aber seine Beschreibung der richtigen Wirklichkeit, nämlich der Wirklichkeit des Kommunismus, impliziert als Bedingungen ihrer Möglichkeit die Annahmen des homo-oeconomicus-Modells. Sie impliziert dabei letztlich, daß die einzelnen Entscheidungen eindeutig erkennbar werden als Folge der Schaffung eines Plans, wobei das Geld überflüssig sein soll.

Der Weg, auf dem Marx zur Annahme eines solchen kommunistischen Zustandes kam, ging von der Analyse der Marktwirtschaft aus. Er erkannte, daß eine solche Gesellschaftliche Institution wie das System der Marktkoordination einen Widerspruch enthält. Wir hatten diesen Widerspruch bereits analysiert. Der Markt ist ohne Gold nicht denkbar und er ist theoretisch nur erfaßbar unter Annahme eines Zustandes, in dem er überflüssig ist. Die Institution des Marktes, so könnte man daher sagen, trägt ihre Negation in sich selbst. Der Optimumbegriff, der die Voraussetzung der Theorie ist, ist nur unter Annahmen denkbar, unter denen das, was erklärt werden soll, überflüssig ist. Zugleich muß der Markt als Versuch verstanden werden, sich einem solchen Optimum anzunähern, er versucht also, indem er das Optimum erreichen will, sich selbst überflüssig zu machen. Wenn Marx auch die Begriffe unserer Nationalökonomie nicht benutzt, so läßt sich doch dieses Verhältnis darin darstellen.

2. Die Optimumvorstellung als Erwartung eines historischen Zustandes

Allerdings ist diese Tendenz, sich aufzulösen, keine historische Tendenz, als die Marx sie interpretierte. Sie weist den Markt und damit das Geldsystem als eine Institution aus, die lediglich

solche Kombinationen erreichen kann, die bei besserem Vorherwissen usw. noch besser hätten sein können. Dies zeigte sich aber erst, als man eine sozialistische Wirtschaft begründete. Die Übernahme des Geldsystems erwies sich als unabdingbar, da sich die Annahme als falsch erwies, der Plan könne die einzelne Entscheidung eindeutig und unmittelbar richtig treffen. Die Planwirtschaft muß ebenfalls nach Mitteln suchen, mit deren Hilfe sie das Optimum der Koordination anzielen kann und sie findet dieses Mittel ebenfalls wie die Marktwirtschaft in der Verwendung des Geldes. Die Planwirtschaft bringt daher in ganz analoger Weise wie die Marktwirtschaft die vorhin angeführte Zweiteilung der Theorie und der vorgestellten Wirklichkeit hervor. Diese Theorie der Planwirtschaft aber zeigt, daß der optimale Zustand der Koordination nur unter Bedingungen erreicht werden kann, unter denen jegliches Koordinationssystem überflüssig ist, unter denen also jedes Wirtschaftssubjekt jeden einzelnen Wirtschaftsakt überschaut. Koordinationssysteme, die als Institutionen auftauchen, können ohne Verwendung des Geldes nicht bestehen. Wenn wir also darauf hinwiesen, daß tatsächlich die Institution des Marktes sich selbst "negiert", indem sie sich von einem Ziel her versteht, dessen Erreichen diese Institution überflüssig machen würde, so können wir diese Aussage auf jedes mögliche Koordinationssystem ausdehnen.

a) Verwandlung des Optimumbegriffes in die Ideologie eines Wirtschaftssystems

Dies zeigt, daß im Optimumbild und dem ihm entsprechenden vorgestellten vollkommenen Zustand des Zusammenlebens eine logische Voraussetzung der Theorie gegeben ist. Es handelt sich aber um eine Kategorie, die niemals als historische Kategorie behandelt werden kann. Die Optimumvorstellung ist mit der gleichen Notwendigkeit nicht zu verwirklichen, mit der sie entsteht. Jedes Wirtschaftssubjekt, das die richtige Entscheidung sucht, bringt diese Vorstellung des Optimums hervor, aber keines kann sie verwirklichen. Das Koordinationssystem bringt Ziele hervor, die nicht

verwirklicht werden können. Ziele sogar, die, wenn man sie unmittelbar zu verwirklichen versucht, jede wirtschaftliche Koordination unmöglich machen und die Wirtschaft in Unordnung bringen.

Aus dem Optimumbegriff und seiner Interpretation als einer historischen Kategorie entstehen dann Gefahren. In seiner Darstellung einer möglichen Wirklichkeit mit der endgültigen Beseitigung aller Macht- und Interessenkonflikte stellt das Optimum ja einen Wert dar, durch den man Menschen in Bewegung setzen kann. Wird nicht mehr erkannt, daß der einzige mögliche Weg zur Entscheidung in Kompromissen und dauernd erneuerten gegenseitigen Zugeständnissen besteht, so entsteht die Vorstellung, daß man die Probleme total und ein für allemal lösen kann. Die Suche nach einer solchen "prinzipiellen" Lösung aber ist Dynamit für jede Gesellschaft, sei sie eine Markt- oder Planwirtschaft. Es handelt sich hier um ein Problem, das es für die Sowjetwirtschaft ebenso gibt wie für die Marktwirtschaft. Aber da sie die Möglichkeit einer solchen prinzipiellen Lösung nicht abstreitet, muß sie behaupten, daß sie schon geschehen sei. Auf diese Weise erklärt sie den Übergang zum Kommunismus für eine Evolution, denn in dem Versprechen, daß die endgültige Lösung noch kommt, liegt die Drohung der Revolution.

Nun ist das Koordinationssystem die einzige Möglichkeit, überhaupt rational zu handeln. Da sich das Koordinationssystem in diesem Wandel immer von der Erzielung eines Optimums her versteht, ist es erklärlich, daß dieser Optimumzustand als real erreichbares Ziel ausgegeben wird. Es wird geleugnet, daß es sich dabei um einen Grenzbegriff handelt, der unerreichbar ist und er wird hingestellt als historisch erreichbares Ziel. So entsteht die Ideologie, wie sie hier verstanden werden soll. Sie verspricht einen Zustand idealer wirtschaftlicher Koordination als historisches und reales Ziel des Koordinationssystems. Sie behauptet daher, daß die im Koordinationssystem institutionalisierte Verhaltensnorm (Gewinn- oder Wachstumskriterium) den Weg zu einem Zustand vollkommenen menschlichen Zusammenlebens darstellt. Sie wendet damit ein Modell an, das für die theoretische Analyse notwendige Voraussetzung ist, aber nur einen gedanklich erforderten

Grenzfall dieser Analyse darstellt und gibt ihn als historisch möglichen Endzustand aus, als einen Zustand, der in keiner Hinsicht mehr als besser gedacht werden kann. Die Entstehung eines solchen Bildes perfekter Koordination als Ziel des Koordinationssystems erklärt sich aus der Wirklichkeit des Koordinationssystems selbst. Da diese niemals perfekt funktioniert, müssen ihre relativen Vorteile immer für wesentlicher erklärt werden als ihre relativen Nachteile. Dies führt gleichzeitig zu dem Versuch, diese relativen Nachteile nach Möglichkeit zu vermeiden und eine vollkommene Koordination auch in der Wirklichkeit real herzustellen. Dabei entsteht das Bild perfekten Funktionierens in historischem Sinne, als Versprechen und Möglichkeit für die Zukunft. Die Frage ist, in welcher Form dieses Bild auftaucht. Dafür bestehen verschiedene Möglichkeiten:

1. Es kann auftauchen als Zweifel am Koordinationssystem selbst. Ein anderes Koordinationssystem scheint prinzipiell besser zu sein. Das institutionalisierte Werturteil selbst wird angegriffen und ein anderes für besser gehalten. In dieser Form kann das Bild perfekten Funktionierens innerhalb einer schlecht funktionierenden Marktwirtschaft als Hoffnung für die Planwirtschaft auftauchen und umgekehrt. Da es sich hierbei um die Kritik eines Werturteils handelt, ist ein zwingender Beweis für das eine oder andere Koordinationssystem nicht möglich. Man kann aus dem Begriff des Wirtschaftskreislaufs keinen Beweis dafür ableiten, ob dieser von der Konsumtion oder der Produktion her als primärem Gesichtspunkt geführt werden soll. Ein solches Urteil ist einer zwingenden Kritik nicht zugänglich. Es kann nur aus der Kenntnis der Wirtschaftswirklichkeit verschiedener Wirtschaftssysteme selbst gefällt werden, während ein solcher Vergleich nur wenigen Menschen möglich ist. In der Wahl zwischen den Koordinationssystemen besteht daher die Möglichkeit der Freiheit.

2. Ebenfalls kann das Bild perfekten Funktionierens auftauchen in der Form einer Verabsolutierung der institutionalisierten Verhaltensnorm (Gewinn- oder Wachstumsorientierung). Je radikaler diese durchgesetzt wird, um so näher komme die Wirtschaft einer vollkommenen Harmonisierung der Interessen. Dieses Moment taucht in der Rechtfertigung eines absolut freien Kapitalismus durchaus auf. Wichtiger für uns ist seine Durchsetzung in der Stalinischen Periode der Wirtschaftsplanung. Im Namen der Wachstumsmaximierung wurde dort jedes Maß verloren und durch die Übersteigerung der Wachstumsanstrengungen blieb die tatsächliche wirtschaftliche Leistung hinter der möglichen zurück. Die Kollektivierung, die die Voraussetzungen des sowjetischen Industrialisierungsweges freimachen sollte, tat dies nur um den Preis ungeheurer Opfer an Menschen und Gütern, während eine Mäßigung wahrscheinlich gleiche oder größere wirtschaftliche Leistungen, aber geringere Opfer bedeutet hätte. Die sowjetische Wirtschaftsgeschichte gibt viele Beispiele dieser Art, an denen sich zeigt, daß die übermäßige Forcierung der Wachstumsrate die wirtschaftliche Leistung senkt. Die Anspannung erreicht von einem bestimmten Punkt an nur noch die Senkung der Leistung (s. Kolakowski: TB Plakat).

Die Relativierung solch einer formalen Verhaltensnorm ist daher gerade durch das Ziel, wirtschaftliche Leistung rechenhaft und möglich zu machen, bedingt. Sie muß, wenn dieses Ziel bestmöglich erreicht werden soll, beschränkt und in den Gesamtzusammenhang eingeordnet werden. Gerade dies erreicht zu haben, unterscheidet den modernen Kapitalismus von freiem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Die Rationalität der Mittelverwendung nimmt durch eine solche Relativierung dieser rein formalen, institutionalisierten Verhaltensnorm zu.

3. Die dritte Form, in der das Bild vollkommener Harmonisierung der Interessen auftaucht, können wir die rationalisierte Form der Ideologie nennen. Darin löst sich das Versprechen eines Zustandes perfekten Funktionierens in einen endlosen Progress von Reformen auf, der nur noch bei Verlängerung ins Unendliche als yüilige Interessenharmonisierung verstanden werden kann. In dieser Form

enthält das Bild perfekten Funktionierens das Eingeständnis, daß es nicht verwirklicht ist, obwohl es in der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Tätigkeit dauernd angezielt wird. Die Wirklichkeit, die ständig als unvollkommen bewußt ist, wird ständig vervollkommenet im Bewußtsein, daß die vorgestellte absolute Vervollkommnung nicht erreicht werden kann. Das Bild dieses vollkommenen Funktionierens verschwindet dadurch nicht, es bekommt aber die Form einer Interpretation eines Prozesses.

In dieser Form aber entzieht es sich der prinzipiellen Kritik. Die Kritik kann nicht mehr die Richtung auf eine Änderung des Koordinationsystems annehmen, sondern nur noch die Richtung auf einzelne, als notwendig erkannte Reformen. Es entsteht eine endlose Evolution an Stelle einer Revolution, aber auch an Stelle einer Lösung aller Probleme ein für allemal. Das Wirtschaftssystem hat damit seine rationale Form. Der endlose Progress von Reformen, in denen das Harmonieideal dabei aufgelöst wird, bezieht sich auf alle Erscheinungen innerhalb des Wirtschaftsystems. Es handelt sich also nicht etwa einfach um soziale Reformen.

Er setzt an bei den Begriffen des Preissystems. Die tatsächlichen Preise sind operative Preise. Dies heißt, daß sie nicht optimal sind und folglich dauernder Verbesserung fähig. Die Erkenntnis von den Gesetzen dieses Preissystems wächst dauernd. Das zugrunde liegende Rechnungswesen der Betriebe muß dauernd verbessert werden. Indem die Theorie dieses Preissystems neue Erkenntnisse gewinnt, erhält die Wirtschaftspolitik neue Maßnahmen oder lernt es, bereits bekannte Maßnahmen besser anzuwenden. Gleichzeitig damit verlaufen die sozialen Reformen. Die Stellung des Wirtschaftsobjekts kann dauernd verbessert werden. Mit dem Anstieg des Sozialprodukts können auch soziale Leistungen zur Verfügung gestellt werden, die vorher nicht möglich waren. Alle diese Reformen verstehen sich dabei als Schritte auf einen Zustand der Harmonisierung von menschlichen Interessen, ohne den verschwebenden Zustand der Harmonie je erreichen zu können.

Allerdings geht diese Verwandlung des Harmonieideals in einen endlosen Progress von Reformen nur in der Sowjetwirtschaft definitiv vor sich. Nur diese kennt eine gesellschaftlich verpflichtende Zielvorstellung, die den Erfordernissen der Realität angepaßt werden muß. Das Harmonieideal des klassischen Kapitalismus selbst trat nur in Ausnahmefällen als Erwartung eines harmonischen Endzustandes auf. Es hat die Ausrichtung auf eine Entwicklung durch dauernde Verbesserung von vornherein gehabt. Das Kommunismusbild hingegen mußte erst in eine solche Vorstellung verwandelt werden. Außerdem ist bei Plankoordination der Zwang, eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate zu rechtfertigen, ständig vorhanden, so daß ein Zukunftsbild geboten werden muß, das das zu erreichende Ziel definitiv beschreibt. Das Harmoniebild wirkt hingegen in Marktwirtschaften nicht als eine fest umrissene Vorstellung, sondern taucht nur sporadisch in näheren Beschreibungen auf. Es hat keine autentische Interpretation wie das Kommunismusbild, hat aber durchaus für die Marktwirtschaft Bedeutung. Die Unterschiede des Harmonieideals, die hierbei völlig erhalten bleiben, sind nur von den Unterschieden im institutionalisierten Werteteil her zu erfassen. Sie schlagen sich nieder in den systemtypischen Differenzierungen der Wirklichkeit.

Die Kritik, die Marx am Harmonieideal der klassischen Nationalökonomie übte, nahm allerdings nie die Richtung auf eine Evolution des Kapitalismus. Er griff die Ideologie dieses Kapitalismus, die auf eine Verabsolutierung des Gewinnstrebens hinauslief, grundsätzlich an und glaubte an seine Stelle die völlige Verwirklichung des Harmonieideals durch die Planwirtschaft setzen zu können.

Hier liegt die entscheidende Bedeutung von Marx. Schon der Zustand vollkommener Harmonisierung der Interessen, wie er in der klassischen Nationalökonomie sich vorstellte, wurde ebenfalls als wirklich interpretiert. Wenn Hayek auch zu recht darauf hinweist, daß dieser Vorstellung der Interessenharmonisierung keines-

wegs immer als Verwirklichung eines perfekten Zustandes verstanden wurde, so gab es doch viele, die ihn so auslegten. Wir denken hier insbesondere an die sogenannte Manchester-Schule und die Harmonielehren eines Bastiat und Prince-Smith. Hier wird der Markt ganz unmittelbar als Weg zur reinen Harmonie gefeiert, ein Lob auf den Markt, das seine tatsächlichen Möglichkeiten übersieht und nicht zum Ausdruck bringt, während es wahrhaft ungeheuerliche Erwartungen in ihn hineinphantasiert. Es verhinderte die möglichen Reformen und steigerte Erwartungen, die sich dann mit einem anderen Koordinationssystem verknüpfen.

Marx setzte in seiner Kritik nicht bei dem Nachweis an, daß solche Erwartungen völliger Interessenharmonisierung falsch seien, sondern er wies nach, daß das Geldsystem selbst ein Symptom einer Welt sei, die von Macht- und Interessenkämpfen beherrscht ist. Das Argument wurde daher gegen seine Begründer gewendet. Vollkommene Interessenharmonie ist nur in einer Welt denkbar, in der das Geldsystem und die Marktkoordination überflüssig ist. Eine Wirtschaft, die das Geldsystem braucht, hat damit eo ipso eine falsche Wirklichkeit, die zu einer richtigen Wirklichkeit gemacht werden muß.

Diese verschiedenen Vorstellungen ordnete er in sein Klassenkonzept ein. Die Bourgeoisie idealisiert die Wirklichkeit des Geldes und hat ein falsches Bewußtsein ihrer selbst. Das Proletariat hingegen erkennt, daß das Ziel, das die Bourgeoisie selbst vertritt, nur durch den Untergang der Bourgeoisie in der Revolution und in der Schaffung einer neuen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Einer Gesellschaft, die dann die tatsächliche totale Harmonie vertritt und damit dem richtigen Bewußtsein des Proletariats eine richtige Wirklichkeit zur Seite stellt.

Der Gedanke, daß dies zur Ersetzung des bestehenden Geldsystems durch ein anderes führen würde, ist Marx niemals gekommen, ebenso wenig wie Engels. Daher sagt er:

"Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann. Denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind"

Dies stimmt eben nur für materielle Ziele. Wir waren schon in Besprechung des Bedürfnisses darauf gestoßen, daß sich Bedürfnisse immer nur dann entwickeln können, wenn zumindest die Möglichkeit ihrer technischen Befriedigung gegeben ist. Zumindest hat der Begriff des Bedürfnisses nur dann einen brauchbaren Sinn.

Solche Ziele jedoch, wie die Vorstellung völliger Interessensharmonisierung, sind völlig anderer Art. Es sind keine materiellen Ziele, sondern Ziele formaler Art. Ziele, die die Koordination bei der Entwicklung beliebiger materieller Bedürfnisse betreffen. Auch solche Ziele bestehen nicht etwa von Ewigkeit her. Sie können erst entstehen, wenn die Koordination zum Problem wird, wenn die traditionale Wirtschaft sich in eine dynamische Wirtschaft verwandelt. Vorher ist das Koordinationsproblem nicht bewußt. Das Koordinationsystem ist mit bestimmten Produktionsmethoden verwechselt, das Koordinationsproblem stellt einen einmaligen Akt dar und kann für Generationen gelöst sein. Sobald sich aber das Koordinationsystem von seiner Verkörperung in bestimmten Produktionsmethoden löst, weil die Produktionsmethoden dauernd wechseln, ist die Koordination ein dauerndes, immer wieder auftauchendes Problem. Erst dann bildet sich die perfekte Koordination als Ziel heraus. Ein Ziel, für das die materiellen Bedingungen seiner Lösung nicht vorhanden und auch nicht im Prozeß des Werdens begriffen sind. Erst damit entsteht auch die Möglichkeit einer Ideologie im hier verstandenen Sinne des Wortes. Sie ist ein Problem der dynamischen Wirtschaft und nicht jeder Wirtschaft. Ein Problem gleichzeitig, das mit der dynamischen Wirtschaft unauflöslich verbunden ist, das immer wieder aufzutauchen droht. Das man, ganz wie Marx sagt, nur dadurch endgültig lösen kann, daß man ihr Versprechen verwirklicht und das man niemals endgültig lösen kann, weil dieses Versprechen nicht verwirklicht werden kann. Aus der Marxschen Kommunismusvorstellung wird daher in dem Moment eine Ideologie, sobald sie als Wirklichkeit oder zukünftige Wirklichkeit eines Koordinationsystems behauptet wird.

**b) Niederschlag dieses Vorgangs in den marxistischen
Lehrmeinungen**

aa) Engels Auffassungen im "Anti-Dühring"

Völlig unbewußt ist dies Problem für Engels wohl nicht gewesen. In seiner Kritik an Dühring sieht er sich gezwungen, darauf einzugehen. Dührings hatte nämlich eine Vorstellung der sozialistischen Wirtschaft als einer Goldwirtschaft entwickelt. Er konnte dies nur damit begründen, daß eine solche Wirtschaft eben ein besseres Geldsystem anzubieten habe als die kapitalistische Wirtschaft, Engels hingegen warf ihm völlig richtig vor, daß er in Mittel, wie das Geld, das gerade das Symptom von Mängeln ist, zur Überwindung dieser Mängel gebrauchen will. Wir haben oben ganz ähnlich argumentiert. Das Geld kann nicht Mittel zur Erreichung des Optimums sein, weil man unter den Voraussetzungen, unter denen man das Optimum erreichen kann, kein Geld braucht. Geld ist nur ein relatives Mittel.

Diese Auseinandersetzung von Engels mit Dühring ist für uns deshalb so interessant, weil die Beschreibung, die Engels von der Vorstellung Dührings gibt, einer Beschreibung des Sowjetsystems ähnlicher ist als die sowjetischen Theoretiker wahrhaben wollen. Seine Kritik und die Schlüsse, die er daraus zog, können daher durchaus ein Hinweis darauf sein, welche Konsequenzen aus den Erfahrungen der Sowjetwirtschaft für die Theorie von Marx folgen.

Dennach sind die Dühringschen Vorstellungen wie folgt. Die einzelnen Wirtschaftler sind in Kommunen zusammengefaßt, die ihrerseits untereinander in Geldaustausch stehen. Die Preise sind gemäß den durchschnittlichen Kosten festgesetzt, wobei jedes Produkt einen einzigen Preis haben soll. Dühring meint, daß hiermit Bestimmungsgrund und Maß der Werte nicht verloren, sondern erst richtig gewonnen sei. Das System wird durch einen Plan gelenkt. Es stellt die Abschaffung des Lohnsystems deshalb dar, weil der Lohn die ausschließliche Form von Einkommen ist. Der Lohn soll grundsätzlich gleich sein, bestimmte Differenzierungen aber nicht ausschließen.

Engels wirft Dühring nun vor, er habe völlig die Akkumulation übersehen, was offensichtlich stimmt. Wird das Produkt zu Arbeitskosten bewertet und der Lohn restlos verbraucht, so könne keine Akkumulation stattfinden und die Wirtschaft sei nach 100 Jahren noch genauso wie vorher. Die Kommunen müssen also ihre Produkte zu einem Endgüterpreis verkaufen, der über den durchschnittlichen Kosten liegt. Nach Engels kann die Kommune dies nur auf zweierlei Weise tun:

1. Sie schlägt einen bestimmten Prozentsatz auf den Wert des Produktes auf. Der Gesamtkonsum wird dadurch zugunsten der Akkumulation beschränkt.

"Da ... alle anderen Wirtschaftskommunen in derselben Lage sind, also dasselbe tun müssten, so würde jede im Austausch mit der anderen ebensoviel 'Bezahlung' zahlen müssen wie sie einsteckt und der 'Tribut' also auf ihre eigenen Mitglieder fallen"

2. Sie läßt die Preise in der vorherigen Höhe, zahlt aber für eine bestimmte Arbeitszeit lediglich den Lohn, mit dem man das unmittelbare Produkt einer kleineren Arbeitszeit kaufen kann.

In dieser Weise würde dann also auch die Akkumulation gesichert sein. In groben Umrissen ist dies die Darstellung der Wirkung einer "differenzierten Umsatzsteuer", wie sie für das Sowjet-system charakteristisch ist. Engels Kritik bewertet diese Erscheinung:

"Sie tut in diesem Fall direkt und offen, was sie im vorigen versteckt und auf einem Umweg versucht: sie bildet Marx'schen Mehrwert ...), indem sie ihre Mitglieder in durchaus kapitalistischer Weise unter dem Wert ihrer Leistung bezahlt, und ihnen obendrein die Waren, die sie nur bei ihr kaufen können, zum vollen Wert anrechnet. Die Wirtschaftskommune kann also nur zu einem Reservefonds kommen, indem sie sich enthält als das 'verteilte' Trucksystem auf breitester Grundlage"

Über die von Dühring angenommene Differenzierung der Einkommen für besondere Leistungen, die eine "mäßige Mehrausstattung"

(Dühring) sichern soll, äußert sich Engels wie folgt:

"Und auch Herr Dühring ehrt sich selbst, indem er, Taubenunschuld und Schlangenklugheit verschmelzend, so rührend für die mäßige Mehrkonsumtion der Zukunfts-Dührings besorgt ist"

Engels Kritik an diesem Modell ist sehr einfach. Er meint, sobald man ein solches Geldsystem geschaffen habe, werde es sich auch als überflüssig erweisen und könnte dann abgeschafft werden.

"Und nun besche sich man die kindliche Vorstellung des Herrn Dühring, als könne die Gesellschaft Besitz ergreifen von der Gesamtheit der Produktionsmittel, ohne die alte Art des Produzierens von Grund auf umzuwälzen und vor allem die alte Teilung der Arbeit abzuschaffen; als sei alles abgemacht, sobald nur den 'Naturgegebenheiten und den persönlichen Fähigkeiten Rechnung getragen' - wonach dann nach wie vor ganze Massen von Existenzen unter die Erzeugung eines Artikels geknechtet, ganze 'Bevölkerungen von einem einzelnen Produktionszweig in Anspruch genommen werden und die Menschheit sich nach wie vor in eine Anzahl verschieden verkrüppelter 'ökonomischer Spielarten' teilt, als da sind 'Karrenschieber' und 'Architekten'. Die Gesellschaft soll Herrin der Produktionsmittel in Ganszen werden, damit jeder einzelne Sklave seines Produktionsmittels bleibt, und nur die Wahl hat, welches Produktionsmittels"

"In der Tat würde eine bloße Buchführung hinreichen, die den Austausch von Produkten gleicher Arbeit gegen Produkte gleicher Arbeiten viel einfacher vollzieht, wenn sie mit dem natürlichen Maßstab der Arbeit - der Zeit, der Arbeitsstunde als Einheit - rechnet, als wenn sie die Arbeitsstunden erst in Gold übersetzt"

Weiter sagt Engels über diesen unbegründeten Schluß:

"Wir nehmen einfach die Voraussetzungen des Herrn Dühring an und ziehen nur die unvermeidlichen Folgerungen daraus"

Die Sowjetwirtschaft hat in der Praxis, ganz wie Engels in der Theorie, ebenfalls diese Voraussetzungen des Herrn Dühring angenommen. Aber sie kann heute die "unvermeidlichen" Schlußfolgerungen nicht ziehen. Diese Schlußfolgerungen stimmen nicht.

Die tatsächlichen Schlußfolgerungen, die daraus wiederum zu ziehen sind, zieht Engels, wenn er die Dühringsche Wortvorstellung auf ihre Wirkung für das eigentliche Anliegen der Befreiung des Produzenten von der Unterwerfung unter sein Produkt untersucht.

"Die kapitalistische Produktionsform abschaffen zu wollen durch Herstellung des 'wahren Werts', heißt daher, den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des 'wahren' Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist"

Tatsächlich führt aber der Weg, das Geldsystem zu überwinden, gerade deshalb, weil dies nicht möglich ist, zur konsequentesten Verwirklichung einer ökonomischen Kategorie, die der Ausdruck der Unterwerfung des Produzenten unter sein Produkt ist.

Im Zusammenhang mit den zitierten Äußerungen zeigt Engels daher noch einmal, daß er die Möglichkeit, die Kategorie Geld abzuschaffen, völlig verkennt.

"Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist"

Hier muß man Engels genau den Vorwurf machen, den Engels kurz vorher Dühring gemacht hat. Er hat nämlich die Akkumulation vergessen. Wird akkumuliert, so verändern sich dauernd die nötigen Arbeitskosten, weil sonst das Produkt nicht wachsen kann. Engels aber zeigt durch seinen Vorwurf gegen Dühring an, daß er sich unter einer kommunistischen Gesellschaft eine wachsende Wirtschaft denkt. Gerade das aber kennzeichnet die wachsende Wirtschaft, daß hier die tägliche Erfahrung für die Bestimmung der

Produktionsmethoden nichts nützt. Da sich die durchschnittlichen Arbeitskosten senken, kann man ihre Höhe nicht mehr aus der Erfahrung ableiten. Die Erfahrung fällt zum Unterschied zur traditionellen Wirtschaft als Basis für die Kenntnis dieser Produktionsmethoden weg, das Verhältnis zur Produktionsmethode wird abstrakt und unüberschaubar, zur Bestimmung der Produktionsmethode wird das Geld unentbehrlich. Das hat damit, ob die Produktionsinstrumente vergesellschaftet sind oder nicht, gar nichts zu tun. Die Folge, die daraus für die gesellschaftlichen Verhältnisse resultieren, finden sich gerade bei Marx analysiert. Aber ihr Ursprung in der Notwendigkeit, Produktionsmethoden dauernd zu verändern, ist nicht erkannt. Der Übergang zur Vergesellschaftung kann deshalb als ein Übergang ins "Reich der Freiheit" erscheinen. Aber die Konsequenz dieser Analyse kann nur richtig erkannt werden, wenn man die Unmöglichkeit dieses Überganges erkannt hat. Sie führt dann nämlich zum Nachweis, daß in der Wirtschaft, in der die Produktionsmethoden vergesellschaftet sind, die schon im kapitalistischen System angelegte Entfremdung des Menschen von seinem Produkt ihre äußerste Konsequenz bekommt. Man kann dies kaum klarer ableiten als es Engels in seiner Kritik an Dühring tut.

Man sieht hieraus gleichzeitig, wie heftig die Weigerung von Marx und Engels war, ihre Kommunismusevorstellung zur Ideologie eines Geldsystems werden zu lassen. Dennoch aber ist diese Verwandlung eine mögliche, wenn auch falsche, Konsequenz ihres eigenen Denkens. Die einzige logisch richtige Konsequenz aber kann nur darin liegen, dieses Bild völliger Interessenharmonisierung als unmöglich darzustellen. Da aber dieses Bild immer als Begleiterscheinung eines Koordinationssystems auftaucht, muß gezeigt werden, daß das Koordinationssystem nicht in der Lage ist, es zu verwirklichen. Es kann gar nicht anders als durch einen endlosen Progress von Reformen angezielt werden, in dem Bewußtsein, daß es niemals voll erreicht werden wird. Sobald man es unmittelbar zu verwirklichen sucht, opfert man nur den möglichen Grad der Harmonisierung der Interessen einer bloßen Fiktion ihrer totalen Harmonisierung.

bb) Die Rationalisierung der Ideologie. Der Gegenstand
der sowjetischen Diskussion um das Wertgesetz

* Indem die Sowjetische Ideologie sich als Ideologie des Systems der Plankoordination begründete, stieß sie von vornherein auf einen Widerspruch. Ihre Konzeption vollkommener Harmonie ist auf der Grundlage einer naturalen, unmittelbaren Wirtschaftsrechnung entwickelt, während das Koordinationssystem immer und notwendig ein Geldsystem ist. Ein Konflikt taucht damit auf, den es in der Theorie der Marktwirtschaft niemals gegeben hat. Diese hat die Notwendigkeit des Geldes nicht angezweifelt, entwickelte daher ihre Vorstellung eines Zustandes vollkommener Harmonie auf der Basis einer Geldrechnung. Die Sowjetideologie kommt jedoch hier - obwohl ihr Modell perfekten Funktionierens durchaus richtig ist - in einen totalen Widerspruch mit der Wirklichkeit des zu interpretierenden Wirtschaftssystems. Dies führte einmal zu der bereits besprochenen Veränderung des ursprünglichen Kommunismusbildes, die sich in der Kommunismusdebatte äußerte, gleichzeitig aber zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Wert- und Preisproblem, die sich in der Wertdebatte niederschlägt.

Werden nämlich die wahren Ursachen für das Weiterbestehen der Geldbeziehungen genannt, so wird damit immer und unausweichlich die Notwendigkeit des Geldes für jede Wirtschaftsrechnung bewiesen und das Kommunismusbild widerlegt. Erhält man hingegen dies Kommunismusbild aufrecht, so können die tatsächlichen Ursachen des Geldes nicht analysiert werden. Das Kommunismusbild hat sich diesen Erfordernissen wenigstens annähernd angepaßt. Indem es zur Interpretation eines endlosen Wachstumsprozesses gemacht wird, ist das "Reich der Notwendigkeit" zu einer Sache geworden, die prinzipiell nicht zu beseitigen ist. Die erste Darstellung dieses Sachverhaltes fand sich schon bei Marx, wichtige Konsequenzen zog die Kommunismusdebatte.

Daß aber die grundsätzliche Erhaltung eines solchen Reiches der Notwendigkeit das gleiche ist wie der Erhaltung des Geldsystems, wurde zum Problem der Wertdebatte.

Man versuchte dem Problem allerdings zu entgehen. Man fand zweierlei Wege dazu. Einmal führte man die verschiedensten Ursachen des Geldes an, wobei man sich auf solche Elemente als Ursache beschränkte, die man als abschaffbar darstellen zu können glaubte:

Ostrovitjanov führt 4 solche Ursachen an:

1. Im Sozialismus gibt es die zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums, 2. das persönliche Eigentum, 3. die materielle Interessiertheit, 4. der äquivalente Ersatz des Arbeitsaufwandes eines jeden Betriebes. Batsurin führt nur zwei Gründe an: 1. Zweierlei gesellschaftliches Eigentum, 2. im Sozialismus ist die Arbeit Mittel zum Leben. Koslov kennt sogar 6 Ursachen: 1. Zweierlei gesellschaftliches Eigentum, 2. die materielle Interessiertheit, 3. der Charakter der Arbeit, 4. das persönliche Eigentum, 5. die Verteilung nach der Arbeitsleistung, 6. das Fehlen eines idealen Handels.

Diese Vielzahl von aufgezählten Ursachen werden aber nur beschrieben, nicht analysiert. Je mehr man daher ihre Zahl erhöht, um so stärker verwischt man das Problem. Es scheint sich in eine unüberschbare Vielfalt aufzulösen, der man exakt und beweisbar nicht mehr Herr werden kann, so daß die Behauptung der schließlichen Aufhebung des Geldes eine Sache von Glauben oder Unglauben zu sein scheint. Man verwirrt nur und kann dann die Frage selbst mystifizieren. Die Lösung heißt dann, daß man eben noch nicht weiß, wie die Aufhebung schließlich vonstatten gehen wird, aber kommen wird sie. Wer es dann immer noch nicht glaubt, wird auf die mögliche Entwicklung elektronischer Rechenmaschinen verwiesen, die man nicht wissen kann, so daß das Tor zum Mysterium offen gehalten wird. So meint Ostrovitjanov, daß auch bei Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung das Wertgesetz verschwinden könne.

Dies sei den modernen Elektronenrechenmaschinen zu verdanken, die die in den Produkten enthaltene Arbeitszeit unmittelbar erfassen könnten. In Wirklichkeit sind sie lediglich ein Mittel der Verbesserung der Bilanzierung im Planungssystem, können aber niemals konkrete Entscheidungen als richtig oder falsch beweisen. Sie können verbesserte Preise liefern, aber keine Preise überflüssig machen. Mit einer Abschaffung des Geldes haben sie nichts zu tun. Sie sind das sorgfältig gehütete Alibi einer falschen Theorie.

Diese Aussage allerdings muß einfach aufgrund der unendlich vielen Möglichkeiten der Produktion und Konsumtion getroffen werden, deren Zahl im Laufe der Entwicklung immer weiter zunimmt. Es scheint dann undenkbar, daß jemals Rechenmaschinen angeboten werden können, die unter Ausschluß des Geldes ein größeres, gleich grosses oder zumindest nicht wesentlich niedrigeres Produkt liefern würden als unter Verwendung von Geld. Die Argumentation, die wir hier bringen müssen, ist also nicht unmittelbar schlüssig. Ein Diskussionsgegner, der diesen Schluß für die absehbare Zukunft immer akzeptieren muß, könnte eben die darauffolgende Zeit der Entwicklung immer neuer Rechentechniken ins Feld führen. Da er eine unendlich lange Zeit dieser Entwicklung für seinen Standpunkt als Argument zur Verfügung hat, ist die Behauptung, Geld könnte einmal abschaffbar werden, nicht unmittelbar ad absurdum zu führen. Aber diese Behauptung wird durch den Verweis auf eine unendlich lange Zukunft mystifiziert.

Aber selbst, wenn auf diesem Wege die Geldrechnung abschaffbar gemacht werden könnte, so würde dies doch nicht bedeuten, daß der Wirtschaftsprozess in irgendeiner Weise durchschaubarer geworden wäre. Unmittelbares wirtschaftliches Handeln, das Ergebnis des Kommunismus sein sollte, wäre nicht die Folge. Indem aber das Kommunismusbild und seine Verwirklichung auf diese Weise aufgefaßt wird, wird es völlig seines ursprünglichen Inhaltes entleert.

Ein anderer Ausweg aus dem Problem, bei der Frage nach den Ursachen des Geldes immer auf den Beweis der Ummöglichkeit eines Verzichts auf das Geldsystem zu stoßen, ist wesentlich realistisch. So sagt z.B. Hessin:

"Man sollte nicht von der Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus, sondern von der Notwendigkeit der Ausnutzung der Ware-Geld-Formen sprechen"

Dies scheint zuerst nur eine Wortfrage zu sein. Aber in Wirklichkeit wird hier verlangt, daß man nicht danach fragen solle, warum es Geld gibt, sondern wie das Geldsystem funktioniert. Dies ist genau die gleiche Frage, die Cassel in der westlichen Nationalökonomie stellte, um die immer fruchtloser werdende Wertdebatte abzulösen durch rein sachgerechte Analyse des Funktionierens des Geldes. Den ersten umfassenden Versuch zu einer Antwort auf diese Frage hat Kantorovič gegeben, indem er nach den Möglichkeiten der Bestimmung des optimalen Plans suchte.

In Wirklichkeit entgeht man damit dem Wertproblem allerdings nicht. Es taucht aufs neue auf in dem Unterschied von optimalem und operativem Funktionieren, im Unterschied der Analyse des homo-economicus-Modells und der tatsächlichen, nicht optimalen Wirklichkeit. Aber man stößt jetzt von einer ganz anderen Seite her auf die Vorstellung völliger Interessenharmonie, nämlich von der Seite des Geldes her. Der Optimumbegriff, der auf diese Art gewonnen wird, enthält zum Unterschied vom Kommunismusbild das Geldsystem. Er hat damit die einzige für die theoretische Aussage brauchbare Form (= Grenzbegriff der Theorie). Dieser Weg der Entwicklung der sowjetischen Theorie scheint uns zwingend zu sein. Er ist aber bisher nur von vereinzelten, stark angegriffenen Theoretikern erkannt und verfochten worden. Soll eine solche Verwandlung des Optimumbegriffs allerdings ideologisch verträglich werden, so muß er mit dem Kommunismusbild vereinbar gemacht werden. Dies ist nur möglich, wenn das Kommunismusbild letztlich zu einer Rechtfertigung eines Prozesses endlosen, maximalen wirtschaftlichen Wachstums gemacht wird.

Die Antwort nach den Ursachen des Geldes ist allerdings in einer solchen Beschränkung der Untersuchung des Geldes auf die Funktionsgesetze implizite immer enthalten. Es ist notwendig, weil in der wachsenden Wirtschaft die Optimumbedingungen nicht gegeben sind, seine Notwendigkeit ist ein Ausdruck eines Mangels, aber durch völlige Aushöhlung der ursprünglichen Bedeutung des Kommunismusbildes als Vorstellung von einer Gesellschaft, in der der Produzent nicht mehr unter für ihn undruckschaubare objektive Gesetze der Wirklichkeit gezwungen ist, ist letzten Endes eine Vereinigung dieses Beweises der Notwendigkeit des Geldes mit dem Kommunismusbild als Zustand ohne Geld denkbar. Die Lösung ist, wie sich dies schon andeutet, in dem Glauben an elektronische Rechenmaschinen zu suchen. Man könnte sie folgendermaßen formulieren: Das Geld ist zwar absolut notwendig, so lange es nicht gelingt, solche Rechenmaschinen zu entwickeln, die alle Produktionsmöglichkeiten in ihrer vollen Differenzierung erfassen können. Aber es ist Aufgabe der Partei, für die Entwicklung solcher leistungsfähigen Maschinen zu sorgen.

Ein solches Argument ist schlechterdings unwiderlegbar und man kann nur auf den völlig verloren gegangenen "Sinn" des Kommunismusbildes hinweisen, ohne unmittelbar den Beweis ad oculus führen zu können.

Man könnte diesen Umwandlungsprozeß der sowjetischen Theorie die Rationalisierung der Ideologie nennen. Das ideologische Versprechen wird unwiderlegbar gemacht, es wird zu einem Mythos. Der ideologische Anspruch, den Kommunismus zu verwirklichen, wird auf diese Weise mit einer richtigen Theorie vereinbar. Es gibt dann keinen Satz der Theorie mehr, der falsch genannt werden müßte, obwohl das ganze System ideologisch durchtränkt ist. Wenn auch ein solcher Zustand noch bei weitem nicht erreicht ist, so zeichnet er sich doch merkbar ab. Das System kann jeden Satz der Marxschen Kommunismusauffassung übernehmen, ohne einen Funken des Marxschen Geistes zu haben.

Die Wirklichkeit kommt ganz verdreht zum Ausdruck. Marx hatte von der bürgerlichen Nationalökonomie gesagt, hier stünde alles auf dem Kopf. In der Sowjetideologie steht hingegen alles auf den Beinen, aber ohne Kopf.

3. Der dogmatische Charakter der sowjetischen Wirtschaftslehre

Wir hatten bisher die Ideologie als eine Begleiterscheinung des Koordinations- und damit des Wirtschaftssystems bezeichnet. Sie wird zur Ideologie dadurch, daß sie dies Koordinationsystem und damit die in ihm institutionalisierte Verhaltensnorm als Weg zu einem Zustand vollkommener Harmonie des zwischenmenschlichen Lebens interpretiert. Dabei war bisher der Hauptwert darauf gelegt worden, daß diese Vorstellung vollkommener Harmonie aus der theoretischen Analyse der Wirklichkeit selbst entsteht und nicht ein beliebig gegebenes Versprechen ist. In bezug auf das Kommunismusbild ist dies außerordentlich wichtig, denn die Bedeutung, die es im Sowjetsystem bekommt, kann keineswegs befriedigend erklärt werden daraus, daß es ein zufälliges Überbleibsel der Marxschen Analyse sei.

Aber es stammt natürlich von Marx und dies hat seine Bedeutung. Und es ist die eigentliche Basis für die starken ideologischen Einflüsse, die auf Theorie und System der Sowjetwirtschaft ausgeübt werden. Seine Widersprüche zur Wirklichkeit werden abgeleugnet, verdrängt und die theoretische Aussage weitgehend auf Bereiche abgedrängt, in denen kein Widerspruch gegen diese Grundlage des Selbstverständnisses des ganzen Systems zu erwarten sind. Dennoch zeigt der Hinweis auf seinen völligen Bedeutungswandel, daß dieses Kommunismusbild nur soweit geduldet wird, als es den Bedürfnissen der Erhaltung des Systems selbst dienen kann.

Die Unmöglichkeit der Verwirklichung des Kommunismusbildes führte dabei zu dauernden Konflikten mit der Theorie und der Wirklichkeit. Die Form, in der diese Konflikte ausgetragen werden, ist dogmatisch.

Die Konflikte selbst haben ihre Ursache hingegen nicht in einer dogmatischen Haltung. Dies wäre ein einfacher Zirkelschluß. Das Dogma würde aus einer dogmatischen Haltung und die dogmatische Haltung aus dem Dogma erklärt. Die Dogmatisierung wäre eine einfache Folge der Halastarrigkeit von Funktionären und die Erklärung des Systems wäre in eine psychologische Erklärung verwandelt.

Der Konflikt entsteht vielmehr auf dem Boden des Wirtschaftssystems selber, aus dem Versuch einer Sinngebung des wirtschaftlichen Wachstums und als Folge der Analyse des Koordinationsystems. Dabei spielen sicher mangelnde Einsicht und der Wunsch, einfach recht zu behalten, eine Rolle. Die theoretischen Probleme sind kompliziert genug, um solche Möglichkeiten erklärbar zu machen. Aber dies kann die Härte, mit der diese Kämpfe geführt wurden, niemals erklären.

a) Der dogmatische Charakter der Theorie und seine Beziehungen zu den Notwendigkeiten des Planungssystems

Die dogmatische Lehre unterscheidet zwischen absolut geltenden Sätzen, die nicht in Zweifel gezogen werden können und solchen, deren Diskussion offiziell oder inoffiziell gestattet ist. Die Lehre entwickelt sich, indem bestimmte Aussagen in die Diskussion eingehen und, sofern diese für wichtig genug erachtet werden, in Form von offiziellen Stellungnahmen in die herrschende Lehre aufgenommen werden. Sie ist keineswegs statisch und tritt nicht auf der Stelle, vielmehr entwickelt sie sich dauernd. Aber in dogmatischer Form.

Dieser dogmatische Charakter der Lehre hat bestimmte Voraussetzungen im Plansystem selbst. Dieses kennt in einem ganz anderen Sinne eine herrschende Lehre, als dies in der Marktwirtschaft der Fall ist. Herrschende Lehre könnte man hier alle jene theoretischen Sätze nennen, die in der Führung des Wirtschaftsprozesses angewendet werden. Sobald ein theoretischer Satz Anerkennung gefunden hat, wird er in der Planung angewendet. Umgekehrt geht

ein Grundsatz, der in der Planung angewendet wird, in die Theorie ein. Der Entwicklung des Dogmas entspricht die Entwicklung der in der Planung angewendeten Theorie. Neue Vorschläge werden an einzelnen Stellen ausprobiert und wenn sie sich bewähren, dem System insgesamt zugrunde gelegt. Die Entwicklung der Theorie muß entsprechend ruckweise erfolgen. Bestimmte Sätze werden zur Diskussion gestellt, gleichzeitig in ihrer Anwendung erprobt. Mit ihrer Bewährung gehen sie als Grundsätze ins Planungssystem, als theoretisches Dogma in die Theorie ein. Die Entwicklung der Theorie läßt sich daher anhand der Planungsdekrete einteilen und verfolgen.

Dabei entstehen Einflüsse auf die Theorie, die diese beschränken müssen. Grundsätze der Planung, die sich praktisch bewähren, brauchen deshalb keineswegs theoretisch allgemeingültig zu sein. Sie werden in der Planung als allgemeingültig behandelt, während sich im Zeitverlauf durchaus zeigen kann, daß sie überflüssig werden. Theoretisch gesprochen heißt dies, daß sie nur unter bestimmten und nicht unter allen denkbaren und möglichen Voraussetzungen gelten. Verschaffen sie sich aber allgemeine Geltung, so binden sie die Theorie.

Wir können auf 2 Beispiele hinweisen, die lediglich besonders eklatante Fälle solcher Einwirkungen darstellen. Das erste Beispiel sei die Behauptung des Grundsatzes, daß die Schwerindustrie immer vorrangig entwickelt werden müsse. Als Grundsatz der Planung in der Industrialisierungsperiode hat dies seine Berechtigung. Er beschreibt dann eine besondere Industrialisierungsmethode. Als allgemeiner theoretischer Satz aber ist dies falsch. Er wurde aber den Theoretikern aufoktroiert. Sie feierten dies als eine Notwendigkeit im Sozialismus. Erreicht wurde dadurch allerdings die Mystifizierung des Planungsgrundsatzes. Würde er als Satz gebracht worden, der nur unter bestimmten Bedingungen gilt, so hätte die Partei sich dauernd rechtfertigen müssen dafür, daß er noch angewendet wurde. Er hätte also nicht mit der gleichen Effizienz angewendet werden können. Inzwischen hat sich die Situation gewandelt, so daß dieser theoretische Satz zur Diskussion gestellt werden konnte.

Ein zweites Beispiel gibt die Behandlung des wirtschaftlichen Verschleißes (bei Marx: moralischer Verschleiß). In der Industrialisierungsperiode, in der es Arbeitskräfte im Überfluß gab, galt zu Recht der Grundsatz, jedes Produktionsmittel so lange zu verwenden, bis es physisch verschlissen ist. Die Anerkennung eines wirtschaftlichen Verschleißes hätte hier bedeutet, daß physisch einsetzbare Maschinen verschrottet worden wären, während noch unbeschäftigte Arbeiter vorhanden waren. Das Problem des moralischen Verschleißes tauchte daher nicht auf. Als theoretischer Satz aber hieß es, daß ein Vorteil im Sozialismus darin besteht, keinen moralischen Verschleiß zu kennen im Unterschied zum Kapitalismus. Ein momentaner Zustand wurde damit verallgemeinert. Als hingegen diese Überschüsse an Arbeitskräften aufgesaugt waren, stellte sich ganz unabweislich das Problem des wirtschaftlichen Verschleißes. Ein Dekret erkannte daher zum Staunen vieler sowjetischer Theoretiker den moralischen Verschleiß auch für den Sozialismus an.

Diese Einflüsse aus den Notwendigkeiten des Planungssystems selbst und die Verwandlung von Planungsgrundsätzen in theoretische Sätze allgemeiner Gültigkeit kann zum guten Teil den dogmatischen Charakter der Theorie erklären. Aber sie erklärt noch nicht, warum auch solche Sätze behandelt werden, als ob von ihnen Wohl und Wehe des Wirtschaftssystems selbst abhängt, so daß Widerspruch Verrat zu sein scheint.

b) Die Entstehung des Dogmas aus der Notwendigkeit,
"spontanes" Handeln auszuschließen

Um also an die eigentliche Quelle des Dogmas zu kommen, muß man auf Grundzüge des Wirtschaftssystems von umfassenderer Art zurückführen. Es handelte sich in der sowjetischen Dogmatik nicht einfach darum, die Diskussionen mit Hilfe von Zitaten aus den sogenannten Klassikern des Marxismus-Leninismus zu führen. Es handelt sich vielmehr um eine ganz bestimmte Auslegung des Marxschen

Systems. Die Argumentation, die sich zeitweise fast nur auf Zitierungen solcher Klassiker beschränkte, war auch in solchen Zitaten nicht frei. Der vierte, damals noch lebende Klassiker hatte ja den Marxismus bereits schöpferisch interpretiert und die Zitierung der anderen Klassiker war auf solche Zitate beschränkt, die bei ihm selbst bereits verwendet oder diesen verwendeten Zitaten ähnlich waren. Es stand für die Argumentation nicht das gesamte System von Marx zur Verfügung, sondern nur die Teile, die "klassisch" geworden waren.

Als sich dieser äußerste Zwang dann im Laufe der 50-er Jahre mäßigte, blieb als Grundzug der dogmatische Charakter der Aussagen über das Wirtschaftssystem erhalten. Wir würden die eigentliche Quelle in einer Notwendigkeit des Planungssystems sehen, die erst kurz gestreift wurde. Das Planungssystem beurteilt den Wirtschaftskreislauf von der Produktion her. Der Mensch, der in ihm vorausgesetzt wird, ist der Mensch als Angehöriger einer Organisation von Produzenten. Im Planungssystem bekommt er die Richtungen, in denen er wirtschaftlich handeln kann, vorgegeben. Sei er nun Planer oder Ausführer des Plans, er kann nur solche Dinge tun, die innerhalb eines Plans überhaupt getan werden können. Alle Reaktionen und Wünsche anderer Art kommen nicht in Betracht, denn sie müßten ja, um erfüllt zu werden, das Plansystem selbst bedrohen.

Wenn er nun auch ein loyales Mitglied der Gesellschaft ist, so hat er doch die Nachteile zu verspüren, die das System für ihn bedeuten. Überall, wo Funktionsstörungen sichtbar werden, merkt er es in seiner eigenen wirtschaftlichen Betätigung. Werden falsche Konsumgüter produziert, steht er vor leeren Märkten. Er weiß daher, was eigentlich stattdessen hätte produziert werden sollen. Und als Produzent merkt er es, wenn die Versorgung nicht oder falsch geplant wird, denn er muß dann tagelang ohne Arbeit herumbringen, um dann am Monats- oder Jahresende mit Gewalt (Sichturmovanie) wieder aufzuholen. Da es sich hierbei immer um

Gebiete handelt, die der einzelne Wirtschaftler intimer kennt als der Planer, der diese einzelnen Dinge gar nicht wissen kann, ist seine unmittelbarste Reaktion die Behauptung, daß zuviel geplant wird. Er braucht deshalb nicht gegen das Plansystem selbst zu sein, zumindest braucht er sich dessen nicht bewußt zu werden. Das ändert nichts daran, daß er dauernd Lücken im Plansystem entdeckt.

Das Hauptgebiet, in dem er sie entdeckt, ist immer die Konsumtion. Es wurde bereits gezeigt, daß in der Sowjetwirtschaft immer ein nur in groben Umrissen den Bedürfnissen angepaßter Konsumfonds angeboten wird. Seine Größe und Struktur entwickelt sich nicht wie in der Marktwirtschaft aus der Entdeckung oder Schaffung von einzelnen Verkaufschancen, sondern aus Schätzungen des Bedarfs durch die Planungsorgane. Die daraus entstehende Eintönigkeit des Angebots und die diskontinuierliche Versorgung lassen es dazu kommen, daß der einzelne die auf Basis seines Einkommens und der geltenden Preise gemachten Konsumpläne nur unter grossen Schwierigkeiten und häufig gar nicht ausführen kann. Er bekommt dadurch jeden Tag demonstriert, daß etwas nicht stimmt oder besser sein könnte als es ist.

Die Partei hingegen schließt daraus, daß er solche Unzufriedenheiten äußert, daß etwas an seinem Bewußtsein nicht stimmt und besser sein könnte als es ist. Damit setzt ihre Erziehungstätigkeit ein, die den Glauben an den "Selbstlauf", an die Spontaneität, überwinden soll. Nun hat dieser Glaube an die Spontaneität, der eine der dauernden Ursachen des sogenannten Revisionismus ist, seine Grundlage in dem dauernden Erlebnis einer mangelhaften Konsumwirklichkeit. Dies führt zu dem verständlichen Schluß des Konsumenten, daß zuviel geplant werde. Dies ist seine spontane Ansicht. Sie wird durch die "Bewußtheit" überwunden. Diese Bewußtheit muß anerzogen werden, da der Mensch sie spontan nicht hat.

Diese Reaktion, daß zuviel geplant wird und die mit dem System ganz selbstverständlich verbunden ist, nennt die sowjetische Theorie den Glauben an den "Selbstlauf" (Spontaneität). Sie sucht

die Kritik abzufangen, indem sie die Kritik des Bürokratismus selbst dauernd durchführt. Diese Kritik besagt, daß es nicht ein zuviel an Planung ist, das die Mißstände verschuldet, sondern die Nachlässigkeit der Planer. Hier wird dann die große Bedeutung verständlich, die der Kultus von Personen und Autoritäten spielt. Sie dienen als Gegengewicht und zum Verweis dafür, daß man dem Urteil des einzelnen nicht nachzugeben braucht, um das richtige Wirtschaftssystem zu rechtfertigen. Der einzelne wird damit in einem ganz besonderen Sinne von seinem eigenen Handeln distanziert. Er soll es lernen, dieses Handeln nicht nach dem zu beurteilen, was er selbst aus der Kenntnis seiner ihm vertrauten Umwelt erfährt und weiß, sondern dieses Handeln in Vertrauen auf die Partei ausführen. Soll er also loyal gehalten werden, so muß er gerade daran gehindert werden, ein Handeln aufgrund unmittelbarer Faktenkenntnis zu fordern. In der Form des Dogmas setzt daher die Ideologie diesem "Selbstlauf" seine Grenzen und zur Rechtfertigung verweist sie auf die Autorität. Da dem einzelnen der Plan ständig als unzulänglich und verbesserungsbedürftig vor Augen geführt wird, gleichzeitig aber auch als eine Institution, die gemacht worden und folglich abschaffbar ist, bekommt er in der einzig richtigen Lehre, die die reine Wahrheit enthält, die Rechtfertigung dafür vorgesetzt.

Gleichzeitig wird ihm der Hinweis auf solche Leistungen geboten, die ihn als Konsument nicht unmittelbar berühren und die folglich in hohem Maße planfähig sind. Technische Großprojekte, wissenschaftliche Höchstleistungen usw. sollen ihm das Gefühl geben, daß er in einer leistungsfähigen Wirtschaft lebt. Sie sollen gleichzeitig in ihm jene Bewußtheit schaffen, die ihren kleintlichen Konsumentenstandpunkt vor solchen Zielen zurücktreten läßt.

Gleichzeitig muß die wirtschaftstheoretische Fragestellung mit Bewußtheit ausgestattet werden. Sie selbst darf auch nicht dem Glauben an die Spontaneität erliegen. Eine spontane Frage in der Wirtschaftstheorie wird immer davon ausgehen, wie aus dem indi-

viduellen Bedürfnis der Anstoß zur Produktion hervorgeht. Aber dies ist nicht die richtige Frage auf Seiten des sowjetischen Wirtschaftstheoretikers. Dieser soll hingegen fragen, wie eine gesicherte Produktion ihr Bedürfnis findet. Dies ist nämlich die Form, in der die Theorie niemals zu einer Bedrohung des Plansystems führen kann. Eine solche Fragestellung ist aber nur in der dogmatischen Form zu erzwingen. Indem die Theorie in die dogmatische Form gebracht wird, kann sie im Sinne der Kontinuität des Wirtschaftssystems geführt werden. Die Wirtschaftstheorie muß daher dauernd in solchen Aussagen begrenzt sein, deren Anwendung das Plansystem selbst erhalten und stärken, es aber nicht verändern. Diese dauernde Sicherung gegen das Durchbrechen der Spontaneität ist eine Folge des institutionalisierten Werturteils, die Produktion der Konsumtion vorzuziehen. Die bestehenden Vorstellungen sind nicht mehr spontan entstehende Überzeugungen, sondern dogmatisch festgelegte Voraussetzungen des Theoretisierens selbst. Daraus kann ebenfalls erklärt werden, daß ein Harmonieideal wie das Kommunismusbild nicht als spontane Vorstellung, sondern als dogmatisch fest umrissene "wissenschaftliche" Zukunftsprognose aufgefaßt wird.

Die sowjetische Lehre setzt der Spontaneität, die sie verurteilt, die Notwendigkeit der "Bewußtheit" des Handelns entgegen. Diese Kategorie der Bewußtheit ist ursprünglich bei Marx und Engels eine Kategorie des homo-oeconomicus-Modells. Bewußtes Handeln heißt hier unmittelbares Handeln ohne Vermittlung von objektiven Werten. Dühring hatte in seiner Darstellung der sozialistischen Gesellschaft aber schon eine andere Bedeutung dieses Wortes benutzt. Er verstand unter Bewußtheit nicht mehr unmittelbares Handeln, sondern ein "bewusstes" Umgehen mit Werten. Engels verurteilte solch eine Behandlung sowohl des Wertgesetzes als auch der Kategorie der Bewußtheit.

"Indem Herr Dühring dies Gesetz (das Wertgesetz) zum Grundgesetz seiner Wirtschaftskommune erhebt und verlangt, daß diese es mit vollem Bewußtsein durchführen soll, macht er das Grundgesetz der bestehenden Gesellschaft zum Grundgesetz seiner Phantasiegesellschaft. Er will die bestehende Gesellschaft, aber ohne ihre Mißstände"

Aber gerade in dieser Form ging die Kategorie der Bewußtheit in die sowjetische Nationalökonomie ein. Bewußtes Handeln ist hier nicht mehr unmittelbares Handeln, sondern "bewußte" Ausnutzung des Wertgesetzes.

Wir finden diesen Zusammenhang bei Zagolow dargestellt. Er weist zuerst darauf hin, daß die Bewußtheit des Handelns (Arbeit als unmittelbare Gesellschaftliche Arbeit) in der Sowjetwirtschaft nur eine beschränkte Bedeutung hat und nicht, wie die Klassiker meinten, völlig gilt. Deshalb besteht das Wertgesetz weiter.

"Die Arbeit ist unmittelbar gesellschaftliche Arbeit in der Hinsicht, daß sie planmäßig auf die verschiedenen Produktions-sphären verteilt wird Die gesellschaftlich notwendige Zeit kann jedoch nicht unmittelbar in Arbeitszeit bestimmt werden, sondern sie wird über das Produkt ermittelt. Das aber bedeutet, daß die Arbeit nicht direkt, nicht unmittelbar, sondern über das Produkt quantitativ und qualitativ durch die Gesellschaft bewertet wird. Damit nimmt das Produkt Warencharakter an und seine Bewegung in der Gesellschaft muss Warenform und Warencharakter annehmen"

Aber es handelt sich um eine andere Ausnutzung des Wertgesetzes als im Kapitalismus, betont Zagolow, ohne dies weiter zu begründen.

"Das Wertgesetz hat eine Modifikation erfahren. Bekanntlich ist unsere Warenproduktion eine Produktion besonderer Art. Dieser Ausdruck gibt das Wesen der Sache wieder und darf keineswegs Ironie und Skepsis hervorrufen"

Dieser Ausdruck ruft offensichtlich auch in der Sowjetunion Skepsis hervor. Berechtigte Skepsis, wenn unter der Warenproduktion besonderer Art eine Warenproduktion verstanden wird, die ein anderes Wesen als jede andere hat. Die nur äußerlich Warenproduktion und innerlich, wenn auch nicht sichtbar, unmittelbares wirtschaftliches Handeln sein soll. Hingegen unberechtigte Skepsis, wenn bei dem Verweis auf die Warenproduktion besonderer Art an so wichtige Unterschiede gedacht wird, wie sie sich in den Unterschieden der Koordinationssysteme darstellen. Es handelt sich dann als wesentliches Moment darum, daß die Sowjetwirtschaft die Geldbeziehungen nicht von autonomen Wirtschaftseinheiten her entstehen läßt.

Der streng dogmatische Charakter der Wirtschaftslehre, der aus diesem Unterschied hervorgeht, kann sich jedoch in verschiedener Weise äußern. Es gab eine Zeit in der Sowjetunion, in der man das Dogma so extrem auffaßte, daß die Partei die Antwort auf fast jede theoretische Frage als unfehlbar dekretiert. Sie bestimmte nicht nur, daß die Theorie sich im Rahmen von Aussagen zu halten habe, die die Kontinuität des Plansystems nicht antasten, sondern gab darüber hinaus die Antworten auf solche Fragen als gelöst aus. Dies erstickte jede Entwicklung der Theorie und mußte zum Schaden des Planungssystems selbst ausfallen. Seither trat eine Entwicklung ein, die wir als Rationalisierung der Ideologie beschrieben haben. Die Partei beschränkte sich fortan darauf, lediglich die Richtung zu bestimmen, in der theoretische Untersuchungen vorzunehmen sind. Sie ruft zur Diskussion über bestimmte Themen auf. Solche Aufrufe erfolgten z.B. 1954 am Beginn der Debatte über das Investitionskriterium, im Jahre 1961 wiederum als Aufforderung zur Äußerung über das A/B Verhältnis. (Verhältnis von Produktions- und Konsumgüterproduktion)

Der streng dogmatische Charakter der Lehre bleibt dabei durchaus erhalten. Aber das Ergebnis, zu dem die Theorie kommen soll, ist nicht mehr vorgeschrieben. Vorgeschrieben ist nur noch die Richtung der Fragestellung und dies in ganz besonderer Art. Die Partei fragt nämlich nicht nach dem Investitionskriterium überhaupt, sondern danach, wie weit innerhalb des Plansystems ein Investitionskriterium eingesetzt werden kann und Vorteil bringt. Sie stellt in der Frage die Voraussetzung, unter der gefragt werden soll. Sie fragt immer so, daß die Antwort ihren Zielen nicht widersprechen kann.

Die Antwort also, daß dieses Investitionskriterium durch die Schaffung von Märkten zwischen autonom verwalteten Wirtschaftseinheiten gesichert werden kann, ist schon durch die Fragestellung ausgeschlossen. Wie das Investitionskriterium im Planungssystem anzuwenden sei, ist ja gefragt. In bezug auf die Konsumgüterreihe ist die Fragestellung ähnlich. Wie kann, bei Aufrechterhaltung des Plansystems, eine möglichst gute Konsumgüterver-

sorgung gesichert werden? Aber eben nur unter diesen Voraussetzungen. Die Antwort, daß ein freier Markt die bestmögliche Konsumversorgung sichert, ist nicht möglich, weil danach gar nicht gefragt ist. Da aber nur nach der innerhalb des Plansystems bestmöglichen Konsumversorgung gefragt wurde, ist immer eine Antwort möglich.

Die Bindung ist weiterhin eindeutig. Der dogmatische Charakter der Wirtschaftslehre bleibt ebenfalls erhalten, denn er entsteht gerade aus der Ablehnung der sogenannten Spontaneität im Wirtschaftsleben. Das Dogma wird gebraucht, um die theoretische Fragestellung auf die Höhe der Bewußtheit der Partei zu heben. Schon der Name sagt es. Bewußtheit und damit der dogmatische Charakter der Lehre ist erfordert, weil man die unmittelbaren, die nächstliegenden, die spontanen Fragen vermeiden will.

Der dogmatische Charakter der Theorie ist daher als Folge des institutionalisierten Werturteils zu verstehen, aus dem Wunsch, den Wirtschaftskreislauf von der Produktion her durchzuführen und zu interpretieren. Denn aus dem spontanen Handeln folgt immer und notwendig ein Wirtschaften unter Orientierung an der Konsumtion.

Anmerkungen

Abschnitt A, Kapitel I.

1. Zum wirtschaftlichen Prinzip s.

Gottl-Ottilienfeld Friedrich v. Die wirtschaftliche Dimension, Jena 1923
Ebenfalls s.

Albert, Hans Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954. Dort Bibliographie S. 149 ff

Gottl-Ottilienfeld beschreibt das wirtschaftliche Prinzip als ein rein technisches und nur privatwirtschaftliches Prinzip. Er streitet insofern ab, daß es auch für die Wirtschaft insgesamt gelte. Dies gilt aber nur, wenn man das wirtschaftliche Prinzip als unbedingt geltende Norm des Handelns auffaßt. Wenn wir im folgenden Wirtschaft und Gesellschaft, Wirtschaft und Konsum usw. in den Begriffen von Zweck und Mittel beschreiben, so soll dies nicht heißen, daß in diesen Beziehungen ausschließlich ein Zweckmittelkalkül herrscht oder herrschen soll. Diese Beschreibung ist für unsere Zwecke erforderlich, da gezeigt werden soll, daß die Sowjetwirtschaft eine Wirtschaft ist, die für die Beziehungen von Wirtschaft und Gesellschaft das wirtschaftliche Prinzip zur Norm erklärt. Danach ist dann oberstes Ziel der Politik die Entwicklung der Produktivkräfte, dem die ganze Gesellschaft untergeordnet wird.

2. Eine Kritik an der Vorstellung des Wirtschaftsmenschen, wie Katona sie übt, ändert an dieser Bestimmung nichts. Die reine Theorie setzt einen Wirtschaftler voraus, der sein gesamtes Handeln bewußt kalkuliert. Hier hingegen ist nur gesagt, daß überhaupt eine Reflexion der Mittel auf ihre Zweckmäßigkeit hin stattfinden muß, wenn eine wachsende Wirtschaft denkbar sein soll.
s. Katona, George The Powerful Consumer. Psychological Studies of the American Economy. New York, Toronto, London 1960

3. Dies entspricht dem Unterschied von wirtschaftlichem Kreislauf und dynamischer Wirtschaft bei Schumpeter. Es ist aber nicht ohne weiteres mit dem Unterschied von Statik und Dynamik in der reinen Theorie identisch.

s. Schumpeter, Josef Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung Berlin 1952 S. 47

Hierher gehört auch der Marsche Unterschied von einfacher und erweiterter Reproduktion.

s. Marx, Karl Das Kapital Berlin 1956 Bd. II

Eine ähnliche Unterscheidung benutzt auch Sobart. Sie drückt sich in den von ihm zur Unterscheidung von Wirtschaftssystemen benutzten Gegensatzpaaren aus. Solche Gegensätze sind: Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzip; traditionalistisch und rationalistisch; empirisch und wissenschaftlich; organisch und nichtorga-

nisch usw. s. Sobart, Werner Die Ordnung des Wirtschaftslebens S. 14 ff Berlin 1927

Der in der reinen Wirtschaftstheorie gebräuchliche Begriff der Statik umfaßt auch die Verhältnisse der dynamischen Wirtschaft, aber unter statischem Aspekt. Sie nimmt daher positive Nettoinvestition an und ist die Theorie einer wirtschaftlichen Auswahl. Traditionale Wirtschaft im hier gemeinten Sinne ist in der statischen Theorie nur als Grenzfall enthalten.

s. Jöhr, Walter Adolf: Das Modell der vollkommenen Konkurrenz. Aus: Konkurrenz und Planwirtschaft Bern 1946

4. s. die Beschreibung des wirtschaftlichen Kreislaufs bei Schumpeter, Theorie ..., a.a.O., 1. Kapitel

5. s. Thier, Erich: Über den Klassenbegriff bei Marx. Aus: Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. Tübingen 1954, S. 170 ff.

Thier unterscheidet bei Marx 2 Klassenbegriffe. Der ausgeweitete Klassenbegriff setzt Klasse und Selbstentfremdung gleich. Er trifft daher für die ganze Geschichte zu. Daneben steht aber ein engerer Klassenbegriff, die die moderne kapitalistische Industriegesellschaft kennzeichnet, in der die Selbstentfremdung und Verdinglichung vollständig geworden sei.

S. 173

Thier zitiert zum Beleg folgende Stelle von Marx:

"Heute ist die Persönlichkeit durch ganz bestimmte Klassenverhältnisse bedingt und bestimmt und der Unterschied tritt erst im Gegensatz zu einer anderen Klasse ... hervor. Im Stand ist dies noch verdeckt, z.B. ein Adelliger bleibt stets ein Adelliger, ein Roturier stets ein Roturier, abgesehen von seinen sonstigen Verhältnissen, eine von seiner Individualität unzertrennliche Qualität. Der Unterschied des persönlichen Individuums gegenüber dem Klassenindividuum, die Zufälligkeit der Lebensbedingungen für das Individuum tritt erst mit dem Auftreten der Klasse ein, die ein Produkt der Bourgeoisie ist. Die Konkurrenz und der Kampf der Individuen entwickelt erst die Zufälligkeit als solche. In der Vorstellung sind dabei die Individuen unter der Bourgeoisieherrschaft freier als früher, weil ihnen die Lebensbedingungen zufälliger sind, in Wirklichkeit sind sie natürlich unfreier, vielmehr unter sachliche Gewalt subsumiert. Der Unterschied vom Stand tritt namentlich heraus im Gegensatz der Bourgeoisie zum Proletariat"

s. Marx, Karl: Deutsche Ideologie Berlin 1955, S.

Danach ist die traditionelle Wirtschaft in ihren Arbeitsverhältnissen durchsichtiger als die kapitalistische, denn ihr sind die Lebensbedingungen weniger zufällig. Sie tritt daher in eine bestimmte Nähe zur Klassenlosen Gesellschaft, die ja gerade diese für das Individuum zufälligen Lebensbedingungen aufheben und durchsichtig machen soll. In ihr ist "die gesellschaftliche Beziehung der Menschen zu ihrer Arbeit und ihren Arbeitsprodukten ... durchsichtig einfach in der Produktion als in der Distribution"

s. Marx a.a.O., S.

6. s. Hierzu - Weber, Max: Soziologische Grundkategorien des Wirtschaftens. Aus: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Sozialökonomik. Tübingen 1925
 Ebenfalls s. Sombart, Werner: Der Bourgeois. Zur Geschichte des modernen Wirtschaftsmenschen. München-Leipzig 1913 .

7. s. Weber, ...a.a.O. Ebenfalls s. Sombart, Die Ordnung. ... a.a.O.

8. In diesem Sinne eine historische Kategorie, die erst mit dem Aufkommen der dynamischen Wirtschaft verwirklicht wird. In diesem Sinne ist abstrakte Arbeit hier gemeint.
 s. Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1951.

"Nun könnte es scheinen, als ob damit nur der abstrakte Ausdruck für die einfachste und urälteste Beziehung gefunden, worin die Menschen - sei es in welcher Gesellschaftsform immer - als produzierend auftreten. Das ist nach einer Seite hin richtig. Nach der anderen nicht. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist. So entstehen die allgemeinsten Abstraktionen überhaupt nur bei der reichsten konkreten Entwicklung, wo eines vielen gemeinsam erscheint, allen gemein. Dann hört es auf, nur in besonderer Form gedacht werden zu können. Andererseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andere übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist. Die Arbeit ist hier nicht nur in der Kategorie, sondern in der Wirklichkeit als Mittel zum Schaffen des Reichtums überhaupt geworden und hat aufgehört, als Bestimmung mit den Individuen in einer Besonderheit verwachsen zu sein. Ein solcher Zustand ist am entwickeltesten in der modernsten Daseinsform der bürgerlichen Gesellschaften - den Vereinigten Staaten. Hier also wird die Abstraktion der Kategorie 'Arbeit', 'Arbeit überhaupt', Arbeit sans phrase, der Ausgangspunkt der modernen Ökonomie, erst praktisch wahr" . S. 261

Aber abstrakte Arbeit ist eben nicht bloß eine historische Kategorie, vielmehr ist die historische Kategorie der abstrakten Arbeit der Anlaß, um allgemeingültige Beziehungen zu finden.

"Dies Beispiel zeigt schlagend, wie selbst die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit - eben wegen ihrer Abstraktion für alle Epochen, doch in der Bestimmung dieser Abstraktion selbst ebensowohl das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen" . S. 262

9. Schumpeter kennt ebenfalls den hier verwendeten Begriff der Unternehmung.

"Unternehmung nennen wir die Durchsetzung neuer Kombinationen und auch deren Verkörperungen in Betriebsstätten usw., Unternehmer die Wirtschaftssubjekte, deren Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind" . s. Schumpeter, Theorie ..., a.a.O., S. 111

Allerdings unterscheidet Schumpeter zwischen dem Unternehmen und dem Betrieb ähnlich, wie er zwischen dem Unternehmer und dem Wirtschaftsweg unterscheidet. Der Betrieb ist in dieser Begriffsbildung dadurch bestimmt, daß er keine neuen Produktionsmethoden einsetzt. Bei verhältnismäßig kurzfristiger Betrachtung ist solche eine Trennung in der dynamischen Wirtschaft möglich. Hier aber interessiert nur der langfristige Gesichtspunkt. Langfristig aber können sich in der dynamischen Wirtschaft nur "Unternehmungen" halten.

10. s. Schumpeter, Josef A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie Bern 1950

"Der Fortschritt selbst kann ebenso gut mechanisiert werden wie die Leitung einer stationären Wirtschaft und diese Mechanisierung des Fortschritts kann das Unternehmertum und die kapitalistische Gesellschaft beinahe ebenso stark beeinflussen wie es das Ende des wirtschaftlichen Fortschritts täte" . S. 214

11. s. Böhm-Bawerk, Eugen v. : Zum Abschluß des Marx'schen Systems. Aus: Staatswissenschaftliche Arbeiten; Festgaben für Karl Knies. Altenburg 1896 s. dazu ebenfalls Rütger, Bernhard: Die Auseinandersetzung zwischen Böhm-Bawerk und Hilferding über Marx. Köln 1926

Böhm-Bawerk unterscheidet zwischen quantifizierbarem Nutzen und unmittelbarem Nutzen als Gebrauchswert. Man kann den quantifizierbaren Nutzen im gleichen Sinne eine historische Kategorie nennen, wie dies in bezug auf die abstrakte Arbeit möglich ist. Sobald quantifizierbarer Nutzen zu einer solchen wirtschaftlichen Kategorie wird, entsteht sein Begriff, der dann allerdings nicht nur historische Gültigkeit hat.

Der quantifizierbare Nutzen ist diejenige Kategorie, die auf Seiten der Konsumtion der abstrakten Arbeit auf Seiten der Produktion entspricht.

12. Zur charismatischen Änderung der traditionellen Gesellschaft s. Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft a.a.O. I. Halbbd. S. 140 ff.

Weber untersucht die Bedeutung des Charismas allerdings nur in bezug auf die Struktur der Herrschaft in der traditionellen Gesellschaft. Aber man kann seine Erkenntnisse analog auch auf die Änderung der wirtschaftlichen Mittel anwenden. Da die konkreten Produktionsmethoden in die traditionale Gesellschaft eingeordnet sind, bedeutet ihre Änderung immer auch eine Änderung der Lebens-

formen, die sich legitimieren muß. In der dynamischen Wirtschaft hingegen ist gerade die dauernde Änderung der Produktionsmethoden institutionalisiert, so daß die Notwendigkeit charismatischer Beglaubigung für Änderung der Methoden fortfällt. Sie bleibt allerdings in bezug auf die Änderung der Wirtschaftsstruktur selbst und des Systems der gesamtwirtschaftlichen Koordination bestehen. Die sozialen Kämpfe bekommen damit aber eine völlig andere Richtung.

13. Dabei bilden sich immer wieder Gewohnheiten heraus, die für eine Zeit gelten und nur mit Schwierigkeiten wieder umgestoßen werden können. Aber sie müssen immer wieder umgestoßen werden, wenn das Wachstum weitergehen soll.

Das Ergebnis der Untersuchungen von Katona, a.a.O., S. 138 f steht hierzu nur in einem scheinbaren Widerspruch. Katona stellt fest, daß das routine-Handeln, also das gewohnheitsmäßige Handeln, durchaus die häufigste Verhaltensweise ist, während Änderungen der Gewohnheiten gemeinhin abrupt erfolgen. Aber sie erfolgen natürlich und sind notwendige Wachstumsbedingungen.

14. s. Rostow, W.W.: The Stages of Economic Growth. Cambridge 1960, der das Entwicklungsproblem gerade von seinen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft her analysiert.

Abschnitt A, Kapital II.

1. Zum Begriff des Doppelcharakters der Ware s.
Marx, Kritik, a.a.O., S. 19 ff

2. s. Marx, a.a.O., S. 19

3. s. Marx, a.a.O., S. 20

4. s. Marx, a.a.O., S. 25

5. s. Marx, a.a.O., S. 31

6. s. Marx, a.a.O., S. 38

7. s. Marx, a.a.O., S. 48/49

8. Zur Auffassung des Äquivalents s.
Marx, Karl: Die Wertform. Aus: Marx/Engels: Kleine ökonomische Schriften. Berlin 1955, S. 262 ff

6

9. s. Marx, Kapital ..., a.a.O., Bd. I, S. 411

"Ausschließlich als Mittel der Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft"

Ebenfalls Bd. III, S. 291/292

"Für das Kapital also gilt das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt. Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, wenn überhaupt an dem bezahlten Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangener zugesetzt wird.. Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch. Ihr historischer Beruf ist die rücksichtslose, in geometrischer Progression vorangetriebene Entfaltung der Produktivität der Arbeit. Diesem Beruf wird sie untreu, sobald sie, wie hier, der Entfaltung der Produktivität hemmend entgegen tritt"

10. s. z.B. Marx, Kapital ... a.a.O., S. 46

11. s. die Beschreibung, die Schumpeter gibt: "Wir sprechen nicht von der Einführung von neuen Prozessen, sondern vom Kreislauf einer Volkswirtschaft, die mit gegebenen, im Gange befindlichen Prozessen arbeitet ... Wenn die nötigen Mengen an Produktionsmitteln einmal vorhanden sind, wird ohne jedes Wählen dieser Methode immer wieder durchgeführt werden"

Schumpeter, Theorie ... a.a.O., S. 47

Das Ergebnis ist dann, daß das Rechenproblem durch eine sehr einfache Operation gelöst werden kann.

12. s. Baudin, Louis: Der sozialistische Staat der Inka. Hamburg 1956.

Gerade die Naturalwirtschaft der Inka zeigt, in welchem Grade das Fehlen des Geldes mit einer völligen Erstarrung in einmal gegebenen traditionellen Wirtschaftsformen verknüpft ist. Man wird schwerlich eine traditionale Gesellschaft finden, die sich derart mumienhaft durch die Jahrhunderte erhält, wie dies bei dem Inka-Staat der Fall ist. Sofern aber diese Erstarrung in Kauf genommen wird, ist natürlich eine Naturalwirtschaft möglich, aber solch ein Nachweis hat nicht mehr als historische Bedeutung.

13. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 27

14. Aber bei Marx soll ja das Geld nicht als Folge eines Übergangs zur traditionellen Wirtschaft verschwinden. Wenn er auch Beispiele aus der traditionellen Wirtschaft zur Stützung seines Arguments heranzieht, so ist doch gemeint, den geldlosen Zustand mit einer dynamischen Wirtschaftsweise verträglich zu machen.

15. s. Marx, Kapital ... a.a.O., S. 46

16. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 26

17. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 27

18. Für die traditionale Wirtschaft kann man daher die Arbeitswertlehre durchaus als gültig unterstellen. So sagt Schumpeter über Ricardo: "Wenn überhaupt, so kann die in den Gütern enthaltene Arbeitsmenge ihren Tauschwert nur im Gleichgewichtszustand der Konkurrenzwirtschaft bestimmen und auf die Erfassung dieses Zustands ist seine ganze Betrachtungsweise eingestellt"

s. Scumpeter, Theorie ... a.a.O., S. 82

s. hierzu auch Schumpeter, Josef: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München 1950, S. 47 ff

Voraussetzung der Geltung der Arbeitswertlehre wäre in diesem Sinne immer das Vorliegen einer traditionellen Wirtschaft, gleich ob diese eine Geld- oder eine Naturalwirtschaft ist. Ist sie eine Goldwirtschaft, so ist die Erklärung des Geldes aus den Notwendigkeiten des Austausches zwischen Privatwirtschaften hinreichend. Aber eine solche Gelderklärung genügt nicht, wenn eine dynamische Wirtschaft vorliegt.

19. Die ist der Gesetzesbegriff, der auch bei Marx zugrundeliegt, wenn er von der Möglichkeit der Aufhebung objektiver Gesetze spricht.

"In der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, regelt die Gesellschaft die allgemeine Produktion und macht es uns eben dadurch möglich, heute dies und morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, auch das Essen zu kritisieren, ohne Jäger, Fischer oder Hirt oder Kritiker zu werden, wie sich gerade Lust habe. Dies Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unserer eigenen Produkte zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist einer der Hauptmomente in der bisherigen menschlichen Entwicklung."

s. Marx, Karl: Deutsche Ideologie. Berlin 1953, S. 30 .

Von dieser Erwartung, alle sachliche Gewalt über den Menschen aufheben zu können, rückt Marx allerdings später ab.

s. Marx, Kapital ... a.a.O., Bd. III, S. 873. Zitiert S. dieser Arbeit. Implizite gibt Marx damit auch die Erwartung auf, daß ein geldloser Zustand jemals herstellbar sei.

20. Wir haben damit die Notwendigkeit des Geldes aus der gleichen Ursache erklärt, aus der Schumpeter die Notwendigkeit des Zinses im Kapitalismus behauptet. s. Schumpeter, Theorie ... a.a.O., S. 241 ff . Wir würden allerdings gegen Schumpeter behaupten, daß die von ihm gegebenen Bedingungen für die Existenz eines Zinses nicht auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt sind, sondern

für jede dynamische Wirtschaft gelten.

So sagt Schumpeter: "In einem kommunistisch organisierten oder überhaupt verkehrslosen Gemeinwesen gibt es keinen Zins als selbständige Werterscheinung. Selbstverständlich würde kein Zins gezahlt. Selbstverständlich würde es jene Werterscheinungen geben, aus denen der Zins auch in der Verkehrswirtschaft fließt. Aber als besonderes Wertphänomen, als eine ökonomische Qualität, selbst als Begriff würde er dort fehlen, ist er von der verkehrswirtschaftlichen Organisation abhängig. Präzisieren wir noch genauer: Lohn und Grundrente würden in einer rein kommunistischen Organisation auch nicht gezahlt. Aber Arbeits- und Bodenleistungen wären auch dort vorhanden, würde gewertet werden, und ihre Werte wären ein wesentliches Element des Wirtschaftsplans. Nichts davon gilt für den Zins. Das Agens, wofür Zins gezahlt wird, würde in der kommunistischen Wirtschaft einfach fehlen Der Zins ist also wohl eine ökonomische Kategorie - nicht direkt durch außerökonomische Mächte geschaffen - aber eine solche, die nur in der Verkehrswirtschaft vorkommt". S. 263

Hier geht Schumpeter in Wirklichkeit wieder auf eine Zins- und damit Gelderklärung aus dem Austausch zurück. Während er am Anfang den Zins aus der unterschiedlichen Effizienz von vergegenständlichen Produktionsmethoden erklärt, die sich als Folge des technischen Fortschritts ergibt, weicht seine Zinserklärung zum Schluß wieder in die Finanzierungssphäre ab. Aber durch die unterschiedliche Lösung des Finanzierungsproblems wird nicht der Zins als notwendige Kategorie der Dynamischen Wirtschaft verschwinden. Stattdessen verändert sich lediglich seine Erscheinungsform. "Ohne Entwicklung gäbe es unter den erwähnten Einschränkungen (hiermit ist der Konsumtivzins gemeint. Der Verf.) keinen Zins", S. 260 .

Dieser Satz ist eben auch umkehrbar. Jede wirtschaftliche Entwicklung bringt mit Notwendigkeit den Zins als einer wirtschaftlichen Kategorie hervor. Gleichzeitig damit aber das Geld. Dies soll nicht heißen, daß Geld nicht auch aus anderen Ursachen entstehen kann. Eine solche mögliche Ursache wäre, daß die Produktion auf Basis des Privateigentums erfolgt. Das Geld hat dann, so wie Marx es sah, nur Äquivalenz- also Austauschfunktion. Aber für alle Geldursachen außer der Verursachung des Geldes durch die wirtschaftliche Dynamik gilt, daß sie durch den Übergang zum Plansystem beseitigt werden können. Der Verweis auf solche Naturalwirtschaften wie z.B. die Wirtschaft der Inka ist dann schlüssig. Einzig durch die wirtschaftliche Dynamik wird das Geld zu einer Notwendigkeit.

Diese Bedeutung des Geldes jedoch wurde in der Marxschen Theorie völlig verkannt. Man vergleiche folgende Aussprüche von Engels:

"In der kommunistischen Gesellschaft wird es ein leichtes sein, sowohl die Produktion wie die Konsumtion zu kennen. Da man weiß, wieviel ein einziger im Durchschnitt braucht, so ist es eine Kleinigkeit, die Produktion nach den Bedürfnissen zu regeln", S. 355 "Ist eine solche Statistik einmal organisiert, so wird sich der Durchschnitt des jährlichen Kon-

sums nur im Verhältnis der steigenden Bevölkerung verändern", S. 357. Hier sieht Engels auf einmal völlig davon ab, daß eine kommunistische Wirtschaft ja auch eine wachsende Wirtschaft ist. In einer wachsenden Wirtschaft aber steigt der Durchschnitt des jährlichen Konsums schneller als der Anstieg der Bevölkerung. Seine Aussagen treffen nur für eine statische Wirtschaft zu. Das Problem der Dynamik, das sonst bei Marx und Engels eine so große Rolle spielt, tritt hier nicht in die Analyse mit ein, so daß die Schlüsse falsch werden. Es taucht dann der Eindruck auf, als ob die Vorstellung des Kommunismus noch viele statische Elemente hatte, die sie erst in der sowjetischen Kommunismusinterpretation völlig abstreifte.

21. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 27/28

22. s. Marx, Kapital ... a.a.O., Bd. II, S. 314

23. Vergl. die Darstellung dieser Vorgänge bei Dobb, Maurice: Soviet Economic Development since 1917, New York 1948. Ebenfalls s. Baykov, Alexander: The Development of the Soviet Economic System. Cambridge 1946

24. s. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1960, S. 600 ff

25. Die nähere Darstellung des Kommunismusbildes s. weiter unten S.

26. Solche Auffassungen findet man zum Beispiel bei Sombart, am stärksten ausgeprägt in seinem späten Werk Sombart, Werner: Deutscher Sozialismus, Berlin 1934

27. s. Rostow, The Stages ... a.a.O. Ebenfalls Nove, Alec: Ökonomische Aspekte des modernen Totalitarismus. Osteuropa Wirtschaft. 1959, Nr. 2, S. 109 ff.

Abschnitt A, Kapitel III

1. Damit ist das Koordinationssystem hier als letztlich entscheidendes Kriterium für die Unterscheidung von Wirtschaftssystemen angenommen worden. s. hierzu Eucken, Walter: Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Hamburg 1959. Wir betrachten das Koordinationssystem - Markt- oder Plankoordination - daher auch als eigentliche Grundlage für die Beurteilung der Kontinuität eines Wirtschaftssystems. Die inneren Wandlungen, die dabei seine einzelnen Formen durchmachen, bleiben natürlich unbestritten. Dies gilt sowohl für die Wandlungen des Inhalts des Eigentums wie auch der Staatstätigkeit. s. Burnham, James: Das Regime der Manger. Stuttgart 1949. Burnham weist

auf ganz wesentliche Wandlungen hin, die innerhalb des kapitalistischen Eigentums vorgegangen sind. Aber die durch das Koordinationssystem bedingten Differenzierungen der einzelnen Wirtschaften werden dadurch nicht schlechtweg überspielt.

Für das hier gewählte Unterscheidungskriterium kommt es nämlich nicht darauf an, ob sich in irgendeinem Sinne z.B. die Staatstätigkeit in ihrem Umfang verändert. Einzig das Verhältnis des Staates zur wirtschaftlichen Koordination ist hier gemeint. Von Plankoordination soll daher nur gesprochen werden, wenn ein die gesamte Wirtschaft umspannendes System von Materialbilanzen besteht, das für die Produktionseinheiten inhaltlich verpflichtend ist.

Jede sonstige Staatstätigkeit gilt hier nicht als konstitutiv für ein System mit Plankoordination. Gerade diese Art der Staatstätigkeit ist es, die in Marktwirtschaften völlig fehlt. Dies trotz der ungeheuer gestiegenen Bedeutung des Staates für die Wirtschaft.

Ähnliches gilt für das Verhältnis von Privateigentum und Marktkoordination. Es ist nicht wichtig für uns, ob es der tatsächliche Eigentümer ist, der verfügt, oder nur sein Agent. Marktkoordination in hier gemeinten Sinn des Wortes ist gegeben, wenn diese Verfügung dezentral erfolgt, also ohne Orientierung an einen durch den Plan gegebene Produktionsaufgabe. Sonstige Einflüsse des Staates schaffen keine Plankoordination, sondern dienen der besseren Funktionsfähigkeit der Marktkoordination und widersprechen ihr daher auch nicht.

2. s. *Političeskaja ekonomika socializma*. Moskau 1960, S. 97.

3. s. Marx, *Kritik a.a.O.*, S. 241

4. Ein Unterschied allerdings ist zu erwähnen. Die Annahme von Marx war ja, daß der Übergang zur Plankoordination unmittelbar den Zustand des Kommunismus bringen würde. Die Politökonomie trennt dies und führt dadurch die von Marx abgelehnte Trennung von Plankoordination und Verteilungssystem doch wieder durch. Sie verbindet Plankoordination und Geldsystem, eine für Marx unmögliche Annahme. Wenn auch Marx im Stadium des Kommunismus das sogenannte sozialistische Verteilungsprinzip (Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen) für notwendig hielt, so hatte dies doch mit der Beibehaltung der Geldrechnung nichts zu tun. Er nahm Plankoordination und Naturalrechnung als identisch an.

Die Gemeinsamkeit in den Eigentumsauffassungen besteht also nicht unbedingt. In Wirklichkeit ist für die Politökonomie die Frage der Plankoordination letztlich entscheidend und sie nimmt die Geldrechnung in Kauf. Eine bestimmte Verbindung zur alten Marxschen Auffassung von der Identität von Plankoordination und Naturalrechnung aber ist geblieben. Sie besteht in der auch heute noch vertretenen Auffassung, daß das gesellschaftliche Eigentum nicht voll verwirklicht ist, solange es noch den Unterschied von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum gibt. Stalin erklärte diesen Eigentumsunterschied für den eigentlichen Grund der Beibehaltung

17

des Geldes, so daß die Vollenwicklung des gesellschaftlichen Eigentums weiterhin im sowjetischen Verständnis Naturalrechnung einschloss. s. Stalin, Josef: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1953.

Die andere Frage, ob von Plankoordination die Rede sein kann, wenn juristisch noch Privateigentum besteht, existiert daher für Marx überhaupt nicht. Unter der Bedingung, daß natural gerechnet wird, hat Privateigentum schlechthin keinen Sinn. Für die Politökonomie wurde diese Frage erst deshalb wesentlich, weil sie Geldrechnung beibehalten mußte.

5. s. Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin 1960, S. 656.

6. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 658

7. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 631

8. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 658

9. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 661

10. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 659

11. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 660

12. s. hierzu Fred M. Taylor: The Guidance of Production in a Socialist State. American Economic Review, März 1929.

Ebenfalls Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism. Review of Economic Studies, 1936/1937.

13. s. Eucken Grundsätze a.a.O.

14. Zur Darstellung dieser Gesetze s. Peter, Hans: Marx (III) Handwörterbuch für Sozialwissenschaften. Ebenfalls Schumpeter, Kapitalismus ... a.a.O., S. 43 ff.

15. s. Schumpeter, Kapitalismus ... a.a.O.

16. Es gibt eine breite Literatur zur Stützung dieser Behauptung. Hier können nur die wesentlichsten Vertreter herausgegriffen werden. Mises, Ludwig v.: Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1922.

Eucken, Grundsätze ... a.a.O.

Weber, Wirtschaft und Gesellschaft ... a.a.O. 1. Halbbd., S. 53.

Weber behauptet allerdings nicht den notwendigen Zusammenbruch eines solchen Systems, sondern lediglich seine geringe Effizienz.

17. s. Mises, Ludwig v.: Planned Chaos. New York. 1947.

18. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 665

19. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 665

20. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 673

21. s. Eucken, Grundsätze ... a.a.O. Eucken behauptet das Gegenteil. "Diese Argumentation greift im wesentlichen daneben. Auch die Wirtschaftsordnungen zwischen 1945 und 1948 haben existiert - freilich bei gleichzeitiger Rückentwicklung der Arbeitsteilung nahezu auf die Zeit Karls des Großen! Das aber kann nicht der Sinn der Wirtschaftslenkung sein, den Verfall der Wirksamkeit des Produktionsapparates und der Wirtschaftsordnung herbeizuführen - . Es ist auch keineswegs anzunehmen, daß das Ungenügen eines solchen Lenkungssystems nur vorübergehender Art sei. Das Fehlen z.B. komplementärer Güter bei Investitionen und die mangelhafte Anpassung besonders auch im internationalen Handel werden, wenn das auch nicht immer sofort erkennbar ist, zu einem kumulativen Verfall des wirtschaftlichen Leistungsstandards und damit der Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern führen, was sich schließlich auf allen Lebensgebieten auswirken und auch zur Zerstörung solcher Ordnungen führen muß" . S. 116

Aber Eucken wählt hier ein Wirtschaftssystem zum Vergleich, das durch die Katastrophe eines verlorenen Krieges ruiniert ist. Das gleiche Lenkungssystem hat während des Krieges seine Aufgaben erfüllt, sogar zu gut.

In bezug auf die Sowjetwirtschaft aber kann doch von einer Rückentwicklung der Arbeitsteilung auf die Zeit Karls des Großen keine Rede sein. Es tritt eben kein kumulativer Verfall ein, der das System von innen sprengt. Seine Schwächen erhalten sich, sie verschwinden nicht, aber sie sind auch kein prinzipielles Hindernis für die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung.

22. Diese Versuche gehen letztlich zurück auf das erwähnte Buch von Mises. s. Mises, Gemeinwirtschaft ... a.a.O.

Abschnitt B, Kapitel I

1. Dies ergibt sich als Folge unserer Definition des Systems der Plankoordination. Unmittelbare Produktionsaufträge können, wenn es sich nicht um Endgüter handelt, die auch vom Staat abgenommen werden, nur gegeben werden, wenn auch die Ansatzwege festgelegt werden. Plankoordination kann es daher nur für den gesamten Wirtschaftskreislauf oder gar nicht geben.

2. s. hierzu Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1958. Gutenberg unterscheidet dispositive und objektbezogene Leistungen. S. 7

3. s. Schumpeter, Theorie ... a.a.O. Ebenfalls Gutenberg, a.a.O., S. 7f

4. s. Gutenberg, a.a.O., S. 102

5. Gewinninteresse steht in diesem Sinne nicht unbedingt in Widerspruch zur Geltung des Prinzips der Kostendeckung. Auch das Prinzip der Kostendeckung nimmt in der wachsenden Wirtschaft nicht eine bestimmte Faktorkombination zur Basis. Die Kombination, die heute die Kosten deckt, macht morgen bereits Verluste, wenn eine dynamische Wirtschaft gegeben ist. Auch der kostendeckende Betrieb muß seine Kombinationen laufend verbessern. Was die Mittelverwendung betrifft, unterscheidet sich das Kalkül des kostendeckenden Betriebes vom gewinnabhängigen Betrieb überhaupt nicht. Er bleibt an der Rentabilität und damit am Gewinn orientiert, wobei der einzige Unterschied darin besteht, daß er seinen Gewinn nicht am Markt realisiert. Das Gewinnkalkül bleibt Grundlage des Handelns. Wenn Sombart das Prinzip der Kostendeckung dem Profitprinzip gegenüberstellt, so hat dies nur Sinn, wenn unter dem Prinzip der Kostendeckung ein Prinzip traditionellen Handelns gemeint ist. Dies aber ist eine völlig andere Sache. Ein Prinzip traditionellen Handelns gibt es in der modernen Volkswirtschaft nirgendwo. Es wäre deshalb ein Missverständnis, das Prinzip der Kostendeckung, wie es für viele staatliche und kommunale Betriebe gilt, in Beziehung zum Sombartschen Prinzip der Kostendeckung als Beschreibung des Wirtschaftsgeistes einer traditionellen Gesellschaft zu bringen. Lediglich die Worte stimmen überein.

s. Sombart, Die Ordnung a.a.O., S. 14
Profitinteresse ist daher im hier gebrauchten Sinne als ein Prinzip der Orientierung an der Möglichkeit von Verbesserungen der Faktorkombinationen zu verstehen, vorausgesetzt, daß diese Orientierung am Preis erfolgt und sich auf diese Weise in ein System der Marktkoordination einordnet.

6. Danach ist also die plankoordinierte Wirtschaft notwendig wachstumsorientiert, die marktorientierte Wirtschaft notwendig profitorientiert. Beides allerdings nur unter Voraussetzung einer dynamischen Wirtschaft, für die als konstitutiv anzusehen ist, daß sie auf die Möglichkeit der Verbesserung von Faktorkombinationen ausgerichtet ist.

Diese Ausrichtung auf die Verbesserung von Faktorkombinationen kann nur anhand eines Maßstabes geschehen, der eben im Fall der Plankoordination, in der die Wirtschaft insgesamt Gegenstand wirtschaftlichen Kalküls ist, nur die Wachstumsrate sein kann. Durch Änderung der Koordinationssysteme ändert sich daher der Maßstab, an dem das wirtschaftliche Kalkül sich ausrichtet. Gerade diesen

Charakter der Plankoordination hat Marx nicht erkannt, aber ebensowenig seine Kritiker. Eine Planwirtschaft galt grundsätzlich als bedarfs- und nicht als wachstumsorientierte Wirtschaft. Die Auseinandersetzung vollzog sich grundsätzlich innerhalb dieser - falschen - Prämisse. Verkannt wurde, daß Bedarfsorientierung ein Prinzip traditionellen Handelns ist. Der Unterschied darf aber nicht so gesehen werden, wie Sombart ihn sieht, der Bedarfs- und Profitorientierung gegenüberstellt. Es stehen sich in Wirklichkeit gegenüber Bedarfsorientierung (auch Kostenorientierung genannt) als Prinzip traditionellen Handelns und Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen als Prinzip dynamischen Wirtschaftens. Innerhalb dynamischer Wirtschaften nimmt die Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen als Prinzip dynamischen Wirtschaftens. Innerhalb dynamischer Wirtschaften nimmt die Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen wiederum die Form des Profit- oder des Wachstumsinteresses an.

Die Auffassung, daß Plankoordination notwendig eine Bedarfsorientierung der Wirtschaft begründen müsse, führte zu zwei entgegengesetzten Stellungnahmen:

a) Zur Auffassung, den Übergang zum System der Plankoordination als Mittel zur Aufhebung der Entfremdung der Arbeit von ihrem Produkt benutzen zu können. Da das Profitinteresse und nicht, was ihm zugrundeliegt - die Orientierung an der Verbesserung von Faktorkombinationen - zur Ursache der kapitalistischen Umwälzung erklärt wurde, konnte man in der Überwindung des Profitinteresses den Weg zur Verbesserung der Gesellschaft sehen. Man glaubte dann, durch Überwindung des Profitinteresses die in der Phantasie besonders ausgeschmückten Idylle der traditionellen Wirtschaft wieder herstellen zu können. Diese Auffassung findet sich sowohl bei Marx wie auch bei vielen seiner konservativen Kritiker, z.B. Sombart. Ebenso wurde die beispiellose Entwicklung der Geldbeziehungen nicht als Folge der systematischen Änderung von Faktorkombinationen erkannt, sondern für eine Folge ihrer privatkapitalistischen Form gehalten.

b) Zur Auffassung, daß ein planorientiertes Handeln innerhalb einer modernen Wirtschaft im gleichen Maße unmöglich sei wie ein bedarfsorientiertes Handeln. Unmittelbare Bedarfsorientierung, im Zusammenhang damit Naturalrechnung, kann es in einer Wirtschaft, in der Faktorkombinationen dauernd Gegenstand der Wahl sind, nicht geben. Jede solche Wahl kann nur innerhalb einer gesamtwirtschaftlichen Interdependenz getroffen werden, wobei ein Geldsystem absolute Notwendigkeit ist. Als abschaffbar kann es nur gedacht werden unter den extremen, nie wirklichen, Voraussetzungen des homo oeconomicus-Modells. Dieser Beweis zeigt unmittelbar, daß wegen der Identität von Bedarfsorientierung und Naturalwirtschaft eine solche Wirtschaft am Problem der Wirtschaftsrechnung scheitern müßte.

Man nimmt hierbei allerdings die Prämisse an, die Marx gesetzt hat und nach der Planwirtschaft notwendig Bedarfsdeckungs- und Naturalwirtschaft ist. Man dreht jedoch den Spieß um und beweist, daß Naturalrechnung mit einer Wirtschaft unvereinbar ist, die die Faktorkombinationen dauernd zur Wahl stellt.

Wir würden diesen Beweis für richtig halten, meinen aber, daß hier keine wirkliche Antwort auf das Problem gegeben wird. Auch in dieser Auffassung wird das Geld für ein Produkt kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen gehalten und seine Notwendigkeit keineswegs auf seine eigentliche Grundlage zurückgeführt, nämlich die Vermittlung einer dauernden Verbesserung von Produktionsmethoden.

Die Versuche, eine Naturalwirtschaft in der Sowjetunion zu verwirklichen, brachen, wie erwartet, nach kurzer Zeit zusammen (am Ende des Kriegskommunismus). Da man sich aber auf diesen Ansatz fixieren ließ, übersah man völlig, wie sich auf Basis des Systems der Plankoordination wieder ein Geldsystem bildete, das jetzt allerdings nicht die Profitorientierung als Norm hatte, sondern die Wachstumsorientierung unmittelbar. Es zeigte sich, daß Plankoordination mit gleicher Notwendigkeit ein Geldsystem ist und Markt-koordination.

Da man dies im Westen verkannte, mußte man die Verstärkung des Geldsystems für eine Übernahme sogenannter marktwirtschaftlicher Elemente halten. s. Boettcher, a.a.O.

In Wirklichkeit findet das Plansystem, indem es die Geldbeziehungen, die es absolut notwendig braucht, entwickelt, erst seine wirkliche Gestalt. Damit zeigt sich dann, daß Geld eine Kategorie der wachsenden Wirtschaft überhaupt und nicht der Marktwirtschaft ist.

Plankoordination mit einer Orientierung an der Wachstumsrate ist daher eine Form des Geldsystems, die eine ähnliche innere Logik hat wie das System der Markt-koordination.

7. Die Auffassungen der Politökonomie hierzu seien noch erwähnt. Dort beschäftigt man sich ebenfalls mit der Frage, welche Verhaltensnormen in den verschiedenen Koordinationssystemen institutionalisiert sind. Man spricht in diesem Zusammenhang von den wirtschaftlichen Grundgesetzen von Kapitalismus und Sozialismus. Stalin nennt als wirtschaftliches Grundgesetz des Kapitalismus die "Notwendigkeit der Erzielung von Maximalprofiten"

s. Stalin, Josef: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1955, S. 41. Das wirtschaftliche Grundgesetz des Sozialismus hingegen lautet: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik" . S. 41

In dieser Form allerdings geben diese sogenannten Grundgesetze nur allgemein vermutete Tendenzen und keine notwendigen Beziehungen wieder. Es braucht aber keine großen Umformulierungen, damit sie mit dem hier benutzten Begriff der institutionalisierten Verhaltensnorm übereinstimmen. In dieser Form müßten sie dann lauten: Im Kapitalismus ist die Form, unter der wirtschaftliches Handeln rechenhaft gemacht wird, der Profit, im Sozialismus die Wachstumsrate.

Wir können diese Maßstäbe institutionalisierte Normen nennen, weil wirtschaftliches Handeln notwendig diese Maßstäbe benutzen muß. Dem einzelnen Wirtschaftler sind diese Maßstäbe durch das Koordinationssystem vorgegeben, damit ist ihm aber auch der einzige Weg vorgeschrieben, auf dem sein Handeln rechenhaft werden kann.

Die Aussage über die Tendenz bleibt dabei unbenommen. Es ist wahrscheinlich, daß der kapitalistische Wirtschaftler den Profit maximiert und daß der Planer die Wachstumsrate möglichst hoch treibt. Aber er kann auch anders. Aber der Wirtschaftler muß, entweder den Profit oder die Wachstumsrate als Basis der Rechenhaftigkeit benutzen.

Allerdings würden wir für solche institutionalisierte Verhaltensnormen den Gesetzesbegriff nicht anwenden. Diese stellen zwar für den Wirtschaftler eine Notwendigkeit dar, der er sich innerhalb des Koordinationssystems bedienen muß, wenn er überhaupt sinnvoll handeln will. Aber wir haben den Gesetzesbegriff rein auf die Beziehungen beschränkt, die sich aus dem Handeln innerhalb dieser Verhaltensnormen ergeben.

8. Es wird hier bewußt nur von Wachstumsorientierung gesprochen, nicht von Planorientierung. Die Form, unter der das Handeln rechenhaft wird, kann nicht der Plan sein, denn der Plan selbst muß ja an einem Kriterium ausgerichtet werden. Wachstumsorientierung ist die Form der Rechenhaftigkeit, die auch die Planaufstellung beherrscht. Über den Plan werden dann die einzelnen Wirtschaftssubjekte am Wachstum orientiert.

Wachstumsorientierung des Planers heißt daher, die Einkommensströme so zu lenken, daß sie eine möglichst hohe Bereitschaft und Fähigkeit zu wirtschaftlichen Anstrengungen bewirken.

Die Wachstumsrate ist der Maßstab dafür, wieweit ihm dies gelingt.

9. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 139

10. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 139

11. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 140

12. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 141

13. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 143

14. s. Grundlagen ... a.a.O., S. 144

15. s. weiter unten S. 140

16. Das Wachstumsinteresse ist damit für den Planer die Form geworden, unter der nicht nur die Effizienz der Produktion im engeren Sinne gemessen wird, sondern auch die Leistung sämtlicher übrigen Wirtschaftsbereiche. Das wirtschaftliche Kalkül ist damit auf sämtliche Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt. Ob sie zu fördern sind oder nicht, findet in der Beziehung zur Wachstumsrate seinen rechenhaften Ausdruck.

Bei Marktkoordination sind auch sämtliche Gesellschaftsbereiche unter einem Einfluß aus der Wirtschaft. Dies ergibt sich aus der notwendigen Interdependenz aller Lebensbereiche.

s. Eucken, Grundsätze ... a.a.O. Aber die einseitige Abhängigkeit, die die Unterstellung unter das Wachstuminteresse bedingt, ist hier nicht gegeben. Dies deshalb nicht, weil die institutionelle Voraussetzung einer solchen Abhängigkeit - ein zentrales Plansystem - nicht gegeben ist. So verstanden, sind diese Gesellschaftsbereiche bei Marktkoordination institutionell autonom und verstehen sich auch so.

17. s. Fetscher, Iring: Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 2. Folge. Tübingen 1957, S. 37 ff.

18. s. Bollnow, Hermann: Engels Auffassung von Revolution und Entwicklung in seinen 'Grundsätzen des Kommunismus' 1847" Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 1. Folge, Tübingen 1954, S. 77 ff. Bollnow weist darauf hin, daß bereits bei Engels der Umschlag beginnt. Er unterscheidet bei Engels zwei Entwicklungsbegriffe: (S. 97)

1. Die Entwicklungsstufen der Gesellschaft. Die Gesellschaft entwickelt sich danach zu ständig neuen Stufen, wobei die Produktionsverhältnisse jeweils zu Fesseln der weiteren Entwicklung werden und daher durch die Bildung einer neuen Gesellschaftsformation abgelöst werden müssen. Die letzte mögliche gesellschaftliche Formation ist der Kommunismus, der der Entwicklung der Produktion unbeschränkte Möglichkeiten gibt.

2. Der unbegrenzte Fortschritt. Dieser Entwicklungsbegriff beschreibt das mögliche wirtschaftliche Wachstum auf Basis der Großindustrie. Die Entwicklung im ersten Sinne hört mit dem Kommunismus auf, in diesem zweiten Sinne hingegen gewinnt sie erst im Kommunismus ihre volle Möglichkeit. Es tritt damit ein prinzipiell unendliches Wachstum ein.

Ein Zustand wirklicher Vollendung fällt damit fort und an seine Stelle tritt das endlose Wachstum.

s. auch Fetscher, Von der Philosophie ... a.a.O.

"An die Stelle dieses Zu-sich-kommens der Totalität tritt bei Engels der (schlecht) unendliche Progress der Evolution, dessen qualitative 'Sprünge' freilich dialektisch gedeutet werden. Die fortschreitende Elimination der unwälzenden Funktion des Bewusstseins und der Kategorie der Totalität kennzeichnet die Entwicklung des dialektischen Materialismus von seinen Anfängen bis hin zum späten Stalin" . S. 40

"Wenn aber die Philosophie - ganz im Stile der Zeit - nicht mehr durch die kollektive Befreiungstat verwirklicht, sondern durch die Wissenschaften ersetzt wird, tritt notwendig auch an die Stelle des einen und entscheidenden weltgeschichtlichen dialektischen Umschlages der unendliche Progress der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und der materiellen Produktion" . S. 43

"Als eindeutiges und zutragliches Hauptkriterium des Fortschritts führen schließlich die Bloch-Kritiker den 'Stand der Produktion' an, der schon von Stalin in seinem Katechismus (Über dialektischen und historischen Materialismus) zu einem Fetisch gemacht worden ist. Nicht mehr die Vermenschlichung des Menschen, sondern die maximale Steigerung der Produktion wird damit das Ziel. An die Stelle eines erreichbaren Endes tritt der schlecht unendliche Pro- gress; an die Stelle eines möglichen Abschlusses der gleiche Zwang zur Expansion, der den kapitalistischen Wirtschaftsprozess kenn- zeichnet; an die Stelle einer Befreiung des Menschen vom naturnot- wendigen Zwang des Wirtschaftsprozesses die vollständige Unter- werfung der Werktätigen, deren Menschlichkeit sich darauf redu- ziert, daß sie 'die wertvollsten Produktionsmittel' sind" . S. 58, Anm. 1.

19. Diese Verwandlung schlägt sich deutlich nieder in der unter- schiedlichen Auffassung des Theorie-Praxis-Kriteriums bei Marx und in der sowjetischen Theorie.
s. Fetscher, Iring: Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangeli- schen Akademien. 3. Folge. Tübingen 1957 , S. 66 ff.

20. Dies Verhältnis ist dargestellt bei Lenin. Lenin, W.I.: Materialismus und Empiriokritizismus. Berlin 1960.
In der sowjetischen Auffassung ist dies beibehalten.

"In der Tat, der Mensch besitzt kein anderes Mittel, um die Wahr- heit seines Wissens festzustellen als die Praxis. Gerade die praktische Tätigkeit, die Grundlage und das Ziel der Erkenntnis, entscheidet in letzter Instanz, welche von den gewonnenen Kennt- nissen wahr oder falsch sind. Die Praxis ist das Kriterium der "Wahrheit" s. Grundlagen ... a.a.O., S. 124

"In der industriellen Produktion ist die verbreitetste Form der praktischen Überprüfung wissenschaftlich-technischer Ideen die Werkserprobung und Massenanzwendung von Maschinen, Geräten und technologischen Prozessen" . S. 125

"Das Kriterium der Wahrheit gesellschaftlicher Theorien kann nur die Produktion und die praktisch-revolutionäre Tätigkeit der Massen sein" . S. 125

"Somit bildet der Zusammenhang von Theorie und Praxis, von Wissen- schaft und Produktion - unter Wahrung des Primats der Praxis - die notwendige Voraussetzung für den materiell-technischen Fortschritt der Gesellschaft" . S. 105

Auch hier ist der Übergang bereits bei Engels festzustellen.
s. Engels, Friedrich: Dialektik der Natur. Berlin 1955.

"Es ist also die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesell- schaft, aus der die Gesetze der Dialektik abgeleitet werden müs- sen. Sie sind aber nichts anderes als die allgemeinsten Gesetze dieser beiden Phasen der geschichtlichen Entwicklung des Denkens selbst" . S. 285

s. dazu Landgrebe, Ludwig: Das Problem der Dialektik. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der evangeli- schen Akademien. Tübingen 1957, 3. Folge, S. 60.

Zum Marxschen Begriff des Verhältnisses von Theorie und Praxis
s. Marx, Karl: Thesen über Feuerbach. Aus: Deutsche Ideologie,
Berlin 1953, S: 593 ff.

21. s. Fetscher, Von der Philosophie ... a.a.O.

"Es gibt jetzt keine isolierte und isolierbare 'Ideologie' mehr, sondern nur noch das selbstbewusste (tendenziell die Gesamtgesellschaft umfassende) Proletariat, das in eins auf Grund dieses Bewußtseins tätig ist" . S. 37

22. s. Fetscher, Von der Philosophie ... a.a.O.

"Die bürgerliche Ideologie ist eine falsche Widerspiegelung einer falschen Wirklichkeit. Sie ist weder die richtige Widerspiegelung einer falschen, noch die falsche Widerspiegelung einer richtigen Welt. In ihrer doppelten Falchheit liegt jedoch keine dialektische Aufhebung der Falchheit als solcher, sondern die Aufforderung, jene falsche Wirklichkeit erst einmal zu einer 'richtigen' zu machen, auf Grund deren dann eigentliche Wahrheit erst möglich ist" . S. 33

23. So spricht Chruščev vom besonderen Charakter des "sozialistischen Geldes". s. sein Hauptreferat auf dem XXI. Parteitag. Zitiert nach "Presse der Sowjetunion", Berlin-Ost, 1959, Nr. 13, S. 281

24. Der Ideologiebegriff ist in der westlichen Nationalökonomie wenig gebräuchlich. Wird er verwandt, so beschränkt er sich meistens auf Interessenideologien von Gruppen, z.B. Monopolen, Arbeitsmarktparteien. s. Bucken, Grundsätze ... a.a.O., S. 23 ff
Wenn der Ideologiebegriff hier für das Wirtschaftssystem selbst benutzt wird, so ist dies als ein Rückgriff auf den Marxschen Ideologiebegriff zu verstehen, entspricht dem aber nicht völlig. In unserem Sinne ist Ideologie als ein das Wirtschaftssystem in Anknüpfung an institutionalisierte Verhaltensnormen konstituierendes Werturteil. Gruppenideologien hingegen als Werturteile zu verstehen, die die Interessen einer Gruppe in das Wirtschaftssystem verschmelzen.

Die weitere Diskussion des Ideologiebegriffes soll weiter unten erfolgen, wenn das Verhältnis von Ideologie und Theorie untersucht wird.

Zum Ideologiebegriff s. Geiger, Theodor: Ideologie und Wahrheit. Stuttgart-Wien 1953.

25. Die Ausführung dieser Gedanken findet sich bei Lenin, W.I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. Berlin
Lenin, W.I.: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. 1951
Berlin 1951.

26. Der Dienst am menschlichen Fortschritt hat damit einen rechenhaften Ausdruck gefunden.

"Allein es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jeder Fortschritt primär gemessen werden muß am Vorwärtsschreiten der ökonomischen Basis, an der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, weil diese alles weitere tragen, wengleich sich nicht immer adäquat den Formen des Überbaus mitteilen"
s. Horn, Johannes Heinz: Kritische Bemerkungen zur Philosophie Ernst Blochs. Aus: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Sammlung von Aufsätzen. Berlin 1957, S. 320

"An der Basis also, in der Produktion, ist der Fortschritt zweifellos absolut zu messen" . S. 323

27. Zur Darstellung dieser Situation s. Rostow, The Stages ... a.a.O.

Ebenfalls s. Nove, Alec: Ökonomische Aspekte des modernen Totalitarismus. Osteuropa-Wirtschaft 1959, Nr. 2, S. 109 f.

"Die breiten Volksmassen solcher Länder sind, trotz ihrer Unzufriedenheit mit ihrem niedrigen Lebensstandard, einen traditionellen, vorindustriellen Lebensweg gewohnt und unter keinen Umständen gewillt, sich den Erfordernissen der Modernisierung anzupassen. Hier herrscht für gewöhnlich eine weit verbreitete, allgemeine und gefühlsmäßige Abneigung gegenüber allem Kommerziellen, Händlerischen und Finanziellen vor, so daß es unwahrscheinlich ist, daß demokratische Selbstbestimmung zur Entwicklung beiträgt, selbst dann nicht, wenn die institutionellen Gegebenheiten günstig lägen Eine wahrhaft demokratische, das ganze Volk umfassende Bewegung zugunsten einer solchen Investition zu erhoffen, ist angesichts des demagogischen Verlangens nach unmittelbarem Nutzen allgemein sinnlos" . S. 111

Nove hält einen demokratischen Weg für ausgeschlossen.

"Aus den geschilderten Gründen ruft die Entwicklung daher nach einem sozialen Umschwung, der - möglicherweise einschließlich der Beseitigung der gegenwärtig herrschenden Klasse - auf eine Revolution hinausläuft, aber gleichzeitig Maßnahmen zur Überwindung der traditionellen Einstellung der Massen erfordert" . S. 111

"Die Erfahrungen der an Unternehmungsgeist und Hilfsmitteln so reichen USA, eines Landes, das jedoch weder eine feudalistische Vergangenheit noch ein Bauernproblem besitzt, sind kaum von Belang" . S. 119

Abschnitt B, Kapitel II

1. Es gibt jedoch auch in früheren Jahren bereits Diskussionen über den kommunistischen Endzustand. Aber diese erreichen nicht die Breite und Aktualität, die die heutige Kommunismuskonversation hat.

s. Wiles, Peter: Vollkommunismus - das Endziel der Kommunisten in Theorie und Praxis. Osteuropa 1960, Nr. 2/3, S. 120 f.

2. s. Wiles, ... a.a.O., S. 111 . Titoismus ist danach eine Lehre vom Sozialismus ohne eine eigene ausgebaute Ansicht über den Vollkommunismus.
3. s. Wiles, ... a.a.O., S. 106/107. Wiles zählt dort die von Marx angegebenen Kennzeichen des Kommunismus auf. Dort auch genauere Quellenverweise.
4. s. Ljapin, A.: Von der sozialistischen zur kommunistischen Arbeit. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr. 3, S. 281
5. s. Nobel, Genia: Die Entwicklung der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus. Einheit, 1960, Nr. 7, S. 1108
6. s. Strukow, E.W.: Die Persönlichkeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr. 3, S. 297
7. s. Strukow, ... a.a.O., S. 298
8. s. Strukow, a.a.O., S. 298/299
Strukow verwendet den Ausdruck "Universalspezialist". Der Ausdruck ist ein Widerspruch in sich selbst und kann als Zeichen dafür gelten, welche Schwierigkeiten es macht, eine sich dauernd verstärkende Spezialisierung als Aufhebung der Arbeitsteilung zu interpretieren.
9. s. Strukow, ... a.a.O., S. 295
10. s. Kostin, N.P.: Über die Freizeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1960, Nr. 9 .
"Ausgehend von den Erfordernissen der Produktion, wird die Gesellschaft wahrscheinlich für alle werktätigen Menschen die Arbeitszeit und den Arbeitsplatz festlegen. Natürlich werden dabei die Fähigkeiten und Neigungen des einzelnen berücksichtigt werden, doch darf man nicht vergessen, daß im Kommunismus jeder Werktätige den gesellschaftlichen Interessen den Vorrang geben wird, auch wenn sie nicht immer mit seinen Wünschen übereinstimmen" . S. 990
11. s. Jöhr, Das Modell ... a.a.O., S. 42
12. Der Charakter des Modells der vollkommenen Konkurrenz als Fiktion des Zustandes perfekten Funktionierens war nicht immer bewußt. Er ist jedoch bei Jöhr völlig klargestellt.

"Ich beschränke mich deshalb darauf, ein bestimmtes 'set' von Voraussetzungen zu entwickeln, die so gewählt sind, daß die daraus folgenden Ergebnisse einen geeigneten Maßstab zur Beurteilung wirklichkeitsnäherer Modell darstellen aber die Ablehnung bestimmter Prämissen darf nicht mit ihrem wirklichkeitsfremden Charakter motiviert werden" S. 44

Vergl. Vaihinger, Hans: Die Philosophie des Als Ob. System der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit. Leipzig 1927.

Fey, Alfred: Der homo oeconomicus in der klassischen Nationalökonomie und seine Kritik durch den Historismus. Limburg 1936.

13. Danach wären also die Voraussetzungen des homo oeconomicus in beiden Vorstellungen der vollkommenen Gesellschaft enthalten, so daß man den kommunistischen Menschen auch als homo oeconomicus benennen könnte. Dies ist aber nicht explicite in der marxistischen Auffassung klargestellt, lediglich implicite in ihr enthalten.

Zu den Voraussetzungen des homo oeconomicus s. Fey, ... a.a.O.

14. s. Jöhr, ... a.a.O., S. 53

15. Dies bestreitet Jöhr, a.a.O., S. 51
Aber hier liegt doch wohl ein Widerspruch im Modell selbst vor. Es abstrahiert durch die Annahme unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit der Produktionsfaktoren von sämtlichen Symptomen der Zeit, ohne von der Zeit selbst abstrahieren zu wollen. Aber es gibt keine Zeit als solche, wenn man von den Symptomen der Zeit abstrahiert hat, hat man von der Zeit selbst abstrahiert, ähnlich wie man von den Symptomen einer Krankheit nur abstrahieren kann, wenn man von der Krankheit selbst abstrahiert.
Wenn hier also von Abstraktion von der Zeit gesprochen wird, so heißt dies die Annahme, daß aus der Zeit keine Störungsmomente in den Wirtschaftsablauf kommen.

16. Danach ist Geld das Symptom einer "falschen Wirklichkeit". "Falsche Wirklichkeit" heißt dabei eine Wirklichkeit, die den im Optimummodell (bei Marx Kommunismusmodell) gemachten Voraussetzungen nicht entspricht.

17. Dieses Moment wurde von Marx und Engels immer wieder betont und unterscheidet das Kommunismusbild im gleichen Maße wie die liberale Harmonievorstellung von allen bisherigen Bildern der "vollkommenen Gesellschaft". Marx spricht in bezug auf diese sonstigen Vorstellungen von Utopien. In seinem Sinne ist also auch die liberale Harmonievorstellung keine Utopie. Marx wirft ihr lediglich vor, daß sie die völlige Harmonisierung der Interessen durch die Konkurrenz erwartet, während er im Kommunismusbild die

"richtige" Vorstellung dieser Interessenharmonisierung zu haben glaubt.

Vergl. Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus: Marx/Engels: Ausgewählte Werke. Berlin 1960, 2. Bd., S. 108 ff.

Marx stellt seinen Begriff der Utopie bereits klar im kommunistischen Manifest, s. ebendort, 1. Bd.

18. Dies ist eine Selbstverständlichkeit, die man sich auszusprechen scheut. Besteht keine Arbeitsteilung, dann ist der gleiche Zustand erreicht, wie wenn keine Wirtschaftsgesellschaft besteht. Der einzelne produziert unmittelbar für sich. Individual- und Gemeininteresse sind dann eben identisch. Eine Wirtschaftsgesellschaft ohne Arbeitsteilung ist keine gesellschaftliche Wirtschaft, hat folglich auch nicht die Probleme, die aus der Vergesellschaftung des wirtschaftlichen Handelns als Folge der Arbeitsteilung resultieren. Es ist eine Gesellschaft, in der das Handeln abläuft wie in einer Robinsonade und man hat auch tatsächlich die gleichen Identitäten, wie sie im Kommunismusbild bestehen, aus dem Robinson-Modell abgeleitet. Die beißende Kritik, die Marx am Robinson-Modell übt, und die völlig berechtigt ist, trifft daher in ihrer ganzen Schärfe sein eigenes Kommunismusbild.

19. Dies Problem der Irrationalität des Rationalisierten existiert also in der Marktwirtschaft auch, bekommt hier aber keinen die Gesamtgesellschaft betreffenden Ausdruck.

s. Löwith, Karl: Max Weber und Karl Marx. Aus: Gesammelte Abhandlungen. Stuttgart 1960, S. 27.

20. s. Grundlagen, a.a.O., S. 805/806

21. s. Grundlagen, a.a.O., S. 824

22. s. Grundlagen, a.a.O., S. 826

23. s. Grundlagen, a.a.O., S. 812

24. s. Grundlagen, a.a.O., S. 812

25. s. Grundlagen, a.a.O., S. 814

26. s. Grundlagen, a.a.O., S. 810

27. s. Grundlagen, a.a.O., S. 816

28. s. Grundlagen, a.a.O., S. 820

29. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 817

30. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 819

31. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 817

32. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 815

33. s. Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. Aus: Marx/Engels, Ausgewählte Werke ... a.a.O., S. 16/17

34. s. Wiles, Vollkommunismus ... a.a.O., S. 120

35. s. Fetscher, Iring: Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel. Marxismusstudien. Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien. 3. Folge. Tübingen 1957, S. 66 ff. Danach ist ursprünglich der Marxismus eine Geschichtstheorie, die "die geschichtliche Totalität in ihrem Entwicklungssinn begreifen und sowohl das proletarische Klassen(selbst)bewußtsein wie die aus ihm (durch einen dialektischen Umschlag) hervorgehende Revolution verstehen kann, jedoch zu einer instrumental-mechanistischen Theorie und Praxis keine Handhabe gibt" . S. 68 Es ist aber andererseits sicher auch richtig, daß die Marxschen Begriffe durch Uminterpretation durchaus einem instrumental Denken gefügig gemacht werden können. Dabei unterschob man dem Übergang zum Sozialismus einen anderen Sinn, wozu sich die Notwendigkeit aber gerade daraus ergab, daß die ursprüngliche Geschichtskonzeption sich als unhaltbar erwies. Es handelt sich also nicht um irgendeine beliebige Uminterpretation, sondern um eine Anpassung an das Mögliche.

36. s. Chruščev, Hauptreferat auf dem XXI. Parteitag, a.a.O., S. 278

37. s. Stepanjan, Z.: O zakonomernostjach pererastanija socializma v kommunizm. Kommunist 1959, Nr. 14, S. 33.

38. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 34 Sämtliche antagonistischen Widersprüche sollen dann beseitigt sein (Klassen- und nationale Widersprüche) und die Entwicklung vollzieht sich durch dauernde Lösungen nichtantagonistischer Widersprüche. Dies verbindet danach Sozialismus und Kommunismus als Phasen.

39. s. Stepanjan ... a.a.O., S. 34

40. s. Stepanjan ... a.a.O., S. 36

41. s. Stepanjan ... a.a.O., S. 37

42. s. Stepanjan ... a.a.O., S. 35

43. s. auch Glazerman, G., zitiert nach "Beginn der kommunistischen Ära". Hinter dem eisernen Vorhang. 1960, Nr. 6.

"Ein gradueller Verlauf des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus bedeutet eben, daß dieser nicht mit einem Mal stattfindet. Er umfaßt einen vollständigen historischen Zeitabschnitt, in welchen unser Land vor mehr als zwei Jahrzehnten eingetreten ist" . S. 9

"Nachdem die Sowjetunion den Sozialismus in seinen Grundlinien aufgebaut hatte, trat sie in das Stadium der Vervollkommnung des Ausbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus ein, in die Entwicklung vom ersten Stadium des Kommunismus zum zweiten, in einen langen und stufenweise fortschreitenden Prozess" . S. 8

44. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 38

45. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 39

46. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 39

47. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 38. Metaphysisch betrachten heißt danach, den Kommunismus irgendwann als vollendeten Zustand erwarten.

48. s. Stepanjan, ... a.a.O., S. 34

"Als Ergebnis erweitert sich das Geltungsgebiet der wirtschaftlichen Gesetze der neuen Formation, sie erfassen immer tiefer und voller den gesamten Prozeß der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung und schließlich findet das wirtschaftliche Grundgesetz seinen vollsten, adäquaten Ausdruck im kommunistischen Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" . S. 35

Dieser letztlich anzustrebende Zustand liegt dann aber jenseits des Übergangs zur sogenannten kommunistischen Phase. Die Verwirklichung des kommunistischen Verteilungsprinzips wird also in der höchsten Phase des Kommunismus zunehmend immer vollkommener werden. Wenn man bedenkt, daß dieser Vervollkommnungsprozeß nach Stepanjan eigenen Worten (S.38) Jahrhunderte dauern wird und sich dann immer noch weiter vervollkommnet, heißt dies genau dasselbe, wie dass er nie verwirklicht wird. Seine Verwirklichung ist eben ein unendlicher Prozeß. Die Bezeichnung dialektisch und metaphysisch bekommen damit eine eigenartige Ausprägung. In diesem Sinne würde man den gleichen Prozeß von zwei Seiten sehen können. "Metaphysisch" gesehen erreicht er sein Ziel nie, weil es ja ein unendlicher Prozeß ist. Sieht man ihn hingegen "dialektisch", so denkt man sich diesen unendlichen Prozeß in einen Zustand zusammengezogen, so daß das Ziel als realisierbar gilt.

"Die praktische Verwirklichung des Prinzips 'Jeder nach seinen Leistungen, jedem nach seinen Bedürfnissen' wird das Kriterium sein, an dem sich die Vollendung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft mißt, welche einem neuen Zeitalter seine weitere grenzenlose Entwicklung sichert" . S. 46

"In der gegenwärtigen Etappe geht die Verteilung der produzierten Güter prinzipiell (aber nicht insgesamt!) nach sozialistischem Prinzip vor sich, wobei der individuelle Kanal zur Bedürfnisbefriedigung vorherrschende Bedeutung hat. In den folgenden Etappen des kommunistischen Aufbaus wird die Verteilung, nach Maßgabe des Wachstums der gesellschaftlichen Produktion, des kommunistischen Bewußtseins der Massen und der Vorbereitung entsprechender organisatorischer Voraussetzungen, zur Hauptsache gemäß dem Prinzip des Kommunismus verwirklicht werden, mit einem Vorherrschen des gesellschaftlichen Kanals der Bedürfnisbefriedigung" . S. 44

Dieses Vorherrschen des gesellschaftlichen Kanals der Bedürfnisbefriedigung kann sich dann durch die Jahrtausende hindurch ständig und ununterbrochen verstärken.

49. "Im Hinblick auf die Perspektiven des Absterbens der Ware-Geld-Beziehungen in der höheren Phase des Kommunismus äußerte Ostrowitjanow den Gedanken, daß möglicherweise die Ware-Geld-Beziehungen während einer bestimmten Zeit auch noch in Ländern fortbestehen werden, die im wesentlichen den Übergang zum Kommunismus bereits vollzogen haben. Das kann sich infolge der Wechselbeziehungen der kommunistischen Eigentumsform mit den sozialistischen Eigentumsformen in den Ländern des sozialistischen Welt-systems wie auch wegen der ökonomischen Beziehungen zu Ländern des kapitalistischen Welt-systems als notwendig erweisen"

s. Ökonomische Probleme beim Aufbau des Kommunismus. Tagung der Gesellschaftswissenschaftlichen Abteilungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1959, Nr. 2, S. 173

50. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 783

51. s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 782

Arbeit als erstes Lebensbedürfnis bekommt damit ein völlig neues Aussehen.

"Für Millionen sowjetischer Menschen wird die Arbeit immer mehr zum ersten Lebensbedürfnis. Sie liefert ihnen nicht bloß die Mittel für den Lebensunterhalt, sondern bereitet ihnen auch Freude und ruft das Gefühl tiefer Befriedigung hervor ... Im Sozialismus ist es jedoch noch nicht zur Norm, zum natürlichen Bedürfnis aller Menschen geworden für das Gemeinwohl zu arbeiten" .

s. Ljapin, ... a.a.O., S. 270

"Wir können heute bereits sagen, daß für viele sowjetische Menschen die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist. Neben der Erhöhung der Rolle der materiellen Interessiertheit gewinnen die gesellschaftlichen, moralischen Impulse ständig wachsende Bedeutung" . S. 283

Damit sind moralische Impulse zur Arbeit und materielle Interessiertheit als vereinbar erklärt und Arbeit kann erstes Lebensbedürfnis sein, auch wenn sie in Geldeinkommen bezahlt wird. Ljapin dreht den alten Begriff sogar völlig um, wenn er das Einkommensmotiv als Mittel zur Erzielung eines neuen "Arbeitsethos nennt.

"Gleichzeitig fördert die Verteilung nach der Arbeitsleistung die gesellschaftlichen, moralischen Impulse zur Arbeit, erzieht die Menschen zur sozialistischen Disziplin und macht die Arbeit zur Pflicht für alle" . S. 271

Die Ausschließlichkeit, mit der Marx Einkommensinteresse und Arbeit als erstes Lebensbedürfnis getrennt hatte, wird damit aufgehoben. s. auch Nobel, ... a.a.O.

"So entwickelt sich, gleichzeitig mit dem Leistungsprinzip und neben diesem auch bereits das kommunistische Prinzip der Verteilung. Jedoch wird in der sozialistischen Periode immer das Leistungsprinzip das entscheidende bleiben, das es den Erfordernissen der Entwicklung in dieser Etappe entspricht. Erst im weiteren, direkten Übergang zum Kommunismus wird sich dann das Schwergewicht immer mehr auf die Verteilung nach Bedürfnissen verschoben" . S. 1102

Der Zustand überwiegend gesellschaftlichen Verbrauchs wird dann folgendermaßen beschrieben: "Charakteristisch ist, daß der unabhängig von der Leistung ermöglichte Verbrauch in sehr hohem Maße ein kollektiver Verbrauch ist, für den auch immer zahlreichere Gebäude und Anlagen, kulturelle und soziale kollektive Einrichtungen geschaffen werden: Kindergärten und Sanatorien, Bildungseinrichtungen und Wohnheime, Großküchen, Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe usw." .

Nobel, a.a.O., S. 1102

Ähnlich in bezug auf den Planungsapparat. Nach Marx handelt es sich dabei um eine Assoziation von freien Produzenten. Es wird daraus die Erwartung eines Fortdauerns des heutigen Planapparates, der mit einem Maximum an örtlicher Initiative zu verbinden sei.

"Es unterliegt keinem Zweifel, daß die wirtschaftlich-organisatorische Funktion als Funktion einer zentralen Leitung der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Wirtschaft, in irgendeiner Form und durch irgendein gesellschaftliches Organ wahrgenommen, weiterbestehen wird ... Unbestreitbar jedoch ist, daß sie, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, die straffe zentrale Leitung mit einem Maximum an örtlicher Initiative vereinigen wird. Die wachsende Mitarbeit und direkte Beteiligung der Massen an der Leitung von Staat und Wirtschaft, solche Organisationsformen wie die ständigen Produktionsberatungen der Betriebe, die ständig wachsende Beteiligung an den Kommissionen der Sowjets usw. sind Elemente einer solchen Entwicklung" . S. 1110

Auch hier ist wieder dieselbe Art des Ausdrucks wie oben. Die Masseninitiative wächst eben dauernd und sie wird ewig weiterwachsen. In der Sowjetunion wächst sie bereits seit der Oktoberrevolution ununterbrochen. In ähnlicher Weise wird das Problem des Absterbens des Staates behandelt: "Jedoch tritt in diesem Kampf, wie in der gesamten Tätigkeit des Sowjetstaates, das Element des Zwanges immer weiter zurück zugunsten von Methoden der Erziehung, der Überzeugung, der Einwirkung des Kollektivs und der Öffentlichkeit" . Nobel, a.a.O., S. 1111.

27

Entscheidend sind hierbei die Worte "immer weiter", durch die jeweils der volle Anspruch zurückgenommen wird. Übrig bleibt dann eine bestimmte Art, die Wirklichkeit zu sehen. Jede Einzelheit in der Gegenwart muß als Moment eines endlosen Prozesses gesehen werden. Das Wachstum der örtlichen Masseninitiative ist Teil eines durch Jahrhunderte sich verstärkenden Prozesses, so auch das Absterben des Staates, die Herausbildung der Arbeit als erstes Lebensbedürfnis. Das Endziel ist lediglich der auf einen Punkt zusammengezogene gedachte Prozeß. In dieser Art sehen zu können, heißt dialektisch sehen. Es ist die Kunst eines Kommunisten, dialektisch sehen zu können.

52. s. Chruščev, Hauptreferat auf dem XXI. Parteitag, a.a.O., S. 279

53. s. Chruščev, a.a.O., S. 279

Während diese "volle Bedürfnisbefriedigung" bereits in absehbarer Zeit mit dem Beginn der kommunistischen Phase gegeben sein soll, braucht es eine längere Zeit, bis der volle Kommunismus da ist. Dies einmal von der Seite der Arbeit aus betrachtet: "Eine längere Frist ist notwendig, damit sich bei den Menschen das innere Bedürfnis herausbildet, nach Fähigkeiten zu arbeiten. Solange das nicht der Fall ist, kann die Gesellschaft nicht ohne eine bestimmte Normung der Arbeitszeit auskommen, in der jeder Arbeitsfähige eine bestimmte Menge Arbeit zur Schaffung der von der Gesellschaft benötigten Werte leisten muß" . S. 279

Ähnlich verhält es sich auf der Konsumseite: "Die Notwendigkeit, die Verteilung der Produkte unter den Mitgliedern der Gesellschaft zu regulieren, entfällt erst im Kommunismus, wenn die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, daß ein Überfluß an allen notwendigen Konsumgütern erreicht wird, und wenn alle Menschen freiwillig und unabhängig von der Menge der erhaltenen materiellen Güter unter vollem Einsatz ihrer Fähigkeiten arbeiten werden, wenn sie sich dessen bewußt sind, daß dies für die Gesellschaft notwendig ist" . S. 281

Im Gegensatz zu oben, wo er von "voller Befriedigung des Bedarfs" spricht, spricht Chruščev hier von einem Überfluß. Aber selbst hier ist nur ein "Überfluß an notwendigen Konsumgütern" angesprochen, so daß die Verteilung von Luxusgütern weiter geregelt werden muß.

54. s. Gromow, J.S.: Das Problem des Ideals in der Philosophie. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr. 5, S. 540

55. s. Gromow, ... a.a.O., S. 543/544

56. s. Schulz, Robert: Blochs Philosophie der Hoffnung im Lichte des historischen Materialismus. Aus: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Berlin 1957, S. 61

57. s. Schulz, ... a.a.O., S. 63

58. s. Schulz, ... a.a.O., S. 66

59. Kommunismus läßt sich dann ganz anders definieren: Es ist der Zustand, in den man kommt, wenn man in der Wirtschaft mit Plankoordination das Wachstum maximiert. Da der Kommunismus daraus mit Notwendigkeit entsteht, ist das, was daraus entsteht, der Kommunismus.

60. Der Kommunismus hat, wenn man diese Etappenziele aneinanderreicht, den Charakter einer technischen Utopie. Dies liest sich dann folgendermaßen: "erforderlich ist: das Leben der Menschen im Durchschnitt bis auf 150 bis 200 Jahre zu verlängern, Infektionskrankheiten auszumerzen, nichtinfektiöse Krankheiten auf ein Minimum zu reduzieren. Alter und Ermüdung zu besiegen und zu lernen, dem Menschen bei frühzeitigem oder zufälligem Tod das Leben wiederzugeben; alle auf der Erde bekannten Stoffe bis zu den kompliziertesten - den Eiweißen - sowie auch in der Natur unbekanntes Stoffe industriell zu erzeugen, Stoffe, die härter sind als Diamant, hitzebeständiger als Schamotte, Stoffe mit höherem Schmelzpunkt als Wolfram und Osmium, schmiegsamer als Seide, elastischer als Gummi; neue Tierrassen und Pflanzensorten zu züchten, die schneller wachsen, mehr Fleisch, Milch, Wolle, Getreide, Obst, Fasern, Holz für den Bedarf der Volkswirtschaft liefern; zu lernen, das Wetter zu beherrschen, den Wind und die Wärme so zu regulieren, wie heute Flüsse reguliert werden, Wolken zu vertreiben und nach Belieben Regen und Schönwetter, Schnee und Hitze hervorzurufen" s. Grundlagen ... a.a.O., S. 825/826. Dort zitiert nach Wissenschaft und Jugend. Moskau 1958, S. 63
Dies sind Ziele, die - so phantastisch sie klingen - im Rahmen des vielleicht einmal technisch möglichen bleiben. Aber man muß daneben unbedingt die andere Seite des Kommunismusbildes sehen, die eine vollkommene Gesellschaft verspricht und damit der technischen Entwicklung erst ihre Motive vermittelt.

61. Strumilins Kommunismusbeschreibungen haben im Westen übermäßiges Aufsehen erregt. Dabei handelt es sich gerade bei Strumilin um völlig unverbindliche Prognosen, die eher die Phantasie anregen als konkrete Ziele darstellen wollen. Es ist nicht mehr als die Beschreibung dessen, was sich in einer bestimmten Periode möglicherweise als Kommunismus darstellen wird.
Strumilin stellt sich die Kommunen folgendermaßen vor.

"Die Kommunen, sich gegenseitig ergänzend und produktionsmäßig nach einem Zentralplan aufeinander abgestimmt, werden alle Funktionen der Produktion und des Konsums in sich vereinen. Der Aktionsradius dieses Zentralplans sieht ein Zwiebelchalensystem vor, d.h. er erstreckt sich auf einzelne Gebiete, internationale Räume und reicht bis zur Weltföderation aller Länder und Völker. Diese Föderation ist im marxistischen Sinn ein rein wirtschaftlicher Organismus, dem jegliche Staatsstruktur fehlt. Im Gegensatz zu den Anarchisten basiert sich bei den Kommunisten dieses System auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus"
s. ADN-Interview vom 16. Juni 1960. Ebenfalls in Novy Mir, Moskau 1960, Nr. 7. Übersetzt und danach hier zitiert in "Der sonnige Weg" Hinter dem Eisernen Vorhang. 1960, Nr.11, S.23

"Jede Kommune muß mit Versorgungs- und Hilfsdiensten ausgestattet sein, mit Arbeitskommunen für den Unterrichts-, Gesundheits- und Ernährungssektor" . S. 24 Das Leben soll in diesen Kommunen fest geregelt sein. "Stellen wir uns so einen kommunalen Palast vor, in dem alles bis zum Schuhwerk und der Bekleidung, gleichmäßig verteilt wird und wo die Arbeiter für ihre Arbeit mit Schecks entlohnt werden, mit denen sie die notwendigen Waren erstehen können. Was für einen Anreiz hätte da ein Dieb oder ein Spekulant? Man wird nichts verkaufen können und wer aus 'Liebhabelei' verschiedenen Kram aufstapeln möchte, der wird in den rationell eingerichteten und verwalteten Wohnräumen weder Platz noch Gelegenheit dazu haben Das gesamte Strafrecht wird seine Wirkung verlieren Und es gibt heute keine Kraft mehr, die uns hindern könnte, auf diesem sonnigen Weg vorwärtszuschreiten" . S. 24

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Kommunen erörtert er nicht näher, daher auch nicht die Verwendung des Geldes. Er glaubt offenbar, das Geld ausschließen zu können. Stattdessen werden Arbeitsscheine ausgegeben, die Strumilin im Anschluß an Marx nicht mehr als Geld bezeichnet, da sie nicht in der Gesamtwirtschaft zirkulieren. In Wirklichkeit müßte zumindest zwischen den Kommunen Geld zirkulieren, wobei die Kommunen als Ganzes die Partner der Geldbeziehungen wären. Die Arbeitsscheine aber müßten zu diesem Kommuneengeld einen bestimmten Kurs haben, so daß sie eben doch wieder Geldcharakter annehmen.

Aber die Vorstellung Strumilins kann näher erörtert werden. Das Geld soll zwischen diesen Kommunen überhaupt verschwinden und auch als Recheneinheit überflüssig sein. Die Bedeutung der Arbeitsscheine wäre dann ausschließlich darin zu sehen, den einzelnen zur Arbeit zu veranlassen und die Verteilung zu regeln.

Gerade dieser Zustand aber, in dem Geld nur noch diese Bedeutung hat und folglich als Zwangsmechanismus seinen Geldcharakter verloren hat, nennt Marx Sozialismus. Er entspricht dem Leistungsprinzip: Jedem nach seinen Leistungen, jeder nach seinen Fähigkeiten.

Strumilins Zukunftsvorstellung, die er Kommunismus nennt, beschreibt nicht mehr als den Zustand, den Marx mit diesem Leistungsprinzip bezeichnen wollte. Ein Bild des Kommunismus gibt Strumilin überhaupt nicht. Sich den Kommunismus verwirklicht zu denken, geht auch tatsächlich über jede menschliche Phantasie hinaus. Der zentrale Mangel auch des Strumilinschen Zukunftsmodells allerdings liegt genau da, wo auch der Mangel der Marxschen Vorstellung des Geldes liegt.

62. Aus der institutionalisierten Verhaltensnorm, die als Wachstumsorientierung Maßstab der Rechenhaftigkeit des Handelns ist, wird dann ein subjektiver Sinn des Lebens gemacht. Sicht für das Wachstum einzusetzen, ist höchster Lebenszweck. So sagt Strukow über den kommunistischen Menschen:

"Seine Freude am Leben und der Sinn seines Lebens aber besteht darin, daß es keinen Gegenstand und kein Produkt gibt, welches er nicht erzeugen könnte und nichts, was er nicht im Namen des Kommunismus vermöchte" s. Strukow, E.W.: Die Persönlichkeit im Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1961, Nr.3, S. 314 .

Von hier aus wird eine kommunistische Moral begründet.

"Die Treue der breiten Volksmassen zu den Ideen des Kommunismus ist eine der großartigsten Errungenschaften der sozialistischen Ordnung. Die Gesellschaft ist daran interessiert, daß das Bewußtsein der Menschen weiter wächst, weil es jedem Erfolg beim Aufbau des Kommunismus eine feste Grundlage gibt und in den Massen einen mächtigen Aufschwung ihrer Tatkraft auslöst" . S. 780, Grundlagen, a.a.O.

Kommunistisch leben heißt: " So zu leben, daß die Beziehungen im Leben, in der Familie, im täglichen Umgang mit den anderen Menschen den hohen Anforderungen der kommunistischen Moral entsprechen" . s. Grundlagen, a.a.O., S. 784. Und die Eigenschaften: "die Treue zum Kommunismus und die Unversöhnlichkeit gegenüber seinen Feinden, auf das Bewußtsein der gesellschaftlichen Pflicht, die aktive Teilnahme an der Arbeit zum Wohle der Gesellschaft ... usw. " s. Grundlagen, ... a.a.O., S. 784

63. So ist nach Strukow in irgendeiner automatischen Dreherei die technische Kontrolle dadurch verbessert worden, daß sie in Zukunft durch das Gewissen vorgenommen wird.

"Die Arbeiter der automatischen Dreherei sind dem eigenen Gewissen gegenübergestellt" s. Strukow, ... a.a.O., S. 311

Seltsam ist, daß trotzdem die Behauptung aufrechterhalten wird, es gebe im Sozialismus eine unmittelbare Identität von Einzel- und Gemeininteresse. "Unter den Bedingungen des Sozialismus verliert der uralte Zwist zwischen Persönlichkeit und Gesellschaft seinen Boden; das Glück jedes einzelnen Bürgers steht in direktem, unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohl der Gesellschaft als Ganzem" s. Gromow, a.a.O., S. 544

Gromow ist sich über die Ungeheuerlichkeit einer solchen Behauptung offensichtlich gar nicht im klaren. Ein Satz, wie der folgende von Arbatow kann erläutern, wie auch hier die ursprünglicher Begriffe völlig verwandelt werden. "Die Erkenntnis zum Beispiel, daß die persönlichen und die gesellschaftlichen Interessen zusammenfallen, muß natürlich bei jedem einzelnen Menschen im Kommunismus auf einer viel höheren Stufe stehen, als es selbst bei denjenigen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft mit einem hochentwickelten Bewußtsein der Fall ist" . s. Arbatow: Fragen der kommunistischen Erziehung. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. 1959, Nr. 6, S. 588

Man braucht danach ein hochentwickeltes Bewußtsein, um diese Identität einsehen zu können. Dies kann ja nichts anderes heißen, als daß die Interessen von Individuum und Gesellschaft eben nur indirekt verknüpft sind. So sagt auch Kostin: " ... doch darf man nicht vergessen, daß im Kommunismus jeder Werktätige den gesellschaftlichen Interessen den Vorrang geben wird, auch wenn sie nicht immer mit seinen Wünschen übereinstimmen" . s. Kostin, ... a.a.O., S. 990

Schließlich behauptet Arbatow, bereits heute sei dieses hohe Bewußtsein schon weit entwickelt. "Nicht Gewinnsucht trieb die Sowjetmenschen zum Beispiel auf die Baustellen der ersten Planjahrhünfte, nicht die Gewinnsucht veranlaßte sie, bei Magnitogorsk und am Dnepr, in Komsomolsk und an der Turkestan-Sibirischen Bahn

so heroische Leistungen zu vollbringen, sondern die Sorge um das Allgemeinwohl und ihr hochentwickeltes Bewußtsein". s. Arbatow, a.a.O., S. 586

Zumindest an der Turkestan-Sibirischen Eisenbahn war es tatsächlich keine Gewinnsucht. Aber es war auch kein hohes Bewußtsein.

64. s. Romaschkin, P.S.: Die Funktionen des Sowjetstaates beim Aufbau des Kommunismus. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1959, Nr. 3, S. 260 ff.

"Doch bedeutet das Absterben des Rechts keineswegs, daß die Normen des gesellschaftlichen Verhaltens, die persönlichen Freiheiten und gesellschaftlichen Pflichten der Menschen verschwinden.... Diese Regeln bleiben auch im Kommunismus bestehen, doch haben sie ihren politischen und juristischen Charakter verloren, denn die Gesellschaft selbst wird sie garantieren. In gleicher Weise verhält es sich auch mit den Pflichten der Bürger in der kommunistischen Gesellschaft. Ebenso wie die persönlichen Rechte und Freiheiten, werden diese Pflichten keinen politischen und juristischen Charakter tragen, denn sie sind dann zu einer Gewohnheit geworden und werden ohne jeden Zwang befolgt" . S. 277

"Wie es im Programm der KPdSU heißt, verfolgt der Sowjetstaat letztlich das Ziel, an die Stelle von Zwangsmaßnahmen ausschließlich Erziehungsmaßnahmen zu setzen" . S. 275

65. Die ganze Absurdität des Gedankens, das Geld abschaffen zu wollen, ergibt sich allerdings schon daraus, daß ja die Wachstumsrate ein Geldausdruck ist. Es ist daher ein Widerspruch in sich selbst, vom geldlosen Zustand zu sagen, er habe eine hohe Wachstumsrate. Es gibt in solch einem Zustand schlechthin keinen Maßstab der Veränderung mehr. Im geldlosen Zustand fällt sogar der Unterschied von traditionaler und dynamischer Wirtschaft fort. Er ist ein Zustand unmittelbaren Einsseins des Menschen mit der Natur.

Geld hat daher für das rationale Handeln die gleiche Bedeutung wie der Begriff für das Denken. Es legt dem praktischen Handeln daher auch ganz analoge Grenzen auf. Die Voraussetzungen der Möglichkeit des Kommunismus als geldloser Zustand sind für das rationale Handeln genau das, was für die theoretische Vernunft die Voraussetzungen der Möglichkeit intuitiver Erkenntnis sind.

66. s. Strumilin, G.S.: Na putjach postroenija kommunizma. Moskau 1959, S. 87

Allerdings erkennt Strumilin die Notwendigkeit des Geldes als Maßstab rationalen Handelns nicht an und sieht daher nur ein Erziehungsproblem.

Hingegen glaubt Achminow, die Sowjets würden, ohne Rücksicht auf die Folgen, eine Naturalrechnung erzwingen.

s. Achminow, H.: Das gegenwärtige Bild der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft. Osteuropa, 1957, Nr. 11, S. 779 ff. s. dazu Schiller, Otto: Zum "Bild der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft" . Osteuropa, 1958, Nr. 9, S. 597 ff.

Daß sich die menschlichen Bedürfnisse dauernd wandeln und sich im wirtschaftlichen Wachstum neue Güter ergeben, ist für die Sowjettheorie ebenfalls ein Axiom, so daß Strumilins Begründung für die vorläufige Beibehaltung des Geldes zu einer Begründung für die dauernde Beibehaltung des Geldes wird.

67. s. Marx, Kapital ... a.a.O., III. Bd., S. 873

68. Die Stellungnahmen, die Chruščev zum Kommunismusbild bezieht, sind unter allen Beiträgen eigentlich am nüchternsten.

"Der Eintritt in den Kommunismus wird nicht durch irgendeinen Kalendertag bestimmt. Es wird keinen Augenblick geben, da wir die Tür zuschlagen und erklären: 'Der Aufbau des Sozialismus ist abgeschlossen' und dann eine andere Tür aufmachen und verkünden: 'Wir sind beim Kommunismus angelangt'. Der Übergang zum Kommunismus vollzieht sich ununterbrochen Man darf nichts überstürzen und übereilt das Einführen, was noch nicht herangereift ist. Das würde zu Entstellungen unserer Sache führen und sie kompromittieren. Aber ebensowenig darf man sich bei dem Erreichten aufhalten, da das zum Stillstand führen würde" . s. Hauptreferat... a.a.O., S. 279

Hier ist das Bewußtsein offenbar, daß der eines Tages sicher dekretierte Eintritt in den Kommunismus nicht den vollendeten kommunistischen Zustand bringen wird.

69. s. Barth, Hans: Masse und Mythos. Die Theorie der Gewalt: Georges Sorel. Hamburg 1959.

Der dort ausgeführte Begriff des Mythos bei Sorel ist ursprünglich nur für das Handeln von organisierten Massen in Richtung auf die Revolution gemeint. Aber der Mythos hat sich nach der Revolution erhalten und wurde zu einem Bild, unter dem die Arbeit von organisierten Massen zur Entwicklung der Produktivkräfte interpretiert wird.

Gegenüber dem Mythos der Revolution ergeben sich einige Änderungen. Dieser bringt die Revolution und damit die Gefahr der Ernüchterung. Die Entwicklung der Produktivkräfte hingegen ist prinzipiell unendlich, so daß das Versprechen auf die Zukunft nie eingelöst zu werden braucht.

Abschnitt B, Kapitel III

1. Geiger spricht von Wirklichkeit als objektivem Sachverhalt, "wie er sich dem unbeteiligten Betrachter darstellen muß"
s. Geiger, ... a.a.O., S. 33. Dies gilt nur für die Wirklichkeit der Naturwissenschaften. Die Wirtschaftswirklichkeit hingegen hat keine unbeteiligten Betrachter. Jeder Mensch ist Teil der - auch produzierenden Gesellschaft. Aus dieser Produktion geht die wirtschaftliche Wirklichkeit hervor. Daß sie sich als objektive Wirklichkeit vergegenständlicht - wie Marx sagt, entfremdet, - ist hier gerade das Problem. Indem diese objektive Wirklichkeit be-

stimmt objektive Gesetze an sich hat, übt sie auf den Menschen einen Zwang aus, aus dessen Produktion sie gerade hervorgegangen ist. Er muß sein Handeln an die Gesetze der von ihm selbst geschaffenen Wirklichkeit anpassen.

Die Ideologie hingegen lebt gerade von Bildern einer Aufhebung dieses objektiven, entfremdeten Charakters der Wirklichkeit. Solche Bilder stellen dann eine unmittelbare Einheit des Menschen mit seiner Wirklichkeit dar. Ihr starkes Argument ist dabei gerade der Hinweis, daß diese Wirklichkeit aus dem menschlichen Handeln hervorgegangen ist. Dieses Argument aber ist richtig, obwohl der Schluß daraus falsch ist.

2. Diese Definitionen finden sich, jedenfalls ihrem Sinn nach, bei Marx. Sie wurden hier übernommen, weil sie die Entwicklung der Bedürfnisstruktur in der dynamischen Wirtschaft beschreiben, während jede statische Theorie das Problem der Bildung der Bedürfnisstruktur einfach dadurch ausschaltet, daß sie die Bedürfnisse als gegeben voraussetzt. So verweist Eucken sie in den sogenannten Datenkranz. s. Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.

Die Definition bei Marx, auf die wir uns hier beziehen, lautet: "Die Produktion schafft das Material als äußerlichen Gegenstand für die Konsumtion, die Konsumtion schafft das Bedürfnis als inneren Gegenstand, als Zweck für die Produktion". s. Marx, Kritik... a.a.O., S. 247/248

3. Dieses Moment findet sich bei Marx.

"Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft also den Konsumenten" . s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 246 . Man darf dies allerdings nicht dahin mißverstehen, als ob jede beliebige Produktion einen Konsumenten findet. Es heißt nicht mehr als die Behauptung, daß die Konsumtion sich nur in Richtungen entwickeln kann, in denen eine Produktion möglich ist.

Dabei prägen unterschiedliche Koordinationssysteme der Konsumtion jeweils ihren eigenen Stempel auf. Ob es dann gelingt, den der Produktionsweise entsprechenden Konsumenten zu produzieren, ist für das Wirtschaftssystem eine Lebensfrage.

"Aber es ist nicht nur der Gegenstand, den die Produktion der Konsumtion schafft. Sie gibt auch der Konsumtion ihre Bestimmtheit ihren Charakter, ihren finish" . S. 246

"Die Produktion produziert nicht nur einen Gegenstand für ein Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand" . S. 247

Diese Analyse verliert keinesfalls dadurch an Wert, daß der besondere 'finish', den die Plankoordination dem Konsum verleiht, von Marx nicht vorhergesehen wurde.

4. Dieses Moment der Einwirkung von Naturgegebenheiten auf die Art wirtschaftlicher Koordination wird besonders bei Raupach betont. s. Raupach, Hans: Atlantische und eurasische Wirtschaft. Politik und Bildung. Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften München. München 1954, Heft 45, S. 183 ff.

5. Vergl. hierzu: Hofman, Werner: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin 1956. Ebenfalls s. Hinkelammert, Franz-Josef: Der Wachstumsprozeß der Sowjetwirtschaft. Berlin 1961.

- 6. s. Politische Ökonomie, Lehrbuch. Berlin 1960, S. 537 f.
- 7. s. auch S. 141 ff dieser Arbeit.
- 8. s. Povysit rol' obščestvennyh nauk v stroitel'stve kommunizma. Kommunist. 1961, Nr. 10, S. 36.

Kapitel C. Abschnitt II.

- 1. s. Kantorovič, L.V.: Ėkonomičeskij rasčet nailučšego izpol'zovanija resursov. Moskau 1959.
- 2. s. Hayek, F.A.: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach-Zürich, 1952, S. 64 Anm. 1 .
- 3. s. Hayek, a.a.O., S. 120
- 4. s. Hayek, a.a.O., S. 120
- 5. s. Hayek, a.a.O., S. 122/23
- 6. s. Hayek, a.a.O., S. 127
- 7. s. Hayek, a.a.O., S. 128
- 8. s. Weber, a.a.O.
- 9. s. Diekmann, K.: Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Berlin 1960, Bd. 11 .
- 10. s. Leptin, G.: Methode und Effizienz der Investitionsfinanzierung durch Abschreibungen in der Sowjetwirtschaft. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Berlin 1961, Bd. 14 .
- 11. Kantorovič schätzt die Verluste der Sowjetwirtschaft aus vermeidbaren Quellen auf 30-50% des Gesamtprodukts. Um diesen Prozentsatz könnte seiner Meinung nach das Produkt steigen, wenn die Planung sachgerecht verbessert würde.
s. Kantorovič, a.a.O., S. 17 .
- 12. s. Kantorovič, a.a.O., S. 36 f
- 13. s. Kantorovič, a.a.O., S. 37

14. s. Kantorovič, a.a.O., S. 40
15. s. Kantorovič, a.a.O. Dort das Vorwort von Nemčinov.
16. So z.B. Bergson, A.: Soviet National Income and Product 1937. New York 1953.
17. Hierzu sagt Zagolow: " Falls Wesen und Erscheinung, Schein und Wesen sich decken, bedarf es keiner Wissenschaft. Seinerzeit sprachen viele Ökonomen davon, daß die Politische Ökonomie nur die kapitalistischen Warenbeziehungen erforscht. Sie meinten damals, daß sich im Sozialismus Schein und Wesen der Erscheinungen decken. Seitdem ist aber viel Wasser die Wolga hinabgeflossen und unsere Wissenschaft begann, die Gesetze des Sozialismus gebührend zu untersuchen ... Auch sie sind mit bloßem Auge nicht sichtbar. Auch hier gibt es einen Unterschied zwischen Schein und Wesen".
 "Der Leitsatz des Marxismus, daß sich Wesen und Erscheinung nicht decken, ist eine Wahrheit, die nicht nur für die vorsozialistischen Formationen gilt, sondern auch auf die sozialistische Wirtschaft anwendbar ist"
 s. Zagolow, N.A.: Wege zur Untersuchung der Warenproduktion und der Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus. Aus: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus. Berlin 1960, S. 148 u. 140.
18. In bezug auf die Marktwirtschaft weist auch Perroux darauf hin, daß eine Relativierung des Gewinnkriteriums die Rationalität des Systems erhöht. "Der Markt funktioniert um so besser, je mehr und je wirksamer er durch einen Rahmen von Plänen und Programmen bestimmt wird und je besser und geschmeidiger diese letzteren gehandhabt werden"
 s. Perroux, F.: Feindliche Koexistenz? Stuttgart 1961, S. 189.
19. s. Hayek, a.a.O., S. 23/24
20. s. Marx, Kritik ... a.a.O., S. 14
21. s. Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1948.
22. s. Engels, a.a.O., S. 372/373
23. s. Engels, a.a.O., S. 374
24. s. Engels, a.a.O., S. 375/376
25. s. Engels, a.a.O., S. 376
26. s. Engels, a.a.O., S. 376
27. s. Engels, a.a.O., S. 374
28. s. Engels, a.a.O., S. 370
29. s. Engels, a.a.O., S. 378

30. s. Engels, a.a.O., S. 378
31. s. Engels, a.a.O., S. 387
32. s. Engels, a.a.O., S. 385
33. Zu dieser Zusammenstellung s. Kosodojew, I.I.: Die Notwendigkeit der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft. Aus: Das Wertgesetz ... a.a.O., S. 23
34. s. Ostrowitjanow, K.W.: Gegen die unhistorische, dogmatische Behandlung des Problems der Warenproduktion im Sozialismus. Aus: Das Wertgesetz ... a.a.O., S. 70
35. s. die Stellungnahme von Hessin, N.W.: Aus: Das Wertgesetz... a.a.O., S. 49.
36. s. Bericht über die Richtlinien des XX. Parteitag der KPdSU für den 6. Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1956 bis 1960. Wortlaut des Referats von N.A. Bulganin. Die Presse der Sowjetunion, 1956, Nr. 24, S. 571.
s. hierzu Leptin, a.a.O.
37. s. folgendes Zitat aus dem Programmentwurf der KPdSU:
"Zum Unterschied von allen sozialökonomischen Formationen entsteht die kommunistische Gesellschaft nicht spontan, sondern wird durch die bewusste und zielgerichtete Tätigkeit der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Volksmassen geschaffen. Die kommunistische Partei, die beim Volk unbeschränkte Autorität genießt und die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft kennt, sichert die richtige Leitung des gesamten kommunistischen Aufbaus und verleiht ihm einen organisierten, planmäßigen, wissenschaftlich fundierten Charakter" Sonderheft Einheit 1961, August, S. 87.
Dieser organisierte, planmäßige und wissenschaftlich fundierte Charakter des kommunistischen Aufbaus schafft den dogmatischen Charakter der Theorie. Die Partei muß eine dauernde Abschirmung gegen die Spontaneität sichern.
Das Wort Dogmatismus taucht in sowjetischer Diktion mit einer anderen Bedeutung auf. Dogmatismus wird dann auch "Talmudismus" genannt und einer schöpferischen Interpretation des Marxismus gegenübergestellt. Aber wir hatten schon darauf hingewiesen, daß Dogmatismus, wie dieser Ausdruck hier verwendet wird, keineswegs mit Erstarrung der Theorie gleichzusetzen ist. Dogmatismus in unserem Sinne bedeutet nur, daß die Theorie dogmatisch fixiert wird und ihre Änderungen daher in Stufen vor sich geht.
38. s. Engels, a.a.O., S. 390
Engels wirft Dühring vor, er wolle die Mißstände der Gesellschaft dadurch beseitigen, daß er ihnen gegenüber "das Grundgesetz der Warenproduktion geltend macht, dessen Betätigung gerade diese Mißstände erzeugt hat", S. 390.
39. s. Zagolow, N.A.: Wege zur Untersuchung der Warenproduktion und der Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus. Aus: Das Wertgesetz ... a.a.O., S. 149 .
40. s. Zagolow, a.a.O., S. 150.